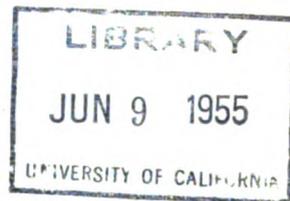


Bal



Die Kommunistische Internationale

1925 / HEFT 3

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

Kolarow: Bauernparteien und Verbände / Pepper: Englische und amerikanische Kooperation / Scoccimarro: Zur Krise des Faschismus / Woitinski: Die revolutionäre Bewegung in China / Bibliographie

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIEB, HAMBURG. Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VI. Jahrgang 1925

Heft 3 März

(Erscheinen verspätet Ende April)

I N H A L T

	Seite
W. Kolarow: Bauernparteien und Verbände	257
M. Pokrowski: Der Trotzismus und die Eigentümlichkeiten der geschichtlichen Entwicklung Rußlands	279
John Pepper: Die Frage der englisch-amerikanischen Kooperation	284
G. Krumin: Die wirtschaftliche Lage und wirtschaftliche Probleme in der Sowjet-Union	300
W. Z. Foster und D. Cannon: Zur amerikanischen Frage	309
C. E. Ruthenberg: Die Streitfragen in der Kommunistischen Partei Amerikas	328
M. Scoccimarro: Die politische Lage in Italien und die Krise des Faschismus	341
Woitinski: Die Tendenzen der revolutionären Bewegung in China und die Partei Go-min-dan	353
Lepetit: Die französische Kommunistische Partei nach dem Kongreß in Clichy	360
L. Domski: Die Lage in der Kommunistischen Partei Polens und die Aufgaben der Partei	368
R. Pikkell: La Révolution Proletarienne	373
M. J.: L. Rudas, Gegen die neueste Revision des Marxismus	379
Böff: 2 Zeichnungen	382

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark	1,50
Quartal	„	4,50
Halbjahr und Register	„	9,—

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER LOUIS CAHN BLEY
HAMBURG BERLIN

W. KOLAROW : BAUERNPARTEIEN UND - VERBÄNDE

Bis zum imperialistischen Krieg

„Die Produktionsbedingungen jeder gegebenen Gesellschaft bedingen nicht nur deren Einteilung in Klassen und die ihr eigene Verteilung des Produkts. Sie bestimmen auch die Richtung aller großen gesellschaftlichen Bewegungen. Die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft bedingen den Umstand, daß sich der Proletarier des Joches des Kapitals nicht anders entledigen kann als durch die soziale Revolution. Darum ist jetzt das Proletariat die vorwiegend revolutionäre Klasse. Anders steht es mit den Kleinproduzenten. Ihr Besitz an Produktionsmitteln ist das Pfand für ihre ökonomische Selbständigkeit. Darum erfordert ihr Lebensinteresse die Beibehaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Wenn die Produktionsverhältnisse aus dem Proletarier einen Revolutionär machen, so machen sie aus dem Kleinproduzenten einen Konservativen.“ So charakterisiert Plechanow (Werke, Band 12, Seite 291, russ. Ausgabe) die gesellschaftlich-politische Rolle des Bauerntums in der kapitalistischen Gesellschaft. Zweifels- ohne war seine Charakteristik in der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus richtig. In allen kapitalistischen Ländern, wo die bürgerliche Revolution den Bauern ein Stück Grund und Boden sichergestellt hatte, wurden diese zu eifrigen Verteidigern des Privateigentums und stellten sich im gesellschaftlich-politischen Leben an die Seite der konservativen Parteien. Als sie zwischen die Räder der kapitalistischen Entwicklung kamen, sahen sie ihr Heil nicht in der Überwindung des Kapitalismus, sondern in der Wendung des Rades der Geschichte nach rückwärts. Darum sahen alle Konservativen und Reaktionäre mit starker Hoffnung auf die Bauern. So schrieb z. B. der deutsche Ökonomist Conrad im Handwörterbuch für Staatswissenschaften (zitiert nach Plechanow): „Die Bauernschaft war immer das konservativste Element des Staates; sie hielt immer hartnäckig am alten fest und verteidigte es aufs energischste. Das Begreifen der wichtigen Bedeutung des Eigentums und Liebe zum Vaterlande macht die Bauernschaft zum natürlichen Gegner der den Städten eigenen revolutionären Ideen und zur festen Stütze gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen.“

Natürlich traf dieses nur in bezug auf jene Bauern zu, die Privateigentümer und selbständige Wirte waren, in bezug aber auf andere Schichten der bäuerlichen Bevölkerung war es nicht oder nur teilweise richtig. So waren in Ländern mit Gutsherrschaften und mit anderen Überbleibseln feudaler Verhältnisse die landlosen und landarmen Bauern ein objektiv revolutionäres Element, und tatsächlich nahmen sie auch mehr oder minder regen Anteil an agrarrevolutionären Bewegungen, unterstützten die revolutionären Parteien oder bildeten sogar ihre eigenen revolutionären Klassen-

organisationen, z. B. die Agrarbewegungen in Rußland, Italien, Ungarn, Rumänien usw. In Ländern, wo die entsprechenden Agrarverhältnisse weit verbreitet waren, waren auch die Farmer, Pächter usw. objektiv gegen die grundbesitzenden und großkapitalistischen Klassen. In Zeiten von Agrarkrisen bildeten sie eine linke Oppositionsbewegung, unterstützten die radikalen Parteien und schufen oft ihre Klassenorganisationen mit radikalen Tendenzen (die Vereinigten Staaten, Deutschland, Italien). Die nationale Unterdrückung, die sich ökonomisch hauptsächlich in der Beraubung des Eigentums und der Arbeit der bäuerlichen Massen ausdrückt, führte in einer Reihe von Ländern auch zu großen nationalagrarisches Bewegungen und sogar zur Bildung nationalrevolutionärer Bauernorganisationen (Norwegen, Galizien, Kroatien usw.). Aber auch in Ländern ohne Guts- und Großgrundbesitz (Bulgarien, Serbien), wo die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals auf Kosten einer raschen Verarmung der Kleinbauern vor sich ging, beteiligten sich die letzteren in mehr oder minder großem Umfange an allen linksoppositionellen Bewegungen und bildeten sogar ihre eigenen bäuerlichen Standesverbände mit radikalpolitischen Tendenzen.

Die Bedingungen der bäuerlichen Produktion, d. h. die Zerstretheit der bäuerlichen Produzenten über Felder und Wälder — was ihre Bedeutung als Kampfkraft mindert — und die schwere dauernde Arbeit der ganzen bäuerlichen Familie, wodurch die Sache der Bildung im Dorfe stark gehemmt wird, diese Bedingungen förderten nicht die Entstehung selbständiger politischer Bauernorganisationen.

Mit seltenen Ausnahmen folgten in politischer Hinsicht die Massen des Bauerntums fremder Initiative und beteiligten sich an politischen Parteien, die von anderen Gesellschaftsgruppen gebildet worden waren. Eine gewisse Initiative der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Leitung zeigten sie in wirtschaftlichen Organisationen — in verschiedenen Genossenschaften, in landwirtschaftlichen Syndikaten usw. Aber auch auf diesem Gebiete standen an der Spitze immer die reichen Bauern.

Bis zum imperialistischen Krieg hatten wir folgendes Bild der Organisationen auf dem Lande: In den meisten hochentwickelten kapitalistischen Ländern, wie England, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, der Schweiz usw., hatten die Bauern nur wirtschaftliche Verbände und Organisationen, wobei einige von ihnen formell parteipolitisch neutral waren, tatsächlich aber unter der Leitung dieser oder jener Partei standen — andere jedoch sich auch formell zu verschiedenen politischen Parteien zählten. So waren die belgischen Bauerngenossenschaften die Stütze der katholischen Partei auf dem Lande; der deutsche „Bund der Landwirte“ war eine Filiale der konservativen Partei, der „Deutsche Bauernbund“ unterstützte die liberalen Parteien, und die „Bauernvereine“ standen, je nach den örtlichen Verhältnissen, unter dem Einfluß des katholischen Zentrums, der liberalen Parteien, der Konservativen oder der Sozialdemokraten. Eine selbständige politische Rolle spielten diese Organisationen nicht; nur der deutsche „Bund der Landwirte“ zeigte politische Initiative im Kampfe der konservativen Partei für hohe Agrarschutzzölle. In Spanien bestand eine „Konföderation der Landwirte“, in der die Gutsbesitzer und die katholische Geistlichkeit herrschten. In den österreichisch-ungarischen Provinzen (Ländern) gingen die landwirtschaftlichen Verbände mit verschiedenen nationalen Parteien. In den Ver-

einigten Staaten Nordamerikas unterstützten die Verbände (die „Bureaus“) der Farmer die bürgerlichen Parteien, zum Teil auch die sozialistische, doch wurde 1915 von den Farmern in Dakota „Die parteilose Liga“ (Nonpartisan League) gebildet, die in diesem Staate vorübergehend sogar an der Macht war; die gleiche Bestrebung zum selbständigen politischen Handeln war auch unter den Farmern anderer Staaten zu verzeichnen. Nur in Dänemark, Kroatien und Bulgarien bildeten die bäuerlichen Massen schon vor dem Kriege solide und unabhängige Organisationen. Der dänische „Bund der Bauern und der Freunde der Bauern“ stellt die älteste bäuerliche Massenorganisation dar, die die Kraft der zahlreichen und wirtschaftlich fest organisierten Bauernschaft zu selbständiger politischer Betätigung ausnutzte; er beteiligte sich als politische Partei an den Wahlen und besaß seine Parlamentsfraktion. „Die kroatische Bauernpartei“ wurde 1904 gegründet. Ihre Aufgabe bestand darin, wie die ökonomischen Interessen der Bauernschaft so auch die nationalen Interessen des kroatischen Volkes zu verteidigen. Schon vor dem Kriege gelang es ihr, zur größten und politisch stärksten Organisation im Lande zu werden. „Der bulgarische landwirtschaftliche Volksbund“ wurde 1899 als eine gesellschaftlich-wirtschaftliche und politische Organisation der Landwirte gegründet. Noch vor der Kriegperiode (1912) gelang es ihm, eine bedeutende Anzahl der kleinen und mittleren Bauern in seinen Reihen zu organisieren und bedeutenden Einfluß im Lande und im Parlament zu erreichen.

Der imperialistische Krieg erzeugte Bedingungen, die sowohl die Richtung wie auch das Tempo der Entwicklung der Bauernorganisationen veränderten.

Der Krieg und das Erwachen des Dorfes

Der Krieg wirkte auf die bäuerlichen Massen revolutionär, erstens als ein Ereignis, das das ganze wirtschaftliche, soziale und geistige Leben der Bauern unmittelbar berührte, und zweitens mittelbar — dank seinen riesigen ökonomischen und politischen Folgen.

Zweifelloos entfiel in wirtschaftlicher Hinsicht der weitaus größte Anteil an Kriegskosten auf die bäuerliche Wirtschaft, die einen bedeutenden Teil ihres Inventars verlor und zerstört wurde. Außerdem hatten die Bauern mehr als die anderen Klassen Opfer an Menschen zu bringen. In sozialer und geistiger Hinsicht erschloß der Krieg die in sich abgeschlossene bäuerliche Welt und machte sie zugänglich für den revolutionierenden Einfluß der Stadt und sogar des Auslandes, brachte die politisch beschränkten und von konservativem Geist durchtränkten bäuerlichen Massen in dauernde Berührung mit dem revolutionären Proletariat; daraus ergab sich eine bedeutende Erweiterung des intellektuellen und politischen Horizonts der Bauern, und die alte Ehrfurcht vor der Macht und vor den Mächtigen dieser Welt wich der Revolte gegen die Autoritäten der Vergangenheit.

Aber wie stark auch die unmittelbare Wirkung des Krieges auf die bäuerliche Welt gewesen sein mochte, sie könnte nicht so dauerhaft sein, wenn nicht die Folgen des Krieges auch nach dessen Beendigung fortbestehen blieben und sich in der gleichen Richtung weiter auswirkten. Die erste und

bedeutsamste Folge des Krieges ist — die eingetretene Agrarkrisis, als Ergebnis einer tiefen Erschütterung und Zerrüttung der Weltwirtschaft. Bekanntlich war die Ursache der Krisis die sogenannte „Schere“, d. h. das nach dem Kriege eingetretene starke Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte und den Preisen der Industrieprodukte. Infolgedessen verschlechterte und verschlechtert sich immer noch die Lage der Landwirte, nicht nur in den kriegsbeteiligten, sondern auch in den neutralen Ländern. Bekannt ist auch, daß die ökonomische Ursache der „Schere“ in der Tatsache wurzelt, daß in einer Zeit, wo die Industrie nach dem Kriege das Monopol des kartellierten Großkapitals darstellt, das die Preise der Fabrikprodukte monopolmäßig festsetzt, die landwirtschaftlichen Produkte in Händen zahlloser, miteinander nicht verbundener und den Großkapitalisten ausgelieferter Produzenten geblieben sind. Die landwirtschaftlichen Produzenten der exportierenden Länder könnten dem Monopol der Industrie das Monopol der Landwirtschaft nur mit Hilfe des Staates entgegenstellen. Der politische Einfluß der Agrarkrisis hat sich einerseits in der Verstärkung der politischen Aktivität der Bauern, in der Verstärkung ihres Interesses am Besitz der Staatsmacht ausgedrückt und andererseits in einer Losreißung der Kleinbauern von der Kapitalistenklasse und ihrer Annäherung an das Proletariat. Eine revolutionierende politische Wirkung hatte die zweite große Folge des Krieges — die Beschleunigung des Prozesses der Klassenschichtung des Dorfes, d. h. einerseits die schnelle Bereicherung der Dorfbourgeoisie und andererseits die Massenverarmung der kleinen und mittleren Bauern, was auch durch die fortwährende Vergrößerung der Steuerlast der breiten werktätigen Massen gefördert wird. Dieser Prozeß verschärft den Klassenkampf im Dorfe, zerstört die traditionelle, zur Bemäntelung der Herrschaft der Großbauern dienende „Interessenharmonie“ der reichen und armen Bauern und führt zur Bildung linker, oppositioneller Strömungen in den gemeinsamen Bauernorganisationen und sogar zur Spaltung in diesen. Endlich, nicht minder revolutionierend, wirkte auf die Bauernmassen auch die Oktoberrevolution in Rußland, die unter anderem drei in das Lebensinteresse der arbeitenden Bauern tief eingreifende Hauptfragen löste: die Bodenfrage, die Nationalfrage und die Frage der Herrschaft der arbeitenden Massen.

So hört nach dem imperialistischen Kriege das Dorf auf, der Hüter des konservativen und reaktionären Geistes zu sein; der Geist der Auflehnung, der lange Zeit auf das Stadtproletariat beschränkt war, ergreift auch das Dorf; aus der Stütze der Ordnung, des Besitzes und der Traditionen ist es zum Herd der Unzufriedenheit, des Aufruhrs und des unbändigen Bestrebens geworden, sich des Bodens zu bemächtigen, der seinerzeit durch die Gutsbesitzer, die Großgrundbesitzer und die Eroberer dem Dorfe genommen ward.

Die Bewegung zur Erkämpfung von Land nahm dermaßen zu, daß die herrschenden Klassen sich gezwungen sahen, zur Rettung ihrer Herrschaft Zugeständnisse zu machen, zugunsten der Bauern, wenn auch nur einen Teil ihres Besitzes an Grund und Boden zu opfern. So entstanden die sogenannten „Agrarreformen“. Agrarreformen waren den Bauern versprochen in Polen, in der Tschechoslowakei, in Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, in den baltischen Ländern usw.; aber trotzdem diese „Reformen“ weit entfernt waren von jener radikalen Lösung der Agrarfrage, die die Bauern in Rußland

auf revolutionärem Wege herbeigeführt haben, wurden sie nicht einmal überall und nicht voll durchgeführt.

In Polen ist die Reform bis jetzt nicht verwirklicht, in Jugoslawien verzichtete die Regierung auf jede Reform, nur die bosnischen Bauern vermochten ihre „Beks“ in der Tat zu expropriieren und halten bis jetzt an deren Ländereien „ungesetzlich“ fest, in der Tschechoslowakei wurde eine mäßige Bodenenteignung allein der deutschen Gutsbesitzer durchgeführt, in Rumänien wurde ein gewisser Teil des Bojarenlandes an die Bauern gegen sehr hohes Ablösungsgeld verteilt, und in Bulgarien ist das Gesetz über den Agrarbesitz der Werktätigen nach dem weißgardistischen Zankow-Umsturz praktisch annulliert.

Die Bauernorganisationen nach dem Kriege

Es ist schwer, ein Bild der Bauernorganisationen nach dem Kriege zu entwerfen. Sie sind sehr mannigfaltig, befinden sich im ständigen Umschichtungsprozeß, lassen sich daher schwer klassifizieren. Man kann nur einige allgemeine Worte zur Charakterisierung der Lage sagen:

1. Das Zeichen der wachsenden politischen Aktivität der Bauern ist das sich verstärkende Streben der Bauern aller Länder zur Organisierung für den politischen Kampf. Die gleiche Bestrebung findet man wie bei den reichen Bauern und Farmern so auch bei den kleinen und mittleren Bauern. Sogar in Ländern der klassischen bürgerlichen Parlamentarismus, der auf dem System der traditionellen politischen Parteien aufgebaut ist — Frankreich u. a. — macht sich nach dem Kriege bei den Bauern eine Bewegung zur selbständigen politischen Vertretung bemerkbar, die sich freilich noch nicht in entsprechende Organisationen herauskristallisiert hat.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde eine föderative Farmer- und Arbeiterpartei gegründet; außerdem bilden die Farmer den Mittelpunkt der Bestrebungen zur Bildung der sogenannten „dritten Partei“. In Rumänien entstand eine große („zaranistische“) Bauernpartei, die sich hauptsächlich aus den bessarabischen Bauern zusammensetzt; diese Partei vereinigt alle Schichten des Dorfes, und darum geht in ihr ein Kampf zwischen dem rechten und linken Flügel vor sich. In Norwegen bildete „der landwirtschaftliche Verband“ 1920 seine besondere „Bauernpartei“, die unter dem Einfluß der konservativen Wucherbauern steht; jedoch spaltete sich als Gegengewicht zu ihr ein Teil der kleinen und mittleren Bauern in einen besonderen Verband ab mit demokratischen Tendenzen. Auch in Holland entstanden politische Bauernorganisationen, die ursprünglich gegen die „hohen Bezüge“ der Arbeiter Sturm liefen, später aber den Kampf gegen die Großgrundbesitzer und Wucherer aufnahmen. In Süddeutschland (Baden usw.) entstand eine Reihe von Bauernorganisationen, die am politischen Kampfe teilnehmen; 1923 wurde eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft der Provinzverbände der kleinen und mittleren Bauern, der Farmer und der Siedler gegründet, die sich dem Internationalen Bauernrat (IBR) in Moskau anschloß. In Polen entstand zunächst eine „Bauernpartei“ (Witos), die sich in den Händen der Wucherbauern befand; nachher spaltete sich von ihr ein linker Flügel ab, und seitdem

bildeten sich durch fortgesetzte Spaltungen mehrere Bauernparteien und -bünde. Die ursprüngliche Bauernpartei der Tschechoslowakei ist die „Agrarpartei“, die sich in Händen der Großbauern befindet; jedoch spalteten sich von ihr die „unabhängigen Domoviny“ der kleinen und mittleren Bauern ab; später entstand eine deutsche Agrarpartei, es bildete sich auch eine ungarische Bauernpartei mit stark radikalen Tendenzen; Bauernorganisationen mit mehr ausgeprägter Linksorientierung bilden sich in allen Gebieten des Staates. In Japan entstanden 1921 Landbesitzer- und nachher auch Pächterbünde; 1922 wurde „Der japanische Bauernbund“ gegründet, der dem IBR angehört; 1923 entstand eine „Allgemeine Bauernföderation Japans“ mit noch radikalerer Richtung; diese beiden Bünde vereinigten sich nachher. In Norditalien wurde eine „Bauernpartei“ unter der Leitung von Wucherbauern gegründet, unlängst spaltete sie sich aber; in Süditalien begann in der letzten Zeit eine breite Bewegung zur Schaffung von radikalen Bauernbünden. Man kann sagen, daß die politische Organisation der Bauern elementar vor sich geht, und daß nichts imstande ist, diesen Prozeß aufzuhalten. In allernächster Zukunft werden politische Bauernorganisationen in allen Ländern entstehen.

2. Wo es den Bauern noch nicht gelungen ist, sich politisch zu organisieren, sind sie durch die Notwendigkeit, politisch aktiv zu sein, gezwungen, rein wirtschaftliche Organisationen — wie landwirtschaftliche Genossenschaften — für politische Ziele zu benutzen. So vollzieht sich z. B. in Frankreich, Griechenland usw. der Prozeß der Einbeziehung ins politische Leben von Organisationen, die für den politischen Kampf wenig oder überhaupt nicht geeignet sind.

3. Die alten Bauernbünde und -parteien erlitten nach dem Kriege große Veränderungen; erstens nahmen sie infolge Zustroms der kleinen und mittleren Bauern stark an Umfang zu, und infolgedessen steigerte sich ihre politische Bedeutung; zweitens rief die Linksschwenkung der Massen innerparteiliche Schichtungen hervor und in einzelnen Fällen sogar die Radikalisierung der Programme aller Parteien. So wurde die kroatische Bauernpartei in der Tat die Partei des ganzen kroatischen Volkes und proklamierte sich als republikanisch; unter dem Einfluß von mehr als 100 000 ihrer in Rußland als Kriegsgefangene gewesenen Mitglieder, die dort die Oktoberrevolution erlebt hatten, trat sie dem IBR bei und nahm die Losung des Zusammenwirkens und des Bündnisses mit dem Proletariat auf. Einen ähnlichen Prozeß, wenn auch in mehr gemäßigter Form, kann man in der slowenischen Bauernpartei verzeichnen.

4. In den Bauernbünden und -parteien vollzieht sich im Laufe ihrer Tätigkeit, insbesondere wenn sie an der Verwaltung des Landes teilnehmen, eine Klassenschichtung, die zur Bildung linker Strömungen und sogar zur Spaltung führt. Keine nichteinheitliche Bauernpartei ist gegen diesen Zerfalls- und Schwächungsprozeß gesichert. Das geschah mit der polnischen Bauernpartei (Witos), mit der tschechischen Agrarpartei, mit dem bulgarischen landwirtschaftlichen Bund usw. Zweifellos wird auch die Raditschpartei diesem Schicksal nicht entgehen, wenn sie die Periode des harten nationalen Kampfes gegen den serbischen Imperialismus hinter sich haben wird. Entweder werden diese Bünde zu ausgesprochenen Bünden der Wucherbauern mit streng begrenztem Einfluß in der bäuerlichen Mitte, oder aber sie entledigen sich ihrer großbäuerlichen Spitze und behalten als Organisationen der kleinen

und mittleren Bauern ihren Einfluß auf die Massen (z. B. der bulgarische landwirtschaftliche Bund).

5. Die selbständig entstandenen Organisationen der kleinen und mittleren Bauern oder die von den gemeinsamen Bündeln und Parteien abgesplitterten linken Flügel orientieren sich mehr und mehr auf das Proletariat und die kommunistischen Parteien. Aber auch sie sind keine endgültig herauskristallisierten Organisationen, vielmehr zeigen sie in ihrer politischen Tätigkeit große Unbeständigkeit. Sie sind örtliche oder bestenfalls Provinzorganisationen, widerspiegeln örtliche Interessen und Stimmungen und sind untereinander nicht verbunden. Mehr oder minder neigen sie zum IBR, der dann die Verbindung unter ihnen organisiert.

Die Programme der Bauernparteien und -verbände

Die gesellschaftliche Grundlage der Bauernparteien und -verbände ist in den verschiedenen Klassengruppierungen auf dem Dorfe zu suchen. Solche Gruppen sind: die großen Grundeigentümer, die ihr Land verpachten, die Eigentümer großer landwirtschaftlicher Betriebe, die ihre Wirtschaften selbst ausbeuten, die Pächter landwirtschaftlicher Farmen, die großen Bauern, die mittleren Bauern, die kleinen Bauern, die Halbproletarier und die Landarbeiter. In den Bauernparteien und -bünden, die ihrem Charakter nach nicht Klassen-, sondern Standesorganisationen sind, d. h. Organisationen von Leuten, die irgendeine Beziehung zur Landwirtschaft haben, kann man Leute treffen, die zu allen hier aufgezählten Klassengruppierungen gehören. So befinden sich in der spanischen landwirtschaftlichen Föderation neben der überwiegenden Mehrheit der kleinen und mittleren Bauern auch Gutsbesitzer. Der deutsche „Bund der Landwirte“ umfaßt sowohl Großgrundbesitzer wie auch viele mittlere und sogar kleine Bauern. Ebenso verneint weder „Die chorwatische (= kroatische) republikanische Bauernpartei“ noch „Der bulgarische landwirtschaftliche Volksbund“ das Recht der Großgrundbesitzer, Mitglieder dieser Organisationen zu sein!

Die bunte, uneinheitliche soziale Zusammensetzung der Bauernparteien und -bünde ist objektiv möglich infolge des Fehlens scharfer Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen des Dorfes. Und tatsächlich, wenn man einerseits die Gutsbesitzer und andererseits das landwirtschaftliche Proletariat ausschließt, die tatsächlich scharf charakterisierende Klassenmerkmale besitzen, so fließen die anderen Gruppen unmerklich eine in die andere über oder weisen gleichzeitig charakteristische Merkmale zweier oder mehrerer Gruppen auf. Subjektiv erklärt sich jedoch ihre bunte Zusammensetzung aus der Tatsache, daß die höheren landwirtschaftlichen Gruppen, die gewöhnlich die Begründer und Leiter der Bünde sind, infolge ihrer geringen Zahl in den Bündeln keine mächtige Waffe für den politischen Kampf haben könnten, wenn sie nicht die zahlreiche Armee der mittleren und kleinen Bauern und manchmal sogar der landwirtschaftlichen Arbeiter in ihre Reihen einbezögen.

Nur in dem Maße, wie die Klassenschichtung und der Klassenkampf auf dem Dorfe zunimmt, entstehen Bünde mit einheitlicherer sozialer Zusammen-

setzung. Das geschieht entweder durch das Ausscheiden der kleinen (manchmal auch eines Teiles der mittleren) Bauern aus den gemeinsamen in besondere linke Bünde (z. B. die unabhängigen „Domoviny“ in der Tschechoslowakei, einige Bauernbünde in Polen), oder auf dem Wege des Austritts der Großbesitzer- und Wucherelemente aus den gemeinsamen Bündeln (z. B. traten in Bulgarien die Rechten aus dem landwirtschaftlichen Bunde aus), oder durch die Schaffung selbständiger Bünde auf die Initiative der kleinen und mittleren Bauern (in Deutschland, Italien usw.). Das Entstehen solcher Bünde ist ein Beweis für die große Linksschwenkung, die in der letzten Zeit von den arbeitenden Bauernmassen durchlebt wird.

Parallel mit ihrer sozialen Zusammensetzung ändert sich die Ideologie und das Programm der Bauernparteien und -bünde.

Welches ist die Ideologie der standesmäßigen, der sozial heterogenen Organisation? Augenscheinlich ist es die Ideologie der in ihr herrschenden Gruppen. In der spanischen Föderation der Landwirte herrschen feudalkatholische Anschauungen über Gesellschaft und Staat, der deutsche „Bund der Landwirte“ ist von den Ideen Wilhelms II. durchtränkt, und in der Vitospartei (Polen) sowie in der tschechischen Agrarpartei spiegeln sich zweifellos die Interessen und die Begriffe polnischer und tschechischer Wucherbauern wider. Dasselbe sehen wir auch in den Programmen der bäuerlichen Standesbünde: Hinter den allgemeinen, zur Betörung der Kleinbauern dienenden Phrasen über den Schutz der Landwirtschaft und der Landwirte versteckt sich immer ein reales Programm, das den Interessen der großen Landwirtschaft und der Wucherbauern entspricht. Charakteristisch ist der Teil des Programms, der die Agrarfrage betrifft. In Ländern, wo die Agrarreform durchgeführt ist, spricht man von ihr in den Programmen der landwirtschaftlichen Bünde in allgemeiner, sehr vorsichtiger Form; in Ländern, wo sie nicht durchgeführt ist, wird diese Frage im Programm gewöhnlich überhaupt nicht erwähnt. Auf dem Programm der Raditschpartei spielt die Agrarfrage eine zweitklassige, untergeordnete Rolle, tritt gegenüber den Forderungen nationalpolitischen Charakters ganz in den Schatten. Die „Zaranisten“-Partei in Rumänien steht laut ihrem Programm auf dem Boden der von der Bourgeoisie durchgeführten Agrarreform und verfolgt nur ihre „Vervollständigungen“. Keine einzige Bauernpartei und kein einziger Bund verteidigt in dieser Frage die Interessen der landlosen und landarmen Bauern und erstrebt eine endgültige Lösung.

Die Bauernparteien und die gemeinsamen Bünde trachten danach, alle Interessen der Landwirte — die wirtschaftlichen, die gesellschaftlich-politischen und die kulturellen und Bildungsinteressen — zu umfassen. Ihr Rückgrat besteht gewöhnlich aus verschiedenartigen genossenschaftlichen Bauerngemeinschaften — Genossenschaften sind ihre Lieblingsidee. Aber der vereinigende und leitende organisatorische Kern ist die örtliche gesellschaftlich-politische Organisation (in der Tschechoslowakei die „Domoviny“, in Chorwatie (Kroatien) der „Dom“, in Bulgarien die „Druschba“ usw.). In der Macht sehen sie eine mächtige Waffe für die Lösung ihrer Aufgaben, und darum trachten sie danach, die politische Aktivität der unter ihrem Einfluß stehenden Massen zu steigern; politischen Abstentionismus erkennen sie nicht an. Wo sich die Bünde in Händen der Großbesitzer befinden, ist ihre politische Rolle die Unterstützung der konservativen Parteien (Deutschland).

Und dort, wo die reichen Bauern überwiegen, gehen die Bauernparteien und -bünde mit den bürgerlichen Parteien Vereinbarungen ein zwecks gemeinsamen Regierens usw. Jedoch entstehen in Ländern mit schwacher Industrie und ohne Großgrundbesitz, wo die landwirtschaftliche Bevölkerung die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung darstellt, unter den reichen Bauern Bestrebungen zur selbständigen Übernahme der Macht und zu deren Ausnützung. Endlich verwurzelt sich in den linken Bauernorganisationen immer mehr und mehr die Idee des Zusammenwirkens und sogar des Bündnisses mit dem Proletariat für die Arbeiter- und Bauernmacht.

Die Erfahrungen der Bauernmacht in Bulgarien

Stambulijski kann man als Theoretiker der Bauernmacht betrachten. Es gelang ihm sogar, zum Leiter der ersten rein bäuerlichen Regierung zu werden. Aber er hatte das Unglück, das traurige Ende dieser Regierung zu erleben.

Der Hauptbeweggrund für das Leben des einzelnen Menschen sowohl als auch der Gesellschaft ist nach Meinung Stambulijskis der „Selbsterhaltungsinstinkt, der Selbsternährungsinstinkt und der Selbstvermehrungsinstinkt“. Dieser Instinkt zwingt wie die einzelnen Persönlichkeiten so auch ihre soziale Organisation zum Kampfe. Auf diesem Wege entwickelte sich historisch „das Regime der politischen Unterdrückung des arbeitenden Volkes seitens der weltlichen und geistlichen Machthaber, der Könige und der Patriarchen“. Dann begann ein gegenseitiger Kampf zwischen den zwei unterdrückenden Mächten, wodurch diese geschwächt wurden. Dann organisierten sich die Volksmassen „unabhängig von ihrer Besitzlage, ihrer Profession und gesellschaftlichen Stellung“ in „allgemeine revolutionäre Volksorganisationen“ und stürzten das monarchische Regime. Als aber die Aufgabe entstand, eine neue politische Ordnung zu schaffen, ein Regime der „Volksmacht“, da zerfielen die „allgemeinen Volksorganisationen“, und eine jede gesellschaftliche Klasse bildete ihre „Klassenpartei“ zum Schutze ihrer Rechte. Das Ergebnis des Parteikampfes war die „Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte“. Damit war die historische Rolle der Parteien erschöpft, sie wurden überflüssig und schädlich, und es begann ein Zeitalter der „Standesorganisationen“, dieser Kampfesorgane für die Verteilung materieller Güter. Das ist der Sinn der politischen Geschichte der Menschheit nach Stambulijski. Jetzt seien die hauptsächlichlichen „Stände“ die folgenden: Der landwirtschaftliche, der Handwerkerstand, der Lohnarbeiterstand, der Industriestand, der Handelsstand und der Bürokratenstand. Jeder „Stand“ habe das Recht und die Pflicht, sich in seiner Organisation zu organisieren und seine „Standes“interessen zu vertreten. Die Klassenverbindungen seien schwächer als die „Standes“verbindungen; die „Standes“interessen seien mächtiger als die Klasseninteressen; der Großlandwirt stehe seinen Interessen nach dem Kleinlandwirte näher als der kleine Landwirt dem Lohnarbeiter; darum müssen die Klassenorganisationen ihren Platz den „Standes“organisationen abtreten. Die Interessengegensätze innerhalb des gegebenen „Standes“ lassen sich immer durch ein Kompromiß beilegen, während die Interessengegensätze einzelner „Stände“ nur durch den Kampf entschieden werden können. Der gegenseitige Kampf der Stände

schaffe „ein gesellschaftliches Gleichgewicht, Frieden und soziale Gerechtigkeit“. Die nationalen Standesorganisationen vereinigen sich allmählich in „internationale Standesverbände“, deren Aufgabe es sei, die verschiedenen Gewerbe zu heben und zu regulieren und den internationalen Frieden zu sichern. Da „der landwirtschaftliche Stand“ der grundlegende und der zahlreichste sei, so müsse er auch den Staat regieren: es sei gerecht, daß seine Interessen im Staate durchdringen.

Zum Sozialismus verhält sich Stambulijski völlig ablehnend: einerseits verneint er die Realität des Klassenkampfes in unserem Zeitalter, andererseits sieht er in dem sozialistischen Ideal die Verneinung der bewegenden Kräfte des gesellschaftlichen Lebens — der ursprünglichen Instinkte des Menschen.

Das ist die Lehre Stambulijskis. Sie konnte entstehen nur in einem Lande, das ökonomisch rückständig und dessen Bevölkerung vorwiegend landwirtschaftlich ist. Die Dorfbourgeoisie nahm diese Lehre darum an, weil die Standesorganisation das entsprechende Mittel zur Losreißung der bäuerlichen Massen von dem Einfluß der Stadtbourgeoisie und des Stadtproletariats und zur Festigung ihres eigenen Einflusses auf sie war; diese Lehre wurde auch von breiten Bauernmassen aufgenommen, die sich auf ihre Zahl im Lande verließen und hofften, die Macht leicht zu erobern und Vorteile aus ihr zu ziehen.

Die Kriege und mehr noch die Niederlagen, die den Staat desorganisierten, kompromittierten die herrschenden bürgerlichen Parteien, riefen eine Bewegung der Bauernmassen hervor, steigerten bei der Dorfbourgeoisie den Appetit zur Macht und ermöglichten es dem bulgarischen landwirtschaftlichen Bunde, an die Macht zu gelangen. In ihm hatte die Stadtbourgeoisie einen Schild gegen die kommunistische Gefahr gefunden. An die Macht gelangt, begann Stambulijski im Einklang mit seiner Lehre den Kampf mit den „nichtlandwirtschaftlichen Ständen“ um die materiellen Güter. Zuerst erklärte er den Krieg dem „Lohnarbeiterstande“ in der Person der Kommunistischen Partei. Wie ein roter Faden zieht sich dieser Kampf durch die ganze Verwaltung des Landes durch die Bauernpartei, angefangen mit der blutigen Unterdrückung des Eisenbahnerstreiks Ende 1919 bis zu den wilden Exzessen gegen die Kommunisten bei den Wahlen 1923 (mit einem verhältnismäßig kurzen Waffenstillstand 1922). Dann erklärte er den Kampf auch den „bürgerlichen Ständen“: einerseits stellte er die Führer der bürgerlichen Parteien als Kriegsschuldige vor das Gericht; andererseits verletzte er empfindlich die materiellen Interessen einiger kapitalistischer Gruppen durch die Monopolisierung des Getreidehandels zugunsten der landwirtschaftlichen Genossenschaften, sowie durch die Enteignung für öffentliche Zwecke einer Reihe großer Privatgebäude und eines Teiles des Bodens, der hauptsächlich Eigentümern gehörte, die selbst keine Landwirte waren. Dadurch brachte er das Proletariat und die Stadtbourgeoisie gegen sich auf. Was die „häusliche Angelegenheit“, die Verteilung der Güter der Macht unter die verschiedenen Schichten des „landwirtschaftlichen Standes“ betrifft, so begannen bald die armen Bauern zu murren, weil sie sahen, daß der Löwenanteil in die Hände der Wucherbauern geriet, ihnen aber nur die Reste zufielen. Die Macht der Landwirte führte zur Schichtenbildung im Dorfe und im Bunde selbst und zur Steigerung des Klassenkampfes in ihnen. Am Ende der Macht des landwirtschaftlichen Bundes befand sich die Landbourgeoisie schon auf der Suche

nach Versöhnung und Vereinbarungen mit der Stadtbourgeoisie, die armen Bauern aber neigten zum Zusammenwirken mit den Arbeitern. Das Klassenprinzip erwies sich in der Tat stärker als die Theorie „der Standessolidarität“. Vor die Prüfung gestellt, wurde diese Theorie bankrott.

Seine Macht begründete Stambulijski erstens auf den Glauben an die wunderwirkende Kraft der von den realen Kräften der Massen losgerissenen „volksherrschaftlichen“ Institute, der Ministerien, des Parlaments, der Gemeinde-Selbstverwaltung usw. (bei der deutlichen Drohung mit einem weißgardistischen Umsturz unternahm er nichts Ernstes weder um die Unterstützung der Armee für sich sicherzustellen noch um die Volksmassen zu bewaffnen); zweitens auf die zahlenmäßige Vorherrschaft der bäuerlichen Bevölkerung. Stambulijski begriff nicht die elementare Wahrheit, daß der Staat in seiner jüngsten Form auch in einem vorwiegend bäuerlichen Lande nur durch die Städte regiert werden kann, wo die kommandierenden Positionen — die Armee, der staatliche Gewaltapparat, die Industrie und die Banken, die Verkehrsmittel usw. — konzentriert sind, und daß die über Wälder und Felder zerstreute bäuerliche Bevölkerung, sei sie auch noch so zahlreich, nicht imstande sein würde, die Macht nur mit ihren eigenen Kräften zu behaupten.

Die Lehren der Bauernregierung in Bulgarien lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Eine feste selbständige Bauernmacht ist im modernen Staate unmöglich.
2. Die Macht der Bauernparteien steigert die klassenmäßige Schichtenbildung im Dorfe und in den Parteien selbst und verstärkt den Klassenkampf in ihnen, und infolgedessen zerfallen diese Parteien als sozial heterogene Organisationen in einheitlichere.
3. Die bäuerlichen werktätigen Massen können die Macht in ihren Händen behalten nur durch ein Bündnis mit dem Stadtproletariat; der Stadt gehört die Rolle der Avantgarde der großen Arbeiter- und Bauernarmee.

Diese Lehren wurden sowohl von der Dorfbourgeoisie wie auch von den armen Bauernmassen im landwirtschaftlichen Bunde beherzigt. Die bürgerliche Spitze hat sich schon von dem Bunde gespalten und ist auf die Seite der Stadtbourgeoisie übergetreten, und die Kleinbauern reichen die Hand dem Stadtproletariat.

Bestrebungen zur internationalen Vereinigung der Bauern

Schon vor dem Kriege zeigte sich das Bestreben nach internationaler Vereinigung; der Grund dafür lag in dem Interesse der Landwirte einiger Länder, die Brotpreise auf dem internationalen Markte zu regulieren. Einen weiteren Antrieb bekam dieses Bestreben insbesondere seit der Gründung des internationalen Agrarinstituts in Rom. Auf das Zustandekommen einer ähnlichen Bestrebung hatte zweifellos das Beispiel der Arbeiter eingewirkt. Bis zum Kriege gab es jedoch keine ernsten Versuche in dieser Richtung.

Nach dem Kriege verstärkte sich naturgemäß dieses Bestreben und führte zu zahlreichen und mannigfaltigen Versuchen, die ein gewisses Ergebnis zeitigten. Dabei verfolgten alle diese Versuche, mochten sie auch noch so sorgfältig mit rein wirtschaftlichen Zwecken bemäntelt sein, ausgesprochen

politische Aufgaben. Das elementare politische Erwachen der Bauern und ihre schnelle Revolutionierung waren Tatsachen von so riesiger internationaler Bedeutung, daß sie nicht umhin konnten, eine entsprechende Initiative bei den Interessenten wachzurufen. Einen solchen Versuch machte Dr. Heim, der Führer der bayerischen Großgrundbesitzer, der sich sofort nach der Revolution 1918 an den reaktionären Führer der schweizerischen reichen Bauern, Dr. Laur, mit dem Vorschlag wandte, einen internationalen Damm gegenüber der sich erhebenden bolschewistischen Welle zu errichten; dieser Versuch, der nachher von den französischen Agrariern wiederholt wurde, zerschellte an dem scharfen Antagonismus zwischen den französischen und deutschen herrschenden Klassen. Die zweite Initiative ging von den katholischen Führern der spanischen Bauernschaft aus; sie stellte sich zur Aufgabe die Vereinigung der katholischen Bauernbünde aller Länder; ihr Erfolg war noch unbedeutender: die Religion erwies sich als eine zu beschränkte und ungenügend solide Grundlage für den Bau einer internationalen antibolschewistischen Kampforganisationen. Den dritten Versuch unternahmen die Bauernbünde der slawischen Länder; der Initiator war Stambulijski; es kam zur Gründung des Internationalen Agrarbureaus für slawische Länder in Prag; in diesem Bureau vereinigte sich eine Reihe Bauernbünde und -parteien der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Bulgariens und der Emigranten — „Rußlands“.* Später, im Herbst 1923, erfolgte die Gründung des Internationalen Bauernrats in Moskau, dem sich sofort eine große Anzahl von Bauernbünden, nicht nur der meisten Länder Europas, sondern auch anderer Kontinente und Kolonien anschloß. Der letzte der Reihe nach ist der Versuch Dr. Laurs, der im Auftrage der Konferenz der Bauernführer, die während der letzten Session des internationalen Agrarinstituts in Rom stattfand, im Oktober 1924 nach der Schweiz eine internationale Kommission einberief, die dann auch das Statut der künftigen landwirtschaftlichen Internationale ausarbeitete; die Anwesenheit unter den Initiatoren der konservativsten und reaktionärsten Bauernführer Spaniens, Frankreichs, Englands, Ungarns, der Tschechoslowakei usw. zeigt klar die politische Färbung dieser Organisation; übrigens genierte sich der ungarische Delegierte von Blaskowitsch nicht, bei der Beratung des Statuts zu erklären, daß die Hauptsache der Kampf gegen die bolschewistischen Tendenzen in der Bauernbewegung sei.

Wenn man die Versuche und die Anfänge der internationalen Vereinigungen betrachtet, so kann man sie in drei Kategorien einteilen. In der ersten Kategorie — der Versuch Dr. Heims, der spanischen Popen und Dr. Laurs — haben wir die Bemühungen der Agrarorganisationen und der konservativen Parteien, den politischen Status quo, d. h. die Herrschaft des großen Grundbesitzes, der großen Landwirtschaft und des großen Bankkapitals in dem erwachenden Dorfe zu erhalten: Das Dorf soll auch künftig die agrarische Vendee bleiben, die Stütze der alten Ordnung, der jede neue Regung fremd ist; wenn die letzte Initiative Dr. Laurs von Erfolg gekrönt sein sollte, so wird sich die künftige Organisation mit Recht die Schwarze Internationale nennen können. Der Prager Versuch hat einen etwas anderen Sinn. Die reichen Bauern in den slawischen Agrarländern, die bis zum Kriege eine untergeordnete Rolle in der Politik gespielt hatten, sind bestrebt, einerseits die zer-

* Bund „Der russische Landwirt“, der die russischen „Landwirte“ in der Tschechoslowakei vereinigt.

schlagenen und kompromittierten Parteien der Stadtbourgeoisie aus dem Dorfe zu verjagen, andererseits das Eindringen des Bolschewismus in dasselbe zu verhüten und auf diese Weise die politischen Herren über die kleinen und mittleren Bauern zu werden. Das internationale Agrarbureau oder die Grüne internationale stellt sich zur Aufgabe, zur Verteilung der politischen Kräfte im Dorfe beizutragen. Vom Standpunkte der schwarzen Internationale aus ist sein Werk schädlich und in einem gewissen Sinne „revolutionär“ (die bulgarische Bourgeoisie nannte Stambulijski einen „Bolschewik“); vom Standpunkte der revolutionären Schwenkung der Bauern aus ist er aber konterrevolutionär. Insoweit die Wucherbauern den Kampf gegen die Stadtbourgeoisie führen, fördern sie objektiv die Linksschwenkung der bäuerlichen Massen; insofern sie aber gegen den kommunistischen Einfluß kämpfen, müssen sie eine Annäherung an die bürgerlichen Parteien suchen. Das ist die gegensätzliche und unstete Rolle der Grünen Internationale. Darum ist ihr Einfluß höchst begrenzt. Mit der Verstärkung der internationalen Gefahr seitens des Bolschewismus wird sie sich der Schwarzen Internationale nähern, wird selbst eine solche werden. Schon jetzt kann man in einigen Ländern die Sympathien der Großbauern zur Schwarzen Internationale feststellen, und überhaupt besteht zwischen den Organisationen, die zu einer von diesen beiden Internationalen hinneigen, keine scharfe Klassengrenze. Endlich drückt der Internationale Bauernrat die Bestrebungen der armen Bauernmassen aus zur Befreiung nicht nur vom Joche der Gutsbesitzer und der Großbourgeoisie, sondern auch von der Ausbeutung und Bevormundung seitens der Dorfbourgeoisie. Wie aber die Erfahrungen Rußlands, die Erfahrungen Bulgariens usw. gezeigt haben, können die Bauern diese Aufgabe nur mit ihren eigenen Kräften nicht lösen, sie bedürfen dazu der Hilfe der Klassenverbündeten in der Stadt, und diese können nur die Arbeiter sein. Darum ist die Hauptlosung des Internationalen Bauernrats das Bündnis zwischen den werktätigen Bauern und den Arbeitern zur Eroberung der Macht und zur Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die die Agrarfrage radikal lösen, die Steuerlast der armen Bauern erleichtern und den Militarismus vernichten wird usw. So stellt denn der Internationale Bauernrat die Rote Bauerninternationale dar.

Die nächsten Perspektiven und Schlußfolgerungen

Die nächsten Perspektiven des Dranges der Bauern zur politischen Organisation und die Schlußfolgerungen aus jenen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das durch den Krieg und seine Folgen hervorgerufene politische Erwachen des Dorfes wird sich auch in Zukunft weiterentwickeln; die verstärkte Klassendifferenzierung im Dorfe und der daraus entstehende verschärfte Klassenkampf wird das Interesse der Massen an der Politik ständig steigern, wird sie in den politischen Kampf hineinbeziehen; es besteht kein Grund, anzunehmen, daß es den herrschenden Klassen gelingen wird, das Bauerntum zum politischen Indifferentismus zurückzubringen, seinen alten konservativen Geist neu zu beleben und ihn wieder in die feste Stütze „der Ordnung, des Eigentums und des Vaterlandes“ zu verwandeln.

2. Die politische Aktivisierung des Dorfes wird sich in Organisationsbestrebungen ausdrücken. Auch künftig werden die Bauern überall fortfahren, sich zu organisieren. Dieses Bestreben ist in kapitalistischen Ländern und im Osten ein revolutionärer Faktor, der von den Kommunistischen Parteien beachtet werden muß; die letzteren müssen die Organisation der Bauernmassen nicht nur nicht stören, sondern sie fördern.

3. Der schon begonnene Zerfall der einheitlichen landwirtschaftlichen Standesbünde und -parteien wird auch künftig andauern. Er ist das Ergebnis der im Dorfe vor sich gehenden Klassendifferenzierung. Objektiv ist er unvermeidlich und revolutionär. Die kommunistischen Parteien müssen diesen Prozeß fördern, ihre Taktik aber wird von den konkreten Bedingungen jedes einzelnen Falles abhängig sein. Die kommunistische Taktik muß entweder die Verjagung der Dorfbourgeoisie aus den landwirtschaftlichen Bünden und -parteien erleichtern oder die Ausscheidung der armen und nach Möglichkeit der mittleren Bauern aus ihnen in unabhängige Organisationen fördern.

4. Auf diesem oder jenem Wege werden in den Orten und Provinzen linke, vorwiegend aus armen und unterdrückten Bauern bestehende Bünde entstehen. Bei der großen Verschiedenheit der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse der einzelnen Provinzen werden diese Bünde in den meisten Fällen ohne gemeinsame Verbindung bleiben. Diese Verbindung wird in der ersten Zeit der Internationale Bauernrat schaffen. Die Kommunistische Partei in jedem Lande, die mit ihnen am engsten in Berührung kommt und sich über ihre Erfolge freut, könnte am besten den politischen Kampf dieser Organisationen vereinigen und ihn mit dem Kampfe des Proletariats verbinden. Hier eröffnen sich für die kommunistischen Parteien weite Perspektiven.

5. Die Linksschwenkung des Bauerntums wird auch in Zukunft fort dauern. Seine Unzufriedenheit mit der Politik nicht nur der Gutsbesitzer und der kapitalistischen Parteien, sondern auch mit der Politik der Großbauernbünde wird sich steigern. Immer mehr wird sein Drang zum Proletariat und zu den kommunistischen Parteien wachsen. In dieser Hinsicht wird der Einfluß der Union der SSR und des Internationalen Bauernrates ein ungeheurer sein. Das umreißt auch die Aufgaben der kommunistischen Parteien. Die Arbeit unter den Bauernmassen und -organisationen muß zur Hauptfrage werden. Zur Durchführung dieser Arbeit wird man einen speziellen Apparat schaffen und die geeignetsten Methoden studieren müssen. Mit den sozialdemokratischen Traditionen muß man entschieden brechen. Die Agrarfrage, die nationale Frage und die Lage der Bauern müssen zum Gegenstand des sorgfältigsten Studiums werden.

6. Aber wenn das alles auch getan sein wird, unter dem kapitalistischen Regime werden die Bauernbünde als Massenorganisationen nicht kommunistisch werden. Sie werden eine Anti-Gutsbesitzer-, eine antikapitalistische, eine antiimperialistische und eine gegen die nationale Unterdrückung gerichtete Politik treiben; darin besteht eben ihre revolutionäre Rolle. Die Schaffung kommunistischer bäuerlicher Massenbünde — das ist eine gefährliche Illusion; sie würde die Stärkung des Einflusses der kommunistischen Parteien im Dorfe nur stören. Unter dem kapitalistischen Regime sind die Kleinbauern und die Arbeiter zwei objektiv verbündete Klassen, die der Kampf gegen den gemeinsamen Feind vereint. Während aber das Proletariat

die aufsteigende Klasse ist, die gemäß ihrem Klassenwesen die Gesellschaft geschichtlich umwandeln wird, sind die Kleinbauern eine Klasse ohne geschichtliche Zukunft: Auch in der Landwirtschaft wird nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat die private Kleinproduktion der gesellschaftlichen Produktion unbedingt Platz machen. Darum schafft das Proletariat die historische — die kommunistische — Partei mit dem Programm einer neuen Gesellschaftsorganisation, während die Kleinbauern eine ähnliche Partei nicht schaffen können, und die Programme ihrer politischen Bünde und Parteien über die unmittelbaren Nöte und Interessen nicht hinausgehen. Das Bündnis der Arbeiter und Bauern baut sich auf auf der gemeinsamen, eng verknüpften und nicht gegeneinander gerichteten Beschaffenheit ihrer konkreten und unmittelbaren Interessen, deren Schutz und Befriedigung nur möglich ist durch den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Nach dem Siege und der Sicherung der Arbeiter- und Bauernmacht tritt das Bündnis der Arbeiter und Bauern in eine neue Phase.

M. POKROWSKI :
 DER TROZKISMUS UND „DIE EIGENTÜMLICHKEITEN DER GESCHICHTLICHEN ENTWICKLUNG RUSSLANDS“

Vor etwa drei Jahren befanden sich die Hörer unserer kommunistischen Universitäten in großer Aufregung. Sie waren gewohnt, marxistischen Lehrbüchern der russischen Geschichte zu entnehmen, daß die sozialistische Entwicklung Rußlands sich auf dem gleichen Wege vollzog wie in den Ländern Westeuropas, daß der russische Absolutismus in gleichem Maße wie der westeuropäische Absolutismus des XVI. bis XVIII. Jahrhunderts ein Vollzugsausschuß der Großgrundbesitzer und des Großhandelskapitals war, daß das Schicksal dieses Absolutismus letzten Endes durch die Entwicklung des russischen Kapitalismus bestimmt wurde und somit von der „gesellschaftlichen Entwicklung Rußlands“ abhing.

Da erschien das Buch des Gen. Trotzki „Die russische Revolution 1905“, und die Studenten fanden dort schwarz auf weiß die Behauptung, der Absolutismus hätte in Rußland „entgegen der gesellschaftlichen Entwicklung“ existiert, er wäre in Rußland zu einer „über der Gesellschaft stehenden Organisation, die sich als Selbstzweck dünkt“, geworden, er wäre durchaus nicht auf der Grundlage eines Frühkapitalismus der Epoche der „ursprünglichen Akkumulation“ entstanden, sondern auf einer „primitiven ökonomischen Grundlage“ (die weiter als eine „sich selbst genügende Naturalwirtschaft“ erläutert wird), und der russische Staat hätte, um ihn zu schaffen, „die Entwicklung der eigenen ökonomischen Verhältnisse überholen müssen“. Mit einem Wort, das Gegenteil von dem war richtig, was die marxistischen Historiker erzählt hatten. Auf die Frage, die sich den kommunistischen Studenten naturgemäß aufdrängte, auf welchem Boden denn der Absolutismus eigentlich groß geworden war, wenn er von der gesellschaftlichen Entwicklung nicht abhing und die ökonomischen Verhältnisse überflügelte, konnte man auf der ersten Seite folgende Antwort finden: „Bei der verhältnismäßig geringen Entwicklung des internationalen Handels spielten die zwischenstaatlichen militärischen Beziehungen eine entscheidende Rolle. Der soziale Einfluß Europas kam in erster Linie durch die Kriegstechnik zur Geltung.“ Nicht der Kapitalismus trieb die Entwicklung des russischen Staates vorwärts, sondern umgekehrt: der russische Absolutismus „verpflanzte eifrig den Kapitalismus“ für seine militärpolitischen Zwecke. „Der russische Staat war gezwungen, um den besser gerüsteten Feinden standhalten zu können, Industrie und Technik bei sich (1) einzuführen.“

Kurzum, die erste und grundlegende Eigenart der historischen Entwicklung Rußlands bestand darin, daß, während überall in der Welt die Wirtschaft die Politik befahlte, in Rußland das Gegenteil der Fall war.

Man wird verstehen, daß die kommunistischen Studenten allen Grund hatten, sich zu wundern.

Es ist nur natürlich (Trotzkis Autorität war 1922 noch sehr groß), daß sie sich nicht ohne Zorn an ihre Geschichtsprofessoren wandten: „Was erzählt ihr uns für Sachen. Lest, was Trotzki schreibt: die Dinge lagen ganz anders.“

Man war genötigt, zu erklären und sich auszusprechen. Das Nahe-liegendste, was einem in den Kopf kommen konnte, war, daß Gen. Trotzki, der seit einer Reihe von Jahren an der Spitze des Militärwesens in Sowjet-rußland stand, sein „Fachgebiet“ überschätzt hatte, und daß bei ihm die Kriegstechnik daher (wenigstens in bezug auf Rußland) als die Haupttrieb-feder der Geschichte erschien. Wer so dachte, wurde jedoch bald vom Gen. Trotzki durch seine Antwort auf die erste, an seinem Buch „1905“ geübte Kritik eines besseren belehrt. Er sagt uns dort: „Das einleitende Kapitel über die Eigentümlichkeiten der geschichtlichen Entwicklung Rußlands“ er-schien „zum erstenmal in russischer Sprache in meinem 1907 in Petersburg veröffentlichten Buch ‚Unsere Revolution‘.“ (S. S. 224.) „Die Vorarbeiten zu diesem Kapitel machte ich im Laufe des Jahres 1905 und später 1906 (im Gefängnis). Die Abfassung dieses Kapitels war durch das Bestreben ver-anlaßt, die Losung von der Eroberung der Macht durch das Proletariat, die den Losungen einer bürgerlich-demokratischen Republik und einer demo-kratischen Regierung des Proletariats und der Bauernschaft entgegengesetzt wurde, historisch zu begründen und theoretisch zu rechtfertigen.“

Hieraus erfuhr somit der Leser, daß die Theorie des russischen historischen Prozesses beim Gen. Trotzki durchaus nicht die Sache eines Zufalls* war, sondern von ihm ausgearbeitet worden war als eines der Kampfmittel gegen den Leninismus („die Losung einer demokratischen Regierung des Prole-tariats und der Bauernschaft“). Dieser Theorie wurde eine so große Be-deutung beigemessen, daß es ohne sie „auch jetzt nicht möglich ist, die Ok-toberrevolution richtig zu verstehen. Um so weniger vermochte man sie vor nahezu zwei Jahrzehnten in ihrer inneren sozialen Mechanik vorauszu-schauen“.**

Somit bildet die historische Theorie Trotzki, wie er selbst erklärt, einen der grundlegenden Teile des Trotzkiismus. Die Genossen werden jetzt ver-standen, was uns veranlaßt, an die scheinbar akademischen Auseinander-setzungen in der „Krasnaja Nowj“ und „Prawda“ vor fast drei Jahren zu erinnern.

In der an seinen Kritiker gerichteten Erwiderung entwickelte und begrün-dete der Gen. Trotzki seine Theorie. Es wird daher bequemer sein, sie jetzt an Hand dieses Artikels, betitelt: „Über die Eigentümlichkeiten der geschicht-lichen Entwicklung Rußlands“, darzulegen, der seit der 2. Auflage als Sonder-beilage allen Auflagen von „1905“ beigelegt wird.

Sieht man bei dieser Antwort über die gereizten Ausfälle gegen den Gegner und eine Reihe polemischer Abweichungen hinweg, so wird die Sache im wesentlichen etwa auf das Folgende hinauslaufen.

* In dem ersten, aus der Feder des Verfassers stammenden kritischen Aufsätze kam der unehrerbietige Gedanke zum Ausdruck, die Theorie wäre einfach bürgerlichen Schriften entnommen. Diese, wie wir weiterhin sehen werden, sehr glaubwürdig er-scheinende Vermutung rief die höchste Entrüstung des Gen. Trotzki hervor.

** S. den Artikel „Ein Schiff, das kein Schiff, sondern ein Schleppkahn ist“ in der „Prawda“ vom 7. Juli 1922. Vom Gen. Trotzki in Sperrdruck hervorgehoben. Die Hin-weise auf das Buch „1905“ führen wir nicht besonders an, da es jedermann zur Hand hat

Im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung Westeuropas stand in der Epoche des Überganges vom Feudalismus zum Kapitalismus — die Stadt.

„Das zünftige Handwerk bildete das Fundament mittelalterlicher städtischer Kultur, deren Ausstrahlungen bis ins Dorf drangen: Die Wissenschaft des Mittelalters, die Scholastik, die Reformation ist erstanden auf dem Boden der Innungen. Bei uns war dies nicht der Fall. Gewiß kann man Keime, Symptome, Anzeichen auch bei uns finden; im Westen waren dies jedoch nicht bloß Anzeichen, sondern eine machtvolle wirtschaftlich-kulturelle Formation mit einem zünftigen Handwerk als Fundament. Auf die Zünfte stützte sich die europäische Stadt des Mittelalters, gestützt auf sie wuchs die Stadt, nahm den Kampf gegen die Kirche und den Feudalismus auf und reichte der Monarchie die Hand gegen den Feudaladel. Diese selbe Stadt schuf auch in der Feuerwaffe die technischen Voraussetzungen für ständige Heere.“

Lagen die Dinge in Rußland ähnlich? „Die europäische Stadt war eine solche der Zünfte und Gilden. Unsere Städte dagegen waren in erster Linie Mittelpunkte der Verwaltung und des Militärs, mithin Verbrauchs- und nicht Erzeugungszentren. Das Innungswesen im Westen bildete sich bei einem verhältnismäßig hohen Stand wirtschaftlicher Entwicklung, als alle grundlegenden Prozesse der Bearbeitungsindustrie sich vom Ackerbau getrennt, sich zu selbständigen Handwerken entwickelt, ihre Organisationen, ihren Mittelpunkt, die Stadt, ihren eigenen, festen Markt, wenn auch zunächst einen beschränkten (Gau- bzw. Bezirksmarkt) geschaffen hatten. Der europäischen Stadt lag somit im Mittelalter eine verhältnismäßig weit fortgeschrittene Differenzierung der Wirtschaft zugrunde, die geregelte Wechselbeziehungen zwischen dem Zentrum, der Stadt, und ihrer landwirtschaftlichen Peripherie zur Folge hatte. Unsere wirtschaftliche Rückständigkeit fand dagegen ihren Ausdruck zunächst darin, daß das Handwerk, ohne sich vom Ackerbau zu trennen, die Form der Heimarbeit beibehielt. Wir haben hier mehr Gemeinsames mit Indien als mit Europa, wie denn überhaupt unsere Städte im Mittelalter mehr mit den asiatischen als mit den europäischen gemein hatten, so wie unser Absolutismus, eine Zwischenform zwischen dem europäischen Absolutismus und der asiatischen Despotie, so manchen ähnlichen Zug mit der letzteren aufzuweisen hatte.“

Wir lassen die Parallele zwischen Europa und Indien beiseite. Ich habe Indien nicht besonders studiert. Leute, die es genauer studiert haben, schildern das Land ein wenig anders, als es dem Gen. Trotzki erscheint. „Indien ist das Land der handwerklichen Produktion“, schreibt der eine von ihnen. „Die handwerklichen Erzeugnisse Indiens waren einst sehr berühmt und wurden in großen Mengen nach Europa ausgeführt. Besonders geschätzt waren indische Webstoffe, Juwelier- und Metallwaren. Noch am Ende des XVIII. Jahrhunderts war Indien, an Europa gemessen, ein Industrieland, exportierte Fertigwaren und importierte Rohstoffe (hauptsächlich Metalle). Die Entwicklung der billigen maschinellen Herstellung in England tötete jedoch in kurzer Zeit und unwiederbringlich das Kunstgewerbe Indiens.*

* S. den Aufsatz „Indien“ von L. Krziwicki in der Enzyklopädie von Granat, Bd. XXII, S. 13 der Beilage „Sozialwirtschaftlicher Rückblick auf Indien“. Der Band erschien während des Krieges, sodaß dieser Artikel eines der neuesten Auskunftsmittel bildet.

Auch die Ausländer, die das moskowitzische Rußland im XVII. Jahrhundert besuchten, gewannen einen anderen Eindruck von der russischen Stadt und ihrer Bevölkerung, der erheblich von den Darstellungen abweicht, die Gen. Trotzki bei bürgerlichen Historikern vorfand. Diese Ausländer zählten in Moskau bis zu 40 000 Läden, allerdings sehr kleine, reine Handwerkerläden, aber dies beweist ja gerade die starke Entwicklung des Moskauer Handwerks. Tanner, der 1689 Moskau besuchte, schildert es als eine nur von Handwerkern bewohnte Stadt. Ihre Zahl war sehr groß in Belgorod, dem von einer weißen Mauer umgebenen Stadtzentrum (daher der Name Belokammennaja — Stadt der weißen Mauer), wo ein jeder im Fenster einen Gegenstand hängen hatte, der auf sein Handwerk hinwies: beim Schuster hing ein Stiefel, beim Schneider hingen verschiedene Stoffreste aus usw. Belgorod übertraf an Größe den Kreml und Kitaigorod („Chinesenstadt“, ein Stadtteil Moskaus) um das Fünffache. Dies war sozusagen die Handwerkeraristokratie: die kleinen Handwerker lebten in Skodorom, einem holzumfriedeten Vorort Moskaus. Hier gab es Marktplätze, wo man alles, was man brauchte, kaufen konnte, einschl. fertiger Kleider und fertiger Häuser. Besonders geschätzt waren jedoch die Moskauer Juweliersachen und Lederwaren: wir finden diesbezüglich bei verschiedenen Reisenden des XVII. Jahrhunderts die verschiedenartigsten Lobsprüche, und der berühmte Olearius beispielsweise, der sich 1634 bis 1636 in Moskau aufhielt, läßt sich herab, zuzugeben, daß die Moskauer Juweliere nicht schlechter als die deutschen arbeiten, was er durch die „Affen“fähigkeiten der Moskowiter erklärt. Eine Erklärung, durch die die Tatsache nicht aus der Welt geschafft wird. Nebenbei bemerkt, waren die Juweliere („Silberschmiede“) in Moskau als Innung organisiert und arbeiteten unter der Aufsicht ihrer „Ältermänner“. Eine andere Moskauer Innung war die der Kirchenmaler; bei ihnen wurde sogar das „Meisterstück“ gefordert.

Die moskowitzische Stadt, als ausschließliches Verbrauchszentrum, ist gleichfalls eine Erfindung bürgerlicher Historiker. Sie benötigten sie, wie wir weiter sehen werden, zur Bekräftigung ihrer Vorstellung. In Wirklichkeit waren Nowgorod und Pskow bereits im XIV. bis XV., Moskau, Wologda, Nishni-Nowgorod im XVI. bis XVII. Jahrhundert große Handelszentren. Die Bourgeoisie, von der es dort wimmelte, war auch politisch von Bedeutung und spielte eine Rolle gerade im Kampfe gegen den Feudaladel. Iwan der Grausame leitete seinen Terror gegen die Bojaren mit einem an die Moskauer „Gäste“ (die Groß- und Engroshändler), die Kaufleute (Krämer) und an die „gesamte rechtgläubige Christenheit der Stadt Moskau“, d. h. an diese selben Moskauer Handwerker gerichteten Aufruf ein, von denen soeben die Rede war. Zu Anfang des nächsten, XVII. Jahrhunderts, setzten diese Kaufleute und Handwerker — „Schuster und Kuchenbäcker“, wie ein Ausländer sie verächtlich nennt — Wassili Schuisky auf den Thron. Auch die Streljzy („Schützen“), deren Aufstand Peter I. niederzuringen hatte, waren Kleinhändler und Handwerker.

Kurzum, diese krasse Gegenüberstellung zwischen der russischen und westeuropäischen Stadt bei dem Gen. Trotzki birgt eine außerordentliche Übertreibung und „Vereinfachung“ in sich. Gewiß, das Moskau des XVI. bis XVII. Jahrhunderts war nicht Florenz oder Antwerpen ähnlich (obgleich es, wie ein englischer Reisender des XVI. Jahrhunderts, Fletcher, behauptet.

„ein wenig größer als London“ war) — aber der Typ der altrussischen Stadt war der gleiche wie der der westeuropäischen Stadt des Mittelalters. Dieser Typ gelangte bei uns nicht zu so üppiger Blüte wie im Westen. Weshalb? Weil das Handelskapital, das sich in Rußland später als im Westen gebildet, aber rascher entwickelt hatte, unser städtisches Handwerk schon in den Windeln abgewürgt und es bereits seit dem XVII. Jahrhundert in ein System der Hausproduktion verwandelt hatte.*

Wo bekamen wir aber das Handelskapital her, wenn wir keine Städte besaßen? An dieser Frage konnte auch Gen. Trotzki nicht vorübergehen. Die Erklärung, die er gibt, ist so bemerkenswert, daß es sich verlohnt, bei ihr einen Augenblick zu verweilen. Gen. Trotzki führt nicht nur die Entwicklung des russischen Absolutismus, sondern auch das Erscheinen des russischen Kapitalismus auf die gleiche „Primitivität“ und Rückständigkeit zurück. „Die, mindestens räumlich, starke Schwungkraft des russischen Handels im XVI. Jahrhundert . . . erklärt sich gerade aus der außerordentlichen Primitivität und Rückständigkeit der russischen Wirtschaft . . . Bei unseren unermesslichen Entfernungen und der geringen Bevölkerungsdichte (auch ein ausreichend objektives Kennzeichen von Rückständigkeit!) setzte der Warenaustausch die Vermittlerrolle eines überaus großzügigen Handelskapitals voraus.“

Auf Grund dieser Theorie wäre die Voraussetzung, zum Mittelpunkt des Handelskapitalismus der Welt zu werden, besonders für Island gegeben, wo auf 40 000 engl. Quadratmeilen weniger als 100 000 Köpfe entfallen (2,4 Personen pro Quadratmeile), oder noch besser für Grönland, wo eine Bevölkerung von insgesamt 14 000 Köpfen eine Fläche von 47 000 engl. Quadratmeilen bewohnt. Es ist nur natürlich, daß die Theorie eines Anwachsens des Kapitalismus aus dem Nichts den Gen. Trotzki selbst nicht befriedigt, und er beeilt sich, zu dem Einfluß des westlichen Kapitals überzugehen, das „bei uns den Handelsumsatz vorwärtstriebe“. Da der Gen. Trotzki jedoch nicht in der Lage ist, Fälle eines solchen „Vortreibens“ für die älteste Zeit nachzuweisen (solche Fälle hat es gegeben, nur ist es bezeichnend, daß sie in absteigender Progression vorkamen: im XVI. Jahrhundert war das ausländische Kapital bei uns einflußreicher als im XVII. Jahrhundert), so bleibt letzten Endes nichts anderes übrig als zum „Ausgangspunkt zurückzukehren“ unter Anrufung der Allmacht des gleichfalls aus dem Nichts entstandenen Absolutismus. Es wurde sein Geschick, eine „historische Waffe bei der Kapitalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands“ zu werden. Er, der Absolutismus, und nicht das aus dem Nichts entstandene Handelskapital, hatte „gegen die Wildheit, die Armut und Zerrissenheit des Landes zu kämpfen, dessen einzelne Teile ein selbständiges wirtschaftliches Leben führten.“ Kurzum, sogar aus „dem Beispiel der systemlosen und barbarischen Tätigkeit der russischen Selbstherrschaft kann man ersehen, welche ungeheure Rolle die Staatsgewalt auf rein wirtschaftlichem Gebiet spielen kann, wenn sie im großen und ganzen in der Richtung der historischen Entwicklung arbeitet“.

* Man erkennt das am Beispiel des berühmten „russischen Leders“, dessen Ruhm bereits über 200 Jahre alt ist. Um 1650 herum betrug die Ausfuhr nach dem Auslande 5 Millionen heutiger Goldrubel, wobei das Leder zwecks Verarbeitung aus Polen und der Ukraine eingeführt wurde. Es war dies bereits ein rein kapitalistisches Unternehmen.

Es „wurde der Zarismus mit Hilfe der europäischen Technik und des europäischen Kapitals zum größten kapitalistischen Unternehmer, zum Bankier und Inhaber der Eisenbahnen, Schnapsläden“.

Wir wollen auf die „Vereinfachungen“ auch dieser Charakteristik nicht näher eingehen. Das Unternehmertum des Staates beschränkte sich in der vorrevolutionären Epoche auf einige Kronfabriken, die keinen Gewinn abwarfen, d. h. keine kapitalistischen Unternehmungen waren. Ein staatliches Eisenbahnmonopol bestand bis zur Revolution in keiner Weise; fast ein Drittel der Eisenbahnen (20 000 von 64 000 Werst des Gesamtnetzes) war in privaten Händen. Auf das Schnapsmonopol verzichtete der Zarismus selbst drei Jahre vor seinem Sturz und tat dies der einheimischen Bourgeoisie zu Gefallen, die man für die zeitweilige Sperrung der Grenzen und der Verteuerung der Produktionsmittel durch Ausdehnung des Innenmarktes entschädigen mußte, was natürlich nicht gerade von der Macht des Absolutismus gegenüber dem Privatkapital zeugt.

Wir gehen auf all das nicht näher ein und befassen uns mit dem Schema, so wie es ist. Da Gen. Trotzki in der russischen Geschichte keine Industrie- bzw. Handwerkerstadt ausfindig machen konnte, die ihm als notwendige Stufe zur „natürlichen“ Entwicklung des Kapitalismus hätte erscheinen können, mußte er die „übernatürliche Methode“ der Entwicklung des Kapitalismus durch den Absolutismus zu Hilfe nehmen.

Hierbei sind zwei Momente charakteristisch:

1. Die Rolle der Stadt im gesamten System; alles geht von diesem Zentrum aus; ist keine Stadt vorhanden, oder ist sie schwach, so steht man vor einer Leere, die um jeden Preis ausgefüllt werden muß.

2. Zur Auffüllung der entdeckten Leere dient der Staat, wobei die Lehre vom allgewaltigen Staat, dem Schöpfer des Kapitalismus, mit der größten Leichtigkeit übernommen wird.

Beide Momente sind deshalb bezeichnend, weil sie vor uns die soziale Grundlage des gesamten Systems aufdecken. Nicht die soziale Grundlage des russischen historischen Prozesses, sondern die soziale Grundlage der Geschichtstheorie des Trozismus.

Kam der Kapitalismus in Westeuropa in der Tat aus der Stadt? Der Leser kann beruhigt sein; ich beabsichtige nicht, große historische Ausgrabungen vorzunehmen. Ich will nur daran erinnern, wie Marx und die Marxisten zu dieser Frage standen.

„Das Vorspiel der Umwälzung, welche die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise schuf, ereignet sich im letzten Drittel des XV. und den ersten Dezennien des XVI. Jahrhunderts. Eine Masse vogelfreier Proletarier ward auf den Arbeitsmarkt geschleudert durch die Auflösung der feudalen Gefolgschaften, die, wie Sir James Steuart richtig bemerkt, ‚überall nutzlos Haus und Hof füllten‘. Obgleich die königliche Macht, selbst ein Produkt der bürgerlichen Entwicklung, in ihrem Streben nach absoluter Souveränität die Auflösung dieser Gefolgschaft gewaltsam beschleunigte, war sie keineswegs deren einzige Ursache. Vielmehr, im trotzigsten Gegensatz zu Königtum und Parlament, schuf der große Feudalherr ein ungleich größeres Proletariat durch gewaltsame Verjagung der Bauernschaft von dem Grund und Boden,

worauf sie denselben feudalen Rechtstitel besaß wie er selbst, und durch Usurpation ihres Gemeindelandes.“*

Wo sind da die Stadt, die Handwerker, die Zünfte? Sie fehlen. Vorhanden sind der König — ein Produkt der Bourgeoisie — und der Feudaladel. Letztere spielen hier vorläufig noch eine rein negative Rolle; sie ebnen dem Kapitalismus den Boden.

Hören wir noch einen Verfasser, der in diesem seinen Werk noch Marxist war. Er spricht von der positiven Rolle des Großgrundbesitzes in bezug auf die Entwicklung des Kapitalismus.

„Die stärkste Aktionskraft auf dem Lande . . . besitzt zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung der Großgrundbesitzer. Dieser ist an der industriellen Entfaltung unmittelbar interessiert. Ihm, der auf den Verkauf seiner Produkte angewiesen, schafft der Kapitalismus den großen inneren Markt und gibt ihm die Möglichkeit, die landwirtschaftlichen Industrien der Brennerei, Brauerei, Stärke- und Zuckerfabrikation usw. zu entwickeln. Dieses Interesse des Großgrundbesitzes ist für die Entwicklung des Kapitalismus von hoher Bedeutung, da es ihm im Frühstadium seiner Entwicklung die Unterstützung des Großgrundbesitzes, damit aber auch die der Staatsmacht gewährleistet. Die Politik des Merkantilismus ist immer auch getragen von der Gutsherrschaft, dem kapitalistischen Umwandlungsprodukt der Grundherrschaft.“**

Hinzugefügt muß noch werden, daß in der Geschichte des Merkantilismus, d. h. der Politik des Handelskapitals, die russische Entwicklung außerordentlich genau diesem Schema entsprach. Von den Großgrundbesitzern des XVI. Jahrhunderts, den Teilhabern einer englischen Gesellschaft, mit Boris Godunow, dem Staatslenker und faktischen Zaren unter Fedor Joannowitsch, und Bogdan Beljski, dem Günstling Iwans des Grausamen, an der Spitze, über die Stroganows, steinreichen Erbherren, die im Besitze von Salinen waren und im XVII. Jahrhundert mit Rauchwaren handelten, und die „Nesthäkchen Peters“ von der Art Menschikows, des Besitzers von Zehntausenden leibeigener Bauern, mehrerer Fabriken und Fischereien im Weißen Meer zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts, bis hinunter zu der langen Reihe fürstlicher Fabrik- und Werkbesitzer in der zweiten Hälfte desselben Jahrhunderts — zieht sich dieser Bund zwischen dem Großgrundbesitz und dem Großkapital, der für „die ersten Stufen der kapitalistischen Entwicklung“ so bezeichnend ist. Hätte Hilferding die russische Geschichte studiert, er hätte kein treffenderes Bild zeichnen können. Vermutlich kannte er jedoch keine einzige der soeben angeführten Tatsachen. Der Typ der Entwicklung war auch hier der gleiche. Der Gutsbesitzer als Unternehmer gehört weniger als sonst wer zu den „Eigentümlichkeiten der geschichtlichen Entwicklung Rußlands“.

Eine der Eigentümlichkeiten der Trotzki'schen Geschichtstheorie darf hier jedoch nicht unvermerkt bleiben: Er läßt alles unbeachtet, was über die Grenzen der Stadt hinausgeht. Ohne Stadt gibt es für den Gen. Trotzki keinen Kapitalismus.

Es ist daher sehr lehrreich, sich nochmals an Marx zu wenden und fest-

* S. „Das Kapital“, Bd. 1, S. 683/684.

** Hilferding. Das Finanzkapital. Wien 1923. S. 441/432.

zustellen, wie er die Beziehungen zwischen Stadt und Land im Prozesse der „ursprünglichen Akkumulation“ auffaßt.

„Obgleich die ersten Anfänge kapitalistischer Produktion uns schon im XIV. und XV. Jahrhundert in einigen Städten am Mittelmeer sporadisch entgegnetreten, datiert die kapitalistische Ära erst vom XVI. Jahrhundert. Dort, wo sie auftritt, ist die Aufhebung der Leibeigenschaft längst vollbracht und der Glanzpunkt des Mittelalters, der Bestand souveräner Städte, seit geraumer Zeit im Erbleichen.“

Historisch epochemachend in der Geschichte der ursprünglichen Akkumulation sind alle Umwälzungen, die der sich bildenden Kapitalistenklasse als Hebel dienen; vor allem aber die Momente, worin große Menschenmassen plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert werden. Die Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern, vom Grund und Boden bildet die Grundlage des ganzen Prozesses. Ihre Geschichte nimmt in verschiedenen Ländern verschiedene Färbung an und durchläuft die verschiedenen Phasen in verschiedener Reihenfolge und in verschiedenen Geschichtsepochen.“*

Somit hat man die Grundlage des ganzen Prozesses im Dorfe und nicht in der Stadt zu suchen. Der Prozeß setzte gerade dann ein, als die mittelalterliche Stadt, die auf den Gen. Trotzki einen solchen Reiz ausübt, bereits „seit geraumer Zeit im Erbleichen“ war. Wir haben bereits gesehen, daß die Hauptrolle im Prozeß nicht die Stadt mit ihren Bewohnern, sondern der Feudalherr spielt. In den verschiedenen Ländern geht dieser verschieden vor. Marx wußte das und hob es hervor. In der Tat ist das von ihm gewählte Beispiel — die Expropriation der Bauern in England — bezeichnend für West-, aber nicht für Osteuropa. Hier führte der Weg nicht über die Expropriation der Bauern, sondern über ihre Hörigkeit.** Hier haben wir es in der Tat mit einer „Eigentümlichkeit der geschichtlichen Entwicklung“ zu tun, allerdings nicht nur Rußlands, sondern des ganzen östlichen Europas einschließlich beispielweise Preußens. Diese Eigentümlichkeit war natürlich für die politische Entwicklung der entsprechenden Länder durchaus nicht gleichgültig. Sowohl die ungewöhnliche Intensität und Lebensdauer des russischen Absolutismus als auch der Umstand, daß in Preußen eine reale (und keine dekorative Monarchie wie in England) bis 1918 bestand und sogar den russischen Absolutismus um mehr als ein Jahr überdauerte, erklären sich gerade aus den Interessen dieser Hörigkeit. Man könnte hier von einer gewissen Eigenart des historischen Prozesses mit dem Recht auf „Verschiedenartigkeit“ sprechen.*** Da Gen. Trotzki gerade diese Verschiedenartigkeit nicht bemerkt hat, vermag sie seine Theorie nicht im geringsten zu retten.

Seine „Stadttheorie“ hat Trotzki nicht Marx entnommen. Ist sie jedoch durchaus originell? Wer sich auf den „Abriß der Geschichte des Dritten Standes“ von Augustin Thierry entsinnt, des klassischen Werks der franzö-

* Siehe Das Kapital, Bd. 1, S. 681.

** Über diese „zweite Auflage“ des Leibeigenschaftsrechtes, das von der feudalen Abhängigkeit unterschieden werden muß, siehe Engels Briefe an Marx vom 15. und 16. Dezember 1882.

*** Siehe Plechanow (Beltow): „Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung“, Kapitel II.

sischen Geschichtsliteratur, der hat längst die Quelle erraten. Bei Thierry baut sich in der Tat alles auf dem Kampf zwischen Stadt und Feudaladel auf. Thierry gilt als ein Vorläufer des historischen Materialismus, als einer der unkonsequentesten Vorläufer, muß man sagen. Wer hätte aber denken können, daß der französische kleinbürgerliche Historiker der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts irgend jemandem wird helfen können, die proletarische Revolution des XX. Jahrhunderts zu verstehen und sogar vorauszu- sehen? Was ist in der Welt doch alles möglich! Indes: Vielleicht hat er das Verständnis nicht gefördert, sondern gehindert!

Gehen wir nunmehr zu der zweiten „Eigentümlichkeit“ der Trotzki'schen Theorie über, seinem Glauben an die wirtschaftliche Allmacht des Staates überhaupt und des russischen Absolutismus im besonderen. Diese Theorie ist durchaus nicht neu. Erstmals wurde sie Mitte des XIX. Jahrhunderts skizziert. Im Gegensatz zu der „Stadt“theorie, die einen ausgesprochen kleinbürgerlichen Charakter trägt, ging diese aus den Kreisen jenes adeligen Unternehmertums hervor, von dem wir oben sprachen. Gegen Mitte des XIX. Jahrhunderts gestaltete sich die Bewirtschaftung der Herrngüter absolut unrentabel. Der gutsherrliche Unternehmer mußte sein Gut auf rein kapitalistische Gleise überführen. Hierzu war Kapital notwendig und, ganz oder teilweise, ein Bauer ohne Grund und Boden, um ihn als Knecht verwenden zu können. Das Kapital konnte man aus den Bauern herauspressen, die dann nach Entziehung eines großen Teiles ihrer Anbaufläche, eine bereitwillige, aber nicht mehr leibeigene, sondern „freie“ Arbeitskraft bilden sollten.

Diese zwei Gedankengänge — den Grund und Boden der Bauern teilweise zu expropriieren und aus ihnen Kapital für das landwirtschaftliche Unternehmertum herauszuschinden — wurden der so berühmten „Bauernreform“ zugrunde gelegt. Der Staat trat als Vermittler in Erscheinung, er schoß das den Gütsbesitzern notwendige Kapital vor, um es dann aus der Bauernschaft in der Form von Ablösungsgeldern für den Boden, das eigentliche Bauernland, den Landanteil, der zudem weit über den tatsächlichen Wert veranschlagt wurde, herauszupressen. Schon dies allein mußte die Rolle des Staates in den Augen der fortgeschrittenen Gütsbesitzer, die die Reform erstrebten, stark erhöhen. Aber das war noch nicht alles. Man konnte voraussehen, daß die Bauern nicht bereit sein würden, für ihr eigenes Bauernland an die Gütsbesitzer das Dreifache zu zahlen. Alexander II., der „Zar-Befreier“, sah denn auch klar den Bauernaufbruch infolge der „Befreiung“ nach dem Programm der Gütsbesitzer kommen und traf entsprechende Gegenmaßnahmen.

Die Gütsbesitzer brauchten, wie nie zuvor, eine entschlossene Staatsgewalt. Die liberalsten unter ihnen, die noch gestern mit dem Absolutismus Nikolaus I. geschmolzt hatten, priesen heute seinen Sohn. Herzen schrieb an Alexander II. und dessen Frau freundschaftliche Briefe. Doch Herzen war immerhin ein Revolutionär und konnte die Interessen der Klasse der Gütsbesitzer nicht vertreten, obgleich er ihr nicht fernstand. Er sorgte sich auch um den Bauer, in dem naiven Glauben, Alexander II. könnte letzterem helfen, und, was die Hauptsache ist, seiner Feder entströmten mitunter, nach alter Gewohnheit, revolutionäre Phrasen.

Das empörte ungemein die „rein sachlichen“ Gütsbesitzer, die in diesem Augenblick nichts so sehr fürchteten wie die Revolution. Einer von ihnen,

Gutsbesitzer im Gouvernement Tambow und Staatsrechtslehrer an der Universität Moskau, Boris Tschitscherin, trat in einem geharnischten Artikel Herzen entgegen und geißelte grausam seine revolutionären Phrasen, nicht weil sie Phrasen, sondern weil sie revolutionär waren.

Ein Zitat aus diesem Artikel gibt uns einen Begriff von dem politischen Antlitz Tschitscherins: Hiermit muß man beginnen, denn für den Historiker gilt, wie für jedes menschliche Wesen, das Wort: „Das Sein bestimmt das Bewußtsein.“ „Überlegt noch einmal, in welcher Zeit wir leben. Bei uns vollziehen sich gewaltige bürgerliche Reformen, in Jahrhunderten entstandene Verhältnisse werden entwirrt. Die Frage betrifft die vitalsten Interessen der Gesellschaft, die durch sie bis in ihr innerstes Innere aufgewühlt ist. Welche eine geschickte Hand ist vonnöten, um die widerstrebenden Bestrebungen auszugleichen, die gegnerischen Interessen in Einklang zu bringen, Jahrhunderte alte Knoten zu lösen, um auf dem Wege der Gesetzgebung eine bürgerliche Ordnung in eine andere umzuwandeln. Auch hier spielt sich ein Kampf ab, aber ein Kampf anderer Art, ohne starke Effekte, ohne Ausbrüche von Leidenschaft, ein durchdachter, vorsichtiger Kampf, von dem Gedanken erleuchtet, der unablässig den eingeschlagenen Weg verfolgt. In einer solchen Zeit darf man nicht die Flamme schüren, die Wunden reizen, sondern muß die erregten Gemüter beruhigen, um das Ziel um so sicherer erreichen zu können. Oder glaubt ihr, daß bürgerliche Reformen durch Gewalt der Leidenschaft, durch bebenden Zorn zur Durchführung gelangen?“

Es bedurfte der „geschickten Hand“ des Absolutismus, um die „gegensätzlichen Interessen“ der Gutsbesitzer und Bauern in Einklang zu bringen (Tschitscherin war ein so kluger Mann, daß er die Interessengegensätze dieser beiden Klassen begreifen mußte) — und Herzen gefällt sich inzwischen in revolutionärer Phraseologie, während man „die erregten Gemüter beruhigen“, d. h. dem Gutsbesitzer und seiner Regierung helfen muß, den Bauer übers Ohr zu hauen . . .

Tschitscherin beginnt die ganze russische Geschichte vom Standpunkte der „geschickten Hand“ zu betrachten. Sie, die „geschickte Hand“, hat die ganze russische Gesellschaft geschaffen. Der Staat versklavte diese Gesellschaft, als dies zur Abwehr des Feindes notwendig wurde; nunmehr wird die Sklaverei aufgehoben, weil die Abwehr jetzt mit anderen Mitteln geführt wird. So erschien ihm beispielsweise beim Scheine dieser Theorie die eben erwähnte Versklavung der Bauern. „Betrachten wir diese Bestimmungen, losgelöst von den damaligen Verhältnissen, so wird uns die Aufhebung der Freiheit eines ganzen Standes, der seit jeher Freizügigkeit genoß, durch einen einzigen Erlaß sehr sonderbar und unbegreiflich erscheinen. Prüfen wir die Bestimmungen jedoch im Zusammenhang mit anderen Lebenserscheinungen, in Verbindung mit der Vorgeschichte, so gelangen wir zu der Überzeugung, daß hierin nichts Außergewöhnliches und Ungerechtes zu erblicken war. Es handelte sich nicht um die Fesselung eines einzelnen Standes, sondern um eine solche aller Stände in ihrer Gesamtheit. Es war dies eine jedermann auferlegte Staatsfron. Alle mußten in gleicher Weise, ein jeder an seinem Platz, ihr Leben lang dem Staate dienen. In staatlichen Diensten befindliche Personen — auf dem Schlachtfelde bzw. in zivilen Dingen, die Fronpflichtigen — die Händler und Bauern — durch Verrichtung von allerlei Dienstleistungen, durch Zahlung von Steuern und Abgaben, und

endlich die Erbbauern, die, abgesehen von der Entrichtung von Steuern und Abgaben, auch ihrem Erbherrn zu Dienstleistungen verpflichtet waren, der nur mit ihrer Hilfe die Möglichkeit erhielt, seinen Staatsdienst auszuüben.“

Der 1858 erschienene „Versuch einer Geschichte des russischen Rechtes“, worin diese Ansichten Tschitscherins dargelegt waren, wurde zu einem Nachschlagewerk für eine Reihe russischer Historiker, darunter einen so einflußreichen wie Kljutschewski. Die Theorie von der Einführung und der Aufhebung der Leibeigenschaft wurde zur offiziellen Geschichtstheorie der russischen Universitäten. Alle Hörer dieser Universitäten gewöhnten sich daran, die russische Vergangenheit durch das Prisma dieser Theorie zu betrachten, gewöhnten sich daran, zu glauben, daß die „geschickte Hand“ des absolutistischen Staates den wichtigsten Faktor der geschichtlichen Entwicklung Rußlands bildete, daß in Rußland alles durch den Absolutismus geschaffen worden sei. Dieser Standpunkt ist in dem populärsten Geschichtsbuch des vorrevolutionären Rußland, „Schilderungen aus der Geschichte der russischen Kultur“ von P. Miljukow, einheitlich durchgeführt, in einem Buche, das, wie wir fürchten, einen starken Einfluß auf den Gen. Trotzki ausgeübt hat.

Aber, wird der Leser fragen, wie kommt es, daß diese Theorie von der Allmacht des Staates, die unter bestimmten Verhältnissen zur Zeit der „Bauern“befreiung aufgetaucht war, sich so lebensfähig erwiesen und einen solchen Einfluß auf Schriftsteller wie Kljutschewski und Miljukow ausgeübt hat, die, so sollte es scheinen, mit der Gutsbesitzerklasse nichts gemein hatten? Als Miljukow in den 90er Jahren seine „Schilderungen“ verfaßte, war er der typische kleinbürgerliche Demokrat (später schwenkte er ein wenig nach rechts ab). Kljutschewski starb als Mitglied der Kadettenpartei (Partei der Konstitutionellen Demokraten). Außerdem war die Theorie von dem von der Gesellschaft unabhängigen und letztere befehligenen Staate viel weitergehend als die akademische Wissenschaft. Wir begegnen ihr 1894 bei Viktor Tschernow, dem späteren Parteiführer der Sozialrevolutionäre. „Rußland,“ so schrieb er damals, „ist, was die schwache Entwicklung der verschiedenen Stände und die große Macht der Regierungsgewalt anbetrifft, ein in seiner Art einzig dastehendes Land, wo selbst das vorhandene, unumschränkt monarchistische Regime die soziale Frage des Überganges vom Kleinbetrieb zum öffentlichen Großbetrieb, ohne Rücksicht auf die von Standes- und Klasseninteressen diktierten Strömungen verschiedener bevorzugter Gruppen, hätte lösen können.“ Noch früher, in den 70er Jahren, finden wir diese Theorie bei Tkatschjow, der auch glaubte, daß „bei uns das Verhältnis der Gesellschaft zum Staate dem in Westeuropa direkt entgegengesetzt ist“. Nicht der Klassenkampf bedingt bei uns die gegebene Staatsordnung, sondern im Gegenteil, diese Staatsordnung ist es, die diese oder jene Klassen mit ihrem Kampfe und Antagonismus ins Leben ruft.* Hieraus erklärt sich eine solche Popularität dieser Theorie, deren Ursprung im Kreise der Gutsbesitzer zu suchen ist. Historische Ursachen waren mehrere vorhanden; sie sind von mir in den soeben zitierten Artikeln ausführlich gekennzeichnet. Die sozialen Wurzeln dieser Popularität hatte Lenin bereits vor

* Ich lege das mit den Worten Plechanows dar, Bd. 1, S. 317. Alle Einzelheiten finden sich in meinem in den Nummern 1, 2 und 4 des „Wjestnik Sozialistitscheskoi Akademii“ („Bote der Sozialistischen Akademie“), Jahrgang 1923, veröffentlichten Aufsatz.

dreißig Jahren so gut erfaßt, daß einem nur noch übrigbleibt, seine Worte zu wiederholen.

„Sie,“ sagt Lenin über die „Volksfreunde“, d. h. die rechten, nicht revolutionären Narodniki der 90er Jahre, „erblicken eine Waffe der Reformen in dem auf dem Boden dieser heutigen Gesellschaft entstandenen und die Interessen der in ihr herrschenden Klassen wahren Organ, dem Staate. Sie halten ihn direkt für allmächtig und über den Klassen stehend. Sie erwarten von ihm nicht nur eine „Unterstützung“ der Werktätigen, sondern auch die Schaffung richtiger, geregelter Zustände (wie wir dies von Herrn Kriwenko zu hören bekamen). Es ist übrigens begreiflich, daß man von ihnen, den reinsten Ideologen des Kleinbürgertums, nichts anderes erwarten konnte. Es ist ja einer der grundlegendsten und bezeichnendsten Züge des Kleinbürgertums, der es u. a. zu einer reaktionären Klasse stempelt, daß der durch die Produktionsverhältnisse selbst losgelöste und isolierte, an einen bestimmten Platz und einen bestimmten Ausbeuter gebundene Kleinerzeuger den Klassencharakter der Ausbeutung und Unterdrückung, unter denen er mitunter nicht weniger als ein Proletarier leidet, nicht zu begreifen imstande ist, sowie daß in der bürgerlichen Gesellschaft auch der Staat ein Klassenstaat sein muß. Weshalb hat, verehrte „Volksfreunde“, unsere Regierung bisher, und seit Beginn dieser selben Befreiungsreform mit besonderer Energie, nur die Bourgeoisie und den Kapitalismus unterstützt, geschützt und geschaffen? Weshalb fiel eine so wenig schöne Tätigkeit dieser absoluten, angeblich über den Klassen stehenden Regierung gerade mit der geschichtlichen Periode zusammen, die im inneren Leben durch die Entwicklung der Warenwirtschaft, des Handels und der Industrie gekennzeichnet ist? Weshalb glaubt ihr, daß diese letzten Veränderungen im inneren Leben das Nachfolgende, die Politik der Regierung das Vorangegangene darstellen, obgleich die ersten Veränderungen sich in einer solchen Tiefe abspielten, daß die Regierung sie nicht einmal merkte und ihnen eine Unmenge Hindernisse in den Weg legte, obgleich diese selbe absolute Regierung unter anderen Verhältnissen des inneren Lebens eine andere Klasse unterstützte, beschützte und schuf?“*

Das Kleinbürgertum schmückt sich vielfach mit den abgelegten Kleidern der Großbourgeoisie. Dem Proletariat jedoch ziemt solches nicht.

Ziehen wir das Fazit. Die Geschichtstheorie des Gen. Trotzki ist nicht die Marxsche Theorie (ebensowenig wie, nebenbei bemerkt, die Theorie der permanenten Revolution des gleichen Verfassers). Marx stellte sich die Entstehung des Kapitalismus anders vor. Er vergaß nicht das Dorf, dem Gen. Trotzki in allen seinen Theorien hartnäckig den Rücken zuwendete.

Wenn man sagt, daß Trotzki's Theorie nicht die Theorie von Marx ist, so bestimmt man dadurch schon zu fünfzig Prozent die soziale Natur der Lehre von den „Eigentümlichkeiten der geschichtlichen Entwicklung Rußlands“. Zwei proletarische Auffassungen sind nicht möglich. Wenn die Marxsche Auffassung proletarisch ist, so besagt das, daß die des Gen. Trotzki irgendeine andere Klassengrundlage besitzt. Die Lehre von der Allmacht des Staates hilft die Kennzeichnung ergänzen und sie erschöpfend gestalten. Trotzki's Geschichtstheorie bestätigt durchaus das Urteil, das die Partei über den Troz-kismus im allgemeinen gefällt hat.

* „Was sind die Volksfreunde, und wie bekämpfen sie die Sozialdemokratie?“ 1923, S. 131—132.

JOHN PEPPER: DIE FRAGE DER ENGLISCH-AMERIKANISCHEN KOOPERATION

Ohne konkrete und korrekte Analyse der Weltlage kann die Kommunistische Internationale als die Weltpartei des Proletariats keine erfolgreiche Politik machen. Genosse Radek versucht, in seinem in der Februar-Nummer der „Kommunistischen Internationale“ erschienenen Artikel eine Analyse der Hauptkräfte der gegenwärtigen Weltlage zu geben. Er kommt zu dem Resultat, daß der entscheidende Faktor für heute und für die nächste Periode das Zusammenwirken des amerikanischen und britischen Imperialismus sei. Das ganze Gebäude seiner weltpolitischen Analyse basiert auf diesem Fundament. Diese Tendenz erweist sich in der Analyse des Genossen Radek als stärker als Zement oder Felsen; sogar das Dynamit der weltumfassenden Konkurrenz Englands und Amerikas kann dieses Fundament für die nächste Periode nicht sprengen.

Diese Schlußfolgerung des Genossen Radek ist falsch. Das Umgekehrte ist richtig: Trotz temporären und lokalen Zusammenwirkens des britischen und amerikanischen Imperialismus werden die Gegensätze zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika immer stärker, immer mehr Konfliktstoff häuft sich zwischen den beiden mächtigsten imperialistischen Räubern auf, und das Bild des künftigen Konfliktes zwischen Wallstreet und City arbeitet sich in immer schärferen Konturen heraus. Es ist natürlich nicht nur Geschmacksache oder eine Frage des Temperamentes, welche Seite des Verhältnisses zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten man schärfer hervorhebt: die momentane und lokale Kooperation in einigen Fragen der Weltpolitik oder aber den grundlegenden Gegensatz. Es ist von wesentlicher Bedeutung, ob man das Zusammenwirken für derart dauerhaft und stark hält, daß die Konkurrenz und die Konflikte zwischen den beiden größten der Großmächte in allen Kontinenten und auf allen Märkten der Welt für die nächste Zeit als Nebensache erscheinen und in den Hintergrund treten, oder ob man sagt, daß die Gegensätze immer akuter werden, ja daß sogar das „Zusammenwirken“ selbst unabwendbar neue Konflikte erzeugt.

Genosse Radek betont mit Recht, daß die Frage der englisch-amerikanischen Kooperation und ihre Beurteilung die zentrale Frage der heutigen Weltpolitik ist. Er hat ferner recht, wenn er behauptet, daß die Beurteilung der Perspektive der proletarischen Revolution teilweise von der Beurteilung des englisch-amerikanischen Zusammenwirkens abhängt. Genosse Radek sagt:

„Aber es wäre eine Kurzsichtigkeit, die von ‚liquidatorischen‘ Stimmungen zeugte, wollte man nicht mit der Möglichkeit eines neuen Aufschwungs im proletarischen Massenkampf in den nächsten Jahren rechnen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Kampf beginnen wird als ein Kampf um die unmittelbaren wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats. Aber die Frage, ob sich der Kampf innerhalb dieses Rahmens halten

wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Zunächst von der allgemeinen Lage des Kapitalismus, d. h. von der Schärfe seiner eigenen Widersprüche, ferner von seinen Konflikten mit den kolonialen und halbkolonialen Ländern und mit der Union der Sowjetrepubliken, schließlich von den Erfolgen unseres Kampfes gegen die Sozialdemokratie und von der organisatorischen und politischen Situation in den kommunistischen Parteien.“

Radek erklärt also ganz richtig, daß neben anderen Faktoren die inneren Gegensätze und Konflikte bestimmen werden, ob die Kämpfe des Proletariats nur Kämpfe um die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse bleiben, oder ob sie sich zu großzügigen politischen und letzten Endes revolutionären Kämpfen entwickeln.

Das ist die erste These Radeks. Seine zweite lautet:

„Das Grundmoment des zweifellosen Umschwungs in der Weltpolitik ist in der Tatsache der Herstellung einer zeitweiligen Arbeitsgemeinschaft des englisch-amerikanischen Finanzkapitals zu suchen.“

Radek behauptet also, daß das Grundmoment der weltpolitischen Situation die Schaffung eines temporären Bündnisses zwischen dem britischen und dem amerikanischen Finanzkapital ist.

Dann versucht Genosse Radek, dieses temporäre Bündnis genauer zu bestimmen und zu definieren. Er schreibt:

„Die wichtigste Frage ist gegenwärtig für die Bourgeoisie die Stabilisierung des Kapitalismus, die nicht möglich ist ohne die Regelung der Währungsfrage, ohne die Festigung des internationalen Kredits und die Erschließung von neuen Märkten. Solange diese Fragen nicht gelöst sind, kann das englische und amerikanische Kapital die Frage, wer in dieser stabilisierten kapitalistischen Welt dominieren wird, nicht zum Mittelpunkt seiner Politik machen.“

Dazu ein anderes Zitat:

„Bevor sich aber der Kampf zwischen England und Amerika um die Vorherrschaft in Mitteleuropa abspielen konnte, mußte Mitteleuropa den Klauen der Revolution entrisen werden, in die es durch das wirtschaftliche Chaos getrieben wurde. Das ist das Ziel, das die englisch-amerikanische Arbeitsgemeinschaft durch die Verwirklichung des Sachverständigenberichts zu erreichen hofft.“

Die Stellung des Genossen Radek ist klar. Er sagt folgendes:

1. Es hängt teilweise von den inneren Gegensätzen und Konflikten des Kapitalismus ab, ob die Arbeiterklasse in den nächsten Jahren nur wirtschaftliche Kämpfe führen wird, oder ob diese wirtschaftlichen Kämpfe ins Politische und eventuell Revolutionäre umschlagen werden.

2. Der Hauptfaktor der weltpolitischen Situation ist das Bündnis des britischen und amerikanischen Kapitalismus.

3. Das Hauptproblem der Bourgeoisie ist jetzt die Stabilisierung des Kapitalismus, und deshalb können das britische und das amerikanische Kapital trotz der britisch-amerikanischen Konkurrenz in der ganzen Welt den Kampf um die Hegemonie noch nicht in das Zentrum ihrer Politik stellen.

4. Der Kampf zwischen Amerika und England um die Hegemonie in Mitteleuropa kann nicht ausbrechen, bevor Mitteleuropa nicht vor der Gefahr der Revolution und des ökonomischen Chaos gerettet ist.

Wie wir sehen, wird nach der Theorie des Genossen Radek das temporäre Bündnis zwischen England und Amerika zu einem ziemlich lang andauernden, für eine ganze Periode gültigen, für eine ganze Periode permanenten Bündnis des britischen und amerikanischen Imperialismus. Wäre die Ana-

lyse Radeks richtig, so müßte dieses Bündnis mindestens solange dauern, bis die vollständige Ordnung der durch den Krieg und durch Revolutionen zerstörten kapitalistischen Welt wiederhergestellt ist. Und innerhalb der ganzen kapitalistischen Welt müßte zuerst Mitteleuropa aus den Klauen der Revolution und des ökonomischen Chaos gerettet werden, bevor Großbritannien und die Vereinigten Staaten den Kampf um die Hegemonie miteinander aufnehmen werden.

Diese Analyse des Genossen Radek stellt eine ziemlich pessimistische Perspektive für die Entwicklung der politischen und noch mehr der revolutionären Kämpfe des Proletariats auf. Radeks Theorie über die einstweilen permanente Kooperation Großbritanniens und Amerikas für die nächste Periode bedeutet eine gewisse politische Sicherheit des Kapitalismus gegen jede revolutionäre Bewegung des Proletariats. Aber diese unerschütterliche englisch-amerikanische Allianz wird gleichzeitig das Verhältnis des englisch-amerikanischen Blocks zur SSSR und zu den Kolonien in ganz akuter Weise verschärfen:

„Die englisch-amerikanische Arbeitsgemeinschaft, die England durch einen Block mit Frankreich im Nahen Osten zu ergänzen versucht, ist einstweilen das wichtigste Element in der Stabilisierung des Kapitalismus in Europa und der Verminderung wenigstens der äußeren Symptome des Kampfes im Lager des europäischen Kapitalismus. Aber die Arbeitsgemeinschaft führt gleichzeitig zu einer Zuspitzung der Beziehungen dieses englisch-amerikanischen Blocks zur Sowjet-Union und zu den kolonialen Völkern.“

Dieser Gegensatz wird sogar zur offenen Krise zwischen dem englisch-amerikanischen Kapitalismus einerseits und der SSSR sowie den östlichen Kolonien andererseits führen.

„Wenn wir die außenpolitische Entwicklung im verflossenen Jahr, die unter der Flagge der demokratisch-pazifistischen Ära segelte, resumieren, so müssen wir sagen: Diese Ära hatte ihren Ursprung in gewissen Erfolgen des englisch-amerikanischen Kapitalismus auf dem Wege der Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft in Europa. Aber diese Erfolge sind keine endgültigen — sie stoßen auf den Widerstand der Frage der Absatzmärkte, die vom englisch-amerikanischen Kapitalismus nur gestellt, nicht aber gelöst worden ist. Die Versuche, diese Frage zu lösen, werden zu einem tiefen Konflikt zwischen der kapitalistischen Welt einerseits und der Sowjet-Union und den Ländern des Ostens andererseits führen — zu einem Konflikt, der die ganze Politik der Stabilisierung des Kapitalismus sprengen kann. Je mehr Mißerfolge der englisch-amerikanische Block in diesem Konflikt — selbst im Hauptstadium der diplomatischen und ökonomischen Beziehungen — zu verzeichnen haben wird, um so größer wird für ihn die Gefahr eines Zerfalls sein, denn diese Mißerfolge werden besser als alles andere die Gegensätze der Interessen des englischen und des amerikanischen Kapitalismus und den Widerspruch zwischen den Interessen des englisch-amerikanischen Blocks und der ihm unterworfenen kapitalistischen Länder aufdecken.“

Dies ist die Theorie des Genossen Radek in ihren Grundzügen. Er hat noch einige Nebentheorien über das englisch-französische Bündnis usw., aber seine Hauptidee ist das englisch-amerikanische Bündnis. Er macht zwar manche Bemerkungen, die die Auffassung von der Unerschütterlichkeit und Dauerhaftigkeit des Bündnisses abschwächen. Er zählt die Gegensätze zwischen dem amerikanischen und dem britischen Kapitalismus auf. Er spricht auch darüber, daß mit dem Akutwerden des großen Zusammenstoßes zwischen dem englisch-amerikanischen Imperialismus, der SSSR und den Kolonien der englisch-amerikanische Block von der Gefahr des Zerfalls bedroht sein wird. Aber all diese Abschwächungen bleiben eben nebensächliche Erörterungen. Die Achse des ganzen Ideenganges des Genossen Radek

ist und bleibt von Anfang bis zu Ende die unerschütterliche Tatsache des englisch-amerikanischen Bündnisses als entscheidender Faktor der Weltlage und der Zukunft der proletarischen Revolution für eine ganze Periode.

Wir wollen hier näher untersuchen, wieweit diese Radeksche Theorie den wirklichen Entwicklungstendenzen des Imperialismus entspricht.

Die methodologischen Irrtümer

Die ganze Methode der Radekschen Argumentation ist fehlerhaft. Er betrachtet das englisch-amerikanische Bündnis statisch und nicht dynamisch. Er nimmt Großbritannien ebenso wie die Vereinigten Staaten als gegebene, unveränderliche Größen, die während einer ganzen Periode unveränderlich bleiben werden. Er vernachlässigt dabei die folgenden grundlegenden Faktoren:

1. Die Klassenverhältnisse in Großbritannien sind ganz und gar nicht stabil. Das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie kann sich sogar ziemlich rasch verschieben und kann auch sehr stark die Außenpolitik Großbritanniens beeinflussen.

2. Das Verhältnis innerhalb der einzelnen Teile des britischen Imperiums ist absolut nicht stabil, kann sich in den Kolonien und Dominions von heute auf morgen ändern und kann wesentlich die Richtung der Außenpolitik Großbritanniens ändern.

3. Dasselbe trifft auf die Vereinigten Staaten von Amerika zu. Das Finanzkapital hat in der letzten Zeit einen erfolgreichen Vorstoß in der Richtung einer aggressiven Außenpolitik gemacht, aber es sind starke Klassenkräfte und Gegentendenzen wirksam, die die Linie der Außenpolitik der Vereinigten Staaten bis zu einer gewissen Hinsicht umbiegen können.

4. Es genügt nicht, wenn man die verschiedenen Interessengegensätze des britischen und amerikanischen Imperialismus einfach aufzählt, man muß sie auch daraufhin analysieren, inwieweit sie die Tendenz zur Zuspitzung zeigen, inwieweit sie zu Konflikten heranreifen können, mit einem Wort: Man muß sie nicht statisch, sondern dynamisch-dialektisch darstellen.

5. Natürlich wäre es kindisch, wenn jemand die Kooperation Englands und der Vereinigten Staaten leugnen wollte, besonders in Deutschland, wo diese Kooperation im Dawesplan die sichtbarste Form annimmt. Aber es ist schematisch und deshalb falsch, wenn man auch diese Kooperation nur statisch und nicht dynamisch untersucht, wenn man nicht sieht, wie aus der Kooperation selbst neue Reibungsflächen, neue Interessengegensätze, neue Konflikte entstehen können und entstehen.

6. Theoretisch ist natürlich die Möglichkeit einer englisch-amerikanischen Kooperation für eine gewisse Zeit ganz und gar nicht ausgeschlossen. Genau so liegt es im Bereich der Möglichkeit, daß sich die beiden imperialistischen Räuber gegen die SSSR und die östlichen Kolonialvölker vereinigen. Aber es ist eine reine Prophezeiung und keine begründete Analyse, wenn man das englisch-amerikanische Bündnis und den englisch-amerikanischen Krieg gegen die SSSR und die Kolonien als die einzig mögliche Entwicklungstendenz darstellt, wenn man alle Gegentendenzen — abgesehen von einigen unwesentlichen Abschwächungsversuchen — vollständig eliminiert.

Sind England und Amerika die neuen siamesischen Zwillinge?

Genosse Radek spricht konsequent vom „englisch-amerikanischen“ Kapitalismus, und seine Bündnistheorie geht soweit, daß in seiner Darstellung der britische Imperialismus und der Yankee-Imperialismus als die unzertrennlichen siamesischen Zwillinge erscheinen, deren Blutkreislauf und wichtigsten Lebensäußerungen auf Leben und Tod verknüpft sind. Die Tatsachen zeigen, daß dies der Wirklichkeit nicht entspricht.

Es existiert kein „englisch-amerikanischer“ Kapitalismus. Was in Wirklichkeit existiert, das sind zwei imperialistische Räuber, die in fast jeder Frage der Weltpolitik sich gegenseitig bekämpfen, die nicht nur um Erschließung neuer Märkte und um die Durchdringung der alten, sondern auch um die Möglichkeiten des Kapitalexports und um Inbesitznahme aller Rohstoffgebiete der Welt in einem ständigen bitteren, manchmal blutigen, aber überall sich verschärfenden, akuter werdenden, gegenseitig ihre auswärtige Politik immer mehr bestimmenden Kampfe stehen. Der Kampf zwischen dem britischen und dem amerikanischen imperialistischen Räuber ist das Fundamentale, das Wesentliche, das Primäre. Dieser Kampf ist ein weltweiter, und die Kooperation ist nur eine temporäre und lokale Erscheinung. Diese Feststellung kann nicht übersehen werden, auch dann nicht, wenn Genosse Radek als Hauptargument anführt, daß die Stabilisierung des Kapitalismus gegenwärtig das Hauptproblem der Bourgeoisie ist. Dieses Problem, nämlich die Erhaltung und Stabilisierung des Kapitalismus, ist nicht nur gegenwärtig, sondern immer das Hauptproblem des Kapitalismus. Die Erhaltung und Stabilisierung des Kapitalismus ist das fundamentale und historische, das allgemeine Interesse des Kapitalismus. Aber diese Tatsache hat noch niemals die kapitalistischen Räuber daran gehindert, ihre separaten Interessen zu verfolgen. Derartige allgemeine Argumente können also die Frage nicht klarstellen; man muß schon die Frage konkret in allen ihren Verzweigungen untersuchen.

Wir wollen hier versuchen, mindestens die wichtigsten Interessengegensätze des britischen und amerikanischen Imperialismus aufzuzeigen. Wir wollen versuchen, den Beweis zu führen,

1. daß die Interessengegensätze im Wachsen begriffen sind;
2. daß sie von beiden Imperien immer bewußter empfunden werden;
3. daß diese Interessengegensätze immer mehr die staatlichen Machtmittel der beiden imperialistischen Reiche engagieren.

Der Kampf um den ersten Platz

Die Vereinigten Staaten sind der Hauptgegner des britischen Imperialismus. Dem amerikanischen Finanzkapital ist es gelungen, den Weltkrieg zur Entthronung des britischen Finanzkapitals auszunützen. Nicht Großbritannien, sondern Amerika ist heute der Kreditor der Welt. 1923 exportierte Großbritannien 650 Millionen Dollars Kapital in andere Länder, die Vereinigten Staaten 390 Millionen. Im Jahre 1924 exportierte Großbritannien 592 Mil-

lionen Dollars Kapital, die Vereinigten Staaten aber schon die ungeheure Summe von 1 280 Millionen Dollars. Nicht mehr England, sondern die Vereinigten Staaten bestimmen das Tempo der industriellen Entwicklung der übrigen Länder. Großbritannien kämpft noch um den ersten Platz. Aber es muß „friedlich“ einen Schritt nach dem andern vor dem mächtigeren Gegner zurückweichen. Vor dem Krieg vertrat Großbritannien stolz den Grundsatz, daß die englische Flotte so groß sein muß wie die Seekräfte der zwei nächststärksten Mächte zusammengenommen. Heute ist Großbritannien gezwungen, im Washingtoner Abkommen den amerikanischen Grundsatz anzuerkennen, daß keine Flotte der Welt stärker sein darf als die der Vereinigten Staaten. Die Festlegung des Verhältnisses von 5 : 5 : 3 der Flotten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans ist die stärkste Demütigung für die britische Seeherrschaft, die nunmehr der Vergangenheit angehört.

Amerika gefährdet das Bestehen des britischen Weltreiches

Kein Land der Welt bedeutet eine so starke, so unmittelbare, so akute Gefahr für das Bestehen des britischen Weltreiches wie der amerikanische Imperialismus. Uncle Sam ist im Begriff, der britischen Krone die schönsten Diamanten auszubrechen: Kanada und Australien. Die Gefahr, die die Anziehungskraft Amerikas auf die Dominions für das britische Weltreich bedeutet, ist nicht eine Gefahr der fernen Zukunft, nicht die Gefahr des Übermorgen, nicht die des Morgen, sondern die Gefahr des Heute. Die letzten Monate haben den Prozeß des Verwachsens Kanadas und Australiens mit Amerika sehr stark beschleunigt. Der Lausanner Vertrag, das Genfer Protokoll, die Probleme des imperialistischen Schutzzolles, die kanadische Wirtschaftskrise, die in riesigem Maßstabe anwachsende kanadische Einwanderung in die Vereinigten Staaten, die immer vollständiger werdende Durchdringung Kanadas mit amerikanischem Kapital, die japanische Gefahr für Australien, gegen die Amerika als sichererer Verteidiger erscheint als England — dies sind einige Faktoren, die als Brecheisen gegenüber dem Gebäude des britischen Imperiums wirken. Beide Seiten — Großbritannien ebenso wohl wie die Vereinigten Staaten — sehen klar die Tendenzen.

Wir wollen hier einige Tatsachen anführen, nicht um das Wirken der allgemein bekannten Tendenzen zu beweisen, sondern um die rasche Entwicklung und das Akutwerden derselben besonders in der letzten Zeit zu untersuchen.

Die amerikanischen „Commerce Reports“ vom 3. 11. 1924 (herausgegeben vom offiziellen Bureau of Foreign and Domestic Commerce) stellen fest:

„In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht kann Kanada als eine nördliche Verlängerung der Vereinigten Staaten betrachtet werden, und unser Handel mit Kanada ist in vieler Beziehung unserm Innenhandel ähnlicher als dem auswärtigen Handel mit andern Ländern.“

Die Vereinigten Staaten liefern über zwei Drittel des kanadischen Imports und nehmen 40% seines Exportes auf. Andererseits nimmt Kanada den ersten Platz auf der Importliste der Vereinigten Staaten ein und den zweiten für den amerikanischen Export.

Die amerikanischen „Commerce Reports“ sagen zusammenfassend:

„Der Anteil der Vereinigten Staaten sowohl an der Ausfuhr wie an der Einfuhr Kanadas ist heute größer als vor dem Weltkrieg, während Großbritannien in dieser Hinsicht an Boden verloren hat.“

Nach den Zahlen des Statistischen Bureaus Kanadas sind 31% der kanadischen Fabrikindustrie in amerikanischem Besitz, 58% in kanadischem Besitz und 10% in Händen von Engländern. Vor dem Krieg hatten amerikanische Fabrikanten 200 industrielle Zweigbetriebe in Kanada, jetzt schätzt man die Zahl der amerikanischen industriellen Zweigbetriebe in Kanada auf 1000 bis 1200.

Aber nicht nur die Amerikaner sehen klar, wie sie Kanada immer mehr zu sich herüberziehen, sondern auch die Engländer selbst. Der englische „Economist“ vom 24. 1. 1925 schreibt:

„Die Tendenz der materiellen Interessen geht zweifellos dahin, aus Kanada eine amerikanische Nation zu machen.“

Die „Round Table“ (Juni 1924) gesteht ein:

„Auf gewissen Seiten sind versteckte Anzeichen dafür erkennbar, daß in Westkanada eine psychologische Einstellung heranreift, die möglicherweise der Vorbote einer Bewegung zum Anschluß Kanadas an die Vereinigten Staaten werden kann.“

Für die öffentliche Meinung Kanadas ist heute die Frage, wohin sich das Dominion künftig orientiert, die zentrale Frage. Im Zentrum der politischen Diskussion stehen heute folgende drei Möglichkeiten: Soll Kanada ein Teil des britischen Imperiums bleiben, soll es sich an die Vereinigten Staaten anschließen, oder soll es sich als unabhängige Nation erklären. Der „Economist“ vom 24. 1. 1925 stellt traurig die Tatsache fest:

„Aber die Tatsache, daß die Frage so offen und so häufig in Kanada diskutiert wird, die Tatsache, daß es sich um ein reales, nicht um ein imaginäres Problem handelt, zwingt Großbritannien, sich mit allem Ernste an die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen des Weltreiches zu machen. Insbesondere muß jeder Verdacht beseitigt werden, daß Kanada in der auswärtigen Politik durch Downing Street in irgendwelche Unternehmen verwickelt werden könnte, von denen es nichts weiß, oder die es mißbilligt. Das kann bei der augenblicklichen Sachlage bedeuten, daß das englische Auswärtige Amt freiwillig seine Bewegungsfreiheit, z. B. in solchen Fragen wie der Frage des Genfer Protokolls, einschränken muß; es wäre äußerst beklagenswert, wenn in dieser bedeutsamen Angelegenheit die englische Regierung sich auf eine Linie festlegte, die für die britischen Dominions nicht annehmbar ist. Zur Lösung dieser Schwierigkeiten ist auf seiten der englischen Regierung die Erkenntnis notwendig, daß das britische Weltreich in Kanada einen integrierenden Bestandteil des nordamerikanischen Kontinents umschließt, daß dieses Mitglied des britischen Weltreichs in weitem Ausmaß an die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der großen amerikanischen Nation gebunden ist, daß es die Gedankengänge dieser Nation widerspiegelt und unvermeidlich der übrigen Welt gegenüber zu gleichartigen politischen Anschauungen kommt wie sie.“

Und was für Kanada wahr ist, trifft auch auf Australien zu. Das amerikanische Kapital spielt in Australien eine immer größere Rolle. Politisch treibt die Furcht vor Japan Australien in die Arme des amerikanischen Imperialismus. Die großen Flottenmanöver Amerikas, die für den Sommer 1925 im Pazifischen Ozean geplant sind, dienen nicht nur als Demonstration gegen Japan, wie das auch in Europa allgemein bekannt ist, sondern auch gleichzeitig als Liebeswerbung um Australien, wie das in Amerika ganz allgemein bekannt ist. Der bevorstehende Besuch der amerikanischen Flotte in Australien ist ein erstklassiges politisches Ereignis. Einsichtige englische

Politiker erkennen auch klar die Gefahren dieser Situation für das britische Weltreich.

Sir Auckland Geddes, der frühere englische Gesandte in Amerika, erklärte in einer Rede am 11. 11. 1924 in London:

„Unsere Dominions betrachten England mit seinem Parlament als ihre Mutter, ihr Vaterland. Dieses Gefühl bedeutet einen Tribut an unser Alter, vielleicht an unsere Altersschwäche. Die Vereinigten Staaten dagegen werden als zur selben Generation gehörig betrachtet.

Unsere Kolonien stoßen in Washington oft auf instinktives Verständnis, während sie in London mühevollen Kämpfe durchzufechten haben, bis sie dieses Verständnis finden. Wenn die Dominions in London Verständnis suchen, und wir ihren Standpunkt nicht begreifen, so richten sich ihre Blicke nach den Vereinigten Staaten, und die Vereinigten Staaten erwidern diese Blicke mit einladender Miene.

Wenn die Galerie nicht zuschaut, dann stehen sich Kanada und die Vereinigten Staaten in einer Weise gegenüber, die auch den leisesten Gedanken an einen Unterschied der Nationalität ausschließt. Dasselbe gilt von Australien und den Vereinigten Staaten.“

Eine merkwürdige Kooperation jedenfalls, wenn der eine der Kooperierenden dem andern mit Vernichtung droht. Aber jedenfalls kann man es eine Kooperation nennen (nur eine ganz besondere Art von Kooperation), wenn Amerika wie der mächtige Magnetberg der Sage dasteht und mit gewaltiger Kraft die wichtigsten Dominions des britischen Weltreiches an sich reißt. Und man darf nicht glauben, daß die Frage Kanadas und Australiens eine nebensächliche für England ist. Das Bestehen des Imperiums ist für England die Lebensfrage, und es wäre wirklich naiv, ernsthaft zu glauben, daß England in der Zerstörung des britischen Imperiums mit Amerika „kooperieren“ wird.

Der Kampf um neue Märkte und Rohstoffgebiete

Der britische und amerikanische Imperialismus sind heute die zwei Hauptgegner im Weltkampf um neue Märkte und Rohstoffgebiete. Diese Tatsache ist selbstverständlich auch dem Genossen Radek bekannt. Er selbst zählt ja eine ganze Reihe von Ländern auf, wo englische und amerikanische Interessen sich gegenseitig bekämpfen. Merkwürdigerweise aber zieht er aus all diesen Interessengegensätzen gar keine Schlußfolgerungen. Merkwürdigerweise aber hat er einen so unerschütterlichen Glauben an die vorläufige Unerschütterlichkeit der Kooperation Großbritanniens und Amerikas, daß sogar die größten Interessengegensätze, sogar der bitterste und rücksichtsloseste Kampf um die Erhaltung alter, um die Eroberung neuer Märkte sowie der Kampf um die Inbesitznahme der Rohstoffgebiete der englisch-amerikanischen Kooperation nichts anhaben können. Selbstverständlich ist diese Auffassung absurd und zerbricht an der Wirklichkeit der Tatsachen. Der Kampf des britischen und amerikanischen Kapitalismus um Märkte und Rohstoffgebiete ist ein Kampf nicht nur einzelner Kapitalisten oder kapitalistischer Gruppen oder Trusts miteinander, sondern ist heute schon offen und geheim ein direkter und unmittelbarer Kampf der beiden Staatsgewalten.

Wohin wir schauen, an allen Ecken der Welt finden wir diesen Kampf in vollem Toben. Der Vorstoß des englischen Imperialismus gegen Ägypten und den Sudan war gleichzeitig ein Vorstoß gegen die Vereinigten Staaten. Großbritannien will Baumwolle in seinen eigenen Herrschaftsbereichen an-

pflanzen, um sich von der Baumwollproduktion der Vereinigten Staaten, die heute die Weltpreise souverän bestimmen, unabhängig zu machen. Der englische Minister Neville Chamberlain erklärte in einer Rede am 3. 2. 1925:

„Da wir selbst keine Baumwolle anbauen können — würde es nicht besser für uns sein, unsere Baumwolle aus den britischen Kolonien in Afrika und andern Erdteilen zu beziehen, anstatt um den sich ständig vermindernden Überschuß der amerikanischen Produktion zu werben, dessen Ankauf nur dazu beitrug, den Wert des Dollars auf Kosten des Pfund Sterling zu erhöhen?“

Der Aufmarsch der bewaffneten Kräfte der britischen Armee in Kairo war indirekt ein unfreundlicher Akt gegen die Baumwollinteressen des amerikanischen Plantagenkapitals.

Revolutionen und Konterrevolutionen in Mexiko sind nicht nur Klassenkämpfe des mexikanischen Volkes, sondern zu gleicher Zeit indirekte bewaffnete Kämpfe des amerikanischen und britischen Kapitals miteinander. Amerika ist bisher in diesem Kampfe siegreich geblieben. Das amerikanische Kapital hat in Mexiko zweimal soviel in der Ölförderung und fünfmal soviel im Bergbau investiert wie das britische Kapital. Die Calles-Regierung ist nicht nur die Regierung des mexikanischen Kleinbürgertums, sie ist gleichzeitig die Regierung des amerikanischen Finanzkapitals. Die Anerkennung dieser Regierung seitens der Vereinigten Staaten ist nur der diplomatische Ausdruck der Tatsache, daß sie die Oberherrschaft des amerikanischen Finanzkapitals anerkannte. Und wenn die britische Regierung die neue mexikanische Regierung nicht anerkennen will, so ist diese Nichtanerkennung nichts anderes als ein in der Sprache der Diplomatie ausgedrückter Protest gegen die finanzielle Oberherrschaft der Vereinigten Staaten in Mexiko.

Im letzten Jahrzehnt hat sich die industrielle und kommerzielle Investierung der Vereinigten Staaten im lateinischen Amerika verdreifacht. Es gibt kein Land des lateinischen Amerika, wo Großbritannien und die Vereinigten Staaten nicht den bittersten Kampf um den Absatz ihrer Waren und um die Möglichkeiten der Kapitalanlage führen. Schritt für Schritt drängt Wallstreet die City aus Argentinien hinaus. In Brasilien erscheint die Konkurrenz des britischen und amerikanischen Imperialismus in Form einer „chronischen Revolution“. Großbritannien sendet seine finanzielle Untersuchungskommission nach Brasilien, und die Vereinigten Staaten senden ihre Marinekommission ebenfalls dahin. Die Vereinigten Staaten unterstützen die zentrale Regierung, Großbritannien unterstützt die revoltierenden lokalen Regierungen und die meuternden Kriegsschiffe. Der blutige Kampf in San Paolo, wo Brasilianer einander töteten, war indirekt ein Kampf zwischen Amerika und Großbritannien um die Hegemonie in Brasilien.

Der Kampf des britischen und amerikanischen Imperialismus im lateinischen Amerika verschärft sich von Tag zu Tag. Die Coolidge-Regierung ist die Regierung des aggressivsten Imperialismus, und über die britische Baldwin-Regierung sagen die amerikanischen „Foreign Affairs“ (Dezember 1924) mit Recht:

„Wir können auf eine rasche Ausdehnung britischer Interessen in dieser Richtung in verschiedenen Gegenden des lateinischen Amerika als Teil des Programms der neuen Baldwin-Regierung gefaßt sein.“

Amerikanische Ökonomen haben auch bemerkt, daß die Annahme des Dawesplans und die Stabilisierung in Zentraleuropa eine neue Verschärfung

des Wettkampfes zwischen den Vereinigten Staaten und England im lateinischen Amerika bedeutet, da sie größere Mengen von Rohstoffen für die europäische Industrie notwendig macht, also einen heftigeren Kampf um die Ausbeutung dieses wichtigen Rohstoffreservoirs der imperialistischen Welt entfaltet.

Je mehr Amerika das Land der größten Industrie wird, desto mehr ist die amerikanische Regierung um die Sicherung von Rohstoffgebieten besorgt. Hoover, der Staatssekretär für Handel, sagt in seinem letzten Bericht:

„Es gibt eine Anzahl unentbehrlicher Rohstoffe, hinsichtlich deren wir in der Hauptsache auf die Einfuhr aus andern Ländern angewiesen sind. Vermutlich als Folge des Krieges, im besonderen jedoch während der letzten 18 Monate, ist unter den Produzenten dieser Waren eine wachsende Tendenz zum Zusammenschluß zu beobachten, um eine Preiskontrolle gegenüber der amerikanischen Nachfrage durchzuführen.“

Besonders wichtig ist, was Hoover betont: daß die letzten 18 Monate eine Verstärkung der Tendenz zeigen, daß die nichtamerikanischen, in erster Reihe britischen kapitalistischen Kräfte versuchen, die für die amerikanische Industrie lebenswichtigen Rohstoffe und ihre Preise zu kontrollieren.

Der wichtigste Kampf aber, den der britische und amerikanische Imperialismus gegeneinander in breitester Front, im wahrsten Sinne des Wortes an einer Weltfront führen, ist der Kampf um das Petroleum. Der Kampf um das Petroleum gruppiert sich immer sichtbarer im Weltmaßstabe um zwei Trustgruppen: die eine ist amerikanisch — die Standard Oil, die andere englisch — die Royal Dutch Shell. Auf dem Ölschlachtfelde hat Großbritannien die Offensive und führt eine regelrechte Ölblockade gegen die Vereinigten Staaten durch. Auf dem gigantischen Ölschlachtfelde wurden und werden zwischen dem britischen und amerikanischen Imperialismus verschiedentlich Waffenstillstände geschlossen. Aber diese Akte der „Koope-ration“ heben nicht die grundlegende Tatsache des brutalsten Konkurrenzkampfes auf. Wer könnte aufzählen, wieviel Revolutionen und Konterrevolutionen in Mexiko, Albanien, Mossul, Persien usw. heraufbeschworen wurden, die nur einzelne Schlachten des riesigen Ölfeldzuges bilden. In Mexiko unterstützten die Amerikaner Madero gegen Diaz, Huerta gegen Madero, Carranza gegen Huerta, Villa gegen Carranza. Die Monroedoktrin dient als amerikanisches Schutzmittel gegen das Eindringen des britischen Imperialismus in die Ölfelder Zentral- und Südamerikas. Die britischen Konzessionen der „British Controlled Oil Fields“ sind überall an der Seeküste, und zwar, wie Pierre l'Espagnol de la Tramerie in seinem Buche „Der Weltkampf um Öl“ (New York, 1924) sagt:

„... mit Absicht am Ufer des Atlantischen und Pazifischen Ozeans, im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, weil sogar mit Hilfe der japanischen Flotte die britische Flotte den Panamakanal nicht erobern könnte. Und die britischen Flotteneinheiten müssen in der Lage sein, ihre Heizmittelvorräte zu ersetzen, um den langen Umweg um die Magelhaesenge machen zu können.“

Die Regierung des britischen Imperialismus führt eine regelrechte, immer dichter gezogene Ölblockade gegen die Vereinigten Staaten durch. Die größte Beschwerde des amerikanischen Imperialismus ist eben die britische Ölblockade. Der Bericht der amerikanischen Federal Trade Commission (12. 2. 1923) zeichnet ein anschauliches Bild der Restriktionen der britischen Regierung in allen britischen Territorien gegen die Ölbesitzrechte amerika-

nischer Staatsbürger. Der amerikanische Bericht zählt folgende Länder auf, wo die britische Regierung amerikanische Staatsbürger daran hindert, Ölfelder zu erwerben oder auszubeuten:

„Im Vereinigten Königreich, in Britisch Indien, in den Vereinigten Staaten des Malaiischen Archipels; in Australien: Nord- und Westaustralien, Papua, Queensland, Neuguinea, in Neuseeland; in Britisch Borneo: Britisch Nordborneo, Brunei, Sarawak; in Afrika: Nigeria, Goldküste, Südafrikanische Union, Britisch Ostafrika, Uganda, Somaliland, Ägypten; in Mesopotamien, Palästina, Britisch Honduras, Britisch Guinea, Jamaika, Kanada, Neufundland, Trinidad und Barbados.“

Diese britische Weltblockade gegen Amerika wurde noch ergänzt durch das englisch-französische Übereinkommen von San Remo 1920 über die noch unausgebeuteten Ölfelder Mesopotamiens und der britischen und französischen Kolonien.

Im Kampf um Öl äußert sich kein nebensächlicher Gegensatz, sondern es ist ein Kampf auf Leben und Tod des britischen sowohl wie des amerikanischen Imperialismus. Und an diesem Kampf sind nicht nur die Öltruste der beiden Länder, sondern ebenso und noch stärker die Regierungen, die Staatsgewalten beider imperialistischen Räuber beteiligt. Die „New York Times“ vom 23. 3. 1924 berichten in dem sachlichen Ton dieses führenden Blattes des amerikanischen Finanzkapitals:

„Staatssekretär Hughes ist nicht das einzige Mitglied des jetzigen Kabinetts, das die Lage mit Sorge betrachtet; auch Staatssekretär Hoover hat — gelegentlich einer Konferenz in seinem Washingtoner Amt — den Ölinteressenten geraten, ihren auswärtigen Besitz zu vermehren. Wenn diese Regierung, die immer nur zögernd und ängstlich den Schutz auswärtiger Investitionen ihrer Staatsbürger in die Hand nahm, derart handelt, so ist sicherlich zu erwarten, daß die englische Regierung, die sich immer bereit zeigte, sich diplomatisch und militärisch für die überseeischen Kapitalanlagen ihrer Geschäftsleute einzusetzen, zu der weiteren Maßnahme übergehen wird, an ihrem auswärtigen Ölbesitz festzuhalten.“

Es ist einfach eine Wiederholung und Zusammenfassung amerikanischer politischer Gemeinplätze, wenn De La Tramerye schreibt:

„Wer die Standard Oil angreift, greift auch direkt die Washingtoner Regierung an. . . . Der Kampf um Öl ist nicht mehr die Rivalität zwischen den großen Trusts. Es ist ein Kampf zwischen Nationen.“

Und der frühere amerikanische Staatssekretär für das Innere, Franklin K. Lane, warf schon die Frage auf:

„Ist es zulässig, daß Großbritannien — nicht nur britische Kapitalisten, sondern die Staatsgewalt oder die Regierung — so wichtige Märkte besetzt, und soll die übrige Welt aus diesen ausgeschlossen sein? Wenn es selbstverständlich ist, daß nicht einzelne Staatsbürger, sondern die Staaten selbst, vertreten durch ihre Regierungen, teilnehmen an der ökonomischen Konkurrenz und sich selbst in Geschäftshäuser und Industriefirmen verwandeln, so ist keine Hoffnung, die Konflikte, die fortwährend durch die kommerzielle Rivalität erzeugt werden, friedlich zu lösen.“

Der Teapot Dom-Skandal in Amerika zeigte klar, wie nahe die Vereinigten Staaten an einem Kriege der Ölfelder wegen standen. Die letzten blutigen Ereignisse in Persien, der Aufstand in Albanien beweisen, daß der britische und amerikanische Imperialismus ihre Ölschlachten auch heute schon mit bewaffneten Kräften führen, wenn auch einstweilen nur Albanier und Perser als ihre Truppen figurieren. Aber je mehr sich die Regierung in Washington mit den amerikanischen Öltrustinteressen beschäftigt, und je mehr sich die Regierung in London mit den englischen Öltrustinteressen identifiziert — und der ganze Sinn der internationalen Entwicklung besteht ja in dieser

immer intensiver werdenden Identifizierung —, desto mehr muß dieser Weltkampf um das Öl zu einem direkten Konflikt zwischen dem britischen und amerikanischen Imperialismus führen. Es ist jedenfalls eine merkwürdige Art von Kooperation, die der brutalste und großzügigste Wettkampf der kapitalistischen Welt, der Kampf Großbritanniens und Amerikas, um die Märkte und die Rohstoffgebiete darstellt. Eine „Kooperation“, die die „gemeinsamen Interessen“ in der Erfassung neuer Märkte, in der gegenseitigen Blockade, in der gewaltsamen Expropriierung, in Ausnahmegesetzgebung, durch Auslösung bewaffneter Aufstände, durch Vernichtung und Schaffung neuer Staaten ausdrückt.

Die englisch-amerikanische Kooperation in Deutschland

Genosse Radek sieht überall in der ganzen Welt die englisch-amerikanische Kooperation; aber besonders voll hängt der Himmel mit Kooperationsgeigen in Deutschland. Die Kooperation kann hier sogar nicht enden, bevor Deutschland nicht vor der Revolution und dem ökonomischen Chaos gerettet ist. Das wunderbare Instrument der Kooperation ist aber der Dawesplan. Nun, niemand ist so kindisch, leugnen zu wollen, daß in Deutschland Amerika und Großbritannien wirklich kooperieren, und daß der Bastard dieser Kooperation wirklich der Dawesplan ist. Aber es ist doch eine ganz mechanische Auffassung des Dawesplans, wenn man nur die Stabilisierung sieht und die Widersprüche des Dawesplans nicht in Betracht zieht; wenn man nur die Kooperation sieht und vergißt, die Konflikte zu analysieren, die durch diese Kooperation selbst unvermeidlich erzeugt werden.

Was ist das Interesse Amerikas am Dawesplan? Amerika will nach Deutschland Kapital exportieren und hat bereits Hunderte von Millionen Dollars in Deutschland investiert. Wo? In der deutschen Industrie. Amerika ist also sehr stark an dem Wohlergehen und der Prosperität, an Exportmöglichkeiten der deutschen Industrie interessiert. Was ist andererseits des Interesse Englands am Dawesplan? Englands hauptsächlichstes Interesse am Dawesplan ist die Belastung Deutschlands mit den Jahreszahlungen, mit erhöhten Steuern, damit die deutsche Industrie nicht mehr die britische Industrie durch niedrige Produktionskosten und durch Schleuderpreise nieder konkurrieren kann. Großbritannien hat ein Lebensinteresse daran, mit allen möglichen Handikaps die Exportfähigkeit der deutschen Schwerindustrie zu belasten. Man kann feststellen, daß zwischen der deutschen und der englischen Industrie ein eigenartiges Wechselverhältnis besteht: Wenn Deutschland exportiert und wenig Arbeitslose hat, fällt der britische Export und wächst die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien. Und umgekehrt: Erhöhter britischer Export bedeutet Depression und erhöhte Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Es existiert also eine Kooperation zwischen Großbritannien und Amerika in Deutschland in Form des Dawesplans, aber, wie wir sehen, haben der amerikanischen und britische Imperialismus entgegengesetzte Interessen bei der Durchführung des Dawesplans. Und je mehr das amerikanische Finanzkapital in die deutsche Industrie eindringt, und je aussichtsloser die

Lage der britischen Industrie wird, desto stärker werden die Interessengegensätze Amerikas und Großbritanniens in Deutschland und Mitteleuropa.

Wir wollen hier nicht die Frage der interalliierten Schulden ausführlich analysieren. Aber eine detaillierte Analyse würde klar die Eigenartigkeit der englisch-amerikanischen „Kooperation“ zeigen. Amerika „kooperiert“ mit England in der Weise, daß England jährlich über 160 Millionen Dollars an Amerika zahlen muß. Großbritannien „kooperiert“ mit Amerika in der merkwürdigen Weise, daß es mit allen Machtmitteln zu verhindern versucht, daß Frankreich seine Schulden an Amerika zahlt. Amerika „kooperiert“ mit England in der eigenartigen Weise, daß Wallstreet mit komplizierten finanziellen Manövern die City zur Wiederaufnahme der Goldvaluta zwingen will, angeblich im Interesse des Londoner Geldmarktes, tatsächlich im Interesse der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Industrie durch die aus der Goldparität sich ergebende Steigerung der Preise der englischen Produkte.

Natürlich ist es wahr, daß die englische ebenso wie die amerikanische Bourgeoisie das allgemeine historische Interesse der Bourgeoisie an der Verhinderung der deutschen Revolution haben. Aber ebenso ist es wahr, daß sie nicht nur dieses historische Interesse haben, sondern auch sehr verzweigte unmittelbare separate Interessen. Und es ist eine rein mechanische Abstraktion, es ist eine Kastrierung der konkreten Wirklichkeit, wenn man annimmt, daß diese Bourgeoisien immer und konsequent nur in ihrem historischen Interesse handeln und ihre entgegengesetzten, unmittelbaren separaten Interessen vollständig zurückstellen werden.

Der militärische Wettlauf

Der britische und der amerikanische Imperialismus kämpfen nicht nur mit ökonomischen Mitteln um Märkte, um Rohstoffgebiete und um Interessensphären, nach denen sie Kapital exportieren können, sie kämpfen nicht nur mit diplomatischen Intriguen, mittels Blockade, sondern auch als Regierung gegen Regierung, als Staatsgewalt gegen Staatsgewalt. Sie kämpfen nicht nur dadurch, daß sie ganze Völker mieten, die ihre Kämpfe führen. Die Staatsgewalten des britischen und amerikanischen Imperialismus machen auch direkte Vorbereitungen für einen direkten bewaffneten Konflikt. Genosse Radek schreibt, daß Amerika deshalb nicht jetzt schon in das Zentrum seiner Politik den Kampf gegen England setzen kann, weil das zu einer solchen Intensivierung der Rüstungen führen würde, die den Krieg unvermeidlich machen würde, noch bevor er für die Vereinigten Staaten wünschenswert wäre. Nun, wir wollen ganz und gar nicht behaupten, daß der Krieg zwischen England und Amerika schon auf der Tagesordnung steht. Und wir möchten auch nicht riskieren, Prophezeiungen darüber zu machen, ob dieser Krieg schon auf der Tagesordnung der nächsten Jahre stehen wird. Jedenfalls aber zeigt die konkrete Zusammenstellung der Tatsachen, daß Amerika fieberhaft rüstet, daß seine Kriegsvorbereitungen immer intensiver und umfassender werden. Die Tatsachen zeigen, daß Amerika die Kriegsrüstungen nicht vermeidet, weil es den Krieg fürchtet, sondern es rüstet immer mehr, weil es den Krieg immer mehr

fürchtet. Amerika hallte noch niemals so laut vom Lärm der Kriegsrüstungen wider — materiell und ideologisch — wie jetzt.

Wir möchten hier nicht auf alle Details der aktiven Armee, der organisierten Reserve, der Nationalen Garde eingehen. Zahlen aber würden beweisen, daß Amerika in Friedenszeiten noch nie so große Streitkräfte unter Waffen hatte wie heute. Die amerikanische Armee wuchs in den letzten Jahren von 212 000 auf 371 000 an. Die Gesamtzahl der unter militärischem Training stehenden Staatsbürger wuchs von 342 000 auf 504 000 an.

Ganz neue militärische Einrichtungen wurden in den letzten Jahren in Amerika geschaffen. Ich will nur die militärischen Ausbildungslager für Zivilisten, die Reserveausbildungskorps für Offiziere, das Offizierreservekorps erwähnen. Der Bericht des Adjutanten-Generals der amerikanischen Armee meldet, daß 1924 nicht weniger als 275 000 Mann militärisch ausgebildet wurden, darunter 23 000 Offiziere. Das nationale Verteidigungsgesetz vom 4. Juni 1920 schafft zum ersten Male in der Geschichte der Vereinigten Staaten eine einheitliche riesige Armee, bestehend aus der stehenden Armee, der Nationalen Garde, der organisierten Reserve, des Reservekorps der Offiziere. Laut General William Lassiter, dem stellvertretenden Chef des Generalstabes der amerikanischen Armee, wird dieser großzügige Plan „eine bewaffnete Macht von 3 Millionen Mann“ schaffen und dem Lande „zum ersten Male einen vollständigen Plan geben, um alle Kräfte für die nationale Verteidigung zu entfalten“.

Zum ersten Male besitzen die Vereinigten Staaten in ihrer Geschichte einen allgemeinen Plan zur Mobilisierung nicht nur der Menschenkräfte, sondern auch der industriellen Kräfte des Landes. Der 12. September 1924, „der Tag der Verteidigung“, hat die erste tatsächliche allgemeine militärische und industrielle Probemobilisierung im nationalen Maßstabe vorgestellt.

Die Vereinigten Staaten machen die verzweifeltsten Anstrengungen, um eine Luftflotte auszubauen. Präsident Coolidge erklärte in seiner letzten Budgetadresse zum Kongreß:

„Die Verstärkung der Aeroplan-Industrie bedeutet die Verstärkung der nationalen Verteidigung.“

Die stehende Armee der Vereinigten Staaten erreicht schon heute die Stärke der britischen Armee; die Stärke der amerikanischen Luftflotte überflügelt schon heute die britische. Großbritannien hat heute 600 Aeroplane, die Vereinigten Staaten haben 750; in der nächsten Zukunft wird Großbritannien 1000 und die Vereinigten Staaten werden 1200 Flugmaschinen besitzen. Die amerikanische Flotte ist heute schon der britischen gleichwertig. Großbritannien besitzt 20 große Schlachtschiffe mit 558 000 Tonnen, die Vereinigten Staaten haben 18 große Schlachtschiffe mit 525 000 Tonnen. Das Offizierkorps der amerikanischen Flotte ist schon heute größer als das der britischen Marine.

Natürlich ist es wahr, daß die Vereinigten Staaten auch gegen Japan und auch zur „Beeinflussung“ der mittel- und südamerikanischen Länder rüsten, aber es ist mindestens ebenso wahr, daß sie auch gegen Großbritannien, gegen ihren stärksten und gefährlichsten Konkurrenten, rüsten. Mit unzähligen Ausführungen könnte man beweisen, daß die amerikanische und die britische Bourgeoisie sich der Gefahren bewußt sind, die sie füreinander bedeuten. Wir wollen nur noch an die letzten scharfen Diskussionen über die Neuaus-

rüstung der amerikanischen Kriegsschiffe erinnern, die einen stürmischen Protest in Großbritannien hervorriefen, und an die Protestnote Englands, die in Amerika einen noch stürmischeren Gegenprotest heraufbeschwor. Eine merkwürdige „Kooperation“, wenn die britische Flotte in ihrem letzten Manöver als Annahme den Krieg gegen die Vereinigten Staaten hatte. Es ist eine merkwürdige „Kooperation“, wenn das letzte Manöver der amerikanischen Flotte in den Carribeangewässern den Panamakanal gegen den angenommenen Angriff Großbritanniens verteidigte, eine merkwürdige „Kooperation“, wenn das nächste Manöver der amerikanischen Flotte im Pazifischen Ozean sich nicht nur gegen Japan richten wird, sondern auch die „Verführung“ Australiens bezweckt.

Schlußfolgerungen

I.

Die Tatsachen sprechen eine klare Sprache. Sie zeigen, daß die englisch-amerikanische Kooperation nicht das alleinige „Rückgrat“ der Welt-situation ist. Die Tatsachen sind überhaupt merkwürdig und besagen, daß die Anatomie der Weltlage sogar mehrere „Rückgrate“ hat. Die englisch-amerikanische Kooperation existiert; aber der englisch-amerikanische Gegensatz existiert zu gleicher Zeit und ist eine weitaus stärkere und grundlegendere Tendenz. Natürlich wäre es ein Fehler, die Möglichkeit zu leugnen, daß die englisch-amerikanische Kooperation zu einer Weltlage führen kann, in der ein englisch-amerikanischer imperialistischer Bund den bewaffneten Kampf gegen die SSSR und die kolonialen Völker aufnimmt. Aber es ist nicht nur methodologisch falsch, sondern es widerspricht den grundlegendsten Tatsachen, wenn man das Bestehen der anderen Möglichkeiten nicht sieht, nämlich die Möglichkeit eines Konfliktes und sogar eines Krieges zwischen dem englischen und amerikanischen Imperialismus.

II.

Der englische und der amerikanische Imperialismus sind in der Tat gezwungen, um die Erschließung neuer Märkte zu kämpfen. Aber es ist ein ziemlich kräftiger Schlag ins Gesicht der Tatsachen, wenn man nur das eine wahrnimmt, daß dieser Kampf um neue Märkte zu einem gemeinsamen Vorstoß des englischen und des amerikanischen Imperialismus gegen die SSSR und die Kolonien führen kann, und wenn man die andere Möglichkeit vollständig außer acht läßt, nämlich daß der Wettlauf um neue Märkte ebenso gut zu einem Zusammenstoß (vielleicht in Mexiko, vielleicht in Südamerika, vielleicht in Persien) zwischen dem englischen und dem amerikanischen Imperialismus führen kann. Es ist ungeheuer einseitig, nur die englisch-amerikanische finanzielle Blockade gegen die SSSR zu sehen und nicht auch die englische Ölblockade gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Natürlich muß man mit offenen Augen die wachsenden Möglichkeiten eines imperialistischen Krieges gegen die SSSR wahrnehmen, aber man darf sich doch

auch nicht blind gegenüber den wachsenden Möglichkeiten eines Bruches, vielleicht Konfliktes und sogar Krieges des amerikanischen Imperialismus gegen den englischen verhalten.

III.

Der amerikanische sowohl wie der englische Imperialismus führen in der Tat einen Kampf für die Stabilisierung des Kapitalismus, aber — und das ist der springende Punkt — jedes der beiden imperialistischen Reiche kämpft zu gleicher Zeit um seine eigene Hegemonie in der kapitalistischen Welt. Hier ist die Hauptwurzel der irrtümlichen Auffassung des Genossen Radek. Genosse Radek trennt mechanisch diese zwei Tendenzen, und deshalb ist er nicht imstande, die Weltlage als einen Gesamtprozeß zu analysieren. Er sieht nur die notwendige Tendenz der kapitalistischen Mächte, um die Erhaltung der bürgerlichen Welt zu kämpfen, aber er sieht nicht die imperialistischen Methoden, die von der Existenz und vom Wirken der imperialistischen Mächte untrennbar sind. Es ist ein grundlegender Irrtum, zu glauben, daß England oder Amerika oder irgendein anderes imperialistisches Land einen allgemeinen Kampf für die Stabilisierung der kapitalistischen Welt führen kann, ohne gleichzeitig und unlösbar von diesem Kampf auch den Kampf um seine eigene Hegemonie zu führen. Man kann die Weltlage nicht verstehen, wenn man den Kapitalismus nur abstrakt, allgemein nimmt und nicht gleichzeitig die imperialistischen Mächte konkret als imperialistische Mächte.

G. KRUMIN :
DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND WIRTSCHAFTLICHE PROBLEME IN DER
SOWJETUNION

1. Die allgemeine wirtschaftliche Lage des Landes

Bevor wir die Lage und die Entwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion im neuen Wirtschaftsjahr 1924/25 (vom Oktober 1924 an) analysieren, wollen wir kurz daran erinnern, wie die Verhältnisse zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres waren.

In der Sowjetwirtschaft vollzieht sich, stark ausgeprägt, ein Wiederherstellungsprozeß. Von Jahr zu Jahr macht sie immer größere Sprünge vorwärts, dank denen sie sich rasch der Produktion der Vorkriegszeit nähert. Vor kurzem noch betrug die Industrie im ganzen 15—20% der Produktion von 1913. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1923/24 betrug die Bruttoproduktion der Zensusindustrie (d. h. der vom Staat begünstigten Industrie) 2320 Millionen Vorkriegsrubel gegen 5620,7 Millionen Rubel im Jahre 1913, mit anderen Worten 41,3% der Vorkriegsproduktion. Dieselbe Zensusindustrie produzierte im Jahre 1922/23 für 2020 Millionen Rubel, folglich hatte das Jahr 1923/24 tatsächlich ein Mehr von 15%. Zieht man aber nur die Großindustrie, die unter der Leitung des Obersten Volkswirtschaftsrates steht und durch seine Statistik erfaßt wird, in Betracht, so stieg deren Produktion von 1191 Millionen Vorkriegsrubel im Jahre 1922/23 auf 1577 Millionen Rubel im Jahre 1923/24. Folglich haben wir in der Entwicklung des wichtigsten Teiles der Großindustrie tatsächlich eine Steigerung von 30% im Jahr.

Die Zahl der Fabrikarbeiter in der Zensusindustrie stieg von 1 527 700 im Jahre 1923 auf 1 711 900 (bis zum 1. Juli) im Jahre 1924 — gegen 270 000 im Jahre 1913. Das „Sammeln“ der während der Intervention und des Hungers zersplitterten Fabrikarbeitermassen wird intensiv fortgesetzt. Die Arbeiterklasse konsolidiert sich. Ihre materielle Lage bessert sich ständig. Der Monatsverdienst stieg von 19,64 Moskauer Indexrubeln im Oktober 1923 durchschnittlich in der ganzen Industrie auf 25,66 Indexrubel im Oktober 1924.

In der Landwirtschaft vollzieht sich der gleiche rasche Wiederherstellungsprozeß. Die Saatfläche, die 1922 58,7 Millionen Deßjatinen betrug, stieg schon im Jahre 1923 auf 69,9 Millionen Deßjatinen gegen 86,5 Millionen Deßjatinen im Jahre 1916. Solche Anzeichen des Wachstums haben wir auch in allen anderen Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion. Der Bruttoertrag der Landwirtschaft — die Erzeugnisse der Feld-, Weiden- und Gartenwirtschaft, des Weinbaus, der Vieh-, Bienen- und Seidenzucht — betrug im Wirtschaftsjahr 1923/24 ungefähr 6085 Millionen Rubel (Vorkriegswert) gegen 8907 Millionen im Jahre 1912/13, d. h. 68,3%.

Wir wiederholen, das Vorkriegsniveau hört auf, ein fernes Ideal zu sein. In einzelnen Bezirken und in einzelnen Zweigen ist es jetzt schon erreicht oder sogar überholt. Es kann zwei, im ungünstigsten Falle drei Jahre dauern, bis dieses Niveau in allen Zweigen der Industrie und in allen Bezirken erreicht wird. Man muß aber ständig den Prozeß des qualitativen Umbaus der gesamten Wirtschaft, den Prozeß des ständigen, wenn auch langsamen Aufbaus auf einer neuen ökonomischen und technischen Basis im Auge behalten.

Auf Grund der stets steigenden Produktion in der Landwirtschaft und Industrie wurde im Frühjahr 1924 die Währungsreform durchgeführt. Diese Tatsache ist für die weitere Entwicklung der gesamten Wirtschaft entscheidend, denn die stabile Währung gibt eine feste Grundlage für die weitere Entwicklung der gesamten Wirtschaft. Die stabile Währung schuf in erster Linie die Grundlage zur „Smytschka“ (Bündnis) von Stadt und Land und machte folglich jenem Zerfall der Wirtschaft in zwei unabhängige Zirkulationssphären — die städtische und ländliche — ein Ende, der im Herbst und Winter 1923/24 in Erscheinung trat und im starken Auseinandergehen der beiden Klängen der berühmten „Schere“ seinen Ausdruck fand. Die stabile Währung befreite die Bauernschaft von der ungeheuren Emissionssteuer und erhöhte dadurch die Kaufkraft der Bauernschaft. Dieser Umstand förderte folglich in gewaltigem Maße den Warenumsatz, die Entwicklung des inneren Marktes der Union. Die stabile Währung stellte die Sowjetwirtschaft dicht vor die Aufgabe einer noch rascheren Entwicklung der Industrie in der ersten Zeit, um den starken Hunger nach den Hauptprodukten des Massenbedarfs (Gewebe usw.) zu befriedigen, der bereits in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1923/24, fast gleich nach der Durchführung der Währungsreform, in Erscheinung trat.

Zur Illustration des Gesagten wollen wir nur einige Zahlen anführen. Der Geldumlauf des Landes stieg von 264,4 Millionen Rubel am 1. Oktober 1923 auf 622,7 Millionen Rubel am 1. Oktober 1924, d. h. fast um 140%. Am 1. Januar 1925 haben wir ein weiteres Steigen des Geldumlaufs um mehr als 100 Millionen Rubel, d. h. auf 742,6 Millionen Rubel. Die Umsätze der zentralen Börse des Landes, der Moskauer, stiegen von 971 Millionen Rubel im Jahre 1922/23 auf 1555 Millionen Rubel im Jahre 1923/24, d. h. um 60%. Der Umsatz der Arbeiter- und landwirtschaftlichen Genossenschaften stieg in einem Jahre fast um mehr als das Doppelte usw. Der Warenhunger wurde aber immer stärker, was in einer großen Differenz zwischen den Preisen im Großhandel und im Einzelverkauf und im immer steigenden Kleinhandelszuschlag zum Ausdruck kam.

Wir wollen schließlich noch auf ein sehr deutliches Anzeichen des Wiederaufbauprozesses der Wirtschaft hinweisen — auf das alle anderen Zweige überflügelnde Wachstum der Metallindustrie. Hierzu folgende Zahlen: Im Jahre 1921/22 wurden 10,5 Millionen Pud Roheisen erzeugt, 1922/23 bereits 18,3 Millionen Pud und 1923/24 40,4 Millionen Pud. Das letzte Jahr ergab somit ein Mehr von 120%. Die Produktion von Stahl betrug 1921/22 19,4 Millionen Pud, 1922/23 36,0 Millionen Pud und 1923/24 60,3 Millionen Pud. Das letzte Jahr ergab somit ein Mehr von 67,4%. Betrachtet man die Produktion fertiger Baumwollwaren, so sieht man, daß sie von 302,5 Millionen Meter im Jahre 1921/22 auf 581,4 Millionen Meter im Jahre 1922/23

und 836,0 Millionen Meter im Jahre 1923/24, d. h. im letzten Jahre um 44 %, gestiegen ist.

Vergleicht man allerdings die Produktion der Textil- und Metallwaren mit der Vorkriegsproduktion, so fällt das Zurückbleiben der Metallindustrie stark auf. Während die Produktion fertiger Baumwollwaren im Jahre 1923/24 bis 37 % der Vorkriegserzeugung betrug, betrug in der Metallindustrie die Roh-eisenerzeugung nur ungefähr 16 % der Produktion von 1913. Das unterstreicht sehr stark die Bedeutung des Beschlusses der Kommunistischen Partei, ein besonderes Augenmerk auf die Hebung der Metallindustrie zu richten und diesem Industriezweig besondere Anstrengungen zu widmen.

Das sind die grundlegenden Zahlen, die den Zustand der Wirtschaft der Sowjetunion zu Beginn des jetzigen Wirtschaftsjahres 1924/25 charakterisieren.

Das neue Wirtschaftsjahr stellte die Sowjetmacht in voller Größe vor die wichtigste Frage des Wirtschaftslebens — die weitere Entfaltung der Staatsindustrie. Die wichtigste deshalb, weil alle inneren Krankheiten der Industrie, die im Vergleich zur Vorkriegszeit unverhältnismäßig angewachsenen Herstellungskosten, die „Schere“ usw., letzten Endes nur bei einer entwickelten industriellen Produktion überwunden werden können, die die Betriebe mit voller Leistungsfähigkeit arbeiten läßt und die gegebene Produktionsbasis voll ausnützt. Das obenangeführte Tatsachenmaterial läßt wohl keine Meinungsverschiedenheiten darüber zu und fordert für die Staatsindustrie das klare und unzweideutige Ziel, sich in viel rascherem Tempo als in den früheren Jahren zu entwickeln. Die stabile Währung und das Kleinerwerden der „Schere“ (ihr Winkel betrug am 1. Oktober 1923 — 310 %, am 1. Oktober 1924 dagegen 146 %) zeigten, wie ungesättigt der Markt, wie groß die Kaufkraft der Bauernschaft war, deren Wirtschaft, was den Grad der Wiederherstellung anbetrifft, den Stand der Industrie um vieles übertroffen hat.

Aber es erschien ein neuer Faktor auf der Bühne — die Mißernte in einem Teil Sowjetrußlands, die in die Disposition der wirtschaftlichen Kräfte ziemlich empfindliche Veränderungen hineinbringen mußte.

Welche Ausdehnung hatte die Mißernte? Sie erfaßte sieben Gouvernements vollständig und sechs teilweise. Das Mißerntegebiet umfaßt 7,6 Millionen Einwohner und 6,3 Millionen Deßjatinen Saatfläche, was 7 % der Gesamtbevölkerung und 10 % der Gesamtanbaufläche ausmacht.

Die Mißernte dieses Jahres kann natürlich nicht mit der großen Mißernte von 1921 verglichen werden, die die Entwicklung der Wirtschaft so verhängnisvoll gehemmt hat. Damals dehnte sich die Mißernte auf 30 Gouvernements mit einer Saatfläche von 25 Millionen Deßjatinen aus.

Infolge der Mißernte sank die Bruttogetreideernte von 2802 Millionen Pud im Jahre 1923 auf 2564,3 Millionen im Jahre 1924, d. h. um 8,5 %. Es handelt sich also um ein Zurückgehen der Ernte um 250—300 Millionen Pud. Eine stattliche Zahl.

Zwingt das nicht, die Politik in bezug auf die Industrie in gewissem Maße zu revidieren? Nach genauer Analyse der unter dem Einfluß der Mißernte entstandenen Konjunktur im Herbst v. Js. wurde die klare Antwort gegeben, daß eine Revision überhaupt nicht notwendig sei, daß umgekehrt die eingeschlagene Richtung energisch fortgesetzt werden müsse.

Warum? Weil der Wiederherstellungsprozeß in der Landwirtschaft im großen und ganzen intensiv weitergeht, die Warenerzeugung der Bauernwirtschaft gestiegen ist, die Kaufkraft der Bauernschaft gegen das vorige Jahr ebenfalls gewachsen ist.

Und in der Tat, die Ausbreitung der Anbaufläche wurde nicht aufgehalten: von 69,9 Millionen Deßjatinen im Jahre 1923 stieg sie auf 75,9 Millionen im Jahre 1924. Ferner muß gerade in diesem Jahre ein rasches Wachsen der landwirtschaftlichen technischen Kulturen und eine Neuverteilung des Ackerlandes festgestellt werden, und zwar ist der Anteil der für den Markt bestimmten Kulturen erhöht worden. Die Saatfläche für Zuckerrüben vergrößerte sich um 42%, d. h. sie stieg auf 320 000 Deßjatinen im Jahre 1924 gegen 226 000 Deßjatinen im Jahre 1923; die Anbaufläche für Flachs um 25%, d. h. auf 1 060 000 Deßjatinen 1924 gegen 845 000 Deßjatinen im Jahre 1923; die Anbaufläche für Hanf um 21%, für Baumwolle um 134% usw. Zieht man zum Schluß die Zahlen für die Viehzucht in Betracht, so sehen wir ebenfalls ein rasches Wachsen: so betrug z. B. die Zahl der Rinder im Jahre 1924 46,3 Millionen gegen 39,2 Millionen im Jahre 1923 und 48,4 Millionen im Jahre 1916.

All das berechtigt zu erklären, daß der Wiederherstellungsprozeß in der Landwirtschaft trotz der regionalen Mißernte fort dauert, daß die intensive Bebauung des Bodens sich immer mehr ausdehnt. Die Gesamtproduktion der Landwirtschaft ist deshalb nicht gesunken, sondern gestiegen. An Friedenspreisen gemessen betrug ihr Wert 6249 Millionen Rubel gegen 6085 Millionen Rubel im Jahre 1923/24. Auf die gegenwärtigen Preise umgerechnet, bekommen wir natürlich einen viel höheren Wert der Produktion. Das Zusammendrücken der „Schere“, von der oben die Rede war, bedeutet eben eine Steigerung der Kaufkraft der Bauernschaft. Sogar die Einnahmen aus der Getreideerzeugung zeigen eine Steigerung, denn die Preise sind in diesem Jahre im Durchschnitt anderthalb bis zweimal höher als im Vorjahre. Als Resultat haben wir ein ziemlich rasches Wachsen der Kaufkraft der Bauernschaft. Statt 1072 Millionen Tscherwonezrubel im Jahre 1922/23 und 1618 Millionen Tscherwonezrubel im Jahre 1923/24 werden wir im Jahre 1924/25 1971 Millionen Tscherwonezrubel haben. Mit anderen Worten, die Kaufkraft ist in diesem Jahre um 84% gegen 1922/23 und 22% gegen 1923/24 gestiegen.*) Natürlich sind diese Berechnungen nur allgemein orientierend.

Sie geben aber der Industriepolitik eine genügend feste Basis. Man kann ruhig sagen, daß der Kurs auf die Weiterentfaltung der Industrie in voller Kraft bestehen bleibt. Die Mißernte dieses Jahres hat die Sowjetwirtschaft vor neue komplizierte Aufgaben gestellt. Die Ungleichmäßigkeit in der Verteilung der Ernte auf die Gebiete, die Neugestaltung der Kaufkraft der Bauernschaft nach Bezirken usw. erfordert von der Sowjetwirtschaft die Fähigkeit, eine Reihe komplizierter Manöver durchzuführen. Insbesondere steht die Industrie vor der neuen Aufgabe, in ihrer praktischen Politik diesen Veränderungen in der Kaufkraft der Bauernschaft Rechnung zu tragen.

In den verflossenen vier bis fünf Monaten des neuen Wirtschaftsjahres

*) Wir benützen die Zahlen, die der Leiter des Zentralstatistischen Amtes, Genosse Popow, anführt, also die offiziellen Berechnungen des Zentralstatistischen Amtes.

zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze praktische Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung die Lösung zweier Grundfragen: Regulierung der Getreidepreise und Entfaltung der Industrie bei scharf ausgeprägtem Steigen der Produktivität der Arbeit. Warum gerade diese zwei Probleme auf dem ersten Plan stehen, geht aus allem Vorhergesagten klar hervor.

Die Bewegung der Getreidepreise in unserem Lande bestimmt in bedeutendem Maße die übrigen Wirtschaftsexponenten. Wenn die Getreidepreise als Resultat der Mißernte und des Fehlens irgendeiner staatlichen Preisregulierung übermäßig heraufgeschraubt würden, so hätte das die Durchbrechung der Lohnpolitik zur Folge, die im gegebenen Moment darin besteht, die zurückgebliebenen Metall- und Transportarbeiter auf das allgemeine Lohnniveau zu heben und äußerst vorsichtig den Nominallohn zu erhöhen, wobei der Reallohn durch Preisermäßigung erhöht werden soll; ferner hätte das auch ein Durchbrechen der Industriepolitik zur Folge, die auf eine stetige Ermäßigung der Industriewarenpreise gerichtet ist. Schließlich könnte das für unsere gesamte Wirtschaft unerträgliche Steigen der Getreidepreise die feste Währung und das Budget ins Schwanken bringen. So stand die Frage. Deshalb machte der Staat es sich zur nächsten Aufgabe, eine dominierende Stellung auf dem Getreidemarkt zu erreichen und dann die Getreidepreise auf einer bestimmten Höhe zu halten, die natürlich die des vorigen Jahres überragt, aber gleichzeitig weder unsere Lohnpolitik noch unsere Industriepolitik vernichtet. Um das zu erreichen, mußte man mit allen Hebeln, die dem Sowjetstaat zur Verfügung stehen, Versorgung, Steuern u. a., geschickt manövrieren. Zu demselben Zwecke mußte auch ein staatlicher Getreidefond gesammelt werden, der genügend groß wäre, um in für die Sowjetunion entscheidenden Gebieten die Getreidepreise auf einer bestimmten Höhe zu halten, besonders in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres, wenn zweifellos auch die Bauernschaft als Getreidekäuferin auftreten und die Nachfrage besonders stark sein wird.

Ist es dem Staate nun wenigstens einigermaßen gelungen, des Elementes der zwanzig Millionen verstreut liegenden Bauernwirtschaften, des Elementes, das die Getreidepreise diktiert, Herr zu werden? Oder hat wiederum dieses Element, wie im Herbst 1923, an den wichtigsten Abschnitten der Wirtschaftsfrent Siege feiern können?

Die Lage war zweifellos gespannt. Unter dem Einflusse der Gerüchte über die Mißernte sprangen die Getreidepreise im August v. Js. ziemlich stark in die Höhe — statt durchschnittlich 40—50 Kopeken für ein Pud Roggen im Herbst 1923 zahlte man im August 1924 1,5 Rubel. Ein Pud Weizen kostete in der ganzen Union im Oktober-Dezember 1923 durchschnittlich 60—70 Kopeken und sprang im August 1924 auf 1,35 Rubel.

Aber gegen Ende August wurden mehr oder weniger planmäßig alle Hebel in Bewegung gesetzt. Und wenn wir die Bewegung der Getreidepreise in den weiteren Monaten graphisch darstellen wollen, so bekommen wir für die gesamte Union eine sinkende Kurve. So kostete ein Pud Roggen im September durchschnittlich 87 Kopeken, im Oktober 80 Kopeken und im November 75 Kopeken; der Preis eines Puds Weizen sinkt von 1,37 Rubel im September auf 1,18 Rubel im Oktober und 1,17 Rubel im November. In den späteren Monaten begannen die Getreidepreise wieder zu steigen — aus Gründen, die mit der Jahreszeit zusammenhängen.

So hat sich also der Staat als fähig erwiesen, zu manövrieren und im gewissen Grade dem Element der Kleinwirtschaft seine Bedingungen zu diktieren. Es wäre aber noch zu früh, wollte man jetzt den Sieg der organisierten Wirtschaft über die Anarchie feiern. Erst jetzt beginnt eben der wirkliche Kampf um stabile Marktverhältnisse und Preise. Die Lage muß zweifellos als eine ziemlich gespannte charakterisiert werden. Obgleich von den 290 Millionen Pud, die der Plan vorsieht, bis zum 1. Februar bereits 236,7 Millionen Pud vorrätig waren, so daß der Staat einen gewissen Getreidefond zur Verfügung haben wird, muß man doch mit der Tatsache rechnen, daß der festgesetzte Plan für die staatliche und genossenschaftliche Getreideanschaffung ein Minimum darstellt, und daß eine gewisse Unterschätzung der kommenden Mißernte infolge des schneelosen Winters möglich ist. Das wird sich erst im Frühjahr endgültig zeigen. Zweifellos ist die Politik der Regierung absolut richtig, die zwecks Regulierung des Getreidemarktes eine geringe Getreideeinfuhr aus dem Auslande gestattet hat.

In den verflossenen Monaten des neuen Wirtschaftsjahres wurde die Entwicklung der Industrie äußerst intensiv fortgesetzt. Nach den vorläufigen Daten des Obersten Volkswirtschaftsrates haben wir folgendes Bild der industriellen Produktion:

	In Millionen Vorkriegsrubeln	
	1923-24	1924-25
Oktober	120,8	184,0
November	116,1	170,5
Dezember	114,9	182,0
Januar	120,4	180,0
	<hr/>	<hr/>
	472,2 = 100%	716,5 = 153,4%

Wir sehen ein Steigen der Produktion auf 53% im Vergleich zu der entsprechenden Periode des vorigen Jahres.

Innerhalb der Industrie haben wir ein starkes Steigen der Metall- und Textilindustrie:

R o h e i s e n (in Tonnen):

	1923-24	1924-25
Oktober	43 538	73 310
November	49 074	75 652
Dezember	49 222	87 840
	<hr/>	<hr/>
	141 834 = 100%	236 802 = 167,7%

M a r t i n s t a h l (in Tonnen):

	1923-24	1924-25
Oktober	82 915	131 445
November	85 995	123 652
Dezember	78 608	138 582
	<hr/>	<hr/>
	247 518 = 100%	393 679 = 159,1%

B a u m w o l l g e w e b e (in 1000 Metern):

	1923-24	1924-25
Oktober	63 714,8	113 369,1
November	59 167,3	101 436,3
Dezember	55 671,2	119 593,0
	<hr/>	<hr/>
	178 553,3 = 100%	334 398,4 = 187,3%

Das Programm der Jahresproduktion wurde in der Industrie zuerst auf 273 Millionen Vorkriegsrubel gegen 198 Millionen Rubel im Jahre 1923/24 festgesetzt, also eine Erhöhung auf 40% vorgeschlagen. Aber bereits am Ende des ersten Vierteljahres des neuen Wirtschaftsjahres stellte es sich heraus, daß die tatsächlichen Aufträge, die der Metallindustrie gegeben wurden, fast das ganze Jahresprogramm ausfüllen. Die Nachfrage der Bauern nach Metall war im ständigen Wachsen begriffen. Deshalb wurde Ende Januar der vollständig richtige Beschluß gefaßt, über das Programm hinaus die Produktion der Metallindustrie um weitere 15% zu erhöhen. Ein so rasches Wachsen der Metallindustrie zeigt sehr klar die gesamte Kraft des Wiederaufbauprozesses in unserem Lande.

Das Jahresprogramm der Textilindustrie ist mit 1,330 Millionen Metern fertigen Baumwollgewebes festgesetzt, was 58% der Vorkriegserzeugung ausmachen würde. Gegenüber 1923/24 würde das ein Steigen von 60% bedeuten. Gegenwärtig wird auch dieses Programm etwas erhöht werden müssen.

So zeigen nun die angeführten Produktionszahlen, daß das allgemeine Niveau des Wirtschaftslebens im laufenden Jahre bedeutend höher ist als im Vorjahre. Das bezieht sich natürlich nicht nur auf die Produktion. Auch die Umsatzzahlen sprechen davon. Wir wollen uns nur mit den Umsätzen der Börsen begnügen:

Die Umsätze von 71 Börsen betragen:

I. Vierteljahr 1923/24 . . .	557,7	Millionen	Rubel
II. „ „ . . .	764,8	„	„
III. „ „ . . .	713,0	„	„
IV. „ „ . . .	982,4	„	„
I. „ 1924/25 . . .	1348,0	„	„

So übersteigen die Umsätze der Börsen in diesem Jahr um 140% die Umsätze im entsprechenden Vierteljahr des vorigen Jahres.

Wenn man jedoch die Zahlen der Bewegung des Warenumsatzes innerhalb des ersten Vierteljahres dieses Wirtschaftsjahres betrachtet, so läßt sich leicht ein gewisses Sinken des Umsatzes seit November feststellen.

Ist nun dieses Sinken des Umsatzes im Großhandel eine Folge des Sinkens der Nachfrage unter dem Einfluß der Jahreszeit (schlechte Wege im Winter) oder der Mißernte, oder ist es durch irgendwelche andere Ursachen hervorgerufen? Der Einfluß eines gewissen Sinkens der Nachfrage läßt sich nicht leugnen, besonders im Dezember und Januar. Man muß aber in Betracht ziehen, daß eine Reihe gewaltiger Gebiete, in erster Linie Sibirien und der Ural, noch immer eine unbefriedigte Nachfrage und ein ungenügendes Angebot industrieller Erzeugnisse des Massengebrauchs aufweisen. Nicht hier liegt also die Hauptursache des Sinkens des Großhandelsumsatzes. Sie muß an einer anderen Stelle gesucht werden, und zwar — im ausdrücklich unzureichenden Handelskapital. Das vorhandene Handelskapital erweist sich außerstande, die anwachsende Produktion in Umsatz zu bringen. Die Situation wurde noch verschärft, weil die Industrie, um sich selbst finanziell zu sichern, das Zurückziehen eines Teiles der Mittel, die die Industrie im Handel hatte, erforderte. Die Industrie verschlechterte den Käufern immer mehr die Verkaufsbedingungen. Der durch sie gewährte Kredit wurde immer

kleiner. Nach Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates machten die Kreditgeschäfte im Oktober 58,5 %, im November 61,2% und im Dezember nur 59% aus. Vom Privathandel forderte die Industrie Barzahlungen zu 100% oder sogar Vorschüsse gegen Lieferung der Ware nach einem Monat usw. All das führte dazu, daß die handeltreibenden Organisationen — die Genossenschaften und das Privatkapital — den Warenankauf einzuschränken begannen.

Die Aufgabe der Vergrößerung und Festigung des Handelskapitals trat nun in voller Größe heran. Es ist jetzt sehr schwer zu sagen, um welche Summe mangelnden Handelskapitals es sich eigentlich handelt: Die entsprechenden Berechnungen werden erst gemacht. Aber jedenfalls ist die Sowjetunion bereits energisch an die Lösung dieser Frage herangeschritten. Es haben sich drei Wege des Kampfes um die Erhöhung des Handelskapitals gezeigt. Der eine Weg ist die etatmäßige Unterstützung der Kapitalien der Genossenschaften und der staatlichen Handelsorgane. Die neue Erweiterung des Staatsbudgets im laufenden Wirtschaftsjahr hat es bereits ermöglicht, den Genossenschaften 8 Millionen Rubel zuzuwenden. Die Aufgabe der Erhöhung der Handelskapitalien durch etatmäßige Unterstützung wird auch zweifellos bei der Aufstellung der folgenden Budgets im Auge behalten werden müssen. Zweitens ist der Genossenschaft deutlich die Aufgabe gestellt, in viel höherem Grade als bisher die Mittel der Bevölkerung selbst heranzuziehen. Die Erhöhung des spezifischen Gewichts der Einlagen in den Genossenschaften ist die wichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Periode. Drittens werden auch Bedingungen geschaffen werden müssen, die erlauben sollen, das Privatkapital — in Anbetracht des unzureichenden Handelskapitals — zum Manövrieren voll auszunützen. Das wird eine Milderung der Bedingungen des Verkaufs an den Privathändler und die Gewährung eines gewissen Kredites usw. erfordern. Viertens darf die Staatsindustrie ihr in dem Handel investiertes Kapital nicht verringern. Die Verkaufsbedingungen, die sie ihren Kunden stellt, müssen dem tatsächlichen Warenumsatz entsprechen. Endlich müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die die zweckmäßigste Ausnützung der im Handel angelegten Mittel ermöglichen.

Das ist die zweite — nach der Aufgabe der Regulierung der Getreidepreise und des Marktes wichtigste — Aufgabe, die die Sowjetwirtschaft zu lösen hat. Die nächsten Monate werden den Grad der erfolgreichen Lösung beider Aufgaben zeigen.

Die vergangenen Monate des neuen Wirtschaftsjahres haben also vollständig die Prognose bestätigt, die im Herbst vorigen Jahres aufgestellt wurde und in der Behauptung gipfelte, daß die Mißernte, die mehrere Gebiete der Sowjetunion heimgesucht hat, den Wiederaufbaucharakter des Wirtschaftsprozesses nicht zerstören, im schlimmsten Falle nur das Tempo des Wiederaufbaues etwas verlangsamten würde. Wir haben gesehen, daß die Wirtschaftsexponenten in diesem Jahre ein höheres Niveau anzeigen. Dieses Niveau zu erhalten, ist Aufgabe der Sowjetwirtschaft und des Staates. Die Sowjetwirtschaft wird sie erfüllen, wenn sie ihre Wachsamkeit erhöht, wenn sie über genügende Manövrierfähigkeit verfügt, und wenn sie so energisch wie bisher die vorgezeichneten Maßnahmen zur Organisation des landwirtschaftlichen Marktes, zur Erhöhung der Kaufkraft der Bauernschaft

insbesondere durch steigende Realisierung der technischen Kulturen und der Viehprodukte auf dem Weltmarkt usw. fortsetzen wird.

Die Sowjetwirtschaft wird dann imstande sein, gegen jene ungünstigen Bedingungen wirksam anzukämpfen, die der Winter mit sich bringt, und die zweifellos eine Reduzierung der Einnahmen der Bauern (in der Waldarbeit, in der Fuhrhaltereie usw.) herbeigeführt haben.

Aber selbstverständlich wird nur eine mehr oder weniger klare Feststellung der Ernteaussichten das Wirtschaftsjahr 1924/25 charakterisieren können.

3. März 1925

W. Z. FOSTER / D. CANNON :
ZUR AMERIKANISCHEN FRAGE*

In den Vereinigten Staaten gelang es den Kapitalisten noch seit der Epoche des Bürgerkrieges (um 1855) die verschiedenen Gesellschaftsklassen in Unterwerfung zu erhalten — die Kleinbürger, Farmer, Arbeiter usw. —, indem sie sich dabei des Einflusses der zwei großen Parteien bedienten: der Republikanischen und der Demokratischen. Diese Parteien befinden sich vollständig in der Hand der Großkapitalisten und werden von ihnen zum Schutz ihrer Interessen benutzt, zum Schaden der anderen Klassen, die ihrer Führung folgen. Während der letzten 50 Jahre wurden von den am meisten klassenbewußten Elementen aus den Reihen der Kleinbürger, der Farmer und der Arbeiter mehr als einmal Versuche gemacht, der unbeschränkten Herrschaft der beiden Kapitalistenparteien ein Ende zu setzen und eine dritte Partei zu schaffen. Solche Bewegungen verstärkten sich besonders in industriellen und landwirtschaftlichen Krisenzeiten. Die bedeutendsten dieser Bewegungen waren die „Bewegung zur Verbilligung des Geldes“ — die sogenannte Greenback-Bewegung der siebziger Jahre; die Volkspartei der neunziger Jahre und die „Progressiv-Party“ des Präsidenten Roosevelt 1912. Aber sie alle erlitten eine Niederlage in ihrem Streben, die „dritte Partei“ zu schaffen. Die ökonomischen Faktoren, die deren Entstehung bedingten, waren nicht stark genug, um das Ziel erreichen zu lassen.

Einen charakteristischen Zug der gegenwärtigen politischen Lage in der Nordamerikanischen Union ist die wachsende Unzufriedenheit des Kleinbürgertums, der Farmer und Arbeiter mit den beiden alten Parteien. Diese Unzufriedenheit mündete aus in die von Lafollette geführte Bewegung zur Bildung einer „dritten Partei“. Ihre Wurzeln sind zu suchen in der Landwirtschafts- und Industriekrise und in der fortdauernden Steigerung der kapitalistischen Ausbeutung. Das Kleinbürgertum sieht sich dem erbarmungslosen Ansturm des Kapitals gegenüber, das den „freien Wettbewerb“ auf allen Gebieten der Produktion und Konsumtion vernichtet. — Die Farmer geraten in die Klauen der mächtigen kapitalistischen Monopole, die ihnen einerseits ihre Produkte für einen Spottpreis abkaufen, um ihnen andererseits Industriewaren zu unglaublich aufgeblähten Preisen zu verkaufen. Hieraus entsteht eine allmähliche Verarmung und Expropriierung der Farmer. 1920 besaßen 38% aller nordamerikanischen Farmer ihr Land als Pächter, während 37% nominell Eigentümer ihres Bodens, jedoch mit Hypotheken überlastet waren, die im Durchschnitt 3356 \$ pro Farm (Kleinbauernbesitz) betragen. Die Entwicklung des Pachtverhältnisses und das Anwachsen der Verschuldung gehen in den letzten Jahren mit Riesenschritten voran. Noch im Jahre 1910 betrug die Hypothekenverschuldung in den Vereinigten Staaten 1 727 172 183 \$, während sie im Jahre 1920 4 003 767 192 \$ erreichte. Im Laufe des einen

* Als Diskussionsbeitrag veröffentlicht. D. Red.

Jahres 1922 sahen sich etwa 1,2 Millionen Farmer veranlaßt, ihr Land zu verlassen und in die Städte überzusiedeln.

Noch schärfer als die Farmer verspüren die Arbeiter die Knechtung des Kapitals. Nur eine dünne Schicht gut organisierter qualifizierter Arbeiter (im Baugewerbe, in der graphischen Industrie, den Eisenbahnen usw.) bezieht den hohen Arbeitslohn, von dem die offizielle Statistik so gern und viel spricht. Im Jahre 1922 erklärten die Eisenbahner-Gewerkschaftsführer, daß die Löhne der in der Gewerkschaft organisierten gelernten Mechaniker in den Eisenbahnwerkstätten nicht ausreichen, um ihre Familien auch nur im allerbescheidensten Maße zu unterhalten; die Löhne dieser Eisenbahnmechaniker, seitdem noch beträchtlich herabgesetzt, betragen damals schon nur 1884 \$ 90 c jährlich, indessen das Jahresbudget einer Arbeiterfamilie — nach der Berechnung des Arbeitsdepartements der Vereinigten Staaten — 2303 \$ 99 c betragen sollte. Der mittlere Arbeitslohn für die ganzen Vereinigten Staaten beträgt 25 \$ wöchentlich oder 1300 \$ im Jahr. Die ungelerten Industriearbeiter leben in geradezu elender Armut, während die Millionen der Tagelöhner der Landwirtschaft der zügellosesten Ausbeutung unterworfen sind und geradezu ein Bettlerdasein führen. Die Arbeitslosigkeit bildet eine ständige Geißel der Arbeiterschaft. Im Jahre 1922 wurden in den Staaten 6 000 000 Erwerbslose gezählt. Mindestens 1½ Million wird als ständige Zahl der Arbeitslosen angenommen. Diese erhalten keinerlei staatliche Unterstützung. Die Arbeiter haben in der Industrie eigentlich fast nichts mitzureden und sind ebenso jedes Einspruchs in bezug auf Einstellungen und Arbeitsbedingungen beraubt. Von 30 Millionen Lohnarbeitern sind nur 3½ Millionen organisiert, und dabei ist selbst die Existenz dieser ihrer schwachen Organisation ständig durch die Unternehmer bedroht, die das System des „offenen“, d. h. gewerkschaftsfreien Betriebes (open shop) durchzuführen bestrebt sind, mit anderen Worten den (auch in Europa nicht unbekanntem) „Herrn-im-Hause“-Standpunkt.

Die Republikanische und die Demokratische Partei sind, wie erwähnt, Werkzeuge des Großkapitals und dienen ausschließlich dessen Interessen. Ganz gleich, welcher der beiden Parteien die Regierung gehört, jedenfalls führt sie ihre Politik gegen das Kleinbürgertum, indem sie die Konzentration der Industrie fördert und überall den freien Wettbewerb zu vernichten strebt. Sie bringt die Farmer gegen sich auf durch Erhöhung der Eisenbahntarife und durch Unterstützung der direkten Feinde des Farmers — der (Fleisch-)Konservenfabrikanten, der Bankiers, der Eisenbahnunternehmer usw. Die Regierung unterdrückt die Arbeiterstreiks durch Gerichtsverbote, durch Einmischung von Polizei und Truppen und hilft den Unternehmern offen bei der Durchführung ihres „Systems des offenen Betriebes“. So führte 1920 der den Demokraten zugehörige Generalstaatsanwalt Palmer ein Streikverbot gegen 600 000 Kohlenarbeiter für das Gesamtgebiet der Staaten durch, während 1922 das Mitglied der Republikan. Partei, Generalstaatsanwalt Dougherty, das Verbot des Streiks von 400 000 Eisenbahnern durchsetzte. Jede Regierung, ob republikanisch oder demokratisch, wälzt die durch den Krieg entstandene Schuldenlast von der Klasse der Kapitalisten auf die Schultern des Proletariats ab. Daher stoßen die beiden bestehenden Parteien, außerstande, die Interessen der Unterklasse zu schützen, auf eine steigende Unzufriedenheit in ihren eigenen Reihen. Die Massen der Kleinbourgeoisie.

der Farmer und der Arbeiter werden von Enttäuschung erfaßt, streben danach, sich von diesen Parteien abzulösen und eine neue Partei zu bilden. Eine solche Bewegung hat einen Massencharakter gewonnen und den Namen „Bewegung zur Schaffung der dritten Partei“ erhalten. Ihr Führer ist — Lafollette.

Diese Bewegung hat in den letzten paar Jahren endgültig Gestalt angenommen. Ihr organisatorisches Zentrum — sehr verschwommen und unbestimmt — war die Gruppe Lafollettes, die aus den sogenannten „Progressisten“ im amerikanischen Parlament besteht. Die Mehrheit der Mitglieder dieser Gruppe sind Abgeordnete der westlichen landwirtschaftlichen Staaten, wo sie ins Parlament gewählt wurden infolge der Agitation der „parteilosen Liga“ (Non Partisan League) und anderer Farmerorganisationen sowie auch der Gewerkschaften. Vom Jahre 1918 ab begannen nämlich die Gewerkschaften tätigen Anteil an der Bewegung zu nehmen, indem sie sich für Schaffung einer „Arbeiter-Partei“ (Labor Party) aussprachen, darunter jedoch eben diese kleinbürgerliche „dritte“ Partei verstanden. Das Gewerkschaftskartell (Federation of Labor) von Chicago, die New Yorker Labor Union, das kalifornische Gewerkschaftskartell und andere Organisationen erklärten sich als Anhänger der „Labor“-Partei. Im Laufe der folgenden zwei bis drei Jahre schlossen sich die Gewerkschaftsföderationen in den mehr industriellen Staaten Michigan, Wisconsin, Illinois, Pennsylvanien und andere der Bewegung an, ferner einige Landesvorstände von Fachgewerkschaften. Im Jahre 1920 berief die „Gruppe der Anhänger der Arbeiterpartei“, mit John Fitzpatrick (Chicago) an der Spitze, eine Landeskonferenz für die gesamten Vereinigten Staaten ein, zu der auch viele Farmer kamen. Die Konferenz legte den Grund zur „Farmer-Arbeiter“-Partei der Vereinigten Staaten (Farmer Labor Party of U.S.A.) und stellte als Präsidentschaftskandidaten Parley, Parker und Christinessen auf. An dieser Konferenz nahm auch das „Komitee der 48“ teil, das eine überaus unbestimmt kleinbürgerliche Gruppierung darstellt. „Dritte Parteien, die sich „Farmer Labor Partys“ nannten, entstanden in Minnesota, Washington, Süd-Dakota, Colorado usw. Die Gewerkschaftsburekraten, Gompers an ihrer Spitze, wandten sich scharf gegen diese ganze Bewegung und bestanden vielmehr auf der Notwendigkeit, die bisherige Politik der Unterstützung einzelner „arbeiterfreundlicher“ Kandidaten aus der Zahl der beiden Hauptparteien fortzusetzen.

Im Februar 1922 entstand in Chicago, auf Initiative von 16 Eisenbahnerorganisationen, eine neue Organisation — „die Konferenz für fortschrittliche politische Aktion“ (Conference for Progressive Political Action). Um diese Organisation herum vereinigten sich fast alle Gewerkschaften, Farmerorganisationen und „Farmer-Arbeiter-Partei“-Gruppen, kurz alle Elemente, die sich von den beiden alten Parteien loslösen wollten. Auch die Sozialistische Partei (SPA) nahm daran teil. Viele erwarteten damals, die „Konferenz f. f. p. A.“ werde den Grund legen zu einer offiziellen dritten Partei. Aber die Führer der „Konferenz“ waren zu schwach hierzu. Im Dezember 1922 stellte die „Konferenz“ ihr Programm auf: im ganzen eine Fortsetzung der früheren „außerparteilichen“ Politik Gompers', nur in etwas veränderter Aufmachung. Da spaltete sich die „Farmer-Arbeiter-Partei“ der Vereinigten Staaten aus der „Konferenz“ ab und gab damit auch vielen anderen Organisationen Veranlassung zum Austritt. Von der „Konferenz f. f. p. A.“ blieb nur das nackte

Skelett übrig. Die Bewegung zur Bildung einer „dritten“ Partei kam zeitweilig zum Stillstand. Erst 1924, im Zusammenhang mit den bevorstehenden Präsidentenwahlen, flammte sie mit neuer Stärke auf, im besonderen unter der ländlichen Bevölkerung. Die alte „Konferenz für progressive politische Aktion“ berief auf den 4. Juli (der amerikanische Verfassungstag, D. Ü.) einen Kongreß nach Cleveland ein. Die Führung der Bewegung übernahm Lafollette. Auf der Tagung vom 4. Juli stellte er sich selbst als Präsidentschaftskandidat auf und erklärte dabei, er stehe auf einer unabhängigen Plattform und beabsichtige durchaus keine neue eigene Partei zu gründen. Unmittelbar nach dem 4. Juli einigten sich fast alle Organisationen darauf, ihn zu unterstützen, ausgenommen die Workers Party, die sich für ein selbständiges politisches Auftreten aussprach. Gompers versprach Lafollette volle Förderung seitens des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.), und Eugen Debs begrüßte ihn als Verteidiger der Interessen der Arbeiter: eine Einheitsfront der Kleinbourgeoisie von Lafollette bis zu Gompers und Debs.

Die folgende Wahlkampagne war eine der erbittertsten in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Die kapitalistische Presse griff Lafollette auf das wütendste an: obgleich in seinem Programm nur die Nationalisierung (Verstaatlichung) der Eisenbahn und der Wasserkräfte gefordert war, während es sich in bezug auf die Industrie auf den bloßen Wunsch nach einer Aufsicht durch den Staat beschränkte, wurde Lafollette von allen Seiten des „Bolschewismus“ beschuldigt und des Strebens, die Staatsgewalt zu untergraben. Die Kapitalisten sagten den Arbeitern, daß, falls diese für Lafollette stimmen würden, alle Fabriken sofort geschlossen werden würden. Die Abschwächung der landwirtschaftlichen und industriellen Krise wirkte auch ungünstig auf die Lafollette-Bewegung zurück. Als Ergebnis der obenerwähnten terroristischen Einschüchterung der Arbeiter sowie der vorübergehenden Abschwächung der Krise erzielte Coolidge einen glänzenden Wahlsieg. Die Anhänger Lafollettes hatten erwartet, daß ihr Kandidat eine genügende Anzahl von Staaten auf sich vereinigen werde, um Coolidge (Republikaner) und Davis (Demokrat) die absolute Stimmenmehrheit zu nehmen, so daß eine Stichwahl (nach der amerikanischen Verfassung) im Parlament hätte stattfinden müssen; in Wirklichkeit erhielt Lafollette eine Stimmenmehrheit nur in dem einzigen Staat Wisconsin. Es war das eine schwere Niederlage für viele Gewerkschaftsbureaucraten und deren Anhänger, die an der Lafollette-Bewegung teilnahmen, ihr Enthusiasmus für die Bildung einer „dritten Partei“ verbrauchte. Gompers und seine A. F. of L. sprachen sich kategorisch gegen die Fortsetzung dieser „außerparteilichen“ Politik aus, die Gewerkschaften der Eisenbahner, die den Hauptkern der „Konferenz f. f. p. A.“ gebildet hatten, taten dasselbe. Der Gedanke einer organisatorischen Kristallisierung einer „dritten Partei“ hatte einen schweren Stoß erlitten.

Das Verhältnis der Workers Party zur Schaffung einer Farmer Labor Party

Die „Workers Party“ nahm tätigsten Anteil an der Entwicklung dieser Massenbewegung. Im Laufe von zweieinhalb Jahren, sofort vom Beginn des Jahres 1922 an, führte die Workers Party unter der Parole „für die Farmer- und Arbeiterpartei“ eine energische Kampagne durch, bemüht, breite Schichten der Arbeiter und ärmsten Farmer dem kleinbürgerlichen Einfluß

Lafollettes zu entreißen und sie in einer besonderen Partei zu organisieren. Aber die Anstrengungen der Workers Party erwiesen sich als fruchtlos, insofern die Schaffung einer Partei in Frage stand. Der erste Versuch, eine sogenannte Farmer- und Arbeiter-„Klassen“-Partei zu gründen, fand am 3. Juli 1923 statt, wo ein Kongreß einberufen wurde auf der Grundlage der Einheitsfront zwischen Workers Party und der „Farmer Labor Party“ der Vereinigten Staaten unter dem obenerwähnten John Fitzpatrick. Diesen Kongreß beschickten viele Organisationen: Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften und Gesellschaften zu gegenseitiger Hilfe, die in der vorangegangenen Kampagne das Programm der Fitzpatrick'schen „Farmer-Arbeiter-Partei“ unterstützt hatten, weil sie diese bis zu einem gewissen Grade für geeignet hielten, ihre Bestrebungen zur Bildung einer dritten Partei zu fördern. Im ganzen waren auf diesem Kongreß etwa eine halbe Million Arbeiter und einige vereinzelte Farmergruppen vertreten. Die Workers Party forderte die sofortige Konstituierung der neuen Farmer- und Arbeiter-Partei auf föderativer Grundlage. Die alte „Farmer- und Arbeiter-Partei der Vereinigten Staaten“ widersetzte sich dem, es erfolgte eine Spaltung, und die Leitung des Kongresses ging auf die Workers Party über, die nunmehr die „Föderierte Farmer- und Arbeiter-Partei“ (Federated Farmer Labor Party) begründete, die sich aus Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen proletarischen Organisationen zusammensetzte.

Aber die Federated Farmer Labor Party erwies sich als totgeborenes Kind. Die Massen lehnten sie sofort ab. Sie brauchten eine kleinbürgerliche „dritte Partei“, nicht aber eine halbkommunistische „Klassen“-Partei, die bloß aus Arbeitern und armen Farmern bestand. Die Workers Party machte verzweifelte Anstrengungen, um der Fed. Farm. Labor Party Leben einzuhauchen, wandte eine Menge Energie und Mittel auf, aber — umsonst. Die Fed. Farm. Labor Party wurde zu keiner Massenpartei, die als ein Speisungsreservoir für die Workers Party hätte dienen können. Hingegen wurde sie ihr zur Konkurrentin, bestrebt, die Workers Party zu liquidieren. Sie bestand ausschließlich aus der Workers Party selbst und jenen mit ihr sympathisierenden Organisationen, die mit ihr in engstem Kontakt standen. Es war das nur eine „Einheitsfront mit sich selber“, eine für die Vereinigten Staaten charakteristische Entstellung der Einheitsfronttaktik. Somit hatten wir zwei kommunistische Parteien nebeneinander — die Workers Party und die Federated Farmer Labor Party. Im Endresultat mußte man die ganze Unternehmung mit der F. L. P. fallen lassen, ein Streich, den die Gruppe Pepper-Ruthenberg hoch pries als eine der größten Errungenschaften der kommunistischen Weltbewegung.

Ein wenig erschüttert durch den Mißerfolg mit dieser FFLP, unternahm die Workers Party dennoch eine neue Kampagne zugunsten der Bildung der sogenannten Farmer- und Arbeiter-Klassen-Partei (Farmer Labor „Class“ Party). Der Höhepunkt dieser Kampagne war die Tagung in St. Paul am 17. Juni 1924. Um diese Zeit waren die Führer der Lafollette-Bewegung dabei, in Eile ihre Kräfte für die Präsidentenwahl im November zu organisieren. Da die Workers Party die Gefahr einer Hineinziehung der Farmer- und Arbeiterelemente in die Lafollette-Bewegung für die „dritte Partei“ voraussah, schlug sie ein Bündnis zwischen diesen beiden Bewegungen vor. Es war das der sogenannte „Bund der Anhänger der

dritten Partei“. Seine Folge war, daß diese beiden Bewegungen oder, richtiger gesagt, die beiden Spielarten einer und derselben Bewegung in Gefahr waren, unter Führung Lafollettes zu geraten, wie das denn auch geschah. Die Komintern aber sprach sich kategorisch gegen den „Bund der Anhänger der dritten Partei“ aus und erklärte, daß im Falle eines solchen Bündnisses die Workers Party sich in ein Anhängsel eines kleinbürgerlichen Papierdrachens verwandeln würde.

Die Führer der Lafollette-Bewegung griffen die Tagung in St. Paul auf das schärfste deswegen an, weil auf ihr die Kommunisten die Führung hatten. Sie riefen die Massen auf, sich um ihren, den Lafollette-Kongreß in Cleveland, am 4. Juli zu scharen. Dieser Aufruf fand lauten Widerhall. Tatsächlich folgten alle Gewerkschaften, alle Farmervereinigungen und andere Organisationen, die eben noch die Idee der „Farmer-Arbeiter-Klassen-Partei“ vertreten hatten, der Massenbewegung Lafollettes, und somit brachte der obenerwähnte Kongreß vom 17. Juni keinerlei greifbare Errungenschaften. Er bestand ausschließlich aus Kommunisten, aus ihren nächsten Anhängern und einer kleinen Zahl halber, unsicherer Elemente, die von einzelnen Gewerkschaften und Farmergruppen delegiert worden waren. Nichtsdestoweniger gründeten (in dem Wunsche, um jeden Preis die Idee, die über zwei Jahre lang von Vertretern der Workers Party propagiert worden war, zu verwirklichen) die Wortführer jenes 17. Juni-Kongresses eine neue, die „nationale“ Farmer-Arbeiter-Partei (National Farmer Labor Party) und stellten in deren Namen als Kandidaten zur Präsident- und Vizepräsidentenschaft Macdonald und Bawk auf.

Allein, diese Partei starb noch rascher an Lebensschwäche als die „Fed. Farm. Labor Party“. Da die A. F. of L. (der Gomperssche amerikanische Gewerkschaftsbund), der Eisenbahnverband, die Sozialistische Partei und die in einzelnen Staaten vorhandenen alten Farmer- und Arbeiter-„Parteien“ zu Lafollette übergingen, erwies sich die National Farmer Labor Party völlig isoliert. Zusammengesetzt ausschließlich aus Kommunisten und deren nächsten Anhängern, stellte sie einen zweiten Versuch dar, eine „Einheitsfront mit sich selber“ zu bilden.

An der Präsidentschaftskampagne teilnehmen und dabei einen Macdonald und Bawk unterstützen, hätte geheißen, die grundlegenden Interessen der Workers Party opfern und sie in den Hintergrund drängen, während man die „National Farmer Labor Party“, die nur ein kommunistisches Gerippe besaß, in den Vordergrund schob. Die Workers Party hätte alle Mittel aufzubringen und alle Arbeit zu leisten gehabt, um keinerlei Gewinn davon zu haben. Und schließlich: Die „National FLP“ konnte um sich keine größeren Massen sammeln als die Workers Party selber, wenn diese die Wahlkampagne in ihrem eigenen Namen führte. Tatsächlich war jene einfach eine zweite kommunistische Partei. Deshalb lehnte das Zentral-Exekutiv-Komitee* der Workers Party (KP) es ab, die Schein-Massenpartei, die „Nat. Farm. Labor Party, zu unterstützen, und stellte seine eigenen Kandidaten auf — die Genossen Foster und Gitlow. Somit hatte, nach einer zweieinhalbjährigen Kampagne für eine „Farmer- und Arbeiter-Partei“, auf dem Höhepunkt der Bewegung zur Schaffung einer „dritten Partei“ — die

* Diese Bezeichnung (Z. E. K.), in Europa ungebräuchlich, entspricht etwa dem Polit. Büro der Zentrale einer K. P.

Workers Party sich außerstande gezeigt, eine Farmer- und Arbeiter-, „Klassen“partei zu schaffen, groß genug, um damit in einen Wahlkampf einzutreten. Es hatte diese Bewegung nicht genügende Unterstützung durch die Massen gefunden. Der Beschluß des Zentral-Exekutiv-Komitees der Partei, selbständig im Wahlkampf aufzutreten, wurde mit Begeisterung von allen Mitgliedern der Workers Party aufgenommen.

Die von uns gemachte Erfahrung hat einige klare und unbestreitbare Tatsachen festgestellt, die bei der Ausarbeitung der weiteren Einheitsfronttaktik der Workers Party zu berücksichtigen sind:

1. Die Workers Party hat bei ihrer Kampagne für eine Farmer- und Arbeiter-, „Klassen“-Partei das Klassenbewußtsein der Arbeiter überschätzt. Deren Unterstützung für die Lafollette-Bewegung hat gezeigt, daß die Massen immer noch von kleinbürgerlicher Ideologie durchdrungen sind. Um sich der Unterstützung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (Gompers) zu versichern, mußte Lafollette sogar das Steuer nach rechts drehen und auf seine Forderung der Anerkennung Sowjetrußlands verzichten. Solche Massen sind noch nicht reif für die Schaffung der (von der Workers Party propagierten) Farmer-Arbeiter-, „Klassen“partei; ihr elementarer Zusammenschluß um die Fahne Lafollettes hat das zur Genüge gezeigt.

2. Es muß mit dem durchaus wichtigen Umstand gerechnet werden, daß jeder unserer Versuche, eine Farmer-Arbeiterpartei zu schaffen, eine Zwischenpartei zwischen Workers Party und Lafollette-Bewegung, in Wirklichkeit nur zur Bildung einer neuen Kommunistischen Arbeiterpartei geführt hat, in die nur Kommunisten und mit ihnen Sympathisierende eintraten. Eine solche Partei muß, ob sie will oder nicht, zur Konkurrentin der Workers Party werden und sogar die Liquidierung der letzteren anstreben. Die Elemente hingegen, die enttäuscht sind über die Lafollette-Bewegung auf ihrer gegenwärtigen Entwicklungsstufe, sind klassenbewußt genug geworden, um direkt der Workers Party als Mitglieder beizutreten oder unter ihrem Einfluß zu bleiben, dank der auf den Tagesnotwendigkeiten begründeten Einheitsfronttaktik der Partei.

In der ersten Periode ihrer Kampagne für die „Farmer- und Arbeiterpartei“ ist die Workers Party ziemlich bekannt geworden und hat wertvolle Erfahrung gewonnen; aber die verfrüht forcierten Versuche, „Farmer-Arbeiterparteien“ zu schaffen, haben ihr eine ganze Reihe ihrer Anhänger entfremdet und haben zu ihrer Isolierung geführt. Der „Liga für Gewerkschaftspropaganda“ war es gelungen, mit zahlreichen einfachen Gewerkschaftsmitgliedern Verbindung zu gewinnen. Sie dienten als Basis zur Kampagne für die Farmer-Arbeiterpartei. Als die obenerwähnte Spaltung (auf der Tagung vom 17. Juni 1924) erfolgte, und die „Federated Farmer Labor Party“ gebildet wurde, wandten sich die vorher sympathisierenden Gewerkschaftsmitglieder — auf einen solchen Schritt nicht vorbereitet — von den Kommunisten ab, und zwar nun nicht nur in der Frage der „Farmer-Arbeiterpartei“, sondern auch in den andern Fragen, wie: Einfluß der Gewerkschaften, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und anderen Kampagnen, die die Workers Party innerhalb der Gewerkschaften führte.

Der Mißerfolg mit der „National Farmer Labor Party“ zerstörte noch mehr solcher angeknüpften Verbindungen. Die jetzige Isoliertheit der Workers Party und die Schwächung der „Liga für Gewerkschaftspropa-

ganda“ sind stark bedingt durch die zwecklosen Versuche, eine Farmer- und Arbeiter-„Klassen“-Partei aus Industriearbeitern und ärmeren Farmern schaffen zu wollen, ohne daß bei den Massen eine Hinneigung zu solch einer Partei vorhanden wäre. Diese Art von Politik, die sich mit der Formel „Kontakt mit den Massen“ verhüllt, führt in der Praxis zur Isolierung.

Die jetzigen Differenzen in der Frage der Farmer-Arbeiterpartei

Unmittelbar vor den November-(Präsidentenschafts-)Wahlen entstanden im Zentral-Exekutiv-Komitee der Workers Party scharfe Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Farmer-Arbeiterpartei. Die Komitemehrheit sprach sich entschieden gegen alle weiteren Versuche der Bildung solcher Karikatur„parteien“ aus und erklärte, eine wirkliche Einheitsfronttaktik müsse durchgeführt werden unter Aufstellung konkreter und verständlicher Losungen, gegründet auf dem Tageskampf der Arbeiter gegen Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Imperialismus, für Zusammenschluß der (in Amerika noch sehr zünftlerisch zersplitterten — d. Übers.) Gewerkschaften, für internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung u. a. m. Umgekehrt bestand die Komiteminderheit darauf, daß nun die allergeeignetste Zeit sei für eine Kampagne für die Farmer-Arbeiter-„Klassen“partei.

Diese Differenzen wurden allen Parteimitgliedern zur Beurteilung und Erörterung vorgelegt. In allen wichtigsten Parteizentren wurden Mitglieder-Generalversammlungen abgehalten. Die bedeutende Mehrzahl derselben stimmte für die Thesen der Mehrheitsgruppe des Zentral-Exekutiv-Komitees. So war es in New York, Chicago, Boston, Philadelphia, Pittsburgh, Minneapolis und andern großen Parteizentren. Aus dem „Daily Worker“ geht hervor, daß in 50 Städten die Thesen der Mehrheit 2400 Stimmen erhielten, die der Minderheit dagegen nur 1599. Die Großstädte, die aktiv an der Kampagne für die „Farmer-Arbeiterpartei“ teilgenommen hatten, stimmten alle ohne Ausnahme für die Thesen der Mehrheit. Für diese stimmte ebenfalls die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der Arbeiter-Jugend-Liga (KJ).

Der Mittelpunkt der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten ist die Frage, ob man alle Anhänger der Workers Party in den Gewerkschaften und andern proletarischen Organisationen in eine kommunistische Arbeiterpartei zusammenfassen soll oder nicht. Die Minderheit des ZEK stellt ein solches Programm auf; die Mehrheit ist dagegen und behauptet, daß dort, wo die Bewegung für eine Arbeiterpartei eine greifbare Gestalt annimmt, sie einen breiten Massencharakter haben muß. Die Differenzen in dieser Grundfrage bestehen mehr oder weniger stark seit dem Zeitpunkt der Bildung der „Föderat. Farmer Labor Party“, d. h. seit Juli 1923. Alle übrigen Streitfragen drehen sich um dieses Zentralproblem der Schaffung einer „radikalen*“ Farmer-Arbeiterpartei.

Der um diese Frage entbrannte Kampf führte zur Entstehung von zwei

* Radikal hat in diesem Fall nicht die allgemeine Bedeutung (von: grundlegend, an die Wurzel greifend), sondern ist ein speziell politischer Ausdruck in Nord-Amerika (ebenso wie in manchen westl. Ländern, z. B. Frankreich) und heißt etwa links von der bürgerlichen Mitte.

einander scharf gegenüberstehenden Fraktionen innerhalb der Workers Party. Die Minderheit hat in allen Parteizentren ihre fest geschlossenen Gruppen geschaffen und ist bemüht, jede parteitaktische Frage für ihre Fraktionszwecke auszunutzen. Unter der Flagge: „Ausrottung aller ideologischen Überbleibsel der 2½ Internationale aus der Workers Party“ führt die Minderheitsfraktion eine leichtsinnige Taktik durch, die, wenn fortgesetzt, zu einer überflüssigen und verderblichen Spaltung führen kann. Als die jetzige Minderheitsgruppe Pepper-Ruthenberg seinerzeit die Mehrheit im ZEK erhielt, war sie eng verbunden mit dem Genossen Lore. Letzterer spielte eine ansehnliche Rolle im ZEK, und zwar als Mitglied der aus 5 Mitgliedern bestehenden Politischen Kommission, bei einer Gesamtzahl der ZEK-Mitglieder von 25. Er war ferner Mitglied der sogen. leitenden Kommission, die die verantwortungsvolle Aufgabe hatte, die Kräfte der „Workers Party“ auf jenem Kongreß zu dirigieren, wo die „Federat. Farmer Labor Party“ gegründet wurde. Die Gruppe Pepper-Ruthenberg unterzog die Handlungen von Lore kein einziges Mal einer Kritik, ungeachtet seiner offensichtlichen Abweichungen von der durch die Partei gebilligten Taktik. Kaum daß aber jene Gruppe in die Minderheit geriet, fand sie es vorteilhaft für sich, eine Kampagne gegen das ZEK zu eröffnen, um der Person des Genossen Lore willen, wobei sie sich in gehässigen Kleinlichkeiten gegen ihn überbot und danach trachtete, die Lage für ihre Fraktionszwecke auszunutzen. — Die Taktik der Mehrheitsgruppe des ZEK besteht in: Führung eines aktiven, ideellen Kampfes gegen die Abweichungen in der Richtung der 2½ Internationale, die noch in der Workers Party vorhanden sind. Die Mehrheit hat viele Artikel veröffentlicht, wo diese rechten Abweichungen verurteilt und abgelehnt werden. Sie hat eine feste Position gegen alle Erscheinungen von Trotzismus eingenommen. Ihr Ziel besteht darin, die proletarischen Elemente zu sich hinüberzuziehen, die jetzt zur Ideologie der 2½ Internationale hinneigen, dagegen die Führer zu isolieren, die hartnäckig weiter diese Ideologie verteidigen. Eine solche Methode hat die Komintern bei der Lösung derselben Probleme in den Parteien angewandt, die sich viel näher vor Entscheidungskämpfen befinden als die amerikanische Partei.

Die Gewerkschaftsarbeit der Partei wurde durch jene Differenzen ebenfalls berührt und hat unter dem Fraktionskampf gelitten. Die jetzige Mehrheitsgruppe besteht vorwiegend aus gewerkschaftlich tätigen Genossen. Die Führer der Minderheit dagegen haben für die Gewerkschaftsarbeit — im besten Falle — ein schwaches Interesse. In der jetzigen Lage, wo die Hauptgegner des Minderheitsplanes der „Organisation einer radikalen Farmer-Arbeiterpartei“ die Gewerkschaftsarbeiter sind, zeigt die Minderheitsfraktion Neigung, die Gewerkschaftsarbeit nicht nur zu vernachlässigen, sondern sie direkt zu behindern. In der Workers Party sind nur 37 % der Parteimitglieder gewerkschaftlich organisiert! Es erklärt sich das zum Teil durch die Schwäche der amerikanischen Gewerkschaften, durch ihren ultrareaktionären Charakter sowie durch das langdauernde Bestehen gewerkschaftlicher Parallelorganisationen innerhalb des linken Flügels der Arbeiterbewegung. Die Minderheitsgruppe unterstützt bei den Parteimitgliedern diesen Abscheu vor den Gewerkschaften. In ihren sogen. „August-Thesen“ (1923) sagt sie kein Wort über Lore und seine rechten Ab-

weichungen; dafür brauchte sie aber 2000 Worte zu Angriffen auf die Parteiarbeiter in der Gewerkschaftsbewegung. Das ging so weit, daß viele Genossen die Meinung ausdrückten, als sei aktive Arbeit in der Gewerkschaft gleichbedeutend mit Syndikalismus! Die Entwicklung solcher anti-gewerkschaftlichen Stimmungen in der „Workers Party“ führt zu ihrer ernstlichen Schwächung gerade auf einem der Gebiete, wo sie höchste Aktivität entfalten müßte.

Die theoretische Begründung der Taktik der Minderheit in der Frage der Organisierung einer „radikalen Arbeiterpartei“ wurde zuerst in jenen „August-Thesen“ geliefert, die auch bis heute noch die leitenden Prinzipien der Minderheit in deren Verhältnis zur „Farmer-Arbeiterpartei“-Frage darstellen. Darin haben die Minderheitsführer, die Genossen Pepper und Ruthenberg, eine Theorie der Existenz mehrerer miteinander konkurrierender Arbeiterparteien in den Vereinigten Staaten entwickelt. Ihr Programm besteht darin, alle jene Gruppen und Grüppchen zu sich heranzuziehen, die mit der Parole der Schaffung einer Farmer-Arbeiter-„Klassen“-Partei sympathisieren, und sie in einer Partei zusammenzufassen unter Leitung der Kommunisten, mit dem Ziele, alle diese Bröckel in eine „kommunistische Massenpartei“ zu verwandeln. In den August-Thesen heißt es:

„In Amerika gibt es eine ganze Reihe politischer Gruppen, die miteinander um den Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung kämpfen. Die Versuche, Einfluß auf die Arbeiter zu gewinnen, drücken sich organisatorisch in der Bildung verschiedener Arbeiterparteien aus. Die Sozialistische Partei bemüht sich, eine „Arbeiterpartei“ zu formieren; die alte Farmer-Arbeiterpartei ist bemüht, eine andere Arbeiterpartei zu gründen. Die Workers Party hat die Bildung der „Federat. Farmer Labor Party“ gefördert. — Wir halten für rein dogmatisch jede Behauptung, als ob das gleichzeitige Nebeneinanderbestehen mehrerer Arbeiterparteien in einem Lande unzulässig sei.“

Und ferner:

„Unsere Pflicht besteht darin, bemüht zu sein, die ‚Federat. Farmer Labor Party‘ in eine kommunistische Massenpartei zu verwandeln, vermittels einer überaus sorgfältigen und vorsichtigen Propaganda und systematischer Kampagnen.“

Die damalige ZEK-Minderheit (die jetzige Mehrheit) lehnte die Taktik: Vereinigung der Kommunisten und mit ihnen Sympathisierenden zu einer „radikalen“ kommunistischen Arbeiterpartei, ab, weil diese wohl oder übel zur Konkurrentin der Workers Party hätte werden und die Liquidierung der letzteren hätte anstreben müssen. Unsere Mehrheitsposition legten wir in den November-Thesen (1923) wie folgt dar:

„Die Organisierung vorzeitiger und künstlicher Arbeiterparteien, die in den Thesen der Mehrheit (Gruppe Pepper-Ruthenberg) vorgeschlagen wird, macht die Idee einer Arbeiterpartei selbst zu einer Karikatur und bringt sie in Gefahr, diskreditiert zu werden. Die Workers Party kann nicht die Verantwortung für solche Unternehmungen auf sich nehmen, ohne ihre Autorität in den Augen der Arbeiter zu riskieren.“

Und ferner:

„Unsere Position beruht durchaus nicht auf der Voraussetzung, als ob die ganze Arbeiterbewegung oder etwa auch nur ein Teil davon sich mit

einem Male in eine Arbeiterpartei zusammenfassen müsse. Wir behaupten aber, daß, wenn die Arbeiterpartei sich bilden wird, sie alle zu ihr hinstrebenden Elemente umfassen und einen wirklichen Massencharakter wird haben müssen.“

In bezug auf die Theorie der Umwandlung der Federat. Farmer Labor Party in eine kommunistische Massenpartei sagten wir in den November-Thesen:

„In den August-Thesen wird das Argument vorgebracht, die ‚Federat. Farmer Labor Party‘ könne sich zu einer kommunistischen Massenpartei entwickeln. Für diese Behauptung fehlen alle Grundlagen. Vorbedingung zur Schaffung einer kommunistischen Massenpartei ist das Bestehen eines fest zusammengeschweißten kommunistischen Kernes, der unter den breiten Massen der organisierten Arbeiter wirkt, unter ihnen kommunistische Lehren verbreitet und die am meisten sich hervortuenden Arbeiter in seine Reihen aufnimmt. Die Workers Party ist eben ein solcher kommunistischer Kern, und die sich natürlich entwickelnde Belegung für eine Arbeiterpartei muß schließlich die Form einer Massenorganisation annehmen. Indem die Workers Party innerhalb dieser Massenorganisationen arbeitet und sie vorwärtstreibt, ist sie genötigt, sich zu erweitern und ihren Einfluß zu vergrößern. Die Schaffung der ‚Federat. Farmer Labor Party‘ erleichtert eine solche Entwicklung durchaus nicht; im Gegenteil, sie wirkt ihr entgegen. Sobald eine solche Bewegung organisierte Formen annimmt, trennt sie die Kommunisten und deren nächste Anhänger von dem Hauptherd der Bewegung und schafft die Bedingungen für die Bildung einer sektiererischen kommunistischen Partei, die eine ebenso sektiererische Arbeiterpartei führen würde.“

Nach 18 Monaten Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten über Organisierung einer sogenannten radikalen Farmer-Arbeiterpartei besteht die Minderheit im ZEK hartnäckig nach wie vor auf ihrem Bestreben, eine solche Partei zu bilden, und macht dabei in ihren letzten Thesen folgende typischen Ausführungen:

„Wir müssen alle Farmer-Arbeiter-,Klassen‘-Elemente vereinigen, mit denen wir im Kontakt stehen, und die jetzt der ‚progressiven‘ Lafollette-Organisation angehören, und müssen sie für eine Kampagne gegen diese Organisation mobilmachen, die tatsächlich eine liberal-kapitalistische dritte Partei darstellt, nicht aber eine Arbeiterpartei. Wir müssen die Parole der Arbeiter-Farmer-,Klassen‘-Partei durchführen und die mit uns sympathisierenden Gruppen von der ‚progressiven‘ Gruppe Lafollettes abspalten.“

Gegen diese Bestrebung, eine „linke Farmer-Arbeiterpartei auf Klassengrundlage“ organisieren zu wollen, tritt die Mehrheit des ZEK auf, in Wahrung ihrer bisherigen Position, indem sie erklärt, daß eine „Arbeiterpartei“ (Labor Party) nur in dem Falle begründet werden könne, wenn sie auf breiten Massenorganisationen basiere. Die Erfahrung der letzten 2½ Jahre zeigt, daß unter der Arbeiterschaft keine derartigen Massenbestrebungen zur Bildung einer „klassenmäßigen“ Farmer-Arbeiterpartei vorhanden sind, die der Lafollette-Bewegung „für die dritte Partei“ gegenüberzustellen sind. Daher hat unter den bestehenden Verhältnissen eine

Kampagne für die Schaffung einer Farmer-Arbeiterpartei mit praktischer Politik nichts gemein. In dieser Hinsicht sagt unsere letzte (Mehrheits-) These:

„Die Grundbedingungen, die das Verhältnis unserer Workers Party zur Farmer-Arbeiterbewegung bestimmen, bleiben dieselben wie auch im Anfang unserer Versuche auf diesem Gebiet. Sie basieren auf der Einheitsfront-Taktik der Komm. Internationale. In jener Periode, wo die Farmer-Arbeiterbewegung einen Massencharakter annahm und zur Bildung einer unabhängigen (d. h. „dritten“; D. Übers.) Partei strebte, war für unsere Partei die Aufstellung der Parole: ‚Gründung einer Farmer-Arbeiterpartei‘ durchaus richtig und ebenso die tätige Teilnahme an solch einer Bewegung. Aber da sich bereits im Juli 1924, und noch deutlicher jetzt, herausstellt, daß die Idee der Farmer-Arbeiterpartei keine Massenunterstützung und keinen Widerhall unter den Industriearbeitern und ärmsten Farmern findet, sind jetzt keinerlei prinzipielle Erwägungen zugunsten einer Unterstützung einer solchen Bewegung durch uns vorhanden. Die Workers Party kann deshalb gegenwärtig die Parole einer ‚Farmer-Arbeiterpartei‘ nicht mit Erfolg durchführen. Die Weiterentwicklung des Klassenkampfes kann natürlich wiederum ein Streben der Massen zur Bildung einer Farmer-Arbeiterpartei hervorrufen. In diesem Falle ist es möglich, daß die Workers Party es für zweckmäßig finden wird, die Parole zur Schaffung einer solchen Partei wieder aufzustellen und die Bewegung dafür aktiv zu fördern. Unsere Position wird von den Vorteilen abhängen, die sich der Workers Party ergeben vom Standpunkt der Durchführung selbständiger politischer Aktionen in großem Maßstabe sowie der Möglichkeit der Umwandlung der Workers Party in eine kommunistische Massenpartei.“

Die ZEK-Mehrheit tritt also auf gegen die Organisierung einer radikalen (= „linken“; d. Übers.) Farmer-Arbeiterpartei, die Konkurrentin für die Workers Party wäre, und tritt ein für eine konkrete Einheitsfront im Kampf um die Befriedigung der Tagesnöte der Arbeiterklasse. Diese Taktik beruht auf der realen Einschätzung der gegenwärtigen Lage in Amerika. Unsere Erfahrung aus den letzten 2½ Jahren und insbesondere aus der Zeit der kürzlich vollzogenen (Präsidenten-) Wahlen lehrt, daß die politische Entwicklung der amerikanischen Arbeiter bedeutend tiefer und elementarer ist, als wir zurzeit unserer Kampagne für die Farmer-Arbeiterpartei glaubten. Die Arbeiter sind ideologisch noch mit der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum verbunden. Ihr Klassenbewußtsein erwacht eben erst, während ihre Vorstellung von einer „unabhängigen politischen Linie“ hinausläuft auf ein Sympathisieren mit der kleinbürgerlichen Bewegung für die „dritte Partei“. Es ist das ersichtlich aus der Tatsache, daß fast alle Arbeiterorganisationen, die vorher Resolutionen über die Notwendigkeit der Schaffung einer Farmer-Arbeiterpartei angenommen hatten, hinterher bei den Wahlen Lafollette unterstützt haben, ohne sich auch nur dessen bewußt zu werden, daß eine solche Unterstützung einen Schritt rückwärts bedeutet im Verhältnis zu ihrer vorher eingenommenen Position. Viele Gruppen der Lafollette-Bewegung in den verschiedenen Staaten, die ideologisch und organisatorisch mit dieser Bewegung verbunden sind, nennen sich „Farmer-Arbeiterparteien“; so z. B. in Minnesota, Süd-Dakota, Montana, Washington usw. Mit Ausnahme der

Workers Party gibt es tatsächlich keine einzige mehr oder weniger bedeutende Arbeiterorganisation, die sich klar und bestimmt für die Organisierung einer Farmer-Arbeiter-, „Klassen“-Partei ausgesprochen hätte. Es ist deshalb eine solche Losung der Anziehungskraft beraubt und kann die Massen von ihren kleinbürgerlichen Anführern nicht loslösen.

Um die zurückgebliebenen amerikanischen Arbeitermassen zu politischem Kampfe auf ihrer Klassengrundlage zu erwecken, muß man mit konkreten und verständlichen Losungen beginnen, die die Schaffung einer Einheitsfront mit der Workers Party vorschlagen — zum Kampf um die Lösung der brennenden und aktuellen Fragen des Arbeiterlebens. Die grundlegende Taktik der Mehrheitsgruppe des ZEK ist, eine ganze Serie von Kampagnen in dieser Hinsicht zu entwickeln. Das Ziel derselben läuft vor allem darauf hinaus, die Massen in Bewegung zu bringen und dann die Fragen so zu formulieren, daß die Massen in Widerspruch zu ihren kleinbürgerlichen politischen Führern geraten. Dank dem wird der Prozeß ihrer Enttäuschung über diese Politiker beschleunigt werden, und die Arbeiter werden näher an die Workers Party herankommen, als an ihre tatsächliche, praktische Führerin im Tageskampfe und der Verkünderin der kommunistischen Revolution. Der gegenwärtige Rückgang der Industrie- und Landwirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten kann die Entwicklung eines solchen Kampfes um konkrete Ziele und die Bildung der Einheitsfront nicht aufhalten.

Eines der wichtigsten Probleme der Workers Party ist das Bestreben, eine organisatorische Basis für die Einheitsfront zu finden, breit genug, um die Massen mit ihren Parolen hinter sich zu bringen und mit sich fortzuziehen. Die Schaffung von Bewegungen, die auf Grundlage der Einheitsfront mit Arbeiterorganisationen durchgeführt werden, ist eins der Mittel, die zu diesem Ziel führen. In der Vergangenheit hatte die Workers Party große Erfolge mit dieser Methode. Unter der Losung: Schutz der im Ausland geborenen Arbeiter! bildete sie eine Einheitsfront unmittelbar mit vielen Gewerkschaften, Gesellschaften gegenseitiger Hilfe usw. und führte eine breitangelegte und energische Kampagne gegen die die Rechte der arbeitenden Emigranten einengenden Gesetzentwürfe. Hierdurch wuchsen Prestige und Einfluß der Workers Party in hohem Maße, und es wurden ihr viele überaus wertvolle proletarische Elemente zugeführt. Ebenso führte die Workers Party eine sehr erfolgreiche Kampagne auf Grundlage der Einheitsfront bei Gelegenheit des Eintretens für die Kommunisten, die auf der illegalen Konferenz in Michigan verhaftet worden waren. Während der Hungersnot in Rußland wurde die „Gesellschaft der Freunde Sowjet-Rußlands“ gebildet, die sich mit Hilfeleistungen für die Hungernden und Propaganda für die Anerkennung Sowjet-Rußlands befaßte. Das erweiterte jedenfalls den Einfluß der Workers Party unter den allerverschiedensten proletarischen Organisationen. Die Kampagne der „Liga für gewerkschaftliche Propaganda“ für Zusammenschluß der Gewerkschaften, die von der Hälfte aller amerikanischen Arbeiterorganisationen unterstützt wurde, schuf einen günstigen Boden zur Verbreiterung sowohl des kommunistischen Einflusses wie der kommunistischen Organisation. Und noch bei der kürzlich unternommenen Kampagne für die Abänderung der Verfassung der Vereinigten Staaten mit dem Ziel, eine Möglichkeit für den Erlaß von Gesetzen zur Einschränkung der Kinderarbeit zu schaffen, betrieb die Workers Party eine breitangelegte Agitation auf Grund

der Einheitsfront. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Taktik bestätigte sich z. B. im Staat Omaha. Unter unmittelbarer Führung der Workers Party vereinigten sich dort viele, darunter die einflußreichsten Gewerkschaften zum Kampf um die Durchbringung von Gesetzen zum Schutz arbeitender Kinder. Diese selben Gewerkschaften nahmen alle aktiven Anteil an der Lafollette-Bewegung, und es war unmöglich, sie zur Gründung einer Farmer-Arbeiter-„Klassen“-Partei heranzuziehen.

Die Workers Party muß jede Möglichkeit zur Bildung der Einheitsfront mit Gewerkschaften und anderen proletarischen Organisationen ausnutzen. Zu diesem Zweck muß man sie bei allen dringlichen Tagesfragen des Klassenkampfes in Anwendung bringen — so z. B. Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, Gesetze gegen die Gewerkschaftsbewegung, Zwangsschiedssprüche bei Arbeitskonflikten, Einsetzung von Truppen und Polizei bei Streiks, der Dawesplan, Verteidigung der politischen Gefangenen, internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung, Verschmelzung der Gewerkschaften, Eintreten für die Negerarbeiter, Wahlkampagnen und dergl. mehr. Alle diese Tagesfragen geben die Möglichkeit, die Massen zu mobilisieren und sie in den politischen Kampf unter Führung der Kommunisten hineinzuziehen. Sie geben der Workers Party die Möglichkeit, wirkliche Führerin der Arbeiterklasse in ihrem Kampf zu sein sowohl in Theorie wie in Praxis.

Aber die Workers Party kann sich nicht auf solche, durch ihre eigene Initiative hervorgerufenen und unter ihrer Leitung durchgeführten Bewegungen beschränken. Die Kommunisten müssen auch in alle Massenorganisationen der Arbeiter eindringen, an allen Äußerungen ihres Kampfes teilnehmen und ihre Parole zum Ausdruck bringen. Die kommunistischen Delegierten aus den Gewerkschaften müssen innerhalb der „Konferenz für progressive politische Aktion“ und in andern sogenannten parteilosen politischen Kommissionen der Gewerkschaften arbeiten, bestrebt dabei, das Programm ihrer Partei durchzuführen. Diese Kommissionen gewinnen immer größere Bedeutung, in dem Maße, wie die Gewerkschaften tiefer in die Politik hineingezogen werden. Sie waren es, die das organisatorische Fundament der Arbeitersektion der Lafollette-Bewegung bildeten. Nicht selten sitzen in ihnen einfache Arbeiter aus Reih und Glied, wie z. B. in der eben genannten „Konferenz für progressive politische Aktion“ und in der parteilosen „Arbeiterpolitischen Liga“ in Minnesota. Auf dem letzten Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) wurde beschlossen, diese parteilosen Kommissionen zu ständigen zu machen und ihre Funktionen zu erweitern.

Auf der kürzlich abgehaltenen Tagung der „Konferenz für progressive politische Aktion“ in Chicago zeigten die Gewerkschaften wiederum ihre hartnäckige Hinneigung zum System der parteilosen Kommission. Der Tagung lagen zwei Pläne zur Bildung einer Partei vor. Die Gruppe Lafollettes schlug vor, eine dritte Partei zu gründen, basiert auf individueller Mitgliedschaft, während die Sozialisten einen Entwurf in Vorschlag brachten, eine „Labor Party“ nach englischem Muster (also mit kollektiver Mitgliedschaft) zu gründen. Die Eisenbahnergewerkschaften lehnten beide Pläne ab und verließen die Tagung, nachdem sie kategorisch den Wunsch ausgedrückt hatten, parteilos zu bleiben. Die Lafollettegruppe beschloß nunmehr einen besonderen Kongreß zur Gründung der dritten Partei einzuberufen, wogegen die

Sozialisten, ohne tatsächlich auch nur den geringsten Rückhalt für ihren Vorschlag gefunden zu haben, den Kampf um die Organisierung einer Labor Party im gesamtationalen Maßstabe aufgaben und beschlossen, ihre bisherige „unabhängige“ Linie fortzusetzen. Die Weigerung der Eisenbahnergewerkschaften, an der Bildung der dritten Partei teilzunehmen, bedeutet aber durchaus keinen Bruch für sie mit der Lafollette-Bewegung. Durch Vermittlung ihrer sogenannten „parteilosen Kommission“ wird die große Masse der organisierten Eisenbahner auch fernerhin die Lafollette-Bewegung unterstützen — gleichviel ob diese die Gestalt einer neuen Partei annimmt, oder wie bisher der „linke Flügel“ der beiden alten Parteien bleibt. Die Gewerkschaften haben sich hartnäckig geweigert, ebensowohl sich den verschiedenen Arbeiter-„Klassen“-Parteien anzuschließen wie auch den „dritten Parteien“. Die „Farmer-Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten“ (von Fitzpatrick), die „Föderat. Farmer-Arbeiterpartei“, die „Nationale Farmer-Arbeiterpartei“ (die letztgenannten beide kommunistisch) und die „Amerikanische Arbeiterpartei“ (sozialistisch) — sie alle, außerstande, sich die Massenunterstützung der Gewerkschaften zu sichern, haben Schiffbruch erlitten und sind am Ende ihrer Existenz.

Zur Zeit der letzten Präsidentschaftskampagne und danach nahm die Workers Party keinen großen Anteil an der „Konferenz für progressive politische Aktion“, und zwar weil die „Konferenz“ das leitende Zentrum der Lafollette-Bewegung darstellte und eine aktive Mitarbeit in ihm unmöglich war ohne Unterstützung der kleinbürgerlichen Kandidaten. Wenn aber die genannte „Konferenz für progressive politische Aktion“ in organisatorischer Beziehung einmal von der Lafollette-Bewegung unabhängig sein wird (selbst wenn die „Konferenz“ auch weiter mit dieser Bewegung sympathisieren sollte), so wird es weitaus mehr möglich und zulässig für die kommunistischen Gewerkschaftsdelegierten sein, wieder in die „Konferenz“ hineinzugehen und sie zu erobern. Die parteilosen politischen Kommissionen müssen zum Kampfplatz für die verschiedenen Tendenzen in der Arbeiterbewegung werden. Und in diesem Kampfe besteht die Aufgabe der Workers Party darin, sich die Unterstützung der Massen zu sichern zur Bildung einer Einheitsfront in den Kampagnen während der Wahlen, während Streiks und aus Anlaß aller andern dringlichen Tagesfragen der Arbeiterbewegung.

Die Workers Party kann die anerkannte Führerin der Arbeiterklasse und eine kommunistische Massenpartei werden nur unter der Bedingung einer energischen Arbeit unter den Massen zwecks Schaffung der Einheitsfront. Dabei muß sie nicht nur die eigene Initiative hervorkehren, sondern auch in die Bewegungen einzudringen versuchen, die ohne ihre unmittelbare Initiative entstanden sind. Die Politik der nach Organisierung einer radikalen Farmer- und Arbeiter-„Klassen“-Partei strebenden Minderheit bildet für die Workers Party eine große Gefahr, und die überwiegende Mehrheit unserer Partei stellt sich kategorisch dagegen. Das ist eine Politik, die zur Isolierung der Workers Party führt.

Ihr Streben nach Organisierung einer radikalen Farmer- und Arbeiterpartei läßt die Minderheit des Zentralen Exekutivkomitees auf einer ungeheuerlichen Überschätzung des Grades und des Tempos der revolutionären Entwicklung in den Vereinigten Staaten fußen. In seinem bekannten Artikel in der Oktobernummer 1923 des „Liberator“ schrieb Genosse Pepper:

„Ich kam zu dem Schluß, daß wir vor einem radikalen Umsturz stehen, — nicht vor der proletarischen, sondern vor der Lafollette-Revolution. Ich wies darauf hin, daß sich die Arbeiterklasse bei diesem Umsturz von der Gompersschen Bürokratie befreien und vom Klassenbewußtsein durchdrungen werden wird. Ich kann hinzufügen, daß dieser Umsturz eine kommunistische Massenpartei ins Leben rufen wird. Wir dürfen auf keinen Augenblick diese allgemeine revolutionäre Situation vergessen.“

Im September 1923 schrieb er in derselben Zeitschrift „Liberator“ in einem Artikel mit der Überschrift „Vor der dritten amerikanischen Revolution“:

„Die Politik ist jetzt der Besitz der Massen geworden. Die Grundlage der amerikanischen konservativen Demokratie war die Trägheit der Farmer. Diese Grundlage verschwindet jetzt. Die letzte zuverlässige Reserve des Kapitalismus in Amerika bildeten die 8 Millionen Neger im Süden. Auch diese letzte Reserve verläßt ihn . . . Die Neger im Süden erheben sich zum unbewaffneten Spartakusaufstand.“

Bei seiner Beurteilung der allgemeinen politischen Situation gebraucht Pepper übermäßig dicke Farben und übertreibt die Rolle und den Umfang der Bewegung für die Farmer- und Arbeiterpartei. Die Minderheitsgruppe betrachtet eine solche Partei als das einzige Mittel, die Massen auf der Grundlage der Einheitsfront in den politischen Kampf hineinzuziehen. Die Gründung einer solchen Partei hält sie für die Grundvoraussetzung der kommunistischen Strategie.

In ihren mannigfaltigen Bestrebungen überschätzt die Minderheitsgruppe ebenso wie das Vorhandensein bestimmter Sympathien unter den breiten Massen für ihre Losung der Schaffung einer Farmer- und Arbeiter-„Klassen“-Partei auch den Einfluß der Kommunisten auf die Massen.

Genosse Pepper sagt zum Beispiel in der „Internationalen Pressekorrespondenz“ vom 27. September 1923:

„Die Arbeitermassen sehen in den Kommunisten ihre Führer und erwarten von uns, daß wir bessere Wege und Mittel zum Kampfe gegen die Kapitalisten und die kapitalistische Regierung zeigen werden.“

Von ihrer allgemeinen Überschätzung der Schnelligkeit der revolutionären Entwicklung in den Vereinigten Staaten ausgehend, hat die jetzige Minderheit (die ehemalige Mehrheit) des Zentral. Exekutivkomitees die Workers Party in eine ganze Reihe leichtfertiger Unternehmungen verwickelt. Ein solches Unternehmen war die in den Augustthesen niedergelegte Theorie der Losreißung eines ihrer Teile von der Arbeiterbewegung in der Form einer föderativen Farmer- und Arbeiterpartei und deren Verwandlung in eine kommunistische Massenpartei. Eine andere Unternehmung war das berühmte Bündnis mit der Lafollette-Bewegung zur Schaffung einer dritten Partei — ein Bündnis, das das Hineindringen opportunistischen Geistes in unsere Partei förderte. Auch die wilde Jagd auf die Farmer war leichtfertig. Die Minderheit hatte ganz und gar vergessen, daß die Grundlage der Betätigung unserer Partei die Industriearbeiter sein müssen, und übertrug das Schwergewicht auf die Farmer. Die Arbeit in den Gewerkschaften war verwahrlost, und alle Bemühungen wurden auf die Farmer konzentriert. Um eine solche Taktik theoretisch zu rechtfertigen, schmälerete die Minderheitsgruppe syste-

matisch die Bedeutung der Arbeit in den Gewerkschaften, mit dem Hinweis, daß diese nur die Organisation der Arbeiteraristokratie seien. Genosse Pepper machte sogar Versuche, die Rolle der Arbeiterklasse selbst in der Revolution zu schmälern.

Als die Kampagne zur Hineinbeziehung der Farmer entbrannt war, wies die jetzige Mehrheit auf die drohende Gefahr hin und erklärte folgendes:

„Wie groß auch die Bedeutung der Unzufriedenheit der zugrunde gerichteten Farmer in der jetzigen politischen Lage sein mag, und wie notwendig ein enges Bündnis zwischen den ausgebeuteten Farmern und den Industriearbeitern auch sein mag, so enthält doch die in der Mehrheitsgruppe des Zentr. Exekutivkomitees (Gruppe Pepper-Ruthenberg) zutage getretene Tendenz, ihre Politik auf der Unzufriedenheit der Farmer zu begründen und die Rolle der Industriearbeiter in den Hintergrund zu schieben, eine große Gefahr . . .“

Die auf die Organisierung einer Farmer- und Arbeiter-„Klassen“-Partei hinausgehende Politik ist eine Politik der Isolierung. In ihrer Folge lösen sich die Kommunisten von den Massenbewegungen der Arbeiter los und verwandeln sich in eine Sektierergruppe.

Um ihre Kampagne für die Farmer- und Arbeiter-„Klassen“-Partei zu rechtfertigen, übertreibt die Minderheit ständig den Umfang dieser Bewegung. Am 3. Oktober 1923, als dem Zentral-Exekutivkomitee positiv bekannt wurde, daß die föderative Farmer- und Arbeiterpartei kaum etwas anderes darstellt als eine auf dem Papier existierende Organisation, machten die Genossen Pepper und Ruthenberg der Komintern und der Profintern folgende, unverzeihlich übertriebene Angaben über die Kraft und die Bedeutung dieser Partei, die bald gänzlich verschwand:

„Die Zahlen zeigen, daß die Angaben des Genossen Foster, daß die föderative Farmer- und Arbeiterpartei faktisch nichts anderes sei als die Workers Party, nur unter anderm Namen, absolut falsch sind. Die föderative Farmer- und Arbeiterpartei zählt mindestens zwanzigmal mehr Mitglieder als die Workers Party. In New York sind 60 000 Mitglieder der föderativen Farmer- und Arbeiterpartei vorhanden und nur 3000 der Workers Party; in Buffalo 60 000 und nur 200 Mitglieder der Workers Party; in Minnesota 120 000 und 2000; in Los Angeles 11 000 und nur 100 Mitglieder der Workers Party. Die föderative Farmer- und Arbeiterpartei ist die wichtigste Waffe im Kampfe unserer Partei für die Einheitsfront. Sie spielt die gleiche Rolle wie die Betriebsrätebewegung in Deutschland.“

Die Genossen von der Minderheitsgruppe reden von der Farmer- und Arbeiterpartei als von einer Organisation, die „die Arbeiterklasse in den Kampf führen wird“, und in ihren Thesen stellen sie die Aufgabe einer „unabhängigen politischen Klassenaktion“ ausschließlich vor die Farmer- und Arbeiterpartei. Genosse Pepper geht in seiner Broschüre „Für die Labor Party“ sogar so weit, daß er die Losung aufstellt: „Labor Party oder Diktatur des Kapitalismus“.

Als Ergänzung dieser Politik einer groben Übertreibung der Rolle und des Umfanges der Bewegung für die Farmer- und Arbeiterpartei dient die Politik

der Schmälierung der Rolle der Workers Party als solcher. Die Kehrseite der innerhalb der Workers Party geführten Kampagne für die Farmer- und Arbeiterpartei ist die hartnäckige Propaganda, die den Zweck hat, zu zeigen, wie wenig die Workers Party in ihrem eigenen Namen machen könne. Eine charakteristische Bestätigung dieser „Niederlage“-Position gibt Gen. Amter in seinem Artikel in der „Internationalen Pressekorrespondenz“ vom 27. Januar 1925:

„Die Behauptung, in einem Lande wie den Vereinigten Staaten, wo die Arbeiter und die ärmsten Farmer wenig klassenbewußt sind, könne die Workers Party zur kommunistischen Massenpartei werden, ist eine Utopie.“

Während der letzten Präsidentschaftskampagne trat diese Tendenz, die Bedeutung der Workers Party zu schmälern und sie in den Hintergrund zu schieben, besonders stark hervor. Die Anhänger der Minderheitsgruppe legten Trauer an anlässlich des vorzeitigen Ablebens der totgeborenen nationalen Farmer- und Arbeiterpartei, deren Kandidaten Macdonald und Bawk gezwungen waren, auf ihre Kandidaturen zu verzichten, und zeigten sehr wenig Interesse an der unter dem Banner der Workers Party geführten Wahlkampagne. Als die Wahlergebnisse sich zu klären begannen, wollten die Führer der Minderheitsgruppe wohl zeigen, daß die Workers Party unter ihrem eigenen Namen keine Erfolge haben konnte, und dadurch die Notwendigkeit der Schaffung einer Farmer- und Arbeiterpartei bestätigen und schlagen vor, der Komintern ein Telegramm zu schicken mit der Angabe einer Stimmenzahl, die sich faktisch als zweimal niedriger erwies sogar als die offizielle Ziffer, die die Zähler für unsere Partei verzeichnet hatten. Wenn man die Minderung der Erfolge, die die Workers Party unter ihrem eigenen Namen erlangt hatte, vergleicht mit jenen übertriebenen Angaben über die föderative Farmer- und Arbeiterpartei, die an die Komintern geschickt wurden, so kann man ersehen, welcher von diesen beiden Organisationen die Minderheitsgruppe des Zentr. Exekutivkomitees mehr Bedeutung beilegte.

Vor der Kommunistischen Partei stehen sehr ernste und verwickelte Probleme. Um den richtigen Weg zu ihren Lösungen zu finden, muß man die ganze politische Situation im Lichte der Entwicklung der Partei und der von ihr gesammelten Erfahrungen betrachten. Die Partei kann nicht leben und wachsen, solange sie nicht klar erkennt, daß die opportunistischen und liquidatorischen Tendenzen der Minderheit in deren Ansichten über die Farmer- und Arbeiterpartei wurzeln, und solange sie nicht diese Ansichten aufs entschiedenste verwirft. Den Bestrebungen, die Workers Party zu schmälern und in den Hintergrund zu schieben, muß ein Ende gemacht werden, wie auch den Versuchen, ihren Namen zu verdecken und an ihrer Stelle eine mit ihr rivalisierende Partei zu schaffen, was auf dem Wege einer Verbreitung als Heilmittel gegen alles Übel der Losung „für die Farmer- und Arbeiter-, „Klassen“-Partei geschieht. Die Partei muß diese Strömung überwinden, ohne jedoch in die unfruchtbare Rigorosität zu verfallen, die ihre ersten Bestehensjahre charakterisiert. Dafür braucht man die nüchterne Analyse der objektiven Lage und die Ausarbeitung einer Taktik, die dem jetzigen Niveau der Entwicklung der Arbeiter und der entsprechenden Stärke der Partei Rechnung trägt. Die erste Bedingung für eine gesunde Entwicklung der

Partei ist die Erweiterung der Arbeit in den Gewerkschaften und andern Massenorganisationen der Arbeiter. Die Partei muß tief in die Arbeiterbewegung hineindringen und die Arbeiter an sich ziehen. Das kann nicht erreicht werden durch die magische Losung der Schaffung einer Farmer- und Arbeiter-, „Klassen“-Partei, sondern nur auf dem Wege des konkreten Kampfes für die Tagesnöte auf der Grundlage der Einheitsfront. In der nächsten Zukunft kann man mit der Möglichkeit der Entstehung einer kommunistischen Massenpartei in Amerika schwerlich rechnen. Der einzige Weg zu diesem Ziel ist die reale Arbeit und der Kampf während einer ganzen Reihe von Jahren. Das ist die Überzeugung der Mehrheit des Zentr. Exekutivkomitees und der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder.

C. E. RUTHENBERG :
DIE STREITFRAGEN IN DER
KOMMUNISTISCHEN PARTEI AMERIKAS *

Die im September 1919 gegründete Kommunistische Partei Amerikas war wegen ihres sektiererischen Charakters bisher nicht in der Lage, ein Faktor im politischen Leben der Vereinigten Staaten zu werden. Erst im Dezember 1921, als die Partei ihren illegalen Charakter abstreifen konnte durch die Bildung einer „Labor Party“ und dadurch, daß sie sich den in den Vereinigten Staaten bestehenden Bedingungen anpaßte, begann sie Fortschritte zu machen, ihren Einfluß und ihre Führerschaft unter den breiteren Massen amerikanischer Arbeiter auszudehnen. Die augenblickliche Kontroverse in der Partei geht hauptsächlich um die Frage, ob die Politik, mittels der die Partei ihr Prestige begründet und gestärkt hat, fortgesetzt werden oder ob die Partei ins Sektierertum versinken soll.

Um die augenblickliche schwere Kontroverse zwischen der Foster- und der Ruthenberggruppe zu verstehen, muß man sich völlig klar darüber sein, welcher grundlegender Unterschied zwischen der Entwicklung der Arbeiterklasse in den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten besteht. In Europa hat das Proletariat genügend Klassenbewußtsein entwickelt, um proletarische Massenparteien zu schaffen, die ein politischer Ausdruck dieses Klassenbewußtseins sind. In Amerika hat sich keine Partei dieser Art entwickelt. Die Massen der Arbeiter sind immer noch Republikaner und Demokraten, d. h. sie unterstützen immer noch politisch die Parteien ihrer Klassenfeinde. Ihnen ist die Regierung nicht ein Organ der Klassenherrschaft einer gegnerischen Klasse, und politische Parteien erscheinen ihnen nicht als Instrumente ökonomischer Gruppen, die um die Staatsmacht kämpfen.

Unter diesen Bedingungen ist die augenblickliche Aufgabe der Kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten eine andere als die europäischer Parteien. In den europäischen Ländern müssen die kommunistischen Parteien einen Kampf gegen die sozialdemokratischen Parteien führen, um die Arbeiter aus der Hand der Sozialdemokraten zu befreien und ihnen eine kommunistische Führung zu geben.

Dort haben wir es zu tun mit einer Arbeiterklasse, die einen hohen Grad politischen Klassenbewußtseins entwickelt hat. In den Vereinigten Staaten heißt das Problem: die Arbeiter abspalten von den ausgesprochenen Parteien des Kapitals — den republikanischen und demokratischen Parteien. Wie kann die Kommunistische Partei in den Vereinigten Staaten angesichts dieser Bedingungen ihre zentralen Aufgaben erfüllen — sich entwickeln zu einer kommunistischen Massenpartei? Wir können nicht erwarten, daß unsere Partei durch irgendeine mysteriöse Methode, die wir aus den Ärmeln schütteln, zu einer kommunistischen Massenpartei emporwachsen wird, während die

* Als Diskussionsbeitrag veröffentlicht. D. Red.

Labor Party ihrer selbst noch so unbewußt ist, daß sie die republikanische und demokratische Partei, die zwei Parteien des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten, unterstützt. Der Aufbau einer kommunistischen Massenpartei muß Hand in Hand mit der Entwicklung des Klassenbewußtseins der arbeitenden Massen gehen. Im Augenblick, kann man sagen, besteht eine große Lücke zwischen der Avantgarde des Proletariats in den Vereinigten Staaten, der Kommunistischen Partei, und den Massen der Arbeiter, die immer noch kapitalistischen Parteien nachlaufen. Wir können nicht erwarten, daß diese Massen diese Lücke überspringen werden. Das wäre vielleicht bei einem Aufstande möglich, aber nichts dergleichen zeigt sich am gegenwärtigen Horizont. Wir müssen daher irgendein Mittel finden, diese Lücke zu überbrücken. Die Labor Party ist eine solche Brücke.

Die Labor Party-Bewegung

Die Labor Party ist nicht etwa eine von den Kommunisten gebaute Brücke. Die Bewegung einer Labor Party zu schaffen, entsprang den Erfahrungen der Arbeiter selbst in der Epoche nach dem Kriege. Dieser Umstand verleiht der Labor Party-Bewegung eine so immense Bedeutung für die Entwicklung einer kommunistischen Massenpartei und einer revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten.

Zum erstenmal seit der Entwicklung der Vereinigten Staaten zu einer imperialistischen Macht entstand im industriellen und politischen Leben Amerikas eine Bewegung der Arbeiterklasse, die Massencharakter hat und bemüht ist, sich zu einer politischen Massenpartei auszugestalten.

Die Entstehungsursache dieser Bewegung lag in den neuen, vom Weltkrieg geschaffenen Bedingungen. Eine große Zentralisation der Regierungsmacht fand statt, die Beschränkung der Einwanderungsmöglichkeit verursachte eine Vereinheitlichung der arbeitenden Massen, und als Folge des Krieges ergaben sich verschärfte Klassenkämpfe und agrarische Krisen. In den großen industriellen Kämpfen zwischen den Arbeitern und Kapitalisten in den Jahren 1919 und 1922 mischte sich die Regierung jedesmal offen in die Kämpfe ein, die jedesmal über eine Million Arbeiter gleichzeitig in den Streik geführt hatten, und zwar mischte sie sich ein auf seiten der Kapitalisten. Die Regierung hat ein Eisenbahnarbeitsamt als ein Instrument gegen die Eisenbahner-Gewerkschaften geschaffen. Der höchste Gerichtshof erließ die *Cornado-Entscheidung*, in der ein Prinzip ausgesprochen wurde, das gestattet, die Gewerkschaften in Fällen der Anwendung von Gewalt und Zerstörung bürgerlichen Eigentums während Streiks aufzulösen. Das *Denghty*-verbot nahm mit einem Schläge während des Streiks der Eisenbahnbeamten den Arbeitern das Recht der Pressefreiheit, der freien Rede, das Recht freier Versammlungen und sogar das Recht der Organisation. Die Farmerkrise warf Millionen von Farmern bankrott auf die Straße und zwang zwischen 2 und 3 Millionen Farmer, das Land zu verlassen. Diese Bedingungen hauptsächlich waren es, die jener Massenbewegung der Arbeiter und Farmer zum Leben verhalfen, die nunmehr als politische Parteien auftreten können und die Klasseninteressen ihrer Anhänger verfechten sollen.

Diese Bewegung fand ihren ersten Ausdruck im Jahre 1919, als die Führer der Chikagoer Arbeiterföderation einen allgemeinen Kongreß zusammenriefen und die Labor Party der Vereinigten Staaten gründeten. Im nächsten Jahre, im Jahre 1920, hielt die Labor Party wiederum einen Kongreß ab, und nach einer fruchtlosen Bemühung, sich mit einer liberal-bürgerlichen Gruppe, die sich „Komitee von 48“ nannte, zu verständigen, änderte sie ihren Namen und nannte sich „Farmer Labor Party“. Als solche trat sie in die Präsidentschaftskampagne des Jahres 1920 ein. Die Depression von 1920/21 und die großen Streiks von 1922 gaben der so begonnenen Bewegung einen neuen Anstoß. Im Februar 1922 bildeten Vertreter von über 2 Millionen Gewerkschaftern und Farmern die Vereinigung für fortschrittliche politische Aktion, mit der sich auch die Farmer Labor Party und die sozialistischen Parteien verbanden. Während der Periode von 1919 bis 1922 wurden Farmer Labor Parteien in der größten Anzahl aller Staaten gebildet.

In diesem Stadium der Entwicklung der Labor Party-Bewegung kam unsere Partei zuerst damit in Berührung. Im Februar 1922 beschloß das Zentralkomitee der Partei, allerdings noch immer unter dem Einfluß des damals herrschenden Sektierertums, Delegierte zu der Vereinigung für fortschrittliche politische Aktion zu entsenden. Im Juni desselben Jahres erklärte das Zentralkomitee, indem es die Taktik der Einheitsfront auf die Bedingungen in den Vereinigten Staaten anwandte, daß das Problem der Einheitsfront politisch das Problem der Bildung einer Labor Party sei. Der Standpunkt des Zentralkomitees war, daß die Labor Party-Bewegung der erste Schritt des amerikanischen Proletariats zur Organisierung politischer Aktionen und daß es die Aufgabe der Partei sei, enge Fühlung mit dieser Bewegung zu unterhalten, ihre Entwicklung zu beschleunigen, die Führung über die Massen zu gewinnen, sich selbst zu politischer Führerschaft zu entwickeln und in diesem Prozeß die „Workers Party“ in eine kommunistische Massenpartei umzubauen.

Die Workers Party und die Labor Party

Von der letzten Hälfte des Jahres 1922 bis zum Juli 1924 führte die Partei einen energischen Feldzug für die Bildung einer Labor Party. Sie entsandte Delegierte zu der Konferenz für fortschrittliche politische Aktion nach Cleveland im Dezember 1922, und, obschon ihre Delegierten nicht zugelassen wurden, erreichte sie einen Beschluß gegen die Politik der Führer dieser Konferenz, die Arbeit innerhalb der alten kapitalistischen Parteien fortzusetzen. So erschien die Workers Party zu dieser Konferenz das erstmal vor den arbeitenden Massen, und so begann sie, politischen Einfluß in den Vereinigten Staaten zu erkämpfen.

Die im Jahre 1920 in Chicago gegründete Fitzpatrick Farmer Labor Party, die an der Clevelandkonferenz teilnahm, beschloß, in Chicago am 3. Juli 1923 einen Kongreß zusammenzurufen, nachdem die Clevelandkonferenz keine Schritte zur Bildung einer Partei unternommen hatte. Die Workers Party wurde eingeladen, Delegierte zu diesem Kongreß zu entsenden. Unsere Partei nahm die Einladung an und setzte sich aktiv für den Erfolg dieses Kongresses ein.

Unzweifelhaft war die Periode vor dem Kongreß die Periode unserer aktivsten Arbeit in den Gewerkschaften. Unsere Mitglieder wurden gezwungen, in die Gewerkschaften einzutreten und dort einen Kampf zu führen, um die Gewerkschaften zu veranlassen, sich für die Bildung einer Labor Party zu erklären und Delegierte zu dem Kongreß zu entsenden. Zum großen Teil durch diese Arbeit ist der Juli-Kongreß ein Erfolg geworden. Obschon man viel an diesem Kongreß herumzukritteln für notwendig fand, ist es nichtsdestoweniger eine Tatsache, daß 540 Delegierte dort waren und daß allein 400 von ihnen eine Mitgliedschaft von über 600 000 vertraten.

Unsere Partei war die Führerin auf diesem Juli-Kongreß. Die Fitzpatrick Farmer Labor Party, die den Kongreß zusammengerufen hatte, bekam, wie man in den Vereinigten Staaten sagte, „kalte Füße“ und beschloß, gegen die Organisation einer Partei auf diesem Kongreß zu opponieren. Wir waren jedoch in der Lage, so zu operieren, daß die Fitzpatrickgruppe auf dem Kongresse isoliert wurde und eine offene Spaltung vermieden werden konnte.

Die Vereinigte Farmer Labor Party wurde gebildet mit der Unterstützung von fast 500 Delegierten.

Nach dem Juli-Kongreß ergaben sich die ersten Differenzen im Zentralkomitee der Partei. Es verlohnt sich, diese Differenzen einer Analyse zu unterziehen; denn die Foster-Gruppe nahm hierbei eine von ihrer heutigen Stellung sehr verschiedene Position ein. Genosse Foster und eine Minorität des damaligen Zentralkomitees (die Majorität folgte der Führung der Minorität in dem jetzigen Konflikt) kämpften gegen die Kristallisation der Vereinigten Farmer Labor Party zu einer geschlossenen Organisation. Die Fostergruppe meinte, es sei eine falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik für eine kommunistische Partei, den linken Flügel der Arbeiterbewegung in der Vereinigten Farmer Labor Party zu organisieren. Sie war der Meinung, man müsse auf die Entwicklung einer Labor Party warten, die die Gesamtheit der Arbeiterbewegung umfassen werde. Das Zentralkomitee auf der anderen Seite erklärte, daß die Organisation von 300 000 oder 400 000 Arbeitern in der Vereinigten Farmer Labor Party, unter der Führung der Workers Party, ein großer Sieg für diese sein und die mächtigste Waffe für zukünftige Manöver schaffen würde, um einen noch größeren Teil der Gewerkschaften in die Labor Party zu bringen. Der Gesichtspunkt der Fostergruppe in dieser Diskussion war, daß die Labor Party ein Zweck in sich selbst sei, während die Majorität des Zentralkomitees (augenblickliche Minorität) behauptete, daß die Einheitsfronttaktik gegenüber der Labor Party als ein Mittel der Agitation und Mobilisierung der Massen betrachtet werden müsse, um durch solche Agitation und Mobilisierung die Workers Party in eine kommunistische Massenpartei umzubauen.

Die Differenzen im Zentralkomitee über die Frage der organisatorischen Kristallisation der Vereinigten Farmer Labor Party führten dazu, daß die Möglichkeit einer solchen Kristallisation überhaupt verpaßt wurde. Die Majorität des damaligen Zentralkomitees schloß, um einen Kampf mit Genossen Foster zu vermeiden, ein Kompromiß, und das Resultat war, daß nichts geschah.

Als Konsequenz des Versagens der Partei, die Früchte ihres Sieges von diesem Kongreß zu ernten, ergab sich, daß wir gezwungen waren, einen neuen Weg für die Kristallisation einer Labor Party zu suchen. Im Staate Minnesota

war eine Farmer Labor Party organisiert worden, der es gelang, zwei Senatoren, Anhänger von Lafollette, durchzubringen. Diese Partei war in Wirklichkeit eine „dritte Partei“, d. h. eine Partei, die außer Arbeitern und Farmern Kleinbürger und reiche Farmer, Kleinkaufleute und Fabrikanten in sich schloß. In Opposition zum Kleinbürgertum in der Farmer Labor Party organisierte sich in der Partei, hauptsächlich durch unsere Bemühungen, die Farmer Labor-Vereinigung, die auf die Gewerkschaften und auf Organisationen armer Farmer aufgebaut war. Diese Minnesota Farmer Labor Party beabsichtigte die Einberufung eines nationalen Kongresses im Jahre 1924, um eine nationale Farmer Labor Party zu bilden. Wir boten unsere Hilfe durch die Vereinigte Farmer Labor Party an, und es gelang uns, einen Aufruf herauszubringen für den Kongreß, der ursprünglich am 30. Mai in St. Paul stattfinden sollte und später am 17. Juni als Kongreß von St. Paul tatsächlich stattfand.

Die Lafollette-Bewegung

Zu derselben Zeit, als diese Bewegung für eine Labor Party sich unter den organisierten Arbeitern ausdehnte, entwickelte sich in Verbindung und oft auch in unmittelbarer Berührung damit die Lafollette-Bewegung.

Lafollette war der Kongreßführer einer Gruppe von Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses aus Wisconsin und den nordwestlichen Agrarstaaten, die im Kongreß die Vertreter der kleinen Geschäftsleute und derjenigen Farmerschichten waren, denen es halbwegs gut ging. Die Führer der Vereinigung für fortschrittliche politische Aktion waren mit dieser Gruppe verbündet. Dieses Bündnis war schon auf dem Cleveland-Kongreß der Vereinigung für fortschrittliche Aktion im Dezember 1922 abgeschlossen worden, wo die Führer der Organisation sich der Arbeit rühmten, die sie unternommen hatten, um die Lafollettekräfte auf dem Kongreß zu stärken.

Der große Ölskandal stärkte die Lafollette-Bewegung in umfangreichem Maße. Im Februar 1924 hielt die Vereinigung für fortschrittliche politische Aktion einen Kongreß in St. Louis ab und beschloß, am 4. Juli in Cleveland einen neuen Kongreß zusammenzurufen, um über die Frage der Nomination des Präsidenten und des Vizepräsidenten und die Bildung einer neuen Partei Beschluß zu fassen.

Für unsere Partei war es noch vor dem Kongreß vom 4. Juli augenscheinlich, daß die Gruppierungen in der Farmer Labor Party, die mit uns zusammen den Kongreß vom 17. Juni zusammenriefen, stark unter dem Einfluß Lafollettes standen. Die Arbeiter und Farmer, die sich von den zwei alten Parteien trennten, unterschieden klar zwischen einer Farmer Labor Party, die auf Gewerkschaften und Organisationen von Farmern aufgebaut war, mit einer Plattform, die die entsprechenden Klasseninteressen dieser beiden Gruppen repräsentierte, und einer über den Klassen stehenden Partei, wie sie Lafollette wünschte.

Um die Gruppierungen in der Farmer Labor Party davon zurückzuhalten, unter die organisatorische und ideologische Kontrolle Lafollettes zu fallen, formulierte das Zentralkomitee die Politik des „Bündnisses mit der „dritten Partei“, bei der vorgeschlagen wurde, daß die Farmer Labor Party auf ihrem Kongreß vom 17. Juni die Kandidatur Lafollettes als Präsidenten unterstützen

solle, unter Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen Selbständigkeit und unter Führung eines scharfen, kritischen Feldzuges gegen Lafollette. Diese Politik wurde von der Kommunistischen Internationale verworfen. Wie die spätere Entwicklung der Lafollette-Bewegung zeigte, beantwortete Lafollette die Konferenz vom 17. Juni und die Teilnahme der Kommunisten mit einer öffentlichen Anklage. Eine Majorität von Delegierten auf dem Kongreß vom 17. Juni stand unter unserer Führung, und wir nominierten Farmer-Labor-Kandidaten gegen Lafollette. Die am 4. Juli tagende Konferenz der Vereinigung für fortschrittliche politische Aktion nominierte Lafollette, obschon eine neue politische Partei aktuell nicht gegründet wurde.

In Anbetracht der Situation, die nach der Konferenz vom 4. Juli entstand, kam das Zentralkomitee der Partei zu dem Entschluß, daß die Desertionen aus der Farmer Labor Party zu Lafollette außerhalb der Workers Party ungenügende Unterstützung für die Farmer Labor-Kandidaten verursachten, so daß unsere Kampagne unter dem Namen Farmer Labor Party nicht mehr gerechtfertigt werden konnte. Man beschloß daher, kommunistische Kandidaten aufzustellen und die Kampagne unter dem Namen einer Workers Party zu führen. Diese Entscheidung wurde gefällt bei einem Stimmenverhältnis von 10 zu 3, die Scheidung in der Abstimmung lief jedoch nicht in der Linie der augenblicklichen Gruppierung im Zentralkomitee.

Das Zentralkomitee gab ein Manifest heraus, in dem die Gründe für seine Handlung aufgezählt wurden, und erklärte, daß es den Feldzug für die Bildung einer Massenpartei der Arbeiter durch die Entwicklung einer Farmer Labor Party nicht verlassen habe. Die Bildung einer solchen Partei wurde zu einer der ersten Forderungen im taktischen Programm der Partei.

Das Resultat der Wahlen war eine Stimmenzahl von fast 5 Millionen für Lafollette. Unser Kandidat, Genosse Foster, erhielt nach dem Bericht der Wahlbehörden in den 13 Staaten, in denen wir zur Wahl standen, ungefähr 35 000 Stimmen.

Das Verlassen der Labor Party-Politik

In dieser kurzen Zusammenfassung der Hauptpunkte unserer Arbeit, eine Labor Party-Politik durch unsere Partei durchzuführen, ist der Boden vorbereitet für das Verständnis der augenblicklichen Kontroverse in unserer Partei. Die Foster-Gruppe, bestehend aus Genossen Foster, Cannon, Bittleman, Browder, Abern, Burnon, Dunne und Lore, zog die Schlußfolgerung aus den Wahlergebnissen, daß die Bewegung für eine Arbeiterpartei tot sei, und daß die Partei daher die darauf basierte Politik aufgeben müsse, die sie zwei Jahre hindurch geführt hatte. Die Minderheit des Zentralkomitees, bestehend aus Gen. Ruthenberg, Pepper, Lovestone, Bedacht, Gitlow und Engdahl, waren gegen diese Interpretation und verlangten die Fortführung der Labor Party-Politik. Obschon kein Ereignis eine augenblickliche und sofortige Aktion in dieser Beziehung notwendig machte, bestand die Majorität des Zentralkomitees auf dem Beschluß, der die zwei Jahre alte Politik der Partei, die von der Komm. Intern. gebilligt worden war, über den Haufen warf, und gestattete nicht, daß vorher ein Parteitag zusammentrat, um diese entscheidende Frage zu beraten.

Die Argumentation der Foster-Gruppe in bezug auf diese Politik zeigte das vollkommene Fehlen eines gründlichen Verständnisses der ganzen Frage der Teilnahme der Workers Party bei der Bildung einer Labor Party. Man behauptet nicht, daß fundamentale Veränderungen in der ökonomischen und politischen Situation vor sich gegangen seien. Tatsächlich unterstreicht man noch stärker als die Ruthenberg-Gruppe jene politischen und ökonomischen Entwicklungen, aus denen die Bewegung für eine Labor Party wuchs. Während man aber erklärt, daß die nächste Zukunft in den Vereinigten Staaten auf einen verschärften Klassenkampf und Maßnahmen von Regierungssseite gegen die Arbeiter hindeutet, kommt man trotzdem zu der Folgerung, daß die Bewegung der Arbeiter für eine politische Massenpartei tot sei.

Im Verlauf der Parteidiskussion haben sich viele Artikel von der Foster-Gruppe gegen die Beteiligung einer kommunistischen Partei an der Bildung einer nicht parteigemäßen Organisation ausgesprochen. Angesichts so klassischer Beispiele wie der Organisation der Sowjets, der Betriebsräte in Deutschland, der Anweisung an die britische Partei, in die Labor Party einzutreten, und angesichts der Tatsache, daß die Politik unserer Partei die Billigung der Komm. Intern. fand, dürfte es wohl kaum notwendig sein, dieses Argument ernst zu nehmen und Zeit bei seiner Bekämpfung zu verschwenden.

Das hauptsächlichste Argument, auf das sich die Foster-Gruppe stützt, ist in dessen die Behauptung, daß die Labor Party-Bewegung von Lafollette aufgesaugt worden sei, und daß es daher keine Massenbewegung für eine Labor Party gebe, an der unsere Partei teilnehmen könne.

Wir wollen dieses Argument einmal näher in der von den Thesen der Fostergruppe formulierten Form untersuchen. Man erzählt uns in diesen Thesen, daß die Zusammensetzung der Lafollette-Bewegung folgende sei:

„Die Lafollette-Bewegung ist, obschon sie bei den Wahlen hauptsächlich von Industriearbeitern und armen Farmern unterstützt war, ein politisches Bündnis von 5 verschiedenen sozialen Gruppen. Diese sind: a) Kleine und mittlere Bankiers und Industrielle, b) reiche Farmer, c) freie Berufe, d) bestimmte Schichten der Arbeiteraristokratie und e) die Bürokratie der Gewerkschaften.“

Während definitive Zahlen nicht festzustellen sind, beweist die geographische Verteilung der Stimmen, die Lafollette erhielt, daß $\frac{3}{4}$ der Stimmen von industriellen Arbeitern und armen Farmern kamen. Obschon diese Millionen gegen die alten kapitalistischen Parteien revoltierten, vermag Gen. Foster und seine Gruppe nur eine Labor Party-Bewegung zu sehen, die ihre Lebenskraft eingebüßt hat.

Und den Grund für dieses Fehlsehen finden wir in einer anderen These der Fostergruppe, in der folgendes behauptet wird:

„Sogar wenn die Lafollette-Bewegung in ihrer augenblicklichen losen Form fortbestehen sollte, wird sie früher oder später gezwungen sein, wenigstens teilweise die Gruppenkonflikte und Gruppeninteressen innerhalb ihrer Reihen zu überwinden und aus sich heraus eine neue politische Partei zu kristallisieren.“

Und hieraus zieht man folgenden Schluß:

„Und auf einige Zeit, das heißt bis die Lafollette-Bewegung beginnen wird, konkrete und praktische Zeichen ihres Gegensatzes zu der arbeitenden Klasse

zu zeigen, werden die großen Massen der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes die Lafollette-Bewegung als Ausdruck ihres politischen Willens ansehen. Das bedeutet, daß der Versuch, eine Farmer Labor Party zu bilden, die ihre Grundlage in den Massenorganisationen der Arbeiter und den ärmsten Schichten der Farmer finden soll, definitiv aus dem Gebiet der praktischen Politik ausscheidet.“

Entsprechend diesem pessimistischen Standpunkt gibt es keine Hoffnung für neue Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, bis die Lafollette-Bewegung tatsächlich zur Macht kommt, denn wie kann sie sonst konkrete und praktische Zeichen ihres Gegensatzes zur arbeitenden Klasse zeigen.

Diese Hoffnungslosigkeit und pessimistische Einstellung drückt sich noch stärker in den Artikeln der Foster-Gruppe aus. Foster schreibt über die Farmer-Labor-Parteien:

„Sie haben sich von den alten Parteien losgelöst und definitiv in der Lafollette-Bewegung eine dritte Partei gebildet, gleichgültig, welchen Namen sie sich geben.“

Die einzige wirkliche Differenz, die sie mit Lafollette haben, ist eine organisatorische. Die Frage der sofortigen Bildung einer dritten Partei. Bittlemann behauptet folgendes:

„Die mit den beiden alten kapitalistischen Parteien unzufriedenen Massen sind im Hafen der Lafollette-Bewegung gelandet. Was die Frage der Bildung einer neuen Partei anlangt, so sind die Massen jetzt zum Stillstand gekommen.“

Und Browder erzählt uns:

„Wir sind damit einverstanden, daß die Politik verändert werden muß, und wir sind damit einverstanden, daß dieser Wechsel in unserer Politik notwendig ist, weil die Massen nicht mehr länger für eine Farmer Labor Party kämpfen wollen.“

Die Minorität des Zentralkomitees war nicht in der Lage, sich auf den Boden dieses Standpunktes zu stellen, daß die Vereinigten Staaten plötzlich zu einem Friedhof geworden seien, auf dem die Arbeiterklasse zum Stillstand gekommen wäre. Die Ablehnung dieser Friedhoftheorie durch die Minorität wurde noch durch die Erklärung der Foster-Thesen verschärft, denen zufolge

„das überwiegende Gewicht der ökonomischen Tendenzen jetzt auf eine Verschärfung des Klassenkampfes hinweisen, eine Verschärfung, die die Unternehmer erneut veranlassen würde, die Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und die Gewerkschaft zu zerstören.“

Sicher ist es eine unmarxistische und unkommunistische Beurteilung einer Situation, wenn man behauptet, daß bei einer Verschärfung des Klassenkampfes die Arbeiterklasse ruhig bleiben wird. Falls die Foster-Gruppe antworten wollte, daß nach ihrer Meinung die Arbeiterklasse nur in politischer Beziehung ruhigbleiben, daß sie aber ökonomisch in industrielle Kämpfe als Resultat der Verschärfung des Klassenkampfes verwickelt werden wird, so antworten wir ihr, daß die Behauptung, der verschärfte industrielle Konflikt werde sich nicht in einer politischen Bewegung der arbeitenden Massen ausdrücken, genau so unmarxistisch und unkommunistisch wie die erste Behauptung ist.

Von dieser widerspruchsvollen Analyse der ökonomischen und politischen Situation in den Vereinigten Staaten kam die Foster-Gruppe zu der Folgerung, daß die Workers Party ihre Parole „Für eine Labor-Party“ aufgeben müsse. In Beziehung zu dem Kongreß für fortschrittliche politische Aktion war der Ratschlag an die Arbeiter der, sich zu vereinigen, um die Workers Party herum eine Einheit zu bilden. Und so bewies man, daß die Taktik der Einheitsfront sogar im Sinne eines sektiererischen Prinzips angewandt werden kann an Stelle einer dynamischen Kraft für die Mobilisation der Massen.

Die Stellung der Minderheit des Zentralkomitees

Die Minderheit des Zentralkomitees, die die Einstellung der Foster-Gruppe bekämpfte, behauptet, daß die Bewegung für eine Labor Party nicht das Produkt einer temporären Phase des amerikanisch-politischen Lebens, sondern das Produkt ökonomischer und politischer Kräfte sei, die zum erstenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten eine Massenbewegung auf der Basis einer Aktion der arbeitenden Klassen als Klasse geschaffen habe. Sie stützt ihre Beurteilung der Lage auf die Behauptung, daß die Entwicklung des Kapitalismus in den Vereinigten Staaten einen Punkt erreicht habe, an dem eine arbeitende Klasse auftreten müsse, die genügend Klassenbewußtsein besitzt, um sich zur Wahrung ihrer eigenen Interessen für den politischen Kampf gegen die Parteien ihrer Ausbeuter zu organisieren. Nach ihrer Meinung aber war dies Ziel nicht in einigen Monaten, nicht einmal wenigen Jahren zu erreichen, sondern langsam und schmerzvoll, im Verlauf einer längeren Periode. Den Kontakt mit dieser Bewegung aufrechtzuerhalten, ihre Entwicklung zu beschleunigen, die Führung über sie zu gewinnen, war nach ihrer Meinung eine der wichtigsten Aufgaben der Partei.

Die Stellung der Minderheit wurde in folgenden Worten zusammengefaßt: „Die Parole „für eine Farmer Labor Party“ bleibt unser hauptsächlichstes Agitationsmittel für politische Aktionen auf einer Klassenbasis für die Arbeiter und armen Farmer. Unsere Anwendung dieser Parole zur Mobilisation des linken Klassenparteiblocks gegen die Lafollettesche fortschrittliche Bewegung hat einen tiefen Eindruck bei den Arbeitern und armen Farmern gemacht, die auf dem Boden des Kampfes gegen den Kapitalismus stehen. Diese Parole bietet die wirksamste Waffe gegen die Lafollette-Bewegung, ob nun diese eine dritte Partei bildet oder nicht. Nur so können wir die Verbindung mit den Gewerkschaften und den Organisationen der armen Farmer aufrechterhalten.“

„Wenn wir die Politik der Einheitsfront politisch aufgeben und die Parole „für eine Farmer-Labor-Party“ fallen lassen, werden wir die wirksamste Agitationswaffe, die wir haben, um die Arbeiter an unsere Partei heranzuziehen, aus der Hand geben. Die Erfahrungen der Arbeiter und armen Bauern im Kampf gegen den Kapitalismus werden eine noch stärkere Bewegung für eine unabhängige politische Aktion als früher erzeugen. Dieses leugnen, heißt die Fundamente unserer kommunistischen Prinzipien und die Richtigkeit der Analyse der augenblicklichen Situation leugnen.“

Geben wir die Führung in diesem Feldzug auf, so räumen wir den gelben Sozialisten und reformistischen Führern das Feld und machen es ihnen leicht, die Arbeiter und Bauern, die sich zu politischem Bewußtsein entwickeln, unter ihren Einfluß und ihre Führung zu bringen.“

Als Antwort auf die Feststellung der Foster-Gruppe, daß die Lafollette-Bewegung die Farmer-Labor-Party aufgesogen habe, und daß die Arbeiter und armen Farmer jetzt zur Ruhe gekommen seien, erklären die Thesen der Minderheit:

Der fundamentale Konflikt zwischen den Interessen der Arbeiterelemente, die gegen die kleinen Kapitalisten und die reichen Farmer stehen, welche sich zum Organ der kapitalistischen Interessen machen, gestattet ein dauerndes Bündnis dieser Gruppe nicht und bildet die Basis für unseren Versuch, dieses Bündnis zu sprengen.“

Die Ereignisse haben auf die Frage, ob die Arbeiterklasse in der Lafollette-Bewegung zur Ruhe gekommen ist, eine schnelle Antwort gegeben. Die Vereinigung für fortschrittliche politische Aktion hält am 21. und 22. Februar dieses Jahres in Chicago einen Kongreß ab. Die Railroad brotherhood (Eisenbahner-Brüderschaft), die die Aristokratie der Arbeiterklasse repräsentiert, brachte einen Antrag für Fortsetzung der Arbeit innerhalb der republikanisch-demokratischen Parteien ein und zog sich zurück, als er abgelehnt wurde. Die Lafollette-Gruppe schlug die Bildung einer neuen Partei vor, die auf individuelle Mitgliedschaft basiert werden sollte und die Sozialistische Partei beantragte die Bildung einer neuen Partei, deren Grundlage die Gewerkschaften und die Organisation der Farmer sein sollten. Als der Lafollette-Vorschlag zur Annahme gelangte, splitterte sich die Sozialistische Partei ab, indem sie die Absicht kundgab, bei der Bildung lokaler Labor-Parteien, auf der Basis von Delegierten aus den Gewerkschaften organisiert, mitzuwirken.

Die Spaltung wegen der Frage, ob die zu gründende Partei auf individuelle Mitgliedschaft oder auf Mitgliedschaft von Gewerkschaften und Organisationen von Farmern sich gründen solle, ist eine Spaltung zwischen der kleinen kapitalistisch-liberalen Bourgeoisie auf der einen und den Arbeitern und Farmern auf der andern Seite. Die Labor-Party und Farmer Labor Party wurde immer, da sie von den Gewerkschaften propagiert und unterstützt wurde, als eine Partei mit Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen als Grundlage aufgefaßt. Der Lafollette-Vorschlag der individuellen Mitgliedschaft ist ein Schlag gegen diese Klassenorganisation der Arbeiter.

Die Spaltung in dem Kongreß für fortschrittliche politische Aktion schafft eine neue politische Situation, die günstiger als jemals seit 1923 ist für unsere Parole „für eine Labor-Party“. Während die bornierte Politik der Mehrheit des Zentralkomitees gegenüber dem Kongreß für fortschrittliche politische Aktion eine herrliche Gelegenheit für uns, als Führer dieser Bewegung aufzutreten, hat vorübergehen lassen, können wir den verlorenen Boden wiedergewinnen, wenn wir die durch die Spaltung geschaffene Gelegenheit wahrnehmen, eine Kampagne innerhalb der Gewerkschaften zu führen für eine Partei, die sich auf die Gewerkschaften stützt, um die Klasseninteressen der Arbeiter zu verteidigen. Sollte die Politik der Foster-Gruppe fortgesetzt werden, so bedeutet das, daß die Sozialistische Partei, die heute bankrott ist, freies Feld bekommt, um eine solche Partei unter ihrer Führung aufzubauen, und so wieder ein wichtiger Faktor in den Vereinigten Staaten wird.

Die Tendenz zur Sektenbildung in der Workers Party

Das Verlassen des Labor Party-Feldzuges, der Hauptstreitpunkt in den Parteiauseinandersetzungen, ist nur ein Beispiel der Tendenz zur Sektenbildung in der Zentralkomitee-Mehrheit. Die Neigung dazu fand ihren Ausdruck auch in anderen Stadien der Parteiarbeit. Ein schlagendes Beispiel dafür war die Entscheidung der Zentralkomitee-Mehrheit, die bereits von dem EK der KI hinsichtlich der Frauenagitation verworfen wurde. Die weiblichen Parteimitglieder in New York (Stadt) hatten in einer sozialistischen Zentralorganisation eine Zelle gebildet und, nachdem sie die Führung in dieser Organisation an sich gerissen hatten, unter Ausnutzung dieser Position den Zentralrat Proletarischer Frauen (United Council of Proletarian Women) gebildet. Es ist dies eine Delegiertenkörperschaft, die aus Abgeordneten verschiedener Frauenorganisationen besteht. Als Unterorganisationen schufen sie Organisationen von Hausfrauenvereinigungen.

Der Zentralrat Proletarischer Frauen unternahm eine Anzahl energischer Versammlungs- und Flugschriften-Kampagnen, so z. B. gegen die Wohnungsverhältnisse in New York. Er veranstaltete außerdem eine kräftige Unterstützungsaktion zum besten der streikenden Seidenarbeiter in Peterson (im Staate New Jersey). Andere Feldzüge ähnlichen Charakters entwickelten sich die alle ihren Ausgangspunkt bei den Mitgliedern der Workers Party hatten.

Die Foster-Gruppe faßte einen Beschluß, der die Umwandlung des Zentralrats proletarischer Frauen in eine Frauenabteilung der Workers Party anordnete, was faktisch die Zerschlagung der Einheitsfrontorganisation bedeutete. Die Foster-Gruppe begründete diesen Beschluß damit, daß die Führung solcher Kämpfe, wie der vom Zentralrat proletarischer Frauen unter seinem eigenen Namen unternommenen, Sache der Partei sei, und daß es eine nichtkommunistische Taktik wäre, diese Kämpfe durch eine derartige Einheitsfrontorganisation durchführen zu lassen.

Ein anderes Beispiel für die gleiche Tendenz in der Foster-Gruppe ist der Versuch, die Internationale Arbeiterhilfe in den Vereinigten Staaten in eine offizielle Parteieinrichtung umzuwandeln. Dieser Versuch wurde von vielen überparteilichen Organisationen unterstützt.

Gewerkschaftsarbeit und Politik

Die Minderheit des Zentralkomitees hatte nicht allein gegen diese Tendenz zur Sektenbildung seitens der Foster-Gruppe anzukämpfen, sondern sie war auch genötigt, einen Kampf zu führen gegen die Mehrheit des Zentralkomitees wegen ihrer Untätigkeit und falschen Politik auf gewerkschaftlichem Gebiete.

Der Haupteinwand gegen die Gewerkschaftsarbeit ist, daß sie weite politische und ökonomische Gesichtspunkte vernachlässigt zugunsten von Organisationsfragen der Verbände. Der Genosse Foster z. B. beklagte sich bitter über einen Versuch, in die Verhandlungen des letzten Kongresses des Bergarbeiterverbandes (United Mine Worker's Convention) die Arbeitslosenfrage hineinzuziehen und die Annahme von einer Reihe von Forderungen an die

zentrale Regierung und die Regierungen der Einzelstaaten zu sichern, deren Zweck die Besserstellung der Lage der arbeitslosen Bergarbeiter war, weil er fühlte, daß mit diesem Kampfe die Forderung der Wiedereinsetzung Howats, des Herausgebers des „Daily Worker“, aufgerollt werden würde. Dann wurde Engedahl von der Foster-Gruppe einer heftigen Kritik unterzogen wegen der Aufstellung der Parole: „Auf zum Rathause“, wo der Labor Alderman aufgefördert werden sollte, zur Verteidigung der streikenden Konfektionsarbeiter gegen das polizeiliche Einschreiten in Tätigkeit zu treten. Die Trade Union Educational League hat die Arbeit für die Teilnahme an Streiks vernachlässigt. Die Parole „Organisiert die Unorganisierten“ ist eine papierne Parole geblieben.

Die Gewerkschaftsarbeit der Partei hatte während des Jahres 1924, in dem die Foster-Gruppe eine Mehrheit im Zentralkomitee besaß, ihren tiefsten Stand erreicht. Während dieses Jahres gab es nur zwei Konferenzen des linken Flügels, und die Trade Union Educational League hielt keine einzige Reichskonferenz ab. Unter der Führung der gegenwärtigen Minderheit wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 und im Jahre 1923 vierzehn Konferenzen der Organisation des linken Flügels und sieben Reichskonferenzen des linken Flügels abgehalten, einschließlich der Kongresse so wichtiger Gruppen wie der Eisenbahnarbeiter, der Bergarbeiter und der Bekleidungsarbeiter, und zwei Reichskongresse der Trade Union Educational League. Genosse Foster selbst war genötigt, mitzuteilen, daß er dem Genossen Losowski im November bezüglich der Ergebnisse der Arbeit der Fosterschen Zentralkomiteemehrheit geschrieben habe: „Wir sind jetzt außerordentlich isoliert in den Gewerkschaften.“

Das Bündnis Foster-Lore

Die Foster-Gruppe errang die Mehrheit im Zentralkomitee der Partei auf dem dritten Reichskongreß, der Ende 1923 abgehalten wurde, dank einem Bündnis mit Lore. Lore, der die deutsche und die finnische Föderation vertrat, ist ein Vertreter des äußersten rechten Flügels unserer Partei.

Lores vielfache Sünden gegen die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Partei sind bekannt. Er unterstützte Levi und Serrati. Er war im Jahre 1923 gegen die deutsche Revolution. Er schrieb nichtkommunistische Artikel über die Regierung Macdonald. Er schrieb in seinen Blättern, daß der Sieg des Foster-Lore-Bündnisses auf dem Kongreß der Worker's Party der Sieg der Trotzki-Anhänger sei. Nachdem er Mitglied der Zentralkomiteemehrheit geworden war, schöpfte Lore neuen Mut. Die redaktionellen Spalten der „Volkszeitung“ des Jahres 1924 sind angefüllt mit Artikeln, die eine kommunistische Partei unmöglich dulden kann. Die Bemühungen der Zentralkomiteeminderheit, die Foster-Mehrheit zum Vorgehen gegen Lore zu zwingen, stießen auf Ausflüchte.

Die Foster-Gruppe hängt im größten Parteidistrikt, in New York-Stadt, von der Unterstützung durch Lore ab. Die Foster-Gruppe ist die drittgrößte Gruppe hinsichtlich der ihr folgenden Parteimitglieder sowohl als auch im örtlichen Exekutivkomitee, und sie ist, um in der Mehrheit zu sein, zu Kon-

zessionen an Lore gezwungen. Lore konnte für sie stimmen und die Anträge der Foster-Gruppe unterstützen, weil diese Anträge nur der sektiererischen Stellung des rechten Flügels entsprachen, den Lore in der Worker's Party repräsentierte.

Im vergangenen Mai beauftragte das EK der KI den Genossen Foster, mit der Ruthenberg-Gruppe in der Partei zusammenzuarbeiten und einen ideologischen Kampf gegen die von Lore verfochtenen Tendenzen der Zweieinhalb-Internationale zu eröffnen. Diese Instruktion führte er in der Weise aus, daß er mit Lore ein Bündnis schloß und es aufrechterhielt.

Der Stand der Parteiangelegenheiten

Während der Jahre 1922 und 1923 entwickelte sich die Worker's Party zu einem politischen Faktor in den Vereinigten Staaten und wurde eine Macht in den Gewerkschaften. Das Aufblühen der Partei war das Ergebnis eines beständigen aggressiven Vorgehens unter der Parole „Hinein in die Massen“. Der Labor Party-Vorstoß, der Verschmelzungsvorstoß, der Vorstoß des Labor Defence Council (Arbeiter-Verteidigungsrat) gegen die Verfolgung der Kommunisten, die in Bridgeman verhaftet worden waren, der Schutz der fremdländischen Arbeiter, die Bergarbeiterhilfskampagne, alles das waren Anstrengungen der Partei, möglichst große Massen von Arbeitern in gemeinsame Kämpfe gegen die kapitalistische Regierung hineinzuziehen. Das waren die wirklichen Aktionen eines Zentralkomitees unter Führung der gegenwärtigen Minderheit des Zentralkomitees. Verglichen damit liegt der Erfolg der Foster-Gruppe lediglich in einer außerordentlichen Beschränkung des Einflusses der Partei. Die politischen Maßnahmen, die im Programm der Foster-Gruppe vorgeschlagen werden, werden den Prozeß der Isolierung von den Massen vollenden. Man muß die Annahme dieser politischen Thesen verhindern und die Worker's Party festhalten auf der Bahn zur Entwicklung zu einer kommunistischen Partei an Stelle der drohenden Entwicklung zu einer neuen, hoffnungslosen Sekte in der sozialistischen Labor Party. Das ist der Kampf, den die Minderheit des Zentralkomitees führt.

M. SCOCCIMARRO :
DIE POLITISCHE LAGE IN ITALIEN UND
DIE KRISE DES FASCHISMUS

Die Krise der Mittelklassen

Die Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die zu Beginn des Krieges in der ganzen Welt einsetzte, ist durch die reaktionäre Offensive der Bourgeoisie nicht aus der Welt geschafft worden. Selbst in den Ländern, in denen diese Offensive besonders krasse Formen angenommen und die meisten Resultate gezeitigt hat, ist es den herrschenden Klassen — wie das Beispiel des Faschismus in Italien zeigt — nicht gelungen, ein mehr oder weniger dauerhaftes Gleichgewicht zu erlangen und ihrem Regime eine, wenn auch nur relative Widerstandsfähigkeit zu geben.

Die Krise des Faschismus in Italien reifte langsam und unsichtbar auf sozialem Boden heran und kam dann plötzlich im Zusammenhang mit der Ermordung Matteottis zum Ausbruch. Der Mangel an politischer Widerstandsfähigkeit, der in der weiteren Entwicklung der Ereignisse zutage getreten ist, hat die allgemeine Krise der kapitalistischen Gesellschaft am krassesten zum Ausdruck gebracht.

Vor allem äußert sich das in der Form der Krise der Mittelklassen, da diese in der kapitalistischen Gesellschaft den Punkt des geringsten Widerstandes darstellen, und da die Folgen der allgemeinen Krise in ihnen am schärfsten zum Ausdruck kommen. Andererseits war es gerade der Verfall der Mittelklassen, der die Entstehung und Entwicklung des Faschismus förderte, der sich auf allen Stufen seiner Evolution gerade auf diese gesellschaftlichen Schichten stützte. Um sich von den tatsächlichen Verhältnissen Rechenschaft zu geben, genügt es, die ökonomischen Daten näher zu betrachten; aus ihnen geht hervor, daß es in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 in Italien eine Rekordzahl gegeben hat an Bankrotten, Pfändungen, Wechselprotesten, und daß gleichzeitig die Summen der Sparkasseneinlagen in geradezu verhängnisvoller Weise zurückgegangen sind.

Das beweist, daß der kleine Ladenbesitzer verdrängt wird vom Großkaufmann und Spekulanten, daß der Handwerker ersticken muß in der eisernen Umklammerung des Finanzkapitals, daß der Kleinrentner vollkommen verarmt durch die Entwertung des Papiergeldes, daß der Kleinbauer immer mehr verwirrt wird durch den komplizierten Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft. Steuern, Spekulation, Wucher, Teuerung der Industrierzeugnisse als Resultat protektionistischer Politik — all das übt einen zerstörenden Einfluß auf die Bauernwirtschaft aus. Es vollzieht sich ein Prozeß der Enteignung, der Konzentration aller Reichtümer in den Händen der in wirtschaftlicher und politischer Beziehung mächtigeren Klasse. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft macht sich bereits ein Prozeß bemerkbar, der dem der Nach-

kriegsperiode entgegengesetzt ist. Damals bestand die Tendenz, die kleinen Pächter, Farmer usw. in kleine Grundbesitzer umzuwandeln. Jetzt tritt die entgegengesetzte Erscheinung auf: Die Großgrundbesitzer und reichen Bauern erobern ihre verlorenen Positionen wieder; sie konzentrieren in ihren Händen den Grund und Boden und bringen die armen Bauern in halbfeudale Abhängigkeit.

Wenn der Verfall der kleinbürgerlichen Wirtschaft begleitet wäre vom normalen Prozeß der kapitalistischen Akkumulation, der Entwicklung der Produktionskräfte und der Industrialisierung der Landwirtschaft, so würde er vom allgemeinen Standpunkt aus sogar ein Zeichen wirtschaftlichen Fortschritts sein. Aber in Wirklichkeit vollzieht sich dieser Zerstörungsprozeß in der Periode des Verfalls des Kapitalismus und der Verkleinerung des Produktionsapparates. Er wird bestimmt nicht durch die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern durch den Selbsterhaltungstrieb des jetzigen Regimes, durch den Widerstand der Faschistenregierung gegen jede Evolution, die ihr Leben bedroht. Das ist nicht die frühere normale Überwindung der vorkapitalistischen Produktionsformen zugunsten immer vollkommenerer Wirtschaftssysteme; das ist einfach Verarmung und Vernichtung aller Reichtümer. Der Verfall der kleinbürgerlichen Wirtschaft und die damit verbundene Neuverteilung des Eigentums unter die verschiedenen Klassen wird nicht begleitet vom Wachstum der — wenn auch nur ungleichmäßiger verteilten — sozialen Reichtümer, sondern führt im Gegenteil zur allgemeinen Verarmung.

Der enteignete Bauer wird schließlich nicht zum Lohnarbeiter, der in einem großen industrialisierten landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt ist, sondern er kehrt in die Verhältnisse des Leibeigenen, des Halbsklaven zurück. Der kleine Handwerker, der seine Werkstatt schließen muß, der Kleinbürger, der über keine Einkommenquellen mehr verfügt, sie werden nicht zu Proletariern. Sie geraten in eine ausweglose Lage, da sie keine Möglichkeit haben, irgendeine Arbeit zu finden, und da sie keinerlei Hoffnung in bezug auf den morgigen Tag hegen können. Sie sind nicht der Nachschub, der die Reservarmee der Industrie ergänzt, sondern sie gehen direkt über in die Reihen des Lumpenproletariats, das zu ewiger Arbeitslosigkeit verurteilt ist.

Der normale Prozeß der Proletarisierung des Kleinbürgertums hat aufgehört, während der Prozeß der allgemeinen Zersetzung mit allen seinen politischen und sozialen Folgen sich immer weiter und tiefer ausbreitet.

In Italien hat die Krise des Kleinbürgertums — im Zusammenhang mit der Entwicklung des Faschismus — ganz besondere Formen angenommen. Die Geschichte des Faschismus ist, wenn man diese Bewegung von einem bestimmten Gesichtswinkel aus betrachtet, die Geschichte eben dieser Krise.

Der Faschismus entstand nicht nur als Sturmbataillon im Kampfe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, er bedeutete gleichzeitig den Versuch der kleinen und mittleren Bourgeoisie, ihre eigene unabhängige Politik zu treiben und diese sowohl der Politik der Großbourgeoisie als auch der der Arbeiterklasse entgegenzustellen.

Im Faschismus fand die Kleinbourgeoisie die für sie passende Form der Massenorganisation — eine bemerkenswerte Tatsache für eine Klasse, die dank ihrer inneren Zersplitterung, dank ihren Lebensbedingungen und öffentlichen Funktionen ein typisches Muster der Desorganisation und des Mangels

an einheitlicher Ideologie darstellt. Die faschistische Organisation trägt einen rein militärischen Charakter, die ideologische Einheitlichkeit ist in ihr ersetzt durch Korporationsgeist mit nationalistischer Färbung.

Sich auf diese Macht stützend, glaubte die Kleinbourgeoisie ihre eigenen wirtschaftlichen Probleme lösen und ihre phantastischen Träume von politischer Unabhängigkeit ins Leben umsetzen zu können. Die Losung der „Eroberung der Staatsmacht“ brachte diese Hoffnung zum Ausdruck. Die Wirklichkeit zeigte jedoch, wie sinnlos solche Träume waren, denn noch weniger als früher ist es jetzt die Kleinbourgeoisie, die den Staat verwaltet. Die Staatsmacht erobern heißt vor allem die Verwaltung der Produktionskräfte des Landes in die eigene Hand nehmen. Das Kleinbürgertum aber, das auf dem Gebiet der Produktion keine wesentlichen Funktionen ausübt, ist hierzu nicht fähig.

Die Abhängigkeit des Faschismus von den Interessen der Plutokratie trat in Erscheinung, unmittelbar nachdem der Faschismus ans Ruder gelangt war. Nach Herabsetzung der Arbeitslöhne, nach Verlängerung des Arbeitstages und Beseitigung aller sonstigen proletarischen Errungenschaften opferte der Faschismus dem Großkapital auch die Interessen der mittleren Bevölkerungsschichten. Die kleinbürgerliche Wirtschaft war der Zerstörung und völligen Verarmung preisgegeben.

Alle ideologischen Voraussetzungen des Faschismus zerplatzten wie Seifenblasen, während der Verfall der Mittelklassen nicht nur nicht aufgehalten, im Gegenteil noch beschleunigt wurde. Der ideologische Bankrott und der politische Zusammenbruch des Faschismus sind nicht nur der Ausdruck der allgemeinen Krise und der Unmöglichkeit für die Bourgeoisie, diese Krise zu überwinden, sondern auch der Beweis für die Ohnmacht der Kleinbourgeoisie und ihre Unfähigkeit zu selbständigen und unabhängigen politischen Handlungen.

Die letzten politischen Ereignisse und die Taktik der Kommunistischen Partei

Um die letzten politischen Ereignisse und die Taktik der Kommunistischen Partei besser illustrieren und einschätzen zu können, ist es notwendig, die wesentlichen Merkmale der jetzigen politischen Krise kurz hervorzuheben.

Der Faschismus, der als Bewegung der Kleinbourgeoisie entstanden ist, wurde in einem bestimmten Moment von der gesamten Bourgeoisie als Werkzeug gebraucht. Jetzt hat er sich überlebt. Der heutige Kampf um die Errichtung eines widerstandsfähigen demokratischen Regimes unterscheidet sich sehr scharf von dem traditionellen Kampf zwischen fortschrittlichen und konservativen Strömungen. Der Faschismus ist nicht der Ausdruck der reaktionären Tendenzen einer bürgerlichen Rechten im Gegensatz zu den demokratischen und liberalen Tendenzen einer bürgerlichen Linken. Der Faschismus war das Werkzeug des konterrevolutionären Kampfes der gesamten Bourgeoisie, er entsprach einer bestimmten objektiven Sachlage; nachdem diese sich geändert hat, sind jetzt die herrschenden Klassen bestrebt, der neuen Situation die Methoden ihrer Herrschaft und ihres Kampfes anzupassen, wobei sie sich Mühe geben, diese Methoden den Zielen ihrer sozialen Selbsterhaltung

entsprechend zu gestalten. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß man in den Reihen der Opposition gegen den Faschismus so äußerst reaktionäre Gruppen findet, wie z. B. die rechten Liberalen mit Salandra an der Spitze und bis zu einem gewissen Grade auch den Vatikan. Es handelt sich um einen Druck, den fast die gesamte Bourgeoisie auf den Faschismus ausübt, um ihn zu zwingen, sich den Forderungen der neugeschaffenen Verhältnisse anzupassen. Der hiergegen geleistete Widerstand von seiten der faschistischen Elemente ist die unmittelbare Ursache der jetzigen Krise.

Die Kompliziertheit der Lage wird allerdings noch vertieft durch die Interessengegensätze der verschiedenen bürgerlichen Gruppen; diese Gegensätze bilden jedoch nicht die Basis des Konflikts, sie sind nicht die Grundfaktoren und die Ursachen der Krise, die viel tiefere Wurzeln hat, da sie die allgemeine Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung widerspiegelt.

Der langwierige Verlauf dieser allgemeinen Krise der kapitalistischen Gesellschaft, ferner das Vorhandensein eines revolutionären Proletariats, das infolge der Vertiefung seines Klassenbewußtseins und unter dem Druck seiner unmittelbaren täglichen Bedürfnisse in den Kampf um die Eroberung der Macht tritt — all das veranlaßt die Parteien der Bourgeoisie, zu neuen Formen des Kampfes um ihre Existenz überzugehen. Der jetzige Kampf für die Demokratie wird eben bedingt durch diesen Selbsterhaltungstrieb der Bourgeoisie. Das bestimmt auch die Stellungnahme und die Aufgaben des revolutionären Proletariats in der gegenwärtigen Krise des Faschismus. Das Proletariat kann und darf nicht zum linken Flügel der allgemeinen antifaschistischen, demokratischen Bewegung werden; ihm fällt die Rolle der Triebkraft zu, die Rolle des Führers im revolutionären antifaschistischen Kampf. Der Kampf gegen den Faschismus nimmt für das Proletariat die Form des Klassenkampfes an. Es tritt sowohl gegen den Faschismus als auch gegen die bürgerlich-demokratische Opposition auf. Der Unterschied besteht nur in den Methoden des Kampfes — gegen den Faschismus wird in Anbetracht der gegebenen Lage die direkte Aktion in den Vordergrund gerückt, die Kritik der Waffen — während gegen die konstitutionelle Opposition zunächst noch die Waffe der Kritik angewandt wird.

Die Resultate der Parlamentswahlen am 6. April 1924 lieferten den ersten Beweis für die Zersetzung des Faschismus und die mangelnde Widerstandskraft des bestehenden Regimes. In Norditalien, in den Industriegebieten, in denen die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Kräfte konzentriert sind, blieb der Faschismus in verschwindender Minderheit.

Nach den Wahlen wurde der politische Kampf sofort sehr lebhaft. Die Kampagne der Oppositionsparteien fand einen lauten Widerhall im ganzen Lande und förderte in hohem Maße den Verfall des Faschismus, dessen Reihen sich zu zersetzen begannen. Der Faschismus leistete verzweifelten Widerstand. Am 10. Juni wurde einer der oppositionellen Abgeordneten — Matteotti — von den Faschisten ermordet. Dieses Ereignis beschleunigte die heranreifende Krise. Die übergroße Mehrheit der Kleinbourgeoisie und verschiedene Schichten der Großbourgeoisie verließen die Reihen des Faschismus und begannen, sich auf die Oppositionsparteien zu orientieren. Innerhalb des Parlaments kam diese Krise in einer Spaltung zum Ausdruck — die

Oppositionsparteien verließen das Parlament und bildeten außerhalb desselben und gegen dieses ein politisches Zentrum, das von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde. Dieses Ereignis bedeutete auch den Beginn der Zersetzung innerhalb der zentralen staatlichen Institutionen und war daher von gewisser revolutionärer Bedeutung. Die faschistische Regierung sah den vor ihr sich öffnenden Abgrund und strengte alle ihre Kräfte zur verzweifelten Selbstverteidigung an.

Ein wichtiges Element der Lage, der die Kommunistische Partei ihre Taktik anpassen mußte, war das Bestreben breiter Arbeitermassen, die faschistische Regierung zu stürzen, und das Vertrauen, das die Mehrheit der Arbeiter in die opportunistischen und kleinbürgerlichen Parteien setzte, von denen sie die Erreichung dieses Zieles erwartete. Das beweist absolut nicht, daß sie demokratische Illusionen hegten, sondern zeigt nur, daß sie die Unmöglichkeit des entscheidenden Kampfes gegen den Faschismus aus eigenen Kräften — in Anbetracht der Zersplitterung und der Desorganisation in ihren Reihen — richtig eingesehen hatten.

Damit mußte die Kommunistische Partei rechnen, um sich nicht von den Massen zu trennen und um den Ausgang der antifaschistischen Bewegung durch eigene Aktionen in ihrem Sinne vorzubereiten und zu bestimmen. Darum hatte sich die Kommunistische Partei dem Komitee der Opposition angeschlossen, wobei sie jedoch darauf hinwies, daß es sich lediglich um eine Parlamentsversammlung handele, die dem Faschistenparlament entgegengestellt werden sollte; gleichzeitig betonte die Partei die Notwendigkeit sofortiger Massenaktionen zur Niederwerfung der Faschistenregierung und Entwaffnung ihrer Banden. Diese Losungen wurden von den Arbeitern und Bauern unterstützt, von denen sich ein Teil der Bewegung anschloß. Aber die kleinbürgerlichen und opportunistischen Parteien gerieten in panikartige Furcht vor der Möglichkeit eines Volksaufstandes gegen den Faschismus. Sie hatten verstanden, daß die Arbeiterklasse nach dem Sturze des Faschismus nicht auf halbem Wege stehenbleiben und ihre Waffen vor dem Altar der Demokratie nicht strecken würde. Ihre ganze Kraft strengte die Opposition an, nicht zur Durchführung der politischen Linie, die ihr der Wille der Massen und der objektive Verlauf der Dinge diktierten, sondern zur Verhinderung des plötzlichen Sturzes des Faschismus; mit allen Mitteln suchte sie, die Arbeitermassen im Zustand absoluter Unbeweglichkeit zu erhalten.

Das Komitee der Opposition wurde sehr bald aus einem Parlamentsorgan zu einem Parteienblock, der von bürgerlichen Elementen geführt war, und dem alle zu ihm gehörenden Gruppierungen politisch unterstellt waren. Darum verlor er jede Fähigkeit, einen aktiven Kampf gegen den Faschismus zu führen. Alle seine Aktionen beschränkten sich auf parlamentarische Manöver und auf mündliche Propaganda. Jede konkrete Handlung, die auf die Mobilisierung und die organisatorische Zusammenfassung der im Lande vorhandenen antifaschistischen Kräfte gerichtet ist, wird vom Oppositionsblock systematisch untergraben und sabotiert.

Die Kommunistische Partei verließ das Oppositionskomitee. Durch dieses Manöver gelang es ihr, den Kontakt mit den Massen aufrechtzuerhalten und das reaktionäre Wesen der bürgerlichen Opposition aufzudecken, die unter antifaschistischer Flagge den Versuch macht, die Arbeitermassen vom Weg des Klassenkampfes abzulenken und sie ihrem eigenen Einfluß zu unter-

werfen. Die Notwendigkeit einer Arbeiteropposition gegen die konstitutionelle Opposition ist durch die Wirklichkeit selber gegeben. Die Parole der Bildung von Arbeiter- und Bauernkomitees kennzeichnet die Stellung des revolutionären Proletariats, das in der entstandenen Lage den dritten Faktor darstellt. Weder Faschismus noch Liberalismus, sondern Sowjets — das ist die Losung der Kommunistischen Partei.

Die Kommunistische Partei ist jedoch vorläufig noch nicht in der Lage, den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus nur aus eigener Kraft zu führen. Die Passivität der konstitutionellen Opposition gab der faschistischen Regierung die Möglichkeit, im für sie kritischsten Moment standzuhalten, ihre durch die Ereignisse stark ins Schwanken geratenen Reihen neu zu formen und, sich auf militärische Macht stützend, die Regierungsgewalt gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in Händen zu behalten. Die Krise ist nicht gelöst, sondern nur verschoben. Im Verlaufe der ganzen Periode — von der Schließung des Parlaments im Juni bis zur Neueröffnung der Session im November — wurde der erbitterteste politische Kampf geführt, an dem drei Kräfte teilnahmen: der Faschismus, der, zur Verteidigung übergehend, bestrebt ist, aus seiner Isolierung herauszukommen und das Vertrauen des Kleinbürgertums wiederzuerobern; die kleinbürgerliche Demokratie, die umgekehrt danach strebt, den Faschismus noch mehr zu isolieren und die Mehrheit der Bevölkerung um sich zu sammeln; die revolutionären Arbeiter, die die Klassenkräfte des Proletariats und des Bauerntums zur Kampfbereitschaft erziehen.

Obgleich die Arbeiterklasse in den letzten Monaten sehr an Einfluß gewonnen hat, obgleich ihr Kampfgeist gestiegen und ihre Klassenorganisationen einen großen Schritt vorwärts gemacht haben, ist trotzdem das Proletariat noch nicht stark genug, um als entscheidender Faktor auf der politischen Arena aufzutreten.

Die im Kräfteverhältnis eingetretenen Änderungen sind noch nicht tief genug, um an die Stelle der Formel „Faschismus — bürgerlich-konstitutionelle Opposition“ die Formel „Faschismus — revolutionäre Arbeiteropposition“ zu setzen. Die bestehende Lage kann jetzt noch charakterisiert werden als der Kampf zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie.

Im jetzigen Moment neigt sich der Erfolg in diesem Kampfe auf die Seite der Opposition. Nacheinander haben sich vom Faschismus die liberalen Gruppen Giolitti und Orlando losgelöst, die jetzt an die Spitze der Opposition getreten sind. Hieraus ergab sich eine politische Schwächung des Faschismus, gleichzeitig aber eine Rechtsschwenkung im oppositionellen Lager, d. h. mit anderen Worten, die Tendenz zu einer reaktionären Lösung der Krise. Dadurch hat die Opposition neue Schichten von Werktätigen von sich abgestoßen, die sich dann proletarisch-revolutionären Kreisen zuwandten. So standen die Dinge in der Zeit von Juni bis November, als die Parlamentssession wiedereröffnet wurde. Die konstitutionelle Opposition beharrte bei ihrer Politik des Parlamentsboykotts.

In weiten Kreisen war die Ansicht verbreitet, daß die entscheidende Krise begonnen habe. Die Augen der Mehrheit der Bevölkerung waren auf die demokratische Opposition gerichtet, von ihr erwartete man die entscheidenden Aktionen. Die Hoffnungen waren zweifellos illusorisch, aber die Kommunistische Partei mußte ihnen Rechnung tragen, um den Prozeß in die Phase

seiner Entwicklung zu bringen, in der das Proletariat als aktives Element in den Kampf gegen den Faschismus eingreifen konnte.

Die Kommunistische Partei machte dem Block der Opposition den Vorschlag, sich als Parlamentsversammlung zu proklamieren, sich auf die Arbeiter- und Bauernkomitees zu stützen und die breiten Massen der Werktätigen zum Verteidigungskampf aufzufordern. Die kommunistische Fraktion hätte an einer solchen Versammlung teilnehmen können, selbstverständlich unter Beibehaltung eines eigenen Programms und einer eigenen taktischen Linie, gestützt auf die Forderungen des Moments; um diese Forderungen hätten sich die gesamten antifaschistischen Kräfte sammeln können.

Aber der Vorschlag wurde abgelehnt. Da beschloß die Kommunistische Partei, unter Fortsetzung der Kritik an der Passivität und Trägheit der Opposition, die durch ihr Verhalten die faschistische Regierung nur stützte, in das Parlament zurückzukehren; sie kleidete diese Aktion in eine Form, die ihr die Möglichkeit gab, eine Enttäuschung der Massen zu vermeiden, wie sie durch die Taktik der Opposition hervorgerufen war.

Von der Parlamentstribüne aus forderten die Kommunisten die Massen zu direkten Aktionen gegen den Faschismus auf, zum Kampf gegen ihn an der Klassenfront, dem einzigen Weg der proletarischen Offensive.

Die Isolierung des Faschismus wurde noch größer — die rechtsliberale Gruppe Salandra löste sich von ihm los. Selbst der Vatikan trat gegen ihn auf. In den Reihen der Anhänger des Faschismus blieben nur einzelne Gruppen der industriellen und agrarischen Plutokratie, die durch ihre Interessen mit dem Faschismus eng verknüpft waren. Trotzdem aber bleibt er am Ruder. Die konstitutionelle Opposition ist untätig und ohnmächtig.

Die Lage wurde äußerst gespannt. Die Regierung machte den Versuch, die Opposition zu spalten und einen Boden für Kompromisse zu finden. Ganz unerwartet trat sie mit einer Wahlreform hervor, die viele Elemente der Opposition nicht ablehnen konnten, und die am wenigsten günstig für den Faschismus selber war. Die Opposition mußte auf dieses Manöver in irgendeiner Weise reagieren, und sie veröffentlichte kompromittierende Dokumente, aus denen hervorging, daß die Regierung in kriminale Verbrechen verwickelt war. Die Lage spitzte sich aufs äußerste zu. Die Krise brachte selbst die Grundlagen der staatlichen Ordnung — die Macht des Königs, das Parlament, die gerichtlichen Institutionen usw. — ins Schwanken. Der Apparat der bürgerlichen Verfassung stand plötzlich in seiner ganzen Nacktheit da, er zeigte seine wahre Natur, die eines Werkzeugs der bürgerlichen Diktatur.

Die Augen der Bevölkerung waren auf den König gerichtet, dessen Einmischung sie erwartete — als einziges Mittel, die Krise zu lösen. Der beschränkte Verstand der kleinbürgerlichen Demokratie hinderte sie, zu begreifen, daß der gesamte konstitutionelle Apparat paralysiert war, daß der König in einer solchen Situation Mussolini nicht absetzen konnte, ohne eine schwere Krise hervorzurufen. Denn Mussolini an der Macht ist die einzige Garantie gegen bewaffnete Aktionen des Faschismus, der nicht gewillt ist, seine Beseitigung passiv hinzunehmen, sowie gegen die Gefahr eines plötzlichen Ausbruches des Bürgerkrieges, dem selbst die königliche Macht zum Opfer fallen könnte.

Alle legalen Kampfmittel zerschellen an der faschistischen Miliz, die nur durch machtvolle Massenaktionen unschädlich gemacht werden kann. Aber das will die Bourgeoisie nicht.

Während alles auf die Absetzung der Regierung wartet, dient Mussolini in Wirklichkeit dem König als Sicherung für seine Macht. Eine allgemeine Enttäuschung ist unvermeidlich, denn Mussolini wird am Ruder bleiben.

All das spiegelt sich in der Psychologie der Massen. Das lange und fruchtlose Warten, die unaufhörlichen Enttäuschungen schaffen eine fieberhafte, gespannte Atmosphäre. Eine revolutionäre Erregung hat das Land erfaßt. Die Kampf Stimmung der Arbeitermassen wird immer stärker, die bewaffneten Zusammenstöße zwischen Faschisten und Arbeitern häufen sich. Terroristische Akte und Sabotageerscheinungen sind an der Tagesordnung. In den Reihen des Faschismus wächst die Unzufriedenheit der extremen Elemente, die mit unabhängigen Aktionen drohen, was ernste Folgen haben und dem Faschismus sehr gefährlich werden könnte.

Darum ist die faschistische Regierung zur Offensive übergegangen: Mussolini hat dem Parlament erklärt, daß die Faschistenregierung und der Faschismus nur mit Hilfe von Gewalt besiegt werden können. Durch eine Reihe polizeilicher Maßnahmen— Haussuchungen, Verhaftungen, spezielle Gesetze gegen die Presse, gegen das Versammlungs- und Koalitionsrecht — wurden die Kräfte, die sich bereits in Bewegung befanden, paralyisiert, die Opposition an Händen und Füßen gefesselt. Sie verfügte nicht einmal über das Minimum an Organisation, das notwendig ist, um dem Druck der Reaktion Widerstand zu bieten, und so war sie zum vollkommenen Schiffbruch und zum Bankrott ihrer Taktik verurteilt. Vor den Augen der Massen entblöbte sich der reaktionäre und konservative Charakter ihrer Politik. Die Regierungserklärungen nehmen den legalen Aktionen der demokratischen Opposition jeden Sinn und lassen keinen Platz übrig für irgendwelche halben Schritte. Die Losungen der Kommunistischen Partei, die zum revolutionären Kampf gegen den Faschismus aufrufen, dringen immer tiefer nicht nur in die proletarischen Massen, sondern auch in kleinbürgerliche Schichten.

Die Kommunistische Partei, die über eine illegale Organisation verfügt, hat von ihrer Kampffähigkeit nichts eingebüßt; die Schläge, die die Regierung auf sie niedersausen läßt, beantwortet sie mit noch intensiverer Propaganda für die einheitliche Klassenfront gegen den Faschismus und für die direkte Aktion; sie ist bemüht, breite Schichten des Kleinbürgertums, die enttäuscht sind von der Passivität der kleinbürgerlichen Parteien, für den revolutionären Kampf des Proletariats zu gewinnen. Gegen diese Parteien richten die Kommunisten ihre Kritik, sie machen sie verantwortlich für das Fortbestehen der faschistischen Regierung und entlarven insbesondere die verräterische Politik der pseudoproletarischen Parteien — der Maximalisten und Reformisten.

Die gewalttätigen Aktionen der Regierung haben ihre Position nicht gestärkt und keine Besserung in die objektive Lage der Dinge gebracht. Die Krise ist noch lange nicht beendet. Der reaktionäre Druck ist nicht imstande, der unter der Oberfläche schwelenden Unzufriedenheit Halt zu gebieten.

Die Perspektiven

Um die nächsten Perspektiven der Entwicklung der politischen Lage in Italien zu skizzieren, muß man sich Rechenschaft darüber geben, welche Ziele die Bourgeoisie sich stellt, und welche Beweggründe sie treiben. Die Bourgeoisie will keine radikale Beseitigung des Faschismus, sie möchte nur bestimmte Erscheinungen des Faschismus, die ihr gefährlich werden können, beseitigt wissen. Am reaktionären Inhalt des staatlichen Apparates, d. h. am Wesen des Faschismus, will sie nichts geändert haben.

Es wird verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, die Bourgeoisie wolle sich jetzt vom Faschismus befreien, weil sie ihn nicht mehr braucht. Andere antworten hierauf, daß die Bourgeoisie im Gegenteil dazu gezwungen werde, daß die Vernichtung des Faschismus für sie eine Lebensnotwendigkeit sei. Aber es handelt sich hier gar nicht um die Wahl zwischen Möglichkeit und Notwendigkeit. In Wirklichkeit sind beide Behauptungen richtig, aber jede für sich genommen ist unvollständig.

Der Faschismus, der als Ergebnis einer Aenderung im Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat entstanden ist, hat die politische Macht der herrschenden Klassen gestärkt. Diese Stärkung hat sich als relativ und nicht absolut erwiesen, denn sie gründet sich nicht auf die Gesundung der wirtschaftlichen Lage und nicht auf die erhöhte Fähigkeit der Bourgeoisie, die Krise, in die sie geraten ist, zu überwinden, sondern ausschließlich auf die geänderte Lage der desorganisierten, zersplitterten, zur Ohnmacht verurteilten Arbeiterklasse. In Anbetracht dieses letzterwähnten Umstandes hielt die Bourgeoisie es für möglich, jetzt auch ohne den Faschismus auszukommen.

Andererseits droht der Faschismus, wenn er so bleibt, wie er bisher war, die Stellung der herrschenden Klassen zu schwächen, denn jetzt ist der Faschismus selber zur Ursache der labilen Lage geworden. Solange der Faschismus eine soziale Massenbewegung war und nicht nur eine militärische Organisation für den antiproletarischen Kampf, solange er eine politische Macht im weiten Sinne dieses Wortes war, konnte er als eben diese Macht der Bourgeoisie dienen und die Staatsverwaltung in Händen halten. Aber jetzt hat der Faschismus aufgehört, eine Massenbewegung zu sein, er führt nur noch als militärische Organisation eine klägliche Existenz, die dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung zum Trotz im Lande ihre Herrschaft ausübt. Von jetzt ab kann diese Organisation der Sache der Reaktion nicht mehr viel geben. Darum ist die Bourgeoisie jetzt nicht imstande, die ganze politische Gewalt in ihren Händen zu behalten gegen den Willen der Mehrheit des Volkes. Sich jetzt mit dem Faschismus solidarisieren hieße für die Bourgeoisie, den Bruch mit den weiten Kreisen des antifaschistischen Kleinbürgertums gutheißen; das Kleinbürgertum würde dann unter zweifachem — wirtschaftlichem und moralischem — Druck in die Einflußsphäre des revolutionären Proletariats hineingezogen werden. Das könnte nicht kompensiert werden durch den reaktionären Druck, den der Faschismus ausübt; dieser Druck könnte mit ebensogutem Erfolg von einem sogenannten demokratischen Regime ausgehen, und vor allem würde er kaum imstande sein, den Ausbruch der proletarischen Revolution auf die Dauer zu verhindern.

Aus diesem Grunde sah sich die Bourgeoisie gezwungen, dem Faschismus den Rücken zu kehren.

Welches sind die Aussichten der Entwicklung der jetzigen politischen Krise in Italien?

Augenblicklich macht sich eine allgemeine Tendenz zu Kompromissen zwischen Faschismus und konstitutioneller Opposition bemerkbar. Die Ursachen dieser Tendenz liegen hauptsächlich in der Unmöglichkeit sowohl für den Faschismus als auch für die antifaschistische Bourgeoisie, einen irgendwie zuverlässigen Ausweg aus dem politischen Wirrwarr zu finden. Die Parteien der demokratischen Opposition können dem Faschismus nicht ganz freie Bahn lassen, ohne ein absolutes politisches Fiasko zu erleben und ohne den Einfluß auf einen sehr großen Teil ihrer Anhänger zu verlieren, der dann in die Einflußsphäre des revolutionären Proletariats hineingezogen würde. Andererseits können sie keinen aktiven Kampf gegen den Faschismus führen und zu gleicher Zeit innerhalb des Rahmens der konstitutionellen Gesetzlichkeit bleiben. Ihre Bestrebungen sind hauptsächlich darauf gerichtet, in keinen Widerspruch zu den Voraussetzungen ihrer sozialen Selbsterhaltung zu kommen und die Einmischung der Arbeiter- und Bauernmassen um jeden Preis zu verhindern.

Der Faschismus kann seinerseits nicht vor dem Gegner kapitulieren, ohne auf die Geschlossenheit und Einheit seiner Reihen zu verzichten, denn das würde zu Konflikten und inneren Zusammenstößen im ganzen Lande führen, und schließlich müßte er zusammenbrechen, was selbst die Bourgeoisie nicht will. Aber welche Mittel der Faschismus jetzt auch zur Anwendung brächte — er ist nicht mehr imstande, die Elemente zu zerschlagen, die sich gegen ihn zusammengeschlossen haben, und die großen Hindernisse zu überwinden, die ihm den Weg sperren. Dem offenen, erbitterten Kampf, der die bewaffneten Truppen des Faschismus den staatlichen Mächten entgegenstellte, wird von beiden Seiten mit allen Mitteln aus dem Wege gegangen. In diesem Kampf würde der Faschismus endgültig geschlagen werden, dem Proletariat aber wäre der Weg zum revolutionären Kampf um die Macht eröffnet. Der Faschismus nutzt diese Situation als Druckmittel gegen die Bourgeoisie aus.

Schließlich aber können weder der Faschismus noch die konstitutionelle Opposition dulden, daß der jetzige Zustand lange andauert, denn das würde die Krise verschärfen und vertiefen und auf beiden Seiten die Lage mit jedem Tage schwieriger gestalten.

Ein Kompromiß scheint für beide Gegner eine Notwendigkeit zu sein. Ein Beweis für eine solche Tendenz war die Einbringung und Annahme der Reform des Wahlgesetzes im Parlament. Durch diese Reform wurde die proportionale Vertretung abgeschafft und das Majoritätssystem wieder eingeführt. Dieses System wird die parlamentarische Stellung des Faschismus, insbesondere seiner extremen Elemente, zerstören, den lokalen Wünschen der Wähler freie Bahn lassen und schließlich den Einfluß des Faschismus auf das politische Leben ganz oder fast ganz eliminieren.

Die Erfahrung der Nachkriegszeit hat bewiesen, daß der Staat ohne einen gewissen Schein von Parlamentarismus nicht regiert werden kann, wenn er nicht aus einer Krise in die andere kommen will. Alle Fraktionen der Bourgeoisie sind sich über diesen Punkt im klaren, und darum bildet er die annehmbare Basis für ein Kompromiß.

Aber das Kompromiß darf nicht von der formalen Seite betrachtet werden, sondern vom Standpunkte seines realen politischen Inhalts. Er besteht für

die Bourgeoisie in der Möglichkeit, eine von niemandem bestrittene Macht auszuüben und frei über den gesamten Staatsapparat zu verfügen (jetzt ist diese Möglichkeit beschränkt durch den Faschismus, der an der Macht steht, und durch das Vorhandensein einer nichtstaatlichen militärischen Organisation). Er besteht ferner in der Übertragung des politischen Kampfes und der Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie (deren Gegensätze jetzt, im Moment der Krise des Faschismus, künstlich vertuscht werden) in den Rahmen des konstitutionellen Mechanismus, in der Festigung der Beziehungen zu den kleinbürgerlichen Massen, die jetzt sehr gefährliche Tendenzen zeigen, in der Möglichkeit, die Nachgiebigkeit der Sozialdemokratie und deren einschläfernde Wirkung auf die Arbeitermassen auszunutzen.

So erklärt sich die mit dem Faschismus vorgegangene Metamorphose, die in gewissem Sinne auf seine Selbstliquidierung hinausläuft. Diese Metamorphose bildet die Grundlage des Kompromisses. Als Weg zu seiner Verwirklichung sollen die Wahlen dienen. Das Kompromiß wird gekennzeichnet sein durch die Aufhebung des Boykotts und die Wiederherstellung der normalen Arbeit des Parlaments; dadurch wird dem faschistischen Monopol auf die Staatsgewalt ein Ende gesetzt sein, obgleich diese Gewalt in der ersten Zeit noch einen offen reaktionären und philofaschistischen Charakter tragen wird. Das Bündnis zwischen den drei früheren Premierministern — Salandra, Orlando und Giolitti, diesen autoritären und hervorragendsten Staatsmännern der italienischen Bourgeoisie — ist im jetzigen Moment von besonderer Bedeutung.

Das Staatssystem der Phase der historischen Entwicklung, der wir uns nähern, wird als besonderes Merkmal die Synthese der bürgerlichen Demokratie und des Faschismus tragen. Das wird die Einführung der Reaktion in den Rahmen der Gesetzlichkeit bedeuten.

Das ist jedoch noch nicht identisch mit der Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts und der Beseitigung des Faschismus in seiner charakteristischen Rolle der bewaffneten Organisation, die den Zielen der Reaktion dient. Der Faschismus wird bleiben und als eine solche Organisation fortbestehen. Im Verhältnis zu ihr wird jede Regierung nur zwei Auswege haben: sie entweder in den staatlichen Mechanismus einzuschließen, das aber würde ihr Fortbestehen als Element der antiproletarischen Reaktion bedeuten; oder aber — sie aufzulösen. Im letzteren Falle muß man aus einer Reihe von Gründen im Auge behalten, daß die faschistischen Kampftruppen illegal weiterexistieren werden, wie dies in Deutschland mit den reaktionären Banden nach dem Kapp-Putsch der Fall war. Von ihrer Hand fielen damals Erzberger und Rathenau. Darum kann nur der erste Ausweg, als der leichtere, gewählt werden. Nur in einer Beziehung würde es eine Aenderung geben: Alle Gruppen der Bourgeoisie werden die Garantie haben, daß die faschistische Miliz nur gegen die Arbeiterklasse ausgenutzt werden kann, während sie jetzt für viele Vertreter des Bürgertums eine Gefahr darstellt. Das wird eins der Resultate des Kompromisses sein.

Aber all das ist nicht so leicht zu erreichen. Auf der politischen Arena gibt es Faktoren, die im Gegensatz zueinander stehen, unabhängig voneinander handeln und so die Krise verschärfen und vertiefen. Einerseits widersetzt sich dem Kompromiß der extremste Flügel der Faschisten, die Anhänger des unversöhnlichen Faschismus. Sie stellen einen sehr bedeutenden Teil der

faschistischen Partei dar und geben sich vollkommen darüber Rechenschaft, daß das Kompromiß ihre Liquidierung bedeuten würde. Der Faschismus muß so bleiben, wie er ist. Wenn er sich ändert und konstitutionell wird, so hört er auf, Faschismus zu sein. Darum entfaltet die extreme Richtung eine intensive Tätigkeit, wobei sie bestrebt ist, die Intransigenz der Partei aufrechtzuerhalten. Aber es wird ihr nicht gelingen, diese Absichten zu verwirklichen, und selbst wenn ihr das gelänge, so würde sie sich aus obenangeführten Gründen nur kurze Zeit in dieser Position halten können. Andererseits ist den Bestrebungen der konstitutionellen Opposition, ein Kompromiß zu schließen, die Furcht hinderlich, den Einfluß auf die Massen zu verlieren, denn es könnte leicht eine revolutionäre Lösung des Problems, wie die Kommunistische Partei sie propagiert, herbeigeführt werden. Es ist Aufgabe der Opposition, die direkte Einmischung der Massen in die Lösung der Krise zu verhindern, und einem plötzlichen Zusammenbruch des Faschismus, der sehr ernste Folgen für die Existenz der bürgerlichen Ordnung haben könnte, aus dem Wege zu gehen.

All diese Elemente verzögern die Entwicklung und Lösung der Krise und stärken somit den dritten Faktor, der an dem Entstehen der jetzigen Situation beteiligt ist — das revolutionäre Proletariat.

Die Stimmung der Arbeiterklasse wird immer kampffreudiger, aber während diese Kampflust in ihrer Avantgarde bereits einen so hohen Grad erreicht hat, daß einzelne Gruppen vollkommen bereit sind, in den aktiven Kampf zu treten, herrscht unter den breiten proletarischen Massen noch eine so starke Passivität, daß in nächster Zeit die Möglichkeit einer raschen allgemeinen Mobilisierung der Arbeitermassen zum direkten Kampf gegen den Faschismus ausgeschlossen erscheint.

Unvorhergesehene Ereignisse können den Prozeß beschleunigen. Die augenblickliche Lage ist sehr unbestimmt und ungewiß. Der Stillstand und die Starrheit, die sie in diesem Moment charakterisieren, sind nur scheinbar. Sie erklären sich aus dem reaktionären Druck, der es verhindert, daß sich die Krise nach außen hin manifestiert, der aber seine grundlegenden Ursachen nicht beseitigen kann. Je stärker sich der Druck von seiten der Regierung und der reaktionären Kräfte bemerkbar macht, um so rascher entfalten und festigen sich die Triebkräfte der proletarischen Revolution, die der Faschismus wohl verschieben, aber nicht abwenden kann, und für deren Entwicklung er nur ein breiteres und tieferes Fundament gelegt hat.

Im Februar 1925.

WOITINSKI:
DIE TENDENZEN DER REVOLUTIONÄREN
BEWEGUNG IN CHINA UND DIE PARTEI
GO-MIN-DAN*)

Vorbemerkung der Schriftleitung: Das in der Zwischenzeit erfolgte Ableben des Führers der Go-min-dan-Partei, Sun-jat-sens, dürfte die Lage der revolutionären Bewegung in China nicht unwesentlich beeinflussen. Wir bringen nachstehenden Artikel dennoch, da der Wert des in ihm enthaltenen informatorischen Materials dadurch nicht berührt wird.

Die mit dem Herbst 1924 einsetzende revolutionäre Bewegung in China gewinnt immer mehr und mehr an Umfang und Schwung und zieht in den Kampf gegen den ausländischen Imperialismus und vaterländischen Militarismus immer größere Schichten der chinesischen Bevölkerung hinein.

Der chinesischen revolutionären Bewegung beginnen nicht nur die China freundlich gesinnten Völker der Vereinigten Sozialistischen Sowjet-Republiken Bedeutung beizumessen, nicht nur die Völker der kolonialen Länder, sondern auch die imperialistischen Weltmächte. China ist gegenwärtig zu einem aktuellen Thema in der ganzen Weltpresse geworden. Mit größtem Interesse verfolgt man die chinesischen Ereignisse von London, Washington, Paris, Tokio und Moskau aus sowie von allen Zentren des kolonialen Ostens. Dieses akute Interesse für das Geschehen in China ist leicht erklärlich. Die Bewegung des ungeheuren Landes mit seiner 400-Millionen-Bevölkerung stellt an und für sich schon einen wesentlichen Faktor in der Weltpolitik dar, selbst wenn sie nicht die tiefen Schichten der Volksmassen aufwühlte. Da sie aber heutzutage auch die chinesische Bauernschaft und das Industrieproletariat berührt und ergriffen hat, so ist diese Bewegung um so mehr zukunfts-schwanger.

Während des letzten Halbjahres hat sich die politische Lage in China tatsächlich grundlegend geändert. Diese sechs Monate sind voll von Ereignissen historischer Bedeutung, die Meilensteine auf dem Befreiungswege der chinesischen Volksmassen darstellen. In allen Provinzen des Landes ist eine gesellschaftliche Bewegung gegen die ökonomische Knechtung und die politische Vergewaltigung seitens der Großmächte entstanden und in Entwicklung begriffen. Die Volksmassen — das städtische Kleinbürgertum und die Intellektuellen einbegriffen — haben gleichsam für eine Zeitlang schärfer und konkreter die Notwendigkeit und Möglichkeit gefühlt, gegen die ausländischen Unterdrücker und ihre inländischen Knechte, die Kompradoren (Großkaufleute) und Militaristen, anzukämpfen.

Die von Sun-yat-sen im November vorigen Jahres erlassenen Manifeste, die gegen die ungerechten Verträge der Großmächte mit China gerichtet

*) Meistens auch „Kuo-ming-tang“ geschrieben (so auch u. a. in der „Intern. Korr.“, März 1925); wir folgen hier der Schreibart des Autors.

sind, gegen die koloniale Zollpolitik der Imperialisten, die die chinesische Industrie erdrosselt, gegen das System der europäischen „Exterritorialität“, die die Volkswürde Chinas erniedrigt und dessen Volksmassen der ausländischen Beamtenwillkür überliefert — diese Manifeste haben nur den Gedanken, Gefühlen und Bestrebungen des chinesischen Volkes Ausdruck verliehen.

Daher der ungeheure Erfolg, den diese Manifeste im Lande hatten, daher auch die haßerfüllten Ausfälle gegen Sun-yat-sen in allen, aber auch allen imperialistischen Ländern. Daher auch die Stärke dieser Manifeste, deren Parolen die Volksmassen um sich sammeln und organisieren zu einer kraftvollen antiimperialistischen Bewegung im Lande. Was bringt Sun-yat-sen in seinen Manifesten, im Namen der Go-min-dan-Partei? Es kann das in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Einberufung einer Allchinesischen Volks(vertretenden)-Versammlung zwecks Bildung einer demokratischen revolutionären Regierung und Einberufung einer Vorläufigen Konferenz, die die Aufgabe hätte, Programm und Bedingung jener ersten Allchinesischen Versammlung auszuarbeiten.
2. Die Vorbereitende Konferenz hat zu bestehen aus (Vertretern der) Organisationen der Bauern, Arbeiter, Kaufleute, Universitäten, Studentenbünde und schließlich derjenigen Soldaten, die am Kampf gegen die Tschili-Clique teilgenommen haben.

Als Grundlage der Allchinesischen Volksversammlung schlug Sun-yat-sen das Minimalprogramm der Go-min-dan vor, das unter anderem die oben genannten Punkte über die Lösung jener, zu ungleichen Bedingungen geschlossenen Verträge zwischen China und den Großmächten enthält.

Der Aufruf Sun-yat-sens und der Go-min-dan-Partei weckte in ganz China starken Widerhall. Um diesen Appell zu verwirklichen, bildeten sich mit Hilfe der Kommunisten und Gomindanisten in allen bedeutenderen Staaten Chinas „Komitees zur Förderung des Aufrufes zur Allchinesischen Volksversammlung und zur Vorbereitenden Konferenz“.

In Schanghai, Peking, Nanking und Kanton und in einer Reihe anderer größerer Städte wurden diese „Förderungs-Komitees“ binnen kurzer Zeit zu Mittelpunkten des öffentlichen Lebens, zu Punkten, von denen Forderungen an die Regierung ausgingen, die Volksversammlung einzuberufen, verbunden mit Forderungen, Vorbedingungen zu schaffen, um die Wahlfreiheit für die Volksmassen zu garantieren. Dieselben „Förderungs-Komitees“ faßten Resolutionen, in denen sie sich mit Aufrufen an die Volksmassen wandten, in denen sie die Parolen der Go-min-dan interpretierten und verdeutlichten und ihre eigenen Forderungen damit verbanden, entsprechend den Interessen und Nöten der breiten Massen der betreffenden Provinz.

Aber in dem Maße, wie diese Bewegung um die „Förderungs-Komitees“ herum wuchs, und wie die Massen der städtischen ärmeren Schichten der Arbeiter und der Intellektuellen von diesen Komitees erfaßt wurden, wurde die Abgrenzung und Auseinandersetzung zwischen den linken und rechten Go-min-dan-Leuten forciert, und zwar auf Initiative der Rechten.

Es ist bezeichnend, daß einige Zeit nach dem Aufkommen der „Förderungs-Komitees“ ähnliche Organisationen auch die rechten Go-min-dan-

Leute zu schaffen begannen, und zwar in Gemeinschaft mit den Kompradoren, der Kaufmannschaft und der Oberbeamtenschaft, wobei sie auch die Spitzen der mit der Beamtenschaft verbundenen Intelligenz auf ihre Seite zu ziehen versuchten. Diese neuen, „rechten Komitees“ wagen es bisher noch nicht, Parolen auszugeben, die den Forderungen der „Förderungs-Komitees der Go-min-dan“ widersprechen; aber öfters beschuldigen sie diese wegen ihrer allzu revolutionären Parolen.

Überhaupt ist zu sagen, daß je mehr sich die Bewegung im Lande entfaltet, um so mehr die inneren Widersprüche zwischen einem Teil der chinesischen Bourgeoisie und dem Beamtentum, der ehemaligen Mandarinschaft mit Landbesitzrechten einerseits und den werktätigen Massen andererseits hervortreten. Der in China weitbekannte Millionär und Anhänger des englischen Imperialismus, der Komprador Chutung, organisiert ebenfalls einen Teil der chinesischen Gesellschaft zum Kampf gegen die wachsende revolutionäre Bewegung im Lande und motiviert diese seine Tätigkeit mit der immer stärker werdenden Gefahr des — Bolschewismus in China. An dieser konterrevolutionären Bewegung sind auch rechte Go-min-dan-Leute beteiligt, deren Interessen den Interessen der Arbeiter und Bauern entgegengesetzt sind. Es wurde das besonders augenfällig im Herbst vorigen Jahres während des großen Streiks einer Tabakfabrik in Schanghai, deren Besitzer einige rechte Gomindanisten waren, die die Polizei zur Knebelung der Streikenden herbeiriefen. Im Süden Chinas, im Gebiet von Kanton, geraten die rechten Go-min-dans immer mehr in Konflikt mit der Bauernschaft, und zwar auf Grund des Kampfes der letzteren gegen die größeren Grundbesitzer und die dortigen Dorfwucherer, während gleichzeitig die Provinzregierung von Kanton, hauptsächlich aus linken Go-min-dans bestehend, den Kampf gegen den reaktionären General Tschen-Tsu-min führt und sich dabei hauptsächlich auf die Bauernmassen stützt.

Bemerkenswert ist noch, daß, während die leitende Parteizentrale der Go-min-dan die sogenannte „Wiederaufrichtungs-Konferenz“ Tuan-tsi-tschus aktiv zu boykottieren beschloß, nachdem Tuan sich geweigert hatte, Vertreter des Volkes zur Konferenz zuzulassen, die rechten Go-min-dan-Leute dennoch einen Vertreter auf jener Konferenz hatten.

In den Fragen des antiimperialistischen Kampfes und unter anderem auch der antichristlichen Bewegung im Lande hält die Go-min-dan-Partei die Linie ein: dem Volke in Manifesten und Aufrufen die Aggressivität des englisch-amerikanischen und zum Teil auch des japanisch-französischen Imperialismus zu enthüllen, während inzwischen die rechten Go-min-dan-Leute offen die Versöhnung mit den Imperialisten betreiben und das Schwergewicht auf den Kampf gegen die Kommunisten und einige linke Go-min-dan-Leute verlegt haben, die sie anklagen, die Volksbewegung dem Einfluß der Bolschewiki und der SSSR unterzuordnen.

In dieser Beziehung gehen diese Rechten völlig Hand in Hand mit der imperialistischen Presse (vor allem der englischen) in China, die seit der völligen Zerschlagung der reaktionären Tschili-Leute eine breite Kampagne im Lande entfaltet hat, wobei sie den Gedanken vertritt, China werde von den Bolschewiki in Besitz genommen, und die Go-min-dan stelle in China ein „Werkzeug“ der SSSR dar.

Alle eben aufgeführten Tatsachen geben ein ziemlich deutliches Bild davon, wie ein rein bürgerlicher Flügel in der Go-min-dan heranreift, der seiner sozialen Struktur nach mit den antinationalen Elementen verbunden ist, die nicht nur nicht interessiert sind am Kampf für die Unabhängigkeit des Landes, sondern die umgekehrt in ihrem Kampfe gegen die chinesischen Volksmassen bestrebt sind, sich auf die imperialistischen Mächte zu stützen — soweit möglich, direkt — sonst aber auch zuweilen auf dem Umweg über die chinesischen Militaristen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die schwere Krankheit Sun-yat-sens, die ihn seit längerem zur völligen Enthaltung von der Anteilnahme an der Politik gezwungen hat, die organisatorische Konsolidierung des rechten Flügels fördert, denn die aktivsten Elemente dieser Rechten scheuen sich nicht, ihre Anti-Go-min-dan-Politik durchzuführen und sich dabei auf Sun zu berufen! Allein diese immer größere Konsolidierung des rechten Flügels zwingt auch den linken Flügel, sich immer mehr und mehr zu sammeln und abzugrenzen auf dem Boden der Verteidigung der Parolen, denn nun begriff der linke Flügel den offenen Verrat der Rechten, den diese gegen Programm und Manifest, die auf dem ersten Kongreß der Go-min-dan damals einstimmig zusammen mit ihnen angenommen worden waren, jetzt verübten. Mit dem Moment des Kampfbegins gegen die „Tiger“ im Süden nutzten die Rechten die allgemein Stimmung, die sich in der Partei für die Einheit, für Bewahrung und Stärkung der Partei gegenüber der imperialistischen Gefahr geltend machte, aus, um aus der Go-min-dan-Partei die Kommunisten hinauszuerwerfen. Die rechten Go-min-dan führen jetzt ihre Kampagne gegen die heutige Taktik ihrer Partei — gegen die Taktik, die zum erstenmal seit Bestehen der Partei diese zu einem politischen Faktor für ganz China gemacht hat. Die Rechten führen noch jetzt diese Kampagne im Zeichen der „Verteidigung gegen die kommunistische Gefahr“.

Auf der erweiterten Ausschußsitzung der Go-min-dan-Zentrale wird es den Kommunisten nicht schwer sein, zu beweisen, daß, während sie ständig auf der Position der Verteidigung der Arbeiter- und Bauerninteressen Chinas verharrten, sie damit gleichzeitig die folgerichtigsten und ergebensten Mitglieder der Go-min-dan waren und bleiben — im Sinne der wirklichen Durchführung der Beschlüsse der Partei, im Geiste des Programms und des Manifestes, die auf dem 1. Go-min-dan-Kongreß angenommen wurden.

Demgegenüber wird es den rechten Go-min-dan-Leuten, deren aktive Elemente in ihrem Kampf gegen die Kommunisten in Wirklichkeit zur Annullierung jenes Programms und zu einer neuen Taktik der Go-min-dan-Partei streben, die eine Zerschlagung des linken Parteiflügels anstreben, unmöglich sein, ihre Loyalität gegen die Partei in der Zeit nach dem 1. Kongreß zu beweisen.

Aber die Rolle und Bedeutung der rechten Go-min-dan-Leute bei der bevorstehenden erweiterten Parteiberatung wird durchaus nicht nur von der richtigen oder unrichtigen, glücklichen oder ungeschickten Beweisführung der Kommunisten und der linken Go-min-dan-Leute abhängen.

Einige Mitglieder des rechten Go-min-dan-Flügels sind schon nicht mehr fähig, diese Argumentationen auch nur zu verstehen, da sie bereits eine Position einnehmen, die dem Geiste und der Wirklichkeit der Go-min-dan überhaupt feindlich sind, d. h. sie sind der nationalrevolutionären Bewegung

des Landes gegenüber feindlich eingestellt, die sich auf die breiten Volksmassen stützt.

Die Rolle der Go-min-dan-Rechten auf der zentralen Konferenz wird hauptsächlich dadurch bestimmt sein, wie zu diesem Zeitpunkte der Gang oder vielleicht schon der Ausgang des militärpolitischen Kampfes in Zentral- und Südchina, wie weit das Wachstum der revolutionären Bewegung im Lande gediehen sein wird.

Die letzten Ereignisse im Süden, wo die Truppen der Go-min-dan-Regierung erfolgreich gegen Nordwesten vordringen und den Militaristen Tschen-tsu-min schlagen, sowie der Sieg des Anhängers Sun-yat-sens, des Generals Chu-tschei-ti in Honan, im Bereich der Kai-feng-Eisenbahn und das daraufhin unvermeidliche Vordringen seiner Truppen gegen Südosten — all das wird den Einfluß der Go-min-dan in Zentralchina verbreitern und kann eine Sachlage schaffen, bei der es für die Go-min-dan-Rechten unvoreilhaft sein wird, die bisherige Abspaltungspolitik fortzusetzen.

Eine wichtige Bedeutung für die Frage haben auch die jüngsten Streiks in Schanghai und der Provinz Kanton sowie die Bauernbewegung im Süden — zusammengenommen die antiimperialistische Bewegung —, die (siehe den Schanghaier Textilarbeiterstreik) die japanischen Imperialisten entlarven, denn sie vertiefen damit die Gegensätze zwischen rechtem und linkem Flügel der Go-min-dan, aber sie vergrößern gleichzeitig die Sympathien der Volksmassen für den linken Flügel, der der streikenden Arbeiterschaft und den kämpfenden südlichen Bauern zu Hilfe kam.

Zahlenmäßig ist der rechte Go-min-dan-Flügel nicht groß, er wird aber eine bedeutende Rolle in der Gegenwirkung gegen die Befreiungsbewegung Chinas im Falle einer Abspaltungspolitik spielen können, und zwar dank dem Umstand, daß sich um ihn die Kompradore und die höhere Beamten-schaft gruppieren wird, unter Beihilfe des ausländischen Imperialismus in China, vor allem des amerikanischen und englischen. Es ist möglich, daß die Aktivität Amerikas in China sich durch diesen „Kanal“ wieder erneut geltend machen wird.

Die Erklärung des amerikanischen Botschafters in China, Schurman, (gegenwärtig bekanntlich nach Berlin versetzt) nach seiner kürzlichen Rückkehr aus Washington nach Peking in der Richtung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, die Verwirklichung der Beschlüsse der Washingtoner Abrüstungskonferenz zu beginnen, daß sie ferner bereit sei, die bisherigen für China ungerechten Verträge zu revidieren — jedoch „allmählich“ —, diese Erklärungen stellen eine Antwort auf das „separate“ Vorgehen Japans während des Pekinger Umsturzes des Generals Feng-Jui-sian (im Oktober 1924) dar sowie gleichzeitig eine warnende Ankündigung an England über eine anbrechende „Ära“ einer unabhängigen, selbständigen Politik Amerikas in China und bereiten damit gleichzeitig den Boden vor, für die Annäherung des amerikanischen Einflußapparates in China an jenen Teil der chinesischen Öffentlichkeit, die durch den rechten Go-min-dan-Flügel vertreten wird.

Wie rasch die Absplitterung dieses rechten Flügels vor sich gehen wird, und ob diese formell während der zentralen Konferenz erfolgt, oder ob die nun einmal vorhandene Tendenz des Weggangs der Rechten aus der Go-min-dan, anfangs in Form des Austritts (oder besser eines Ausschlusses) einzelner

besonders aktiver rechter Go-min-dan sich vollziehen wird, das wird die nächste Zukunft zeigen.

In jedem Falle versteht der linke Flügel der Go-min-dan recht wohl die Tendenz der Rechten und die Gefahr, die sowohl der Go-min-dan selbst als auch der revolutionären Bewegung des Landes als Ganzem dadurch droht, daß die Politik der Rechten die Kommunisten mit den linken Go-min-dan verfeinden und danach eine Revision der bisherigen Taktik und des Programms der Partei beginnen will, um sie damit in eine rein bürgerliche Partei zu verwandeln, in eine Partei der Kompromisse mit dem ausländischen Imperialismus und eine den Interessen der chinesischen Volksmassen feindliche Partei.

Ob die Führer des linken Go-min-dan-Flügels die Wühlarbeit der Rechten gegen ihre Partei werden aufhalten können, wird in hohem Maße von dem Verhältnis dieser Führer zu den Kommunisten abhängen. Die Erfahrung im Süden Chinas, in Kwantung, wo die Stellung der Go-min-dan sich rasch befestigt, hat gezeigt, daß die Kommunisten nicht die letzte Rolle bei dieser Festigung gespielt haben und bei der Herstellung einer guten Verbindung zwischen der dortigen Go-min-dan-Regierung und den breiten Volksmassen der städtischen Armut und des Bauerntums.

Das Verhältnis der Go-min-dan-Leute im Süden Chinas zu den Kommunisten ist jetzt um vieles besser als im Sommer 1924. Die Praxis hat eben gezeigt, daß sich als konsequenteste Verteidiger der revolutionär-demokratischen Regierung in Kanton, in der Richtung ihres Kampfes gegen Konterrevolution und Auslandsimperialismus in China, die Kommunisten erwiesen haben, die sowohl mit den städtischen Massen verbunden sind wie mit den Bauernbünden, die sich im letzten Jahre gebildet haben und jetzt eine wesentliche Rolle im Leben Südchinas spielen.

Jedenfalls ist anzunehmen, daß auf der bevorstehenden Plenarkonferenz der Go-min-dan die Führer des linken Flügels eher bereit sein werden, jetzt schon sich eher von der Rechten ihrer Partei zu trennen als mit den Kommunisten zu brechen. Und obgleich es möglich ist, daß die Kommunisten den linken Go-min-dan einige Zugeständnisse werden machen müssen, um die Rechte der Möglichkeit zu berauben, das Schwergewicht ihrer Kampagne gegen die jetzige Taktik der Go-min-dan auf die Frage des „Einflusses der Kommunisten in der Go-min-dan“ zu verlegen — wird jedenfalls die Notwendigkeit der weiteren Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und der Go-min-dan auf der kommenden Zentralkonferenz zweifellos bejaht werden, und zwar gegründet auf der Plattform, die vom 1. Go-min-dan-Kongreß angenommen wurde.

Die ganze Erfahrung der revolutionären Bewegung in China im letzten Jahre und zumal seit August 1924, wo im Süden der Kampf zwischen Kompradorentum und Dorfadel („Gentry“) entbrannte, von denen das erstere unterstützt wurde durch die auswärtigen Imperialisten einerseits, der letztere durch die (provinziale) Go-min-dan-Regierung andererseits, die die Interessen der Volksmassen verteidigte — all dies sowie der Anteil der Kommunisten an der allgemeinen Revolutionsbewegung verdiente eine sorgfältig untersuchende Darstellung und Auswertung durch die national-revolutionären Parteien in anderen Ländern des Ostens.

Wie in China im Herbst 1924, so treten auch in der Türkei gegenwärtig konterrevolutionäre Kräfte im Lande hervor, mit dem Streben, die Ordnung der Vorrevolutionsepoche zu restaurieren, das Feudalsystem zu konservieren und die Verbindungen mit dem ausländischen Imperialismus aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen — wobei diese Tendenzen miteinander eng verknüpft sind; — auch diese Kräfte und Bewegungen wurden und werden hauptsächlich vom englischen Imperialismus unterstützt, in China damals noch von Macdonald, in der Türkei jetzt von Baldwin.

Sowohl damals in China wie auch jetzt in der Türkei wird der Sieg über die reaktionären Kräfte nur erreicht dank einem „Links“-Kurs der Regierung, dank einem Kurs, der die nationalen Regierungen in der Richtung einer größeren Annäherung an die Volksmassen führt auf dem Boden einer Erweiterung der politischen Rechte der werktätigen Massen und der Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Moskau, den 7. März 1925.

LEPETIT :

DIE FRANZÖSISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI NACH DEM KONGRESS IN CLICHY

Die Französische Kommunistische Partei hat die Krise vom Vorjahre endgültig überwunden. Sie ist gefestigter, stärker und mit größerem Einfluß auf die Arbeitermassen denn je — namentlich im Pariser Gebiet — aus ihr hervorgegangen.

Die Krise war, wie heute jeder begreift, eine Wachstumskrise gewesen. Ihr Wesen und ihre Besonderheiten aber sind der Partei noch lange nicht ganz klar geworden. Souvarine und Rosmer waren bestrebt, sie als ein importiertes Produkt hinzustellen, als ein zufälliges Resultat der Oktoberniederlage in Deutschland und der russischen Diskussion 1923. Um dieser Erklärung einen noch flacheren Charakter zu verleihen, schilderten sie die Entwicklung der Partei in Frankreich als den Kampf gegen den persönlichen Einfluß Trotskis auf die Angelegenheiten der Französischen Kommunistischen Partei.

Selbst ein so gebildeter, aber durch den Fraktionsgeist verblendeter Marxist wie Thalheimer gab die Entwicklung der französischen Partei unglaublich primitiv wieder. Seiner Meinung hatte Trotski bedeutenden Einfluß auf die französische Partei, den seine Gegner zu untergraben suchten; daraus entstand die Krise, während der sich die einen „Rechte“, die andern „Linke“ nannten.

Muß man erst noch beweisen, daß der Versuch, schwerwiegende politische Meinungsverschiedenheiten auf rein persönliche Motive zurückzuführen und eine Krise durch die Beziehungen zwischen einzelnen Personen zu erklären, nichts erklärt und ganz von den Methoden Marx' und Lenins abweicht?

Die Krise der französischen Partei begann, noch bevor die russische Diskussion auf der Tagesordnung stand, vor der Oktoberniederlage in Deutschland, vor der Entstehung der Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Taktik im Zusammenhang mit der Arbeiterpartei und Regierung Macdonalds — obgleich der Gesamtkomplex der abweichenden Ansichten über taktische Fragen der französischen Genossen veranlaßte, sich eingehender mit den Fragen der Parteientwicklung zu befassen. Die ursprünglichen Meinungsverschiedenheiten traten auf innerfranzösischem Gebiete zutage, und ausschließlich hier.

Zwischen den früheren Führern der Partei (Souvarine, Rosmer) und der einzig großen und bedeutenden Organisation, der Pariser nämlich, war längst schon ein politischer Konflikt herangereift. Die Zusammenstöße zwischen der

CGTU und dem Zentralkomitee der Partei spitzten sich derart zu, daß von einem gemeinsamen Aktionskomitee nicht mehr die Rede sein konnte.

In verschiedenen Teilen Frankreichs führten die Provinzorganisationen der Partei ein vollständig abgesondertes Leben. Jede von ihnen war sozusagen eine eigene Partei und führte ihre eigene Politik. Eine allgemeine politische Führung existierte nicht.

Die Wechselbeziehungen zwischen dem ZK und der Pariser Organisation waren zeitweilig nicht weniger gespannt wie beispielsweise zwischen der Berliner Organisation und der Brandlerschen Zentrale. Lassen sich diese Beziehungen durch den Charakter oder das Temperament einzelner Personen, durch zufällige Ursachen, wie einer „besonderen Pariser Atmosphäre“, erklären? Offenbar nein. Die Meinungsverschiedenheiten bezogen sich auf die politische Hauptfrage: Wie ist die Partei aufzubauen? Die Versuche, die die Pariser Organisation ein oder zwei Jahre lang machte, um in die halbsozialistische französische Partei Disziplin zu bringen, um ihre Mitglieder während der Oktoberereignisse in Deutschland zu sammeln, um Methoden zu finden, die es der Gesamtpartei erleichtern sollten, sich mit der revolutionären Avantgarde von Paris zusammenschließen, wurden von den Führern der Partei feindlich aufgenommen.

Mit Befriedigung betonten und übertrieben Souvarine und Rosmer ständig die unwesentlichen Mißgriffe, die in der Tat ziemlich reichlich begangen wurden. Aber sie begriffen das Wesentlichste nicht, sie sahen nicht, wie gerade die Pariser Organisation wider den Willen des Zentralkomitees alle Anstrengungen machte, um wirklich revolutionär, wirklich kommunistisch zu werden. Die Rechte klammerte sich an die vereinzelt fehlerhaften Stämmchen und sah davor den Wald der Partei nicht mehr.

Die Rechte war bereit, sich auf jede beliebige Provinzorganisation zu stützen, selbst wenn diese mehr oder minder fiktiven, rückständigen und halb sozialdemokratischen Charakter trug, wenn ihr das in ihrem Kampfe gegen die Pariser Organisation dienlich schien, die „Dummheiten machte“, die Partei „zerstörte“ und mit ihren „Traditionen brach“ — den reformistischen Traditionen nämlich!

Kurz, Souvarine und Rosmer, die noch unlängst zur Linken gehört hatten, nahmen eine ausge-

sprochen rechte Position ein, beengten die Entwicklung der Partei und gaben sich als erbitterte Gegner der jüngeren und mehr revolutionären Schicht der Pariser Arbeiter zu erkennen, deren politische Reife unter dem Einfluß der russischen Krise und der Zuspitzung der Klassengegensätze gute Fortschritte gemacht hatte.

Niemand beabsichtigte, wie die Rechten beteuern, in Frankreich eine russische oder deutsche kommunistische Partei zu gründen, niemand weigerte sich, den Besonderheiten des französischen Proletariats Rechnung zu tragen. Aber mit einer Reihe von Vorurteilen und Legenden mußte ein Ende gemacht werden, um in Frankreich eine wirkliche kommunistische Partei zu schaffen.

So bestand beispielsweise die Auffassung, der bedächtige, ruhige, zerlegende, dabei aber absolut revolutionäre Stil Lenins sei für den französischen Arbeiter ungeeignet, im Gegensatz zu dem farbigen, verführerischen Stil Trotzkis.

Disziplin, zentralisierte Führung, die Schaffung eines Apparates — alles das waren angeblich russisch-deutsche Erfindungen, die dem französischen Geiste fremd waren. Kurs gesagt, die Traditionen Plochs und Frossards — der beiden französischen „Leviten“ — wurden als die Traditionen des französischen Proletariats ausgegeben.

Kann man in Frankreich eine wirklich kommunistische Partei gründen? Auf diese von der gesamten politischen Entwicklung gestellte Grundfrage gab es zwei Antworten.

Taktische Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht geduldet, Abweichungen müssen bekämpft werden; das Zentralkomitee ist nicht oberstes Schiedsgericht zwischen Jauresisten und Guesdisten, zwischen Leninisten und Trotzkisten, Bergsonianern und Materialisten; es ist auch nicht eine Art Briefkasten für die Ortsorganisationen; erforderlich ist ein Apparat, erforderlich ist Zentralismus und Disziplin — das war die Antwort der Pariser Organisation.

Und gerade auf dieser Ebene bekämpften die rechten Genossen der Parteilitung die Pariser Linke. Die Ideologie war in dieser Zeit noch nicht durchaus prägnant. Die Pariser Organisation begriff nicht immer, daß sie die Sprache des Leninismus sprach, daß sie dessen Taktik und Methode verteidigte. Die Rechte war sich zwar klarer bewußt, wohin sie ging und was sie wollte, gab sich aber gleichfalls nicht immer Rechenschaft darüber, daß sie durch ihre ganze politische und organisatorische Linie den Trotzkismus unterstützte. Nichtsdestoweniger war dem so, obgleich beide Parteien es nicht immer klar begriffen.

Es handelte sich darum, die sozialdemokratischen und anarchistischen Überbleibsel mit der Wurzel herauszureißen und eine zentralisierte, disziplinierte Massenpartei im Geiste Lenins aufzubauen, oder aber, wenn man sich auf den „französischen Geist“ berief, dann mußte man sich mit Trotzkis solidarisieren und eine Partei

mit föderalistischer Struktur und mit in sich widersprechenden Tendenzen gründen.

Das war der Punkt, um den der Kampf in dem Lande ging, wo die Arbeitermasse, nach Lenins wiederholtem Hinweis, am empfänglichsten und reaktionsfähigsten ist und auf eine bedeutsame Vergangenheit zurückblickt.

Die Diskussionen, die sich über die taktischen Hauptfragen entwickelten, und namentlich die russische Diskussion, spielten für die KPF eine wichtige Rolle, da sie den Kampf, der schon vor dem Lyoner Kongreß das Leben der Partei ausfüllte, vom prinzipiellen Gesichtspunkt aus beleuchteten. Jetzt begreift die Mehrzahl unserer Genossen, daß dieser Kampf in Wirklichkeit um die Methoden der Parteiorganisation ging. Und wenn sich die KPF im letzten Halbjahr mit überraschender Schnelligkeit entwickelte, wenn sie unzweifelhafte Erfolge zu verzeichnen hat, dann sind die Ursachen dafür nicht nur in ihrer richtigen Politik zu suchen, sondern auch in der Beseitigung der bisherigen Parteilitung, die ihr Wachstum gelähmt hatte.

Die Rechte benutzte die Parole zur Bolschewisierung der Partei als Vorwand, um sie zu zerrütten. Das Bestreben, auf der Grundlage der Betriebszellen eine organisierte, disziplinierte, ideologisch einheitliche und mit einem zentralisierten Apparat ausgerüstete Partei aufzubauen, wurde von ihr als ein der Idee der Massenpartei widersprechendes Experiment geschildert.

Aber abgesehen davon stellten die Gegner der Bolschewisierung die Einheit der Ideologie und Führung als das Verbot zu sprechen, zu analysieren und zu diskutieren hin. Sie begriffen nicht, daß die Betriebszellen die einzige Möglichkeit bilden, eine unmittelbare lebendige Verbindung mit den Massen herzustellen und eine wirklich arbeitsfähige Partei zu organisieren, wo jedes Mitglied sein Teil zur allgemeinen Arbeit beiträgt; die Rechten schilderten die Reorganisation als die tyrannische Politik einzelner Genossen, denen es einfiel, die Diktatoren zu spielen. Für die alte sozialdemokratische Organisation war die Partei das „Stimmvieh“; jetzt ist der Arbeiter zugleich Mitglied der Partei und ihr Delegierter im Betrieb. Eine derartige Reorganisation erfordert unbedingt eine erhöhte Aktivität der Kommunisten, ein intensives politisches und ideologisches Leben der Betriebszellen und vor allem eine planmäßige Arbeitsteilung unter deren Mitgliedern.

Hat die Partei diese Aufgabe erfüllt? Man kann nicht sagen: ja; sie ist vielmehr erst an ihre Verwirklichung herangetreten. Aber sie hat es zuwege gebracht, sich binnen weniger Monate vermittelt einer ausgedehnten Propaganda und einer energischen politischen Kampagne zu reorganisieren, und hat somit bewiesen, daß sie imstande ist, auch diese schwierigere Aufgabe zu bewältigen und alle ihre Kadern zu aktivieren.

Schon jetzt beweisen die Betriebszellen — und

mit der Zeit werden sie es den Skeptikern noch deutlicher beweisen —, daß die Bolschewisierung das volle Gegenteil eines Bruches mit den Massen, das volle Gegenteil von Passivität ist.

NACH DER KRISE

Die Einstellung der Arbeiter zur Reorganisation der Partei läßt sich daraus ersehen, daß die Partei am 15. Dezember 1924 76 076, d. h. 19 116 neue Mitglieder zählte. Der Pariser Bezirk besaß am 10. Januar 1925 530 Zellen mit 17—18 000 Mitgliedern gegen 30 Zellen mit 10 800 Mitgliedern am 1. September 1924. Im Norden waren am 5. Oktober 1924 30 Zellen vorhanden, am 27. Dezember 1924 250 und am 15. Januar 1925 300.

Wenn man in Betracht zieht, daß während des Reorganisationsprozesses der Partei zahlreiche kleinbürgerliche Elemente ausschieden, daß die Parteikomitees keine sonderlichen Anstrengungen machten, um alle schwankenden und nicht besonders aktiven Genossen hereinzuziehen, dann muß man diese Resultate als sehr bedeutsam anerkennen.

Die Zusammensetzung und der Charakter des Kongresses von Clichy — in der Gegend von Paris — hat noch deutlicher bewiesen, welche tiefgehende Veränderungen in der KPF vor sich gegangen sind. Die Zusammensetzung des Kongresses, von dessen 239 Delegierten 224, d. h. über 90 Prozent, Arbeiter waren, die Kampf Stimmung gegen den Trotzkismus, die starke Betonung von Fragen der politischen Weiterarbeit, die gründliche Aussprache über praktische Fragen — das alles zeugt von einer Wiedergeburt der Französischen Kommunistischen Partei. Die Sektionen der Komintern haben diesen Vorgang noch nicht genügend studiert; sie sehen einzelne Erfolge auf dem Gebiete der Reorganisation, der Presse usw., daneben aber erblicken sie eine Reihe großer Mängel, wie die Schwäche der Ideologie, das Fehlen von Kadern, den Mangel an einer gefestigten Arbeit auf dem Dorfe usw., und überschauen dabei häufig die tiefeingreifenden Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung, der Stimmung und der Arbeitstendenz der Partei. Frankreich ist in erheblichem Maße zum Industrieland geworden, sein Proletariat ist zahlenmäßig rasch gewachsen, und in den großen Zentren hat die Stimmung und Psychologie der breiten Massen eine Änderung erfahren. Am frühesten machte sich das in Paris bemerkbar, später dann im Norden, während im Süden dieser Umschwung noch nicht ganz vollzogen ist, wengleich sich auch dort die Situation allmählich verändert. Erst in den letzten zwei, drei Jahren begann sich dieser psychologische Umschwung bemerkbar zu machen, und erst jetzt verwandeln sich die Resultate des Krieges und der Ruhrbesetzung in eine lebendige Lehre für die breiten Massen, wobei die wachsende innere Krise in Frankreich und die zu-

nehmende Unzufriedenheit den Hintergrund bildet. Im Vergleich zu den vergangenen Kongressen bedeutet der Parteikongreß in Clichy den ersten Kongreß der KPF, der die vorhistorische Entstehungsperiode der kommunistischen Bewegung in Frankreich abschloß; indem er die Aufgaben umriß, die die Kommunistische Partei in Frankreich zu erfüllen hat, um imstande zu sein, die breitesten Massen im Kampfe gegen die bankrotierende Bourgeoisie zu führen, hat der Kongreß zahlreiche Schwächen und Mängel aufgedeckt. Die Partei hat nicht nur Frossard und Pioch rasch hinter sich gelassen, sondern hat sich auch verhältnismäßig leicht und ohne Erschütterungen von der opportunistischen und der neuen Situation nicht gewachsenen Partelleitung Rosmer-Souvarine-Monatte befreit; sie hat auch den Trotzkismus, wengleich nicht ganz schmerzlos, so doch zum offenen und unmittelbaren Nutzen der Partei überwunden. Wenn noch vor zwei Jahren der Kampf gegen den Trotzkismus zur Spaltung der französischen Partei und zu einer dauernden Krise geführt hätte, so hat die Französische Kommunistische Partei 1925 voll und ganz begriffen, daß die Ideologie, die Taktik und die Arbeitsmethoden des Trotzkismus der schon in erheblichem Maße überwundenen Übergangsepoche von der Sozialdemokratie zum Kommunismus angehören, und daß schon jetzt der Leninismus ihr ideologisches und politisches Banner werden muß. Einige Dutzend schollender und grollender Intellektueller, ein Dutzend Parteisekretäre, die sich an die neuen Arbeitsbedingungen nicht gewöhnen können, Menschen ohne eine Verbindung mit der Masse und dem Leben — das ist die Gruppe der Unzufriedenen. Sie benützen alle Fehler und Mängel, seien sie nun groß oder ganz verschwindend, um der Partei und der Komintern den Krieg auf der ganzen Linie zu erklären. Die Arbeiter aber leisten ihnen keine Gefolgschaft, und die Rechte hat ihre Hoffnungen, die Partei zu erobern, begraben. Die parteifeindliche Gruppe Souvarine-Rosmer, die sich außerhalb der Partei gestellt hat, inspiriert die Rechten dazu, die Partei mit der „Krisengefahr“ zu erschrecken und die noch schwankenden Arbeiter von dem Eintritt in die Partei abzuschrecken, indem sie sie ihnen als eine Ausgeburt der Hölle hinstellen: „Dort darf man nicht denken, fühlen, kritisieren, sich aussprechen, nicht anderer Meinung sein, keine Fraktionen bilden“ — alles wörtlich dem „Sprachschatz“ der Rechten entnommen. Aber das nützt alles nichts. Die französischen Sozialisten verfaulen buchstäblich. Am Eröffnungstage des sozialistischen Parteikongresses in Grenoble versammelte die Partei, obgleich die dortige Organisation sehr schwach ist, dreitausend Arbeiter, ohne daß ein einziger von den bekannten sozialistischen Führern Frankreichs auf dieser Versammlung das Wort zu ergreifen wagte. Es wird der Rechten nicht gelingen, die Arbeiter von der kommunistischen Partei in Frankreich abzu-

erschrecken. Das ideologische Organ Monattes und Rosmers ist ein Gemisch von Trotzkismus, Proudhonismus und Jaurèsismus. Wer die „Proletarische Revolution“, das Organ der Syndikalist-Kommunisten, liest, der sieht, wie wenig kommunistischer Geist bei dem „vorzüglich ausgewählten politischen Personal“, von dem Trotski spricht und das auf die Gründung der Kommunistischen Partei in Frankreich Anspruch erhebt, vorhanden war. Die Organisierung der Avantgarde durch eine zentralisierte, disziplinierte Partei mit einem arbeitsfähigen Apparat hält Rosmer für „Verachtung gegen die Masse“. Wir sind dagegen der Ansicht, daß die Auffassung Trotskis, die die Revolution als eine Wechselwirkung zwischen elementar erregten Massen und Führerheroen erklärt, von einer verächtlichen Einstellung zur Masse zeugt. Das Schöpferium der Masse wird durch eine organisierte Partei nicht vermindert, im Gegenteil, die Kommunistische Partei ist ja der äußere Ausdruck der schöpferischen Fähigkeit des Proletariats, seiner Fähigkeit, seine Geschichte selbst zu gestalten, d. h. den Kapitalismus zu zertrümmern, die Macht zu ergreifen und die Klassengesellschaft zu überwinden. Das Proletariat als Ganzes braucht eine Partei, die allen Formen des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat gewachsen ist, jede andere Partei oder Organisationsform der Partei ist schädlich und gefährlich für das Proletariat, für die ganze Klasse. Die einzige Partei, die sich in der Geschichte des Proletariats fähig gezeigt hat, dem bürgerlichen Staate den Entscheidungskampf zu liefern, war die Partei der russischen Bolschewiki. Sie muß daher auch für die junge kommunistische Bewegung im Westen, die schon jetzt eine harje und blutige Kampfesohule durchgemacht hat, eine Quelle der Erfahrung und des Belspiels bilden. Die Notwendigkeit, das ganze ideologische Material der russischen bolschewistischen Partei durchzuarbeiten, sich anzueignen und den Bedingungen des eigenen Landes anzupassen, ist eine große und schwierige Aufgabe, und wollte sie jemand verhindern, dann würde er natürlich von der sich entwickelnden Bewegung beiseitegeschoben. Der ideologische Kampf in der Kommunistischen Partei Frankreichs, die den historischen Idealismus, die Verachtung gegen die Theorie, die Mißachtung der Organisation als Erbe übernommen hat, war für die Partei sehr nützlich. Er muß fortgesetzt und vertieft und die Partei von persönlichen und auffälligen Elementen gereinigt werden. Der ideologische Kampf um den Leninismus hat eben erst begonnen. Die Parteikrise ist zu Ende. Alles, was dem Kommunismus treu ist, muß ungeachtet aller Zweifel und Schwankungen in der Vergangenheit zur Arbeit herangesogen werden. Der Kongreß hat sich in diesem Sinne ausgesprochen. Das neue ZK, das aus 45 Personen, den Führern der Syndikate und großen Organisationen, besteht, wird das ins Leben umsetzen müssen. Auf diese Weise wird

die völlige Konsolidierung der Partei abgeschlossen werden.

Trots aller Erfolge steht die Partei erst im Beginn ihrer Entwicklung und hat keine Veranlassung, sich mit der geleisteten Arbeit zu brüsten. Leninistische Selbstkritik, nüchterne Selbsteinschätzung und kritisches Herantreten an die taktischen und praktischen Fragen — das ist es, was die Weiterentwicklung dringlich erfordert. Die sich rasch verändernde, schwankende ökonomische und politische Situation, die unzufriedene Stimmung in den Massen, die politischen Umgruppierungen, die sich auf dieser Grundlage vollziehen, zwingen die Partei, sich auf eine allseitige Reorganisation der Partei und auf die Ausarbeitung richtiger Methoden zur Eroberung der proletarischen und in erster Linie der Bauernmassen sowie der versklavten Massen in den Kolonien zu konzentrieren.

DIE KAMPFLAGE

Die Verschärfung der ökonomischen Krise und die damit verbundene Umgruppierung der politischen Kräfte beginnt mit dem Ruhrkrieg und verstärkt sich mit dessen Liquidierung. Die Krise äußerte sich:

1. In den ununterbrochenen Finanzschwierigkeiten, in dem Unvermögen, den Frank zu stabilisieren und das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, was Unsicherheit auf dem Gebiete der Produktion und Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Absatzes zur Folge hatte.

2. In der immer wachsenden Abhängigkeit von dem englischen und amerikanischen Kapital, in dem Unvermögen, die Frage der internationalen Schulden zu lösen und ernsthafte Kredite zur Stabilisierung des Franken zu erhalten. Die breiten Massen Frankreichs begannen schon zur Zeit der Unterzeichnung des Dawesplanes auf der Londoner Konferenz zu begreifen, daß die Lage drohend sei, bis im Laufe des letzten Halbjahres endgültig allen die Augen über die völlige finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs aufgingen.

3. In der von der Partei noch lange nicht genügend studierten Krise der Landwirtschaft, die das Dorf zu zersetzen beginnt. In der bürgerlichen Literatur wird diese Frage gründlich behandelt. M. Augier-Laribe erklärt in seinem Buche: „Der französische Bauer nach dem Kriege“ die Schwierigkeiten der Landwirtschaft mit der Vernichtung der Wirtschaft durch den Krieg, mit dem erheblichen Menschenverlust — ein Toter auf 27 Vorkriegsmänner, d. h. fast 4 Prozent —, der finanziellen Unsicherheit, dem Steigen der Preise für Düngemittel und andere Wirtschaftsbedürfnisse; dazu kommt für die Kleinbauern der Zwang, ihre Produkte billiger zu verkaufen, als es die Großbauern tun, die in der Lage sind, günstigere Marktverhältnisse abzu-

warten: und als letztes, nicht zu vergessen, die wachsenden Steuerschwierigkeiten. Der ehemalige Landwirtschaftsminister Victor Boret vergleicht in seinem Buche: „Für Grund und Boden“ die Vor- und Nachkriegsstimmung der Landbevölkerung. „Der Optimismus war verfrüht und übertrieben und konnte der rauhen Wirklichkeit nicht lange standhalten... Enttäuschung löste den Enthusiasmus ab.“ Im Parlament gaben die Socialistes-radicaux, d. h. Kleinbürgerlich-Radikalen mit sozialistischer Färbung, im Namen der Kleinbauern mehrmals weitgehende Erklärungen ab und forderten ernstliche Reformen. Die Sozialisten machten „gute Miene zum bösen Spiel“, und damit war die Sache zu Ende.

4. In den Schwierigkeiten in den Kolonien. Das Erwachen der breiten kolonialen Massen macht sich im Zusammenhang mit der allgemeinen Weltentwicklung und der Schwächung des bürgerlichen Apparates in Frankreich in sämtlichen Kolonien bemerkbar. In Tunis hat sich während der Streikbewegung eine selbständige Gewerkschaftsvereinigung gebildet; in Marokko zwingt die revolutionäre Bewegung um Abd-el-Kerim die Regierung, „diplomatische Schritte“ zu unternehmen und die Frage der Gewährung von Zugeständnissen auf die Tagesordnung zu setzen, in Guadalupé brachte die Negerbewegung den ehemaligen Abgeordneten des Linksblocks, Bouasnier, der bei der Herstellung von Bomben verletzt wurde, ins Gefängnis. Mit Ausnahme von Truppenverstärkungen hat die Regierung bisher keinen einzigen Versuch unternommen, der Kolonialfrage näherzutreten.

Trotz der ununterbrochen wachsenden Krise haben erst die letzten Monate des Jahres 1924 die französische Bourgeoisie veranlaßt, die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung mit großer Unruhe zu betrachten. Die Schwächung der deutschen Konkurrenz in den Jahren 1923-24, die fortschreitende Industrialisierung Frankreichs, das Fehlen der Arbeitslosigkeit, die aktive Bilanz geben den Anlaß zu den optimistischsten Voraussetzungen und Schlußfolgerungen.

Das beginnende Jahr 1925 stellte die französische Bourgeoisie vor dieselben Fragen, vor denen die deutsche 1922 gestanden hatte: entweder Produktionskrise oder Senkung der Währung. Die Krise in der Textil- und Metallindustrie im Norden, die Arbeitseinschränkung in den großen Fabriken in Paris, die Arbeitseinstellungen in Lothringen, das alles spricht von einer unvermeidlichen Produktionskrise. Die Unterhandlungen über eine neue Stabilisierungsanleihe in Amerika sind bis heute noch nicht vorwärtsgediehen. Die Handelsbilanz hatte sich im November 1924 bereits derart verschlechtert, daß ihr Überschuß nurmehr 17 Millionen Papierfranken betrug. Das Budget 1925 weist $5\frac{1}{2}$ Milliarden Franken Defizit aus. Die Ausgaben betragen 34 Milliarden Franken. Dabei beträgt die Verschuldung Frankreichs an Amerika und England 30, die innere Schuld 73 Milliarden

Goldfranken. Die Presse der amerikanischen Großbourgeoisie dementiert offiziell die Geneigtheit, Frankreich eine neue Anleihe zu gewähren; dabei sind die Perspektiven für eine innere Anleihe sehr fraglich, da für die Schwerindustrie der einzige Ausweg in einer Senkung des Frankens liegt, in einer Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse für die breiten Massen, in der Zersetzung des Kleinbürgertums, in der Schaffung einer neuen „nationalen Regierung“, die den Versuch unternehmen soll, die amerikanischen Industriellenkreise an dem wirtschaftlichen Leben Frankreichs zu interessieren. Die breiten Massen Frankreichs spüren den tiefgehenden Umschwung. Das Kleinbürgertum spricht zum erstenmal davon, daß Frankreich den Krieg verloren habe. Der ausgesprochene Pazifismus, der für die breiten französischen Massen am Vorabend der Wahlen vom 11. Mai charakteristisch war, begann bei einem Teil des Kleinbürgertums — bei ca. 80 Prozent — einer kriegerischen Stimmung gegen England Platz zu machen. „Mit den Boches gegen England!“ Der Faschismus hat fast überall seine Kadere geschaffen. Tausende Aufrufe und Proklamationen von Millerand und Castelnau, Massenmeetings, häufige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und faschistischen Kampfgruppen — alles das weist auf eine große Aktivität des Faschismus hin. Der französische Faschismus steht erst im Beginn seiner Entwicklung; er hat seine Kadere gegründet, ohne daß er aber bisher irgendwelche bedeutenden Massen gewonnen hätte. Im Gegensatz zum italienischen und deutschen Faschismus stützt er sich auf republikanische, pazifistische und demokratische Gefühle. Die Schwäche des französischen Faschismus bestand bisher gerade darin, daß er allzu krampfhaft seinen antirepublikanischen, antidemokratischen Charakter verbergen mußte. Die Lavierfähigkeit der französischen Faschisten, ihr rasches Ändern der Taktik, der tiefgehende Umschwung bei einem Teil des Kleinbürgertums spricht davon, daß der Faschismus zu einem ernst zu nehmenden politischen Faktor wird. Das heißt natürlich nicht, der Faschismus werde in Frankreich zur Macht kommen. In Frankreich hatten wir eine vollständig darniederliegende Bourgeoisie, ein durch eine Reihe Niederlagen geschwächtes Proletariat, und das Kleinbürgertum rettete das bürgerliche Regime durch Methoden und Mittel, die der Bourgeoisie selbst nicht immer sympathisch waren; sie hatte aber keinen anderen Ausweg. In Deutschland dagegen sahen wir andere Formen des Kampfes seitens der herrschenden Klasse. Im Kampf gegen den Kommunismus und die wachsende revolutionäre Strömung benutzten die deutschen Industriellen sowohl den Faschismus als auch den Reformismus, wie es eben das Kräfteverhältnis erforderte; den Rahmen dazu bildete eine umfassende Ordnungspartei, in der die Rollen verteilt waren. Die französische Bourgeoisie versucht aus der Erfahrung der deutschen Krise ihre Schlüsse zu ziehen. Die

Frage steht für sie scharf umrissen: Über den Sturz des Franken und die Senkung des Lebensmittelstandards der schaffenden Massen zum industriellen Aufschwung, aber nicht zur Katastrophe. Zugeständnisse an die amerikanische Bourgeoisie und Stabilisierungsmaßnahmen sollen erst die Reserve bilden. Ein Organ des Kleinbürgertums, der „Quotidien“, beklagt sich in seiner Ausgabe vom 18. Februar weinerlich über diese gegen den Franken, gegen die Renten und den Kredit gerichteten Manöver. Der politische Inhalt des Kampfes liegt in der Tendenz, die Mehrheit des Kleinbürgertums, gegen die die Großbourgeoisie nicht regieren kann, zu ersetzen und zu ruinieren. Der Nationale und der Linksblock sind zerfallen. Aus dem Nationalen Block hat sich der Faschismus, mit Millerand und dem General Castelnau an der Spitze, herausgebildet, ferner die Gruppen um das Comité des Forges — das Komitee der Metall-Schwerindustriellen —, deren Streben dahin geht, eine gute tragfähige Mehrheit ohne Sozialisten zu schaffen, ohne den lavierenden Herriot, die imstande ist, die Interessen der industriellen Bourgeoisie nachdrücklich zu verteidigen, die den Faschismus benutzt, um der wachsenden kommunistischen Partei den Krieg zu erklären, und die bürgerliche Ordnung gegen alle Wechselfälle und Stürme einer künftigen Krise verteidigt. Vom Kleinbürgertum hat sich nur ein unbedeutender Teil dem Faschismus angeschlossen; es beginnt vielmehr zu dessen Schmerz in erheblichem Maße mit der kommunistischen Bewegung zu sympathisieren. In seiner Hauptmasse schwankt es jedoch noch unzufrieden und unentschlossen hin und her, sucht aber hartnäckig nach einem Ausweg aus dieser Situation. Die Stimmung der Bauernschaft ist noch unklarer; trotzdem ist der Umschwung auf dem Dorfe bedeutsam. Schon die Wahlen am 11. Mai haben bewiesen, daß die Kommunisten Stimmen in Dörfern erhalten haben, wo die „Humanité“ noch nie hingelangt ist und wo keinerlei Propaganda vorangegangen war. Die industrielle Bourgeoisie Frankreichs wartet daher ab und kann sich nicht entschließen, die längst überlebte Regierung Herriot, von deren Sturz man schon des öfteren in den Regierungskreisen gesprochen hat, vor den Munizipalwahlen zu Fall zu bringen. Weder der Angriff auf die kommunistische Partei noch die Bereitschaft, einer internationalen Koalition zu dienen, wären andernfalls imstande gewesen, die Regierung Herriot zu retten. Auf Herriots Lösung von der „Politik des gesunden Franken“ hat die Großbourgeoisie die klare Antwort gegeben: „ohne Vertrauen zur Regierung kein Vertrauen zum Franken“. Der Druck auf den Franken wird einige Zeit dauern, wie es in Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch der Mark der Fall war. Darauf folgt eine Phase des erbittertsten Kampfes: der Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie über die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Lohnsteuer und des Achtstundentages; zwischen der Bourgeoisie

und dem Bauerntum über die Frage der Getreidepreise, der Steuern, des Zusammenschlusses der Kleinbauernschaft. Das Kleinbürgertum sersetzt sich in diesem Kampfe, wobei freilich dieser Prozeß nicht mit einem Male vor sich geht. In der Presse und in parlamentarischen Kreisen nennt man bereits eine Regierung, die bestimmten Phasen der Krise und des Zerfalls des Kleinbürgertums entspricht: Briand - Loucheur - De Monzie., bzw. Briand-Caillaux. Diese Regierungen würden auf einer Vereinigung zwischen der Industriebourgeoisie und einem Teil des Kleinbürgertums basieren, mit dem Zweck, die faschistischen Organisationen zum Kampf gegen das Proletariat, die Bauernschaft und die Kolonialvölker auszunutzen. Der wachsenden kommunistischen Partei, die im politischen Leben Frankreichs zweifellos zu einem außerordentlich wichtigen Faktor werden wird, wird diese Regierung den Krieg erklären.

Das Aufkommen des Faschismus und die politischen Umgruppierungen in Frankreich haben die Partei aufs neue vor eine Reihe theoretischer Fragen gestellt. Die Rechten leugneten von Anfang an das Bestehen und die Bedeutung des Faschismus in Frankreich. Als dann schließlich die Tatsachen eine zu deutliche Sprache redeten, nahmen die Rechten auf dem Parteitag — Lorient und Duonois — die Stellung ein, alle Kräfte seien auf den Kampf gegen den Faschismus zu konzentrieren; der Linksblock sei nur der Verbündete des Faschismus. Somit sei der Linksblock, der durch seine Politik die breite Masse seiner Wähler ins Lager des Faschismus treibt, der „weniger Schuldige“, und die Rechten forderten, daß man den Ton gegen ihn ändere. Die Partei hat die richtige Entscheidung in dieser grundlegenden Frage im Kampfe gegen den Faschismus gefunden: die Masse vom Linksblock loszureißen und den enttäuschten Massen den Weg zu den mit demagogischer Propaganda arbeitenden faschistischen Kadern zu versperren. Die Partei hat hierbei den Linksblock nicht genügend entlarvt; auch die Presse hat die Tatsachen nicht immer glücklich ausgenutzt; man hat ferner hin und wieder die Worte Faschismus und Sozialfaschismus an die Stelle konkreter Begriffe gesetzt. Aber alles das sind kleine Fehler, die sich leicht ausmerzen lassen. Gefährlich für die Partei war dagegen die These, nicht die Politik des Linksblockes sei die unmittelbare Ursache für das Anwachsen des Faschismus, und man müsse dem Kampf gegen ihn eine mildere Note geben, da man ihn aus einem Verbündeten des Faschismus zu einem Verbündeten im Kampfe gegen die Bourgeoisie machen könne. Noch nebelhafter sind die Artikelchen Herclets, des Wortführers der „Rechten“, in denen dieser Millerand, den allgemein anerkannten Führer des französischen Faschismus, für einen zu guten Demokraten erklärt, als daß er eine derartig schmutzige historische Aufgabe übernehmen könne, und ihn mit Herriot und

anderen kleinbürgerlichen Demokraten in einen Topf wirft. Jedes Verwirrungstiften ist unzulässig. Millerand und Castelnau sind die Führer des französischen Faschismus, der ebenso wie der italienische Faschismus zu Beginn seiner Entwicklung 1919-21 „demokratisch“ ist, ja noch „demokratischer“, denn die französischen Massen sind noch zu sehr auf Demokratie und Pazifismus eingestellt. Herriot und Renaudel treiben die Massen Millerand und Castelnau zu. Die Hauptaufgabe der Partei und der Gewerkschaften besteht darin, die enttäuschten Massen der Werktätigen vom Linksblock loszureißen und zum Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, ferner gegen die Kampfkaders des Faschismus Abwehrbünde der Arbeiter und Bauern aufzustellen. Der bevorstehende angespannte Klassenkampf fordert von der Partei und der CGTU — dem Vereinigten Gewerkschaftsbund — gesteigerte Energie und ein aufmerksames, feinfühliges Aufgreifen der wachsenden Unzufriedenheit der Massen. Die Ereignisse entwickeln sich rascher als die Organisation der Partei und die Verschweißung der revolutionären Kräfte in Frankreich. Diese Gefahr für die Partei darf man nach den schweren Erfahrungen in Italien und Deutschland nie außer acht lassen.

DIE AUFGABEN DER PARTEI

Der Parteikongreß in Clichy hat eine der wichtigsten Fragen aufgeworfen, nämlich die Schaffung der Massenpartei. Ein Hindernis auf diesem Wege liegt in der erblichen Belastung der französischen Arbeiterbewegung. Die besten und mit der Partei verbundenen Arbeiter treten nichtsdestoweniger nicht in die Parteizellen ein. Das Pariser Gebiet — die Föderation Seine und Seine und Oise — hat 17 000 organisierte Parteimitglieder, während die Peripherie der Partei, d. h. die Masse, die jedem Ruf der Partei Folge leistet, etwa 50 000 Arbeiter umfaßt; bei den Wahlen vom 14. Mai haben im Pariser Gebiet 800 000 Arbeiter für die Kommunistische Partei gestimmt. Die Jaurès-Demonstration zählte 150 000 Arbeiter. Dieses Mißverhältnis zwischen dem propagandistischen Einfluß und den organisatorischen Verbindungen der Partei kann katastrophal werden. Aber auch mit der allgemeinen Organisation des französischen Proletariats ist es sehr schlecht bestellt. Die CGTU besaß vor der letzten Werbekampagne 450 000 Arbeiter, die reformistische Konföderation ca. 350 000. Alles in allem 800 000 Arbeiter bei einer Arbeiterbevölkerung von über 8 Millionen! Eine derartige Situation in einem Lande mit einer zahlreichen Bauernschaft und wo überdies breite Schichten des Kleinbürgertums enttäuscht sind, ist keinesfalls als normal anzusehen.

Der französische Reformismus und Anarcho-Reformismus waren daran interessiert, daß diese

geschulte, revolutionäre und lebendige Masse unorganisiert blieb, denn andernfalls wäre es einigen wenigen, den Interessen des Kapitals gefügigen Bureaukraten schwergefallen, sie am Gängelband zu führen. Vor allem aber ist eine bolschewistische Massenpartei und außerdem eine umfassende einheitliche Gewerkschaftsorganisation die erste vorbereitende Maßnahme für die heranabenden ökonomischen und politischen Kämpfe. Wie schafft man eine Massenpartei? Die Reorganisation auf Betriebszellen wurde in Paris rasch und glänzend durchgeführt, aber gerade in Paris gelangen nur wenig neue Arbeiter durch die Zellen in die Organisation. Es handelt sich daher darum, die Überreste der früheren Einstellungen zu überwinden. Neue, jüngere Arbeiterschichten, die in die Partei eintreten, bringen neuen Kampfegeist und revolutionäre Ergebenheit mit; von der reformistischen Erbschaft sind sie unberührt geblieben, und daß es ihnen an Vorbereitung gebricht, ist keine Gefahr für die Partei: sie frischen sie auf, ohne ihr Gesicht zu verändern. Die engherzigen technischen und organisatorischen Einwände, die Befürchtung, daß Verräter eindringen könnten, halten keiner Kritik stand. Eine richtig durchgeführte Arbeitsteilung unter den Zellenmitgliedern erlaubt es, die Zusammensetzung der Zelle zu kontrollieren; starke Zellen gehen auch dann nicht zugrunde, wenn wirklich ein Verräter in sie eindringt. Die Reorganisation der Partei wirft schon jetzt nicht mehr nur die Frage der Mobilisierung der Partei, sondern der Mobilisierung der Arbeitermassen in den Betrieben durch die Zellen auf. Die Organisationskomitees für die Einheit des Proletariats, die in den Betrieben in Paris und im Norden bestehen und Zwischenglieder zwischen der Partei und den Massen bilden, haben sich bisher noch nicht sehr mit organisatorischen Fragen befaßt. Die Massenbewegung in der Bretagne, die wachsende Arbeitslosigkeit in der Metall- und Textilindustrie machen die Frage von Betriebs- und Fabrikkonferenzen akut. Mit dieser beginnenden ökonomischen Bewegung muß die Bildung von Komitees für proletarische Einheit in Verbindung gebracht werden, die außer den Kampf für die unmittelbaren Bedürfnisse des Proletariats auch den Kampf gegen den Faschismus und um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ins Auge fassen.

Gleichzeitig mit der Erweiterung der Partei steht die Verbesserung des Apparates, die Schaffung von Apparaten in der Provinz und die Steigerung der Fähigkeit, die Massen zu mobilisieren, auf der Tagesordnung. Paris, den Norden, die Bretagne und einzelne Provinzstädte ausgenommen, ist die Partei noch nicht im ganzen Lande durchorganisiert. Ihr Einfluß ist allenthalben gewachsen, ihre Propaganda ist in alle Winkel des Landes gedrungen, aber es fehlt noch an starken Kadern und einer soliden Organisation. In Städten, wie Marseille, Toulon, Lyon, die eine gewaltige politische Rolle spielen, hat die Partei

überhaupt noch kaum Fuß gefaßt. Hier sind heroische Anstrengungen aller Kräfte und eine Zusammenfassung von propagandistischen und organisatorischen Maßnahmen erforderlich. Ja, und auch die Propaganda muß sehr mannigfaltig und den ganz verschiedenen Entwicklungsbedingungen der einzelnen Teile des Nachkriegs-Frankreich richtig angepaßt sein. Hier heißt es, noch viel zu lernen, um eine der Hauptaufgaben der Bolschewisierung der Partei wirklich zu erfüllen: die Übertragung der Erfahrung der russischen bolschewistischen Partei auf die konkrete Besonderheit des französischen Bodens. Nicht minder wichtig ist die Frage des Zusammenschlusses der Arbeiter mit dem Kleinbauerntum, wobei die Versuche, breitangelegte Kongresse einzuberufen, als wenig erfolgreiche Arbeitsmethode auf einige Zeit zurückzustellen sind. Wichtiger ist es, die wirklichen Bedürfnisse der Kleinbauernschaft gründlich zu studieren, im Parlament, in Versammlungen und Broschüren zu formulieren und in unserer Partei geschulte Kadern von Bauern zu schaffen, ferner allenthalben in den bäuerlichen Kooperativen und Gesellschaften den Kampf gegen die bürgerliche Leitung zu eröffnen und diese Elemente aus den bäuerlichen Verbänden herauszudrängen. Erst nach einer derartigen grundlegenden Arbeit wird man an Weiteres denken können. Diese systematische organisatorische Arbeit darf aber auf keinen Fall mit einer Vernachlässigung der nächsten politischen Aufgaben Hand in Hand gehen. Es ist richtig, daß die Kommunistische Partei ein schweres Erbe angetreten hat. Die Reorganisation, die Schaffung eines Apparates, die Gründung von Sektionen, die Arbeitstellung unter den Parteimitgliedern, alles das kam mit einem Male und belastete die Partei. Aber man darf nicht vergessen, daß einige politische Fehler der Partei teurer zu stehen können als alle ihre organisatorischen Erfolge. Die Partei muß Abteilung für Abteilung der schaffenden Massen Frankreichs politisch erfassen und darf nie vergessen, daß sie zwar stets an der Spitze der Massenkämpfe stehen muß, daß sie aber die breiten proletarischen Massen nicht selbst ersetzen

kann. Eine revolutionäre Tradition bei einer schwach ausgebildeten Ideologie und dem häufig falsch aufgefaßten Begriff der Bolschewisierung bilden eine ständige Gefahr für das Wiederaufleben der Theorie von einer „aktiven Minderheit“, die angeblich imstande ist, mit jeder historischen Aufgabe fertig zu werden. Diese Gefahr ist vorhanden. Es ist kein Zufall, daß die Partei mit so ausnehmendem Interesse die Frage der Gewerkschaftseinheit behandelt hat. Die Partei hat den Vorschlag, den die CGTU der reformistischen Konföderation gemacht hat, nämlich für den 25. September dieses Jahres einen Vereinigungskongreß einzuberufen, mit voller Kraft aufgegriffen. Nach den Resolutionen einer Reihe örtlicher Verbände zu urteilen, hat das auf die reformistischen Verbände tiefen Eindruck gemacht. Aber der Septemberkongreß bedeutet noch nicht das Ende des Kampfes für die Einheit in Frankreich, sondern erst den Anfang. Die Führer der reformistischen Verbände haben sehr wohl begriffen, daß der Zug der französischen Massen zur Einheit den Zug zum Klassenkampf bedeutet, und sie tun alles, was in ihren Kräften steht, um diesen Prozeß aufzuhalten. Dem Septemberkongreß, der bei guter vorbereitender Arbeit nicht nur die roten Verbände, sondern auch einen Teil der reformistischen umfassen soll, obliegt es, zu entscheiden, wie der Widerstand der Amsterdamer zu brechen ist und die Verbände von unten her nach Berufszweigen zusammenschließen sind, anfangs nach Bezirken, später nach Föderationen und letzten Endes im nationalen Maßstabe. Die französischen proletarischen Massen beginnen zu begreifen, daß sie in den bevorstehenden Kämpfen eine bolschewistische Massenpartei und eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung, die mehrere Millionen Arbeiter umfaßt, brauchen. Unter diesen Bedingungen wird ein Bündnis mit der Bauernschaft und die Gewinnung der Sympathien des verarmten Kleinbürgertums im großen Umfang möglich. Die französische Kommunistische Partei hat seit dem Kongreß von Clichy bewiesen, daß sie imstande ist, die schwierigen politischen Aufgaben, die vor ihr stehen, zu bewältigen.

L. DOMSKI: DIE LAGE IN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI POLENS UND DIE AUFGABEN DER PARTEI

Mit dem dritten Parteitag, der eben getagt hat, ist die Kommunistische Partei Polens in eine neue Periode ihres Lebens getreten. Der Parteitag hat die endgültige Säuberung der Parteileitung von rechten Elementen mit sich gebracht und eine einheitliche linke Führung geschaffen.

In dieser Beziehung hat der dritte Kongreß der polnischen Partei für Polen dieselbe Rolle gespielt wie der Frankfurter Parteitag für Deutschland. In Polen ist allerdings diese Etappe mit großer Verspätung erreicht worden. Bis zum 5. Weltkongreß konnten die rechten Elemente der polnischen Parteizentrale, die die besonderen, durch die Illegalität der Partei geschaffenen Verhältnisse ausnutzen, nicht nur die Macht in ihren Händen behalten, obgleich sie durch die Oktober-November-Niederlage kompromittiert war, sondern auch die polnische Partei zu einer der letzten Festen der Rechten im internationalen Maßstab machen.

Der 5. Weltkongreß hat die absolute Isolierung der rechten Gruppe, ihren Gegensatz zur Kommunistischen Internationale und zu ihrer eigenen Delegation klar gezeigt. Die zwecks Erörterung der polnischen Angelegenheiten geschaffene „polnische Kommission“ des Kongresses hat ein scharfes Urteil gegen diese Gruppe gesprochen und der polnischen Partei vorgeschlagen, aus dem Teil der Mitglieder der Parteileitung, der sich rückhaltlos auf den Boden des 5. Kongresses gestellt hat, eine Provisorische Parteileitung zu wählen und sie mit der Einberufung eines Parteitages zu beauftragen, der dann die Zentrale endgültig zu wählen haben wird.

Die darauffolgende, ein halbes Jahr dauernde Periode brachte eine klare Scheidung innerhalb der Partei. Die führende Gruppe hat der den Parteitag vorbereitenden Arbeit die Losung gegeben: „Für den 5. Kongreß — gegen die Rechte“. Die rechten Elemente erlitten eine vollkommene Niederlage.

Der 3. Parteitag hat den rechten Kurs in der Partei endgültig liquidiert. Damit war aber natürlich nur der negative Teil seiner Aufgaben erfüllt.

Die Kommunistische Partei Polens steht vor sehr schwierigen und komplizierten Problemen.

Die Zeit der ungeheuren revolutionären Anstrengung der Massen in der Periode des kata-

strophalen Sturzes der polnischen Valuta, deren Höhepunkt der Krakauer Aufstand war, war in Polen wie in Deutschland dank der opportunistischen Parteileitung resultatlos veräusmt worden. Es ist den bürgerlichen Klassen gelungen, sich zu erholen und sich um die Regierung Grabski zusammenschließen unter der Losung der Gesundung der Finanzen. Diese Gesundungskoalition erforderte einige Opfer von seiten aller an ihr beteiligten Klassen, aber die größten Opfer mußten natürlich jene Klassen bringen, gegen die sich die Koalition richtete: die Arbeiter und das werktätige Bauerntum. Der für die Gesundung der Finanzen notwendig gewordene Zusammenschluß der polnischen besitzenden Klassen hat eine Einheitsfront gegen das Proletariat geschaffen: die Bedingungen des proletarischen Kampfes sind sehr kompliziert geworden.

Das zeigt sich natürlich vor allem im Verhältnis der Regierung zur Tätigkeit der Kommunistischen Partei. Keine einzige Regierung, die berüchtigte Witos-Regierung mit inbegriffen, hat so wütende Repressalien gegen die Kommunisten angewandt wie diese „außerhalb der Parteien stehende“ Regierung, die Erretterin der polnischen Valuta. In den 4½ Monaten — von Anfang September vorigen Jahres bis zum 15. Januar dieses Jahres — haben nach unvollständigen Zeitungsangaben 132 kommunistische Prozesse stattgefunden, in denen 245 Genossen zu 619 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. Die Verhafteten wurden bei den Vernehmungen gefoltert, das Gefängnisregime ist sehr viel schlechter geworden. Und natürlich ist die Verfolgung der Kommunisten nur ein Mittel, während man als Ziel die Knebelung der ganzen Arbeiterklasse anstrebt. Alle Arbeiterverbände, die einen ernsten, wenn auch nicht politischen, sondern nur wirtschaftlichen Kampf führen, werden geschlossen, die ehrlichen Gewerkschaftsführer verhaftet.

Unter diesem Regime wird auf der ganzen Linie eine Offensive gegen die Arbeiterklasse unternommen. Diese Offensive ist infolge der schweren wirtschaftlichen Krise möglich und für das Kapital notwendig geworden. Die Krise ist durch eine ganze Reihe von Ursachen hervorgerufen worden, von denen die wichtigste das Aufhalten des Sturzes der Valuta, die finanzielle „Gesundung“, ist. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im

Herbst, nach offiziellen Angaben, gegen 180 000, aber in dieser Zahl sind nicht inbegriffen die Kurzarbeiter, die nur einen Teil der Woche arbeiten.

Natürlich will das Kapital die Lasten der Krise nicht tragen und wälzt sie auf die Arbeiter ab. Der Verband der polnischen Industriellen unternimmt eine systematische Offensive gegen jede Errungenschaft der Arbeiterklasse. Die erfolgreiche Offensive des Kapitals in Deutschland vergrößert die Chancen der polnischen Industriellen auf diesem Gebiet. Der achtstündige Arbeitstag ist in der schlesischen Metallindustrie bereits abgeschafft, in anderen Zweigen ist er dank dem System der Überstundenarbeit in Wirklichkeit auch abgeschafft. Der Arbeitslohn ist gesunken, die Zahl der Feiertage verringert, die Intensität der Arbeit erhöht worden usw.

Dieser vom Kapital ausgeübte Druck ruft ungeheuer große Streikbewegungen hervor. Im August streikten 200 000 schlesische Arbeiter, im September 80 000 in der Naphthaindustrie beschäftigte Arbeiter, im Dezember über 120 000 Textilarbeiter.

Diese Massenbewegungen stellen die Partei vor sehr ernste Aufgaben. Die nationalistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureakraten bemühen sich, diese Bewegungen zu lokalisieren, damit sie nicht in andere Gebiete und auf andere Industriezweige übergreifen; dann versuchen sie sie abzuwürgen und die Angelegenheit mit den Kapitalisten auf gutlichem Wege zu regeln. Unsere Partei hat darum die Aufgabe, 1. die Führung der Bewegung den Händen der gelben Bureaukratie zu entreißen, 2. die Bewegung zu zentralisieren, d. h. sie auf breitere Massen ausdehnen.

In dieser Arbeit stößt die illegale Kommunistische Partei, die gegen legale Sozialverräter zu kämpfen hat, auf große Schwierigkeiten, und bisher ist es uns nicht gelungen, diese unsere Aufgabe zu lösen. Doch haben wir einzelne sehr wichtige Erfolge zu verzeichnen.

Im oberschlesischen Streik ist es gelungen, die Führung der Bewegung den Händen der reformistischen Gewerkschaften zu entreißen, und zwar nur, weil es in Schlesien auf Grund des deutschen Gesetzes Betriebsräte gibt. Der einberufene Betriebsrätekongreß, auf dem Arbeiter verschiedener Parteien vertreten waren, und auf dem die „roten“ Resolutionen einstimmig angenommen wurden, wählte den sogenannten „21er-Ausschuß“, der die Führung des Streiks übernahm und perfidisch Betriebsrätekongresse einberief. Diese Kampagne, die ein klassisches Beispiel für die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik darstellt, war nur von kurzer Dauer. Schon der 3. Kongreß wurde von der Polizei auseinandergejagt, der 21er-Ausschuß wurde verhaftet. Die Sozialdemokraten und Nationalisten veranstalteten einen eigenen Kongreß, von

dem sie, übrigens gegen eine starke Minderheit, eine Resolution annehmen ließen, in der die Rückkehr zur Arbeit beschlossen wurde. Es ist uns trotzdem gelungen, noch einige Teilstreiks durchzuführen, aber das konnte die Bewegung nicht mehr vor der Niederlage retten. Die Partei hat sich jedoch durch ihre Taktik eine ungeheure Popularität unter den schlesischen Arbeitern erworben.

Anders stand es mit dem Streik der Textilarbeiter. Sein Zentralpunkt, Lods, ist das Gebiet der schlimmsten Provokationen und Spionage, die jede illegale Arbeit der Partei hinderten. Trotzdem ist es uns auch dort gelungen, dank den Meetings, die unsere Abgeordneten (vor allem Lancucki und Krullikowski) veranstaltet haben, und dank der Arbeit unserer Organisation, den Gewerkschaften Streikkomitees entgegenzustellen und zum Teil sogar unser System der Zentralisierung durchzuführen. So zwangen wir die Gewerkschaften, in Lods den allgemeinen Solidaritätstreik zu proklamieren, der, trotz der Sabotage von Seiten der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), gut gelang und nicht nur die Arbeiter, sondern auch die städtischen Angestellten, die Lehrer usw. erfaßte. Auch dieser Streik wurde abgewürgt, aber es hat sich dies doch als unmöglich erwiesen, ohne einige Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen. Die Regierung setzte ein Schiedsgericht ein, und die Forderungen der Arbeiter wurden zu 60 Prozent erfüllt. Auch hier ist nach dem Kampf unsere Popularität unter den Massen stark gestiegen, während der Einfluß der PPS sehr gesunken ist.

Eine weitere Massenbewegung der Arbeiter in dieser Periode war die Bewegung der 40 000 Arbeitslosen in Schlesien. Diese Bewegung befand sich vollkommen in Händen der „Roten“, und um ihr ein Ende zu machen, mußte die Regierung, nachdem sie die gewaltige Demonstration der Arbeitslosen, die in geschlossenen Reihen auf Kattowitz marschierten, auseinandergejagt hatte, das gesamte Zentralkomitee der Arbeitslosen verhaften.

Der 3. Parteitag hat aus dieser Erfahrung seine Schlüsse gezogen. Er stellte sehr eingehend ausgearbeitete Thesen auf über die Ausnutzung der Betriebsräte, über die Zentralisierung der Bewegungen usw. Die wenig erfreulichen Erfahrungen mit der Gewerkschaftsbureaukratie haben ihn nicht verleitet, den Weg des Boykotts der Gewerkschaften zu beschreiten. Im Gegenteil, der Parteitag beschloß, eine groß angelegte Kampagne für die Gewerkschaftseinheit im nationalen und internationalen Maßstab zu organisieren und die Arbeiter aufzufordern, in Massen den Gewerkschaften beizutreten, deren Mitgliedschaft in Polen, wie übrigens auch in anderen kapitalistischen Ländern, in letzter Zeit stark gesunken ist.

Zur Frage der Gewerkschaften hat der Parteitag besondere Thesen angenommen, die

genaue Anweisungen für die in den Gewerkschaften arbeitenden Genossen enthalten. Das Hauptziel der in den Thesen gegebenen Direktiven ist das Bestreben, aus den Gewerkschaften Massen-Kampforganisationen zu machen und sie aus der Obhut der Verräterparteien zu befreien. Solange das nicht erreicht ist, benutzt die Partei die Betriebsräte als Organe zur Führung der Arbeiterbewegung außerhalb der Sphäre der gelben Gewerkschaftsbureaucraten als Kampforgane gegen diese Bureaucratie. Die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften konzentriert sich um die roten Fraktionen, die alle Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale umfassen. Innerhalb der roten Fraktionen wird eine engere Zelle aus Parteimitgliedern gebildet: die Kommunistische Fraktion. Jedoch gibt die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Fraktion nicht an und für sich die Rechte eines Parteimitgliedes: alle kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften müssen entsprechenden Betriebszellen beitreten.

Der Parteitag beschäftigte sich auch mit der Frage der in bezug auf die Arbeitslosen anzuwendenden Taktik. Diese Frage wird besonders aktuell infolge des ständigen Wachstums der Zahl der Arbeitslosen in den großen Industriezentren. In Schlesien gibt es 40 000 Arbeitslose, und ebensoviel stellt die offizielle Statistik im Textilgebiet von Lodz fest. Der Kampf um die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und um die Erweiterung des Kreises der Unterstützungsgelder Bescheidenden hat schon den Erfolg gehabt, daß der polnische Landtag den Beschluß faßte, die Zeit der Ausgabe von Unterstützungsgeldern von 18 auf 36 Wochen zu verlängern. Die Erfahrung in Schlesien hat gezeigt, daß die Partei mit der Aufgabe der Organisation der Arbeitslosen um die Arbeitslosenkomitees und ihrer Mobilisierung zu Massenaktionen gut fertig geworden ist. Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei nach dem 3. Parteitag wird die Ausnutzung dieser Erfahrung für ganz Polen sein.

Eine der wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung ist die Frage der Taktik im Wahlkampf. Die alte Parteileitung hatte die Taktik des Wahlblocks bei den Krankenkassenwahlen zu einer Parteilgewohnheit gemacht; diese Wahlen bieten der Partei in Polen eine der wenigen Möglichkeiten legaler Agitationsarbeit. Die Taktik der Wahlblocks mit der PPS bei diesen Wahlen, die Ausarbeitung einer gemeinsamen Wahlplattform haben alle Vorteile, die diese Wahlen für die Agitation bieten, zunichte gemacht. Der Parteitag hat diese Taktik abgelehnt und gegen Wahlblocks Stellung genommen.

Eine Frage von größter Wichtigkeit war auf dem Parteitag die Frage der Arbeit auf dem Lande. Der Parteitag stand überhaupt unter dem Zeichen des Bündnisses der Arbeiter und Bauern als der wichtigsten Aufgabe in der gegenwärtigen Periode. Die Bewegung unter den polnischen Bauern beginnt einen grö-

ßeren Umfang anzunehmen. Es mehren sich die Fälle, in denen die Bauern sich weigern, Steuern zu zahlen (im Kreise Kolno, dem früheren Lomzaer Gouvernement, hat es aus diesem Anlaß blutige Zusammenstöße gegeben, und die Bauernmassen sind geschlossen zur Stadt gezogen, um die Verhafteten mit Gewalt aus den Gefängnissen zu befreien). Die zu Kompromissen neigenden Bauernparteien verlieren immer mehr an Einfluß unter dem Bauerntum und beginnen auseinanderzufallen. Im Landtag hat sich die radikale „Unabhängige Bauernpartei“ gebildet, und zwar aus Abgeordneten, die von der Partei „Wyzwolenie“ abfielen. („Wyzwolenie“ ist eine radikale legale Bauernpartei, die im Parlament in enger Gemeinschaft mit der PPS arbeitet. Anmerk. des Übersetzers.)

Diese Radikalisierung der Bauernmassen ist im selben Maße verknüpft mit der Epoche der Gesundung der Finanzen wie das Einsetzen der Streikbewegung unter den Arbeitern. Die Landarmut der Bauern, die durch die trügerische „Bodenreform“ vom 10. Juli 1919 nicht behoben worden ist, macht sich jetzt besonders bemerkbar, weil die Krise in der städtischen Industrie die Bauern abgeschnitten hat von der Möglichkeit, sich in der Stadt einen Verdienst zu suchen. In der Zeit der Inflation sind die reichen Bauern noch reicher geworden, das übrige Bauerntum aber ist sehr verarmt. In politischer Beziehung werden die Bauernmassen unterdrückt, die lokale Selbstverwaltung ist zu einer Fiktion geworden, sie steht vollkommen unter der Obhut der Verwaltungsbehörden; es genügt, auf die Tatsache hinzuweisen, daß der Starost (der Gemeindevorsteher) der ständige Vorsitzende der Gemeindevertretung ist und diese nach eigenem Ermessen einberuft.

Noch schlimmer ist die Lage der Tagelöhner, deren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen ständig auf den wütendsten Terror stößt, in letzter Zeit aber ganz unterdrückt wird, weil die Sozialdemokraten (PPS), die den Landarbeiterverband unter ihre Fittiche genommen haben, ihn zu einem Werkzeug des Streikbrechertums machen und ihn so dem Verfall preisgeben.

Die Gärung unter den Bauernmassen, besonders in den sogenannten östlichen „Randgebieten“, hat die Regierung gezwungen, die halbvergessene, mit dem Staub der Jahrhunderte bedeckte Bodenreform wieder ans Tageslicht zu ziehen und — nachdem sie sechs Jahre hindurch nicht durchgeführt worden war — dem Landtag einen Gesetzentwurf über ihre Durchführung vorzulegen.

Der Parteitag steht der Kampf um die Entlarvung des neuen Betrages und um die Eroberung der Bauernmassen bevor. Der Parteitag hat dieser Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet, und die von ihm ausgearbeiteten Thesen über die Arbeit auf dem Lande stellen ein ganzes Programm der Arbeit unter den Bauern dar. Die Hauptlosung dieser Arbeit — das Land den

Bauern — war schon vom 2. Parteitag aufgestellt worden, aber die früheren Führer der Partei begnügten sich mit der abstrakten Losung und verstanden es nicht, sie in der praktischen Arbeit anzuwenden. Die Thesen des 3. Parteitages behandeln die Frage konkret. Nach einer Beschreibung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Bauern in Polen und nach einer genauen Analyse der Faktoren der weiteren Verschlechterung der Lage stellen die Thesen das Programm des Kampfes um die nächsten Forderungen der Bauern auf und zeigen, welche Organisationsformen der Partei helfen müssen, die breiten Bauernmassen zu mobilisieren. Auf Grund der Erfahrungen im Kampfe in den „Randgebieten“ betrachtet die Partei als wichtigstes Kampfmittel den Steuerboykott und gründet, als führende Kampforgane, die Land-Verteidigungskomitees, die späterhin die Provinzial-, Kreis- usw. Komitees durch die Einberufung von Kongressen und Konferenzen organisieren sollen. Die Partei unterstützt die vor kurzem entstandene Unabhängige Bauernpartei und nutzt sie aus für die Organisation der Bauernmassen. Aber sie verzichtet absolut nicht zugunsten dieser Partei auf die zahlreichen Verbindungen mit dem Land, die die Kommunisten bereits an allen Enden Polens angeknüpft haben. Im Gegenteil, sie betrachtet die Unabhängige Bauernpartei als eine provisorische Organisation, deren Aufgabe es ist, den Boden im polnischen Bauerntum vorzubereiten für eine kommunistische Massenbewegung, wie sie bereits eingesetzt hat in den ukrainischen und weißrussischen Teilen Polens.

Der Kampf in den sogenannten „Randgebieten“ (im westlichen Teil der Ukraine und Weißrußlands) und die Organisation der Freiheitsbewegung der unterdrückten Nationalitäten überhaupt stand in nicht minderem, wenn nicht noch in größerem Maße als die Bauernfrage im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Parteitages der Kommunistischen Partei Polens. Das ist sehr natürlich, da ja die revolutionäre Bewegung in den „Randgebieten“, die bereits in das Stadium der bewaffneten Partisanenkämpfe eingetreten ist, einen der mächtigsten Faktoren der Zersetzung des polnischen Imperialismus und Kapitalismus darstellt, der die polnischen herrschenden Klassen und ihre Helfershelfer aus sozialdemokratischem Lager in höchstem Maße beunruhigt.

Der Parteitag mußte zwei Grundformen der nationalen Frage in Polen unterscheiden, die Frage der ukrainischen, weißrussischen und litauischen Randgebiete, die von der Partei auf dem Wege der Parole der Selbstbestimmung gelöst wird, und die Frage der nationalen Minderheiten (Juden, Deutsche), deren Kampf um ihre Rechte untrennbar verflochten ist mit dem Klassenkampf des polnischen Proletariats. In der Bewegung in den Randgebieten ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei die Vertiefung des Klassenelementes in diesen Bewegungen und ihre

Annäherung an den Kampf des Proletariats und des Bauerntums in Polen selbst. Die polnischen Bauern können ihrerseits aus der Bewegung in der West-Ukraine und in West-Weißrußland viele Erfahrungen und revolutionäre Energie schöpfen.

Gleichzeitig mit den Klassenelementen ist die Partei bestrebt, auch die nationalen Elemente des Kampfes in den „Randgebieten“ zur Entfaltung zu bringen. Sie unterstützt z. B. den Kampf um die Heimatsprache in der Schule und die Ukrainisierung oder Weißrussifizierung der Lokalverwaltung, wobei sie alles ausnutzt, was in den polnischen „Sprach“- und Schulgesetzen angreifbar ist.

Im Rahmen der nationalen Minderheiten führt die Partei auch einen Kampf um deren Teilforderungen, die in Thesen eingehend ausgearbeitet sind. Auf dem Boden dieses Kampfes für die unterdrückten Völkerschaften untergräbt die Partei einerseits die Kraft der polnischen bürgerlich-agrarischen Macht, auf diese Weise den endgültigen Kampf um die Macht vorbereitend, und andererseits nimmt sie den bürgerlichen Nationalisten und den Sozialdemokraten ihren ganzen Einfluß auf die unterdrückten Völkerschaften; sie ist bestrebt, die Massen aller Nationalitäten Polens zusammenzufassen zu gemeinsamem Klassenkampf.

In ihrer Gesamtheit geben die taktischen Beschlüsse des 3. Parteitages das System einer im höchsten Maße entwickelten „Manövrier“-Taktik, deren richtige Anwendung das Bestehen einer manövrierfähigen Partei voraussetzt. Es ist darum selbstverständlich, daß die Frage der Bolschewisierung der Partei in allen Debatten und Beschlüssen des Parteitages eine große Rolle gespielt hat.

Die Bolschewisierung der Partei ist vom Parteitag als eine vor allem politische Frage anerkannt worden. Die Bolschewisierung erfordert eine klare politische Linie, die die Opportunisten der Partei nicht geben konnten. Sie verlangt folglich die Verbreitung des theoretischen Verständnisses für die Parteilprobleme innerhalb der Parteilmitgliederschaft. Eine große Rolle spielt in dieser Beziehung die Geschichte der Bewegung in Rußland, in allen übrigen Ländern und in Polen selber. Auf all diesen Gebieten haben die rechten Parteiführer schwere Sünden auf sich geladen. Sie haben die Partei nicht in Kenntnis gesetzt von den ideellen Verschiebungen, die sich in der letzten Zeit in der deutschen und in anderen Parteien vollzogen haben, sie haben der Partei den Sinn des Kampfes des Leninismus gegen den Trozismus in der KPR vorenthalten, wobei sie bemüht waren, diesen Kampf darzustellen als vorübergehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bolschewismus über diese oder jene Methoden des Kampfes und des Aufbaues der Sowjetwirtschaft. Was Polen selbst anbetrifft, so haben sie der Partei ihre eigene Geschichte verborgen. Di-

Vergangenheit der polnischen Bewegung haben sie entweder sehr wenig oder im verkehrten Licht beleuchtet. Dem mußte im Interesse der Bewegung ein Ende gemacht werden. Der Kampf um eine ganz andere Auffassung der Partei über die internationalen ideellen Richtungen und über die eigene Vergangenheit wird die Grundlage der Bolschewisierung der Partei sein. Natürlich muß die Beleuchtung der Parteigeschichte begleitet sein von der Kritik aller Mängel dieser Vergangenheit vom Standpunkt des Leninismus. Das bezieht sich vor allem auf den Luxemburgismus in der nationalen und in der Agrarfrage.

Doch die Bolschewisierung der Partei ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein organisatorisches Problem. Die damit verbundenen Fragen, wie z. B. die Frage der Umgestaltung der Partei auf der Zellengrundlage (eine im wesentlichen bereits gelöste Frage, besonders in den Industriegebieten in Schlesien und dem Dombrower Becken), die Frage des Kampfes gegen die Bureaokratisierung der Partei, die Fragen der Bewaffnung, der illegalen Arbeit, der Schaffung einer solideren Basis für die Finanzen der Partei in den Arbeitermassen selber, der strengen Auslese der Parteimitglieder vom Standpunkt ihres ethischen Niveaus usw. — sind mehr oder

weniger gründlich beleuchtet in den Thesen über die Bolschewisierung, an deren Ausarbeitung die Parteitagsglieder mit größerem Eifer als an irgendeiner anderen Frage mitgearbeitet haben.

Niemand in der polnischen Partei glaubt natürlich, daß die Resolutionen und Thesen des 3. Parteitages eine ideale Lösung der wichtigen Fragen der Parteitätigkeit darstellen. Für die polnische Partei, die unter den schwierigsten Bedingungen arbeitet und die dauernd ihre besten Arbeiter verliert, weil sie für lange Jahre hinter Zuchthausmauern verschwinden müssen, ist es schwerer als für viele andere Parteien, eine konsequente Tätigkeit zu entwickeln, die Stetigkeit der Linie einzuhalten und Parteierfahrungen zu sammeln. Trotzdem sind wir überzeugt, daß der 3. Parteitag, der das demoralisierende prinzipienlose Hin- und Herschwanke des Opportunismus endgültig liquidiert hat, eine feste Basis für die weitere Entwicklung der Partei geben wird und ihren Untertitel „Sektion der Kommunistischen Internationale“ herausführen wird aus den Klammern des Abstrakten in den Text der wirklichen Anwendung auf die Praxis der bolschewistischen Methoden und des lebendigen Zusammenhanges mit der internationalen kommunistischen Bewegung.

R. PIKKEL: LA RÉVOLUTION PROLÉTARIENNE

Revue Mensuelle Syndicaliste-Communiste, Janvier/Fevrier 1925, Paris.

Der Rubikon ist überschritten. Ausgeschlossen aus der französischen Kommunistischen Partei, ist die Gruppe Rosmer, Monatte, Delagarde — übergegangen zur Herausgabe einer eigenen Zeitschrift „La Révolution prolétarienne“.

Wenn irgend jemand auch nur den Schatten eines Zweifels gehabt hätte über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit des Ausschlusses der genannten drei Personen durch das Zentralkomitee der KPF, so muß er jetzt, nach Erscheinen der Zeitschrift endgültig beseitigt sein, da durch die Herausgabe des Journals Monatte & Co. sich vom Leninismus abwenden und von Stufe zu Stufe in den opportunistischen Sumpf hinabrollen.

Der „Zweite Brief an die Mitglieder der Kommunistischen Partei — Antwort der drei Ausgeschlossenen“ — ist das wertvollste und bedeutendste Dokument in der vorliegenden Nummer, unter dem Gesichtspunkt der Charakteristik der Anschauungen der berichtigten drei, die ihn unterschrieben haben: Monatte, Rosmer und Delagarde.

Es fällt schwer, zu glauben, daß er von Leuten geschrieben sei, die vor noch nicht langem Kommunisten waren. In ihm ist soviel Galle, soviel Haß gegen das leitende Parteizentrum und, nach ihren eigenen Worten, gegen den ganzen Parteiapparat; es findet sich darin ein solch stark gewürztes Bukett kräftigster Wörtlein gegen die Partei, wie sie gewöhnlich gegenüber unseren Klassenfeinden und gegenüber politischen Renegaten Anwendung finden; es spricht sich darin eine solche Verachtung der Parteimasse aus und, schließlich, ein solcher Abgrund prinzipieller Meinungsverschiedenheiten, die eine unübersteigbare Scheidewand zwischen ihnen und dem Bolschewismus aufrichten, daß das ganze internationale menschwistische Gesindel begeistert seine bisherigen verlorenen Söhne begrüßen und in die Arme schließen wird.

Beginnen wir mit den Prinzipien. Drei „tiefe Gründe“ haben Monatte & Co. gezwungen, mit ihrer Fraktionsplattform gegen die Kommunistische Partei aufzutreten.

Der erste sind die organisatorischen Aufgaben des Parteaufbaues; der zweite ist die Differenz in der Bewertung der Perspektiven der Revolution; und der dritte ist die kritische Einschätzung des Wesens des Leninismus.

„Ihr (der jetzigen Führer der KPF) Begriff von der Partei ist gegründet auf Verachtung der Massen — der Arbeitermassen einerseits, der Parteimassen — andererseits. . . . Die Taktik, zu der sie die Partei zwingen, besteht nicht in der Entwicklung des Klassenselbstbewußtseins des Proletariats, sondern darin, soviel wie möglich speichel-leckerischer, untertäniger Leute heranzuziehen. . . . Da aber die Masse einmal nötig ist, wollen sie sie vorwärtsbewegen, dadurch, daß sie sie „dumm machen“.

So lärmen die redebegabten Renegaten.

Wieviel Falschheit, Heuchelei und leeres Geklingel ist in diesen Worten! Im verflochtenen Halbjahr ist die französische Kommunistische Partei, nach Überwindung zentristischer und rechter Abweichungen innerhalb ihrer Leitung und nach radikaler Veränderung ihres Führerbestandes, eng an die Arbeitermassen herangegangen und zu einer entschiedenen Bolschewisierung ihrer eigenen Reihen übergegangen. Ist nicht der letzte Landesparteitag der beste Beweis dafür, wie sehr die KPF qualitativ sich verstärkt hat?

Zum erstenmal war auf einem Parteitag eine überwiegende Mehrheit von Arbeiterdelegierten aus dem Betrieb anwesend, weder untätig noch „dumm gemacht“, sondern tätige Teilnehmer des Kongresses, die auf gut proletarisch die Mängel in der Arbeit ihrer Zentrale kritisierten, engen Anteil an den Diskussionen und Arbeiten der verschiedenen Kommissionen nahmen, begeistert von dem Streben allein, eine einheitliche, im Willen zum Siege unerschütterliche Proletarierpartei zu schaffen.

Das ist — nach Monatte & Co. — „Verachtung gegenüber den Arbeitern und den Parteimassen“! Es ist nur natürlich, daß der Kongreß durchaus kalt und sogar feindselig auf das pathetische, von unreinen Tönen durchsetzte, advokatenmäßige Auftreten des Rechten Dunois reagierte, dessen Rede von persönlichen Vorbehalten und Beleidigtsein überlief, dagegen nur wenig sachliche Bemerkungen enthielt. Natürlich ergab in solchen proletarischem Chor dieses zentristische Intellektuellensolo eine scharfe Dissonanz.

Weiter: Die entschiedene Reorganisation der „Humanité“ in Richtung einer Annäherung dieser Zeitung an die Nöte und Fragen der Arbeitermasse; weiter: die Leninshule in Paris, deren Hörer durchweg aus Arbeitern aus den Betrieben bestehen; die Jaurès-Demonstration, die den Herriot-Sumpf so in Aufruhr brachte; dann: die Arbeiterkorrespondentenbewegung; ferner: der glänzend durchgefochtene Fischer- und Konservenarbeiterstreik von Douarnenez; schließlich: die systematische und vertiefte Verbreitung des Leninismus in den dichtesten Schichten der Partei- und der außerparteilichen Massen — — ist das wirklich alles „dumm machen der Arbeiter- und der Parteimassen“?

Und, endlich, die weitgehende Umstellung der KPF auf Grund der Betriebszellen? Oh, das letztere ist durchaus nicht nach dem Geschmack der Monatte-Kompagnie. Indem sie die Methoden der Zellenorganisation kritisieren, stellen sie „giftig“ die Frage: „Wieviel von diesen Zellen bestehen wohl wirklich und nicht nur auf dem Papier?“ Wir antworten darauf: „In Paris allein — mehrere hundert. Natürlich nicht alle diese Zellen sind so impulsiv und lebensprühend, wie wir uns das wünschten; denken wir aber daran, daß vor einem halben Jahre in demselben Paris es keine einzige Betriebszelle gab, so muß selbst unser geschworenster Feind anerkennen, daß die Partei einen großen Schritt vorwärts getan hat.“

„Man muß — so schreiben die drei — bewußte Menschen erziehen und nicht Nachplapperer, will man wirklich die Revolution vorbereiten“

Nun, ist es nicht komisch, von jenen eine solche Weisheit sich sagen lassen zu sollen!

Ist in der Gesamtheit der obengenannten Tatsachen und Maßnahmen nicht der beste Weg zur Herausarbeitung und Erziehung klassen- und zielbewußter Parteimitglieder gegeben?

Wir glauben zu wissen, welche Art von „Bewußtheit“ nach Ansicht von Rosmer, Monatte und Delagarde wohl nötig wäre.

Für sie bedeutet „Bewußtheit“ — eine unabhängige Stellung in der Partei; „Freiheit“ der Meinungen, der ideologischen Schattierungen und Strömungen; organisatorische Anarchie; das Recht, unter Ignorierung des Parteiapparates sich mit Fraktionskämpfen zu befassen und mit Versendung „an alle, alle, alle!“ verwerflichster Deklarationen, die die Einheit der Partei sprengen und solch begeisterten Widerhall in der bürgerlichen und menschenwissenschaftlichen Presse fanden.

Solche „Bewußtheit“ hat die KP aber nicht nötig.

Selbst wenn man alle fraktionellen und spalterischen Berechnungen beiseite läßt (obgleich sie dieser Gruppe nicht fremd sind), so verstehen sie in ihrer prinzipiellen Fragestellung die „Bewußtheit“ als reinsten Subjektivismus und Individualismus.

„Es gibt keinen gefährlicheren Fehler für eine proletarische Partei,“ sagte Genosse

Lenin auf der April-Parteikonferenz 1917, „als seine Taktik auf subjektive Wünsche dort zu gründen, wo Organisiertheit vonnöten ist.“

Wenn in der Partei die Notwendigkeit des Aufbaues einer starken, kampffähigen und geschlossenen Organisation heranreift (und gerade eine solche Periode durchlebt gegenwärtig die KPF), dann wird es diesen „Übermenschen“ eng in ihren Reihen: der Disziplin ziehen sie literarische Polemik vor und der kraftvoll zusammengeschmiedeten einheitlichen Organisation — ein politisches Zigeunertum.

In der Beurteilung der revolutionären Perspektive und der internationalen Lage stehen die Verfasser des Briefes überaus nahe den Anschauungen des Genossen Trotzki, wie dieser sie mehr als einmal in Reden nach dem 5. Kongreß der KI entwickelte, und wie sie von der KPR entschieden verurteilt worden sind.

U. a. wird in der vorliegenden Nummer ein längerer Auszug aus einer der hervorstechendsten Reden des Genossen Trotzki über dieses Thema abgedruckt, unter der symptomatischen Überschrift: „Das amerikanische Kapital — der Beherrscher Europas.“ Schwerlich wird Genosse Trotzki dem verehrlichen Klüngel Dank wissen für solch eine Heranziehung als Mitarbeiter.

Aber die Tatsache selbst des Abdruckes seiner Rede in diesem Blättchen bestätigt anschaulicher als alles, wie recht wir hatten, dem Trotzkiismus einen entschiedenen ideellen Kampf anzusagen, als einer Strömung, die den Grundlagen des Bolschewismus absolut fremd ist.

Renegaten des Kommunismus, wegen ihrer Fraktionsarbeit aus der Partei vertrieben, reißen, wenn sie einer prinzipiellen Argumentation bedürfen, diese in kleinen Fetzen aus den Reden des Genossen Trotzki heraus und knüpfen daran weise Sprüche über die unrichtige Bewertung der weltrevolutionären Situation durch Genossen Treint.

In dem Artikel des genugsam bekannten Louzon „Ist Demokratie noch möglich?“ (besonders in seiner Beurteilung des Faschismus) und in dem berüchtigten, von uns hier schon mehrfach zitierten Brief (Pessimistische Beurteilung der Revolutionsperspektive, Diktatur Amerikas in Europa, Beurteilung der deutschen Ereignisse Ende 1923 usw.) lugt überall der trotzkiistische Trotzki hervor mit seinem Ideengepäck, das er in den bolschewistischen Gemächern lüften und erneuern wollte, aber wieder einpacken mußte als unbrauchbar, verschlissen, noch in den alten jahrelangen Kämpfen mit dem Leninismus. Kein Zufall, daß die Redaktion der drei ihren Lesern dringend die Bücher des Genossen Trotzki „Der neue Kurs“ und „Über Lenin“ empfiehlt, als „notwendiges Dokument“ für alle, die überhaupt etwas in der Diskussion über den sogenannten (?) „Trotzkismus“ verstehen wollen.

Diese allzu eifrigen Anhänger, die, offenbar gegen den Willen des Genossen Trotzki selber, ihn in ihren ideellen Chef verwandelt haben, haben zweifellos mit Geschick nach dem Trotzkiismus gegriffen, weil unter seiner Flagge am bequemsten und unmerklichsten sich eine Revision des Leninismus durchführen läßt.

Nicht umsonst ist in der Nr. 2 Rosmer im Artikel „Die Legende vom Trotzkiismus“ überaus aufgebracht über den Beschluß der letzten Vollsitzung des Zentralkomitees und Zentralkontrollkomitees der KPR über Trotzki, und er nennt die Resolution in dieser Frage „ungeheuerlich, illegitim, kleinlich, widerspruchsvoll, zusammenhanglos, ein klassisches Beispiel grober Polemik“.

Diese Beurteilung im Munde Rosmers kann uns nicht wundern, denn seine „Sympathien“ für den aktiven Arbeiterstab der KPR (Bolschewiki) gleichen seinen „Sympathien“ für das leitende Kader der KPF, von denen wir schon aus dem „2. Brief der Ausgeschlossenen“ wissen. (Dumm machen und Verachtung der Partei- und Arbeitermassen, Unterdrückung von Initiative, Selbsttätigkeit unter ihnen, Günstlingswirtschaft in der Partei usw.)

Hier ein Beispiel, wie er die Gründe des Erscheinens des Briefes des Genossen Trotzki an alle Moskauer Bezirks-Parteikonferenzen vom 8. Dezember 1923 („Der neue Kurs“) erklärt, der eine neue Welle von Diskussionen hervorrief, dank der scharfen Fragestellung des Genossen Trotzki über eine Reihe von Punkten, die später von der Parteikonferenz und dem Parteitag der KPR entschieden abgelehnt wurden.

„Verurteilt und einer scharfen Kritik unterworfen, sah sich der (russische) Parteiapparat gezwungen, sich mit der Tatsache der Resolution des Zentralkomitees (es handelt sich um die einstimmig angenommene Resolution des Polbureaus vom 5. Dezember 1923 — R. P.) abzufinden; aber er beschloß, Revanche zu üben. (1?) Der Apparat übernahm es, die Resolution des ZK in allen Bezirken der Moskauer Organisation zu interpretieren und bewies dabei deutlich den Wunsch, die Resolution zu begraben, anstatt sie im Leben zu verwirklichen. (Und eine solche ungeheuerliche Verleumdung wagt Rosmer wiederzugeben unter Berufung auf einen angeblichen, mystischen „Genossen“, der „gut bekannt ist in der Arbeiterbewegung und die Diskussion seitens der Opposition in einem der Moskauer Bezirke leitete“ — R. P.)

Trotzki sah diese Sabotage, die alle Resultate der Diskussion und den „neuen Kurs“ selber zu vernichten drohte, und beschloß, dies der Partei zur Kenntnis zu bringen. (Welch erstaunliche Vertrautheit Rosmers und jenes mystischen Genossen mit anderer Leute Pläne und Ansichten! Er war krank, konnte es somit nicht persönlich tun. Er schrieb einen Brief, aber mit der Bitte, ihn in der „Prawda“ zu veröffentlichen. Auf diese Weise war der Diskussion ein neues Bett gegraben.“

So kann nur der ärgste Feind unserer Partei schreiben und phantasieren, der unseren Parteistab auf den Tod nicht leiden kann.

In der Wirtschaftspolitik hat die Zentrale der KPR — nach Rosmers Ansicht — nicht „unmittelbar den Gedanken der Notwendigkeit der Hebung der Produktion“ bekämpft, ihn aber in der Praxis völlig gelähmt. Warum das? „Die einen taten das aus Demagogie, die andern aus Faulheit, aus Trägheit, aus Routine; Trotzki aber, der sich für eine praktische Verwirklichung dieser Prinzipien einsetzte, war den einen wie den andern im Wege. Daher die wütenden gegen ihn gerichteten Attacken, wie das immer geht in einem Kampf für eine ungerechte Sache, völlige Entstellung seiner Ideen und Vorschläge.“

Unserer Zentrale der KPR wird heiß und kalt werden bei den Rosmerschen Bekundungen. Warum aber hat Rosmer bisher geschwiegen? Denn, diese „Tatsachen“ waren ihm doch mindestens seit einem Jahre bekannt? Wie konnte er Mitglied sein und mitarbeiten in der KI, wenn deren Rückgrat, die KPR und ihr Zentralkomitee in Wirklichkeit Verräter der Arbeiterklasse waren und mit bewußter Absicht die Vereinigten Sozialistischen Sowjet-Republiken und die KI in den Abgrund führten (dieser Schluß aus dem Artikel Rosmers ist zwingend)? Aber der Knüppel liegt hier beim Hunde: Diese ganze ungeheure Lawine von Lüge und Verleumdung gegen unsere Partei brauchten Rosmer & Co. ausschließlich für ihre fraktionellen Ziele und Absichten.

Naiv erklären sie (o sancta simplicitas!), daß „wir nicht wissen, was das sei — „Leninismus“ oder „Trotzkismus“. Als Lenin noch lebte, sei die Internationale weit genug gewesen, auch Trotzki und den sogen. Trotzkismus zu umspannen sowie auch die russische Arbeiteropposition und viele ehemalige Anhänger des revolutionären Syndikalismus“.

Das also ist's, die Sehnsucht nach dem Durcheinander, der Vielstimmigkeit der Ideen, nach einer paritätischen Gemeinde und dem Parteiparlament! Vergeßt nicht, ihr „über-naiven“ Schlauköpfe, daß zu Lenins Lebzeiten in der Komm. Intern. auch Levi drin war, und daß er unter aktivster Anteilnahme Lenins daraus vertrieben wurde.

Ja, zu Lenins Lebzeiten war in der KPR die Arbeiteropposition, aber die russische

Kommunistische Partei „umfaßte sie“ nicht, wie die drei sagen möchten, sondern, unter Leitung des Gen. Lenin selber führte sie gegen sie einen entschiedenen Kampf.

Ihr wißt nicht, welcher Unterschied zwischen Leninismus und Trotzismus sei? Ein kleines Beispiel möge das klären:

Zum Beispiel: Das, was in den „Cahiers du Bolchévisme“ (den von der KPF herausgegebenen „Bolsch. Heften“) geschrieben wird, ist „auf leninistisch“ geschrieben, manchmal vielleicht etwas rau und ungehobelt, aber eben auf bolschewistisch; das, was in „La Révolution prolétarienne“ steht, ist zu neun Zehnteln nach dem trotzkistischen „Linienpapier“ geschrieben.

„Leninismus ohne Lenin schreckt uns. Unter dem Deckmantel seines Namens, vor dem wir uns ebenso verbeugen, und vielleicht sogar mehr als diejenigen, die sich für seine Nachfolger ausgeben, die aber seine Gebote vernachlässigen (. . . hier also sind die wahrhaften Hüterinnen der kommunistischen Reinheit! — R. P.), die bestrebt sind, die Kettenglieder der internationalen Revolution auseinanderzunehmen, die Lenin zu vereinigen bemüht war.“

Wahrlich, das paßt wie die Faust aufs Auge. Die Komintern und alle ihre Sektionen haben sich entschlossen an eine Bolschewisierung der Parteien gemacht (auf der jetzt fälligen Erweiterten Exekutivsitung des EK der KI ist dies der zentrale Tagesordnungspunkt); alle kommunistischen Parteien stellen sich organisatorisch auf Betriebszellen um; ihr Mitgliederbestand nimmt an Arbeitern zu; ein tiefgehendes Erlernen der Grundlagen des Leninismus hat begonnen; die Energie aller KI-Parteien ist bis auf den letzten Muskel angespannt, um jeden zur aktiven Arbeit zu bringen, um eine unzerbrechliche stählerne Einheit zu schaffen.

Und zur selben Zeit sind die rechten Elemente in der Komintern beschäftigt, permanente Fraktionsklüngeleien und Spaltungsintrigen zu organisieren. Ihr seid es, die die Kettenglieder der internationalen Revolution zerreißen — die wir nach Lenins Tode noch fester und gründlicher verstärken müssen.

Euch gefällt es nicht, daß die Komintern rau mit den verschiedenen Abweichungen und Grüppchenbildungen in ihren Reihen verfährt? Aber das ist die Leninsche Unduldbarkeit, denn die Partei ist keine „Föderation“ ideeller Gruppierungen, sondern ein freiwilliger Zusammenschluß von Gesinnungsgenossen mit gemeinsamer Ideologie, einheitlichen organisatorischen Aufgaben, die sich durch eine feste und zuweilen sogar rauhe Disziplin verbunden haben auf dem Wege zur Erreichung ihres Zieles. — In der Geschichte der KPR (Bolschewiki) finden wir Dutzende von Beispielen, wo Lenin entschlossen und schonungslos mit seinen bisherigen Mitkämpfern brach, sobald er merkte, daß sie abseits vom revolutionären Wege gingen. Warum versteckt ihr euch also hinter Lenins Rücken?

Euch schreckt nicht der „Leninismus ohne Lenin“, sondern der Leninismus überhaupt. Nicht umsonst schreibt Rosmer in seinem Artikel „Zum Jahrestage von Lenins Tod“:

Er (Lenin) bemerkte, daß die Gefahr eines sklavischen und unklugen Nachahmens des Bolschewismus vorhanden ist, die nicht zum Bolschewismus führt, sondern zu einer Karikatur auf ihn . . . Wenn uns jetzt ganze Lawinenströme „theoretischen und praktischen Leninismus“ drohen, die von den unklug-übereifrigen Schülern des großen Künders revolutionärer Ideen ausgehen, dann ist es schwer, seiner nicht zu denken, der uns auf immer verlassen.“

Was wollte Rosmer damit sagen?

Leninismus ohne Lenin, das sei „sklavisches und unkluges Nachahmen des Bolschewismus“, eine „Karikatur auf ihn“, eine „theoretische und praktische Lawine, die von den unklug-übereifrigen Schülern ausgehe“ . . .

Bemerkte denn Rosmer wirklich nicht, daß diese Art von Beweisführung voll und ganz von ihm aus dem menschewistischen Wörterbuch entlehnt ist? Haben die Opportunisten der verschiedenen Schattierungen nicht stets und ständig proklamiert und hunderte Male wiedergekaut, Bolschewismus sei unkluge Nachahmung des Marxismus, eine Karikatur auf diesen, und Lenin sei ein unklug-übereifriger Schüler, entweder der Jakobiner oder Blanquis oder Marxens (hat doch einer der nächsten Freunde von Rosmer & Co. ihn, Lenin, direkt so ironisch benannt: „Lenin-Robespierre“). Versteht ihr denn wirklich nicht, daß mit solcher Argumentation man nirgends anders hingelangen kann als zu Renaudel, Longuet und Blum?

Monatte erklärt im Artikel „Notizen eines Wilden“, daß nach dem Ausschluß aus der Partei „wir das fortsetzen werden, was wir taten, als wir in der Partei waren“. Bravo, Monatte! Sie haben das ausgeplaudert, was Sie beharrlich verschweigen wollten. Was war Ihr erster Schritt nach dem Ausschluß? Herausgabe eines saftigen Spalterblättchens. Anstatt an die Komintern zu appellieren gegen den Ausschluß (Ihre Sprüchlein darüber, der Ausschluß sei „auf Befehl aus Moskau“ durchgeführt worden, unterscheiden sich in nichts von ähnlichen „Enten“ in der sozialistischen und weißgardistischen Presse: Sie brauchen sie nur zur Ablenkung und zur Demagogie!); Sie tun den in organisatorischer Hinsicht schlimmsten Spalterschnitt durch Herausgabe Ihres antibolschewistischen Blattes.

Und diese Ihre Handlung qualifizieren Sie als „Fortsetzung Ihrer Politik innerhalb der Partei.“ Besser konnten Sie sich nicht aussprechen!

Nach dem obenerwähnten Kollektivbrief und Monattes Brief zu urteilen, sind die Schreiber gewillt, eine „intellektuelle Arbeitergruppe“ (geistige Arbeitsgemeinschaft) zu schaffen, ähnlich der Vorkriegs-„Vie ouvrière“ („Arbeiterleben“). Wenn das Bestehen dieser sich geschichtlich rechtfertigte, als Reaktion und Protest gegen die Zersetzung und den Opportunismus der alten französischen Sozialistischen Partei (PSF), und wenn als Perspektive jener Gruppe (freilich nur undeutlich) die Bildung einer wirklich revolutionären Klassenpartei des Proletariats erschien (zu welcher die KPF jetzt geworden ist), wovon gehen Monatte & Co. jetzt aus, welche Ziele stecken sie sich jetzt? Monatte & Co. definieren ihre neue politische Plattform als „syndikalistisch*-kommunistisch“. Doch das sind bekanntlich absolut ungleichartige, unvereinbare Begriffe. Nicht umsonst hat Genosse Lenin in der Gewerkschaftsdiskussion (1921) die Plattform der „Arbeiteropposition“ schärfstens kritisiert als „anarcho-syndikalistische Abweichung, die sich in einer Reihe von Sektionen der Komm. Intern. zeigt“. Die von ihm damals gesagten Worte lassen sich heute völlig zutreffend auf die Gruppe Monatte, Rosmer und Delagarde anwenden:

„Dies (d. h. die anarcho-syndikalistische Abweichung der „Arbeiteropposition“) ist eine Politik, die die einmütige Arbeit der Partei vom richtigen Wege abtreiben würde, und diese Politik ist nicht nur theoretisch unrichtig, sie ist auch (deshalb) unrichtig, weil sie unrichtig die Beziehungen der Klassen zueinander erklärt — der Grund und die Wurzel, ohne die es keinen Marxismus gibt, und worüber der II. Kongreß der KI seine Resolution (zur Gewerkschaftsfrage) gefaßt hat.

Der Moment ist heute ein solcher, daß das parteilose Element jenen kleinbürgerlichen Schwankungen unterliegt, die bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage Rußlands unausbleiblich sind.“

Hört es, Monatte & Co. Das ist geschrieben nicht „von den übereifrigen Schülern Lenins“, sondern von ihm selber und richtet sich voll an eure Adresse.

Objektiv bleiben hier zwei Wege. Entweder zu den sozialistischen Renegaten (SFIO) oder — zu den Anarcho-Syndikalisten, d. h. zu einer der beiden Pole, von denen keiner, dank seiner opportunistischen Natur, imstande ist, die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen.

* Syndical (syndicaliste) bedeutet im Französischen gleichzeitig „(rein)gewerkschaftlich“.

Die Erfahrung dreier russischer Revolutionen (und anderer in einer Reihe von Ländern) hat klar bewiesen, daß man zur Diktatur des Proletariats nur auf bolschewistischem Wege gelangen kann.

Monatte & Co. aber, welchen Weg sie auch wählen mögen, sind nun verurteilt, in den opportunistischen Sumpf zu geraten — es sei denn, daß sie, früher oder später, ihre großen Fehler einsehen. Auf dem Umschlag ihrer Zeitschrift steht über die ganze Breite des Heftes gedruckt: „Die ‚Hinterherläufer‘ lesen die ‚Révolution prolétarienne‘ nicht, die wirklichen Revolutionäre (??) aber abonnieren und verbreiten sie!“ Naive Prahler! Die wirklichen, nicht die Margarine-, die Ersatz-Revolutionäre, gehen immer zusammen mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Die Arbeiterklasse ist nicht mit euch, sondern mit der Kommunistischen Partei. Im besten Falle ist es euch beschieden, zu intellektuellen Quänglern zu werden, die den Splitter im fremden, nicht aber den Balken im eigenen Auge bemerken.

Die Geschichte wird euch rasch den von euch so beliebten Schleier der revolutionären Phraseologie abreißen und wird euch aus „wirklichen“ Revolutionären, in Gänsefüßchen, verwandeln in die allergewöhnlichsten traurigen „Hinterherläufer“.

Nicht durch revolutionäre Schwüre und Wortgedröhne, sondern durch grenzenlose Ergebenheit an die Arbeiterklasse und ihre Kommun. Partei wird die Treue zur proletarischen Revolution bestimmt.

Von ersterem besitzen Monatte & Co. einen überflüssigen Vorrat; von letzterer — allzuwenig.

Der beste Beweis dafür ist die Herausgabe ihres Journälchens, wo auf 64 Seiten erschöpfend ihr neues politisches Glaubensbekenntnis dargelegt ist, das mit Bolschewismus nichts gemein hat.

M. J.:

L. RUDAS, GEGEN DIE NEUESTE REVISION DES MARXISMUS

Das kleine Büchlein vom Gen. Rudas stellt einen Sammelband von Artikeln dar, die teils einer Kritik von Heinrich Cunows „Geschichtsphilosophie“ und „Geschichts- und Gesellschaftstheorie“ gewidmet sind, teils dem Ende des Neokantianertums, hauptsächlich aber einer ausführlichen Analyse des Buches des Gen. G. Lukacs „Geschichte und Klassenbewußtsein“. Das Bändchen von Rudas trägt zweifellos einen viel zu großartigen Titel, und tatsächlich „idealisiert“ Rudas seine ohnehin idealistischen Gegner zu sehr, indem er ihnen nicht einfach bloß eine Revision, sondern sogar eine angeblich „neueste Revision des Marxismus“ zuschreibt. Dies bezieht sich besonders auf seine Artikel philosophischen Inhalts, auf seine Kritik „marxistischen Neokantianertums“ und des orthodoxen Materialismus des Gen. Lukacs. Was haben denn diese Autoren mit dem Marxismus gemein, sie, die ihrem Ideeninhalt nach am ehesten noch unter die Rubrik „transzendente Sozial-Aprioristen“ passen, einer illegitim angeeigneten Benennung und Nomenklatur, deren sie sich außerdem noch höchst ungeschickt bedienen. Diese verschlissene idealistische Philosophie mit dem für sie allzu ehrenvollen Titel einer „neuesten Revision des Marxismus“ zu behelmen und sie somit bis zu einem gewissen Grade als originelle Schöpfungen zu deklarieren — das kann sogar zu einer unrichtigen Auffassung des Wesens des dialektischen Marxismus als eines philosophischen Systems führen. Und wirklich, das Wesen des dialektischen Materialismus, wie ihn Marx und Engels formuliert haben, wird gerade dadurch gekennzeichnet, daß bei jedem Versuch, ihn irgendeiner „Revision“ oder „Restauration“

(sei es auch mit den besten Absichten!) zu unterwerfen, man riskiert, anstatt auf seine vier Beine, auf sein „a posteriori“ zurückzufallen, man in die Gefahr gerät, sich auf den Kopf zu stellen, auf das alte verbrauchte a priori zurückzukommen, auf den halb kantischen oder rein hegelianischen spekulativen Idealismus. Entweder — oder. Wem der Teufel des Materialismus mit allen seinen irdischen Attributen zuwider ist, der muß seine Seele eben Gott weihen. Bekanntlich war es Max Adler, der seine Seele so vor dem Teufel gerettet hat. Wie aber steht die Sache mit dem Gen. Lukacs? Vor nicht langem erst hat Sombart ihn den „größten Marxisten“ genannt und ihn beschworen, abzulassen von seinen Bemühungen, eine göttliche Idee in der ekelhaft-natürlichen Struktur der sozialen Klasse zu finden. Ob nicht der „allergrößte Marxist“ Lukacs vor solch einer Mahnung zur Vernunft zurückschreckt?

Aber Scherz beiseite! Wir meinen, daß Rudas zu milde mit dieser „kommunistischen Revision“ des Marxismus verfahren ist. Anstatt einer langen Polemik mit Gen. Lukacs, auf die er sich einläßt, wäre ein lustiger Humor und nichts weiter als Humor am Platze gewesen. Das von den bürgerlichen Ideologen hochgeschätzte Buch Lukacs' stellt nichts anderes dar als das wieder aufgewärmte Geschwätz der linken Hegelianer, Geschwätz der „kritischen Kritik“ und des „Einzigigen“ — garniert mit einer althegeianischen Soße, das uns serviert wird zusammen mit hochtrabenden Worten und scheinbaren Widersprüchen zwischen „Klassenbewußtsein und bürgerlichen Interessen“, mit Widersprüchen zwischen „Erkenntnis der Natur und der Gesellschaft“ usw. usw. Gen. Rudas nimmt die allzu undankbare Aufgabe auf sich, sich in den endlosen Widersprüchen Lukacs' zurückzufinden und einen nach dem andern zu widerlegen. Verdient denn ein Denker eine ernste Kritik, welcher meint, man könne mit realen, empirischen Tatsachen fertig werden, indem man sie in Gänsefüßchen setzt, der nur solche Tatsachen anerkennt, die „Bedeutung für die Erkenntnis haben“? Und dabei gehört Lukacs gerade zu dieser Art von Denkern, weshalb er denn auch die realen, naturalen Personen nicht anerkennt, die nur mit ihren kleinlichen Interessen beschäftigt sind. Er ist bereit, nur dasjenige „empirische Ich“ anzuerkennen, das von dem Klassenbewußtsein als höherer geistiger Kraft „beherrscht“ wird. Es käme also darauf hinaus, daß nicht die Individuen über Bewußtsein verfügen, sondern daß das Bewußtsein über sie verfügt. Alles das deckt Rudas in seiner Polemik vorzüglich auf. Da er sich aber dabei allzusehr in Details verliert, so bleibt bei dem Leser der Eindruck bestehen, als ob Lukacs in seinen Hauptthesen ungenügend widerlegt sei. Rudas deckt eigentlich nicht die Grundlage dieser ideologischen Krankheit auf, diejenige Ursache, die ebenso Lukacs wie alle anderen Idealisten notwendig zu solchen ungereimten Scheinproblemen treiben muß, wie wir sie oben angedeutet haben.

In der Tat, wie kommt eigentlich Lukacs zu seinem seltsamen Problem der „Relation“? Weshalb sucht er nach irgendeinem transzendentalen Kriterium, nach einem spiritualistischen Zauberstab, der ihm die Möglichkeit geben soll, sich in der Geschichte zu orientieren, in dem „Begreifen“ des Ganges der Historie? Dasselbe Scheinproblem finden wir, wie Rudas zeigt, auch bei Rickert, bei Max Weber und ihnen ähnlichen. Marx hat ein für allemal die Wurzeln dieser Erscheinung aufgezeigt in seiner endgültigen Widerlegung jeglicher „Ideologie“. Da alle Idealisten nicht in der praktisch-sinnlichen Tätigkeit, in den Wandlungen des naturhistorischen Milieus das Kriterium ihrer Handlungen finden, so bleibt ihnen nichts übrig, als sich ohne Hilfe an ein transzendentes Kriterium zu wenden. Das erklärt sich dadurch, daß bei den Ideologen alle materiellen (oder realen) Verbindungen, die den Menschen mit Natur und Gesellschaft verknüpfen, sich bei ihnen — gemäß ihrer Eigenart — in nur vorgestellte Verbindungen verwandeln, d. h. in Verbindungen (oder Beziehungen) bloßer Vorstellungen, bloßen Bewußtseins. Das kann man auch folgendermaßen erklären: Wie bei den Theisten oder den spekulativen Idealisten die „göttliche

Macht“ oder die „Güte Gottes“ das verbindende Prinzip zwischen Natur und materieller Welt ist, so bringt bei allen späteren Idealisten die bloße Vorstellung oder das Bewußtsein (des Individuums oder der Klasse — das klingt materialistisch) die Tatsache in einen gesetzmäßigen Zusammenhang und bestimmt sie somit „kategorial“, bewertet sie erst als wirkliche Tatsachen. Lukacs bedient sich dabei vorwiegend der Kategorie der „Totalität“. So ist z. B. für ihn die sozialökonomische Wesenheit gleichwertig dem Klassenbewußtsein usw. usw. Für einen Materialisten wird, natürlich, die sozialökonomische Wesenheit bestimmt durch den materiellen und naturhistorischen Prozeß, wie das in Gegensatz zu Max Stirner schon Marx gezeigt hat, als er den scheinbaren Widerspruch zwischen „Klassen- und individuellen Interessen“ kritisierte.

Hierin liegt ohne Zweifel das Wesen jeder materialistischen Dialektik — im Gegensatz zu einer idealistischen Dialektik, für die alle Beziehungen, wie z. B. Beziehungen zwischen einem Gott und der Welt bei Hegel, zwischen Klassenbewußtsein und Individualinteresse bei Stirner und Gen. Lukacs, nur eine „negative Einheit“, einen kontradiktorischen Widerspruch bilden. Letzten Endes drückt diese Frage den idealistischen Unsinn aus, daß ein Gott, daß das Bewußtsein des Menschen usw. immer „erhöht und erhaben“ blieben über der armseligen Empirie, daß sie im reinen Äther des Gedankens schweben, wo sie die Vergänglichkeit dieser Welt nicht erreichen kann.

Rudas hat in seiner sonst scharfsinnigen und vorzüglichen Polemik gerade diesen Punkt für den proletarischen Leser nicht genügend herausgearbeitet. Aber nur auf diesem Wege kann man, dem Beispiele Marxens folgend, dem Idealismus in allen seinen historischen Metamorphosen einen vernichtenden Schlag beibringen. — Dafür aber erscheint uns überaus gelungen der positive Teil des Rudasschen Buches, die Darstellung der materialistischen Erkenntnistheorie. Bisher wurde viel zu wenig Aufmerksamkeit gerade diesem Punkte gewidmet: der Begründung des Erkenntnisprozesses durch den Arbeitsprozeß. Die Erörterungen Marxens im „Kapital“ über das Wesen des Arbeitsprozesses und in Ergänzung dazu der allzuwenig bekannte Aufsatz von Engels „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ („Neue Zeit“, 14. Jahrgang, Bd. 2) enthalten das Alpha und Omega der marxistischen Erkenntnistheorie. In einem Teil sind wir ganz und gar nicht einverstanden mit Rudas: bei der Darstellung der „Theorie der Reflexion“ schreibt er — unseres Erachtens unrichtig — den Empfindungen die Funktion der Verdinglichung, der Erfassung der Natur als fertiger, toter Dinge zu.

Hierbei verfällt er in den alten Fehler des Idealismus, der in unseren Empfindungen nur ein Organ passiven Empfangens sah, sozusagen eines einfachen Empfangsapparates, der zu keiner wie immer gearteten materiellen Synthese fähig sei. Wenn man aber die „Sinnlichkeit“ nicht bloß auf eine solche passive Fähigkeit beschränkt, sondern gerade in ihr, in der sinnlich-praktischen Fähigkeit ein Moment der Aktivität, der Schaffung materieller Beziehungen und Verbindungen sieht, und das muß jeder Materialist tun, so wird man den Sinneempfindungen nicht die entstellende Funktion der Verdinglichung zuschreiben können.

Marx hat in seiner Kritik an Feuerbach das so ausgedrückt, daß dieser die Sinnlichkeit mit dem „Auge“ oder richtiger „durch die Brille des Philosophen“ betrachte. Derselbe Vorwurf kann auch Gen. Rudas gemacht werden.

Sieht man aber von diesem Detail ab, so kann man mit Recht behaupten, daß das Buch von Rudas eine tief angelegte und folgerichtige Verteidigung des Standpunktes des dialektischen Materialismus darstellt. Es muß deshalb in unseren Reihen als ein wertvoller Beitrag zum „kämpfenden Materialismus“ betrachtet werden, ein Beitrag, der zur rechten Zeit den idealistischen Nebel zerstört, der aus der kleinbürgerlichen Welt in die Kommunistische Partei einzudringen droht.

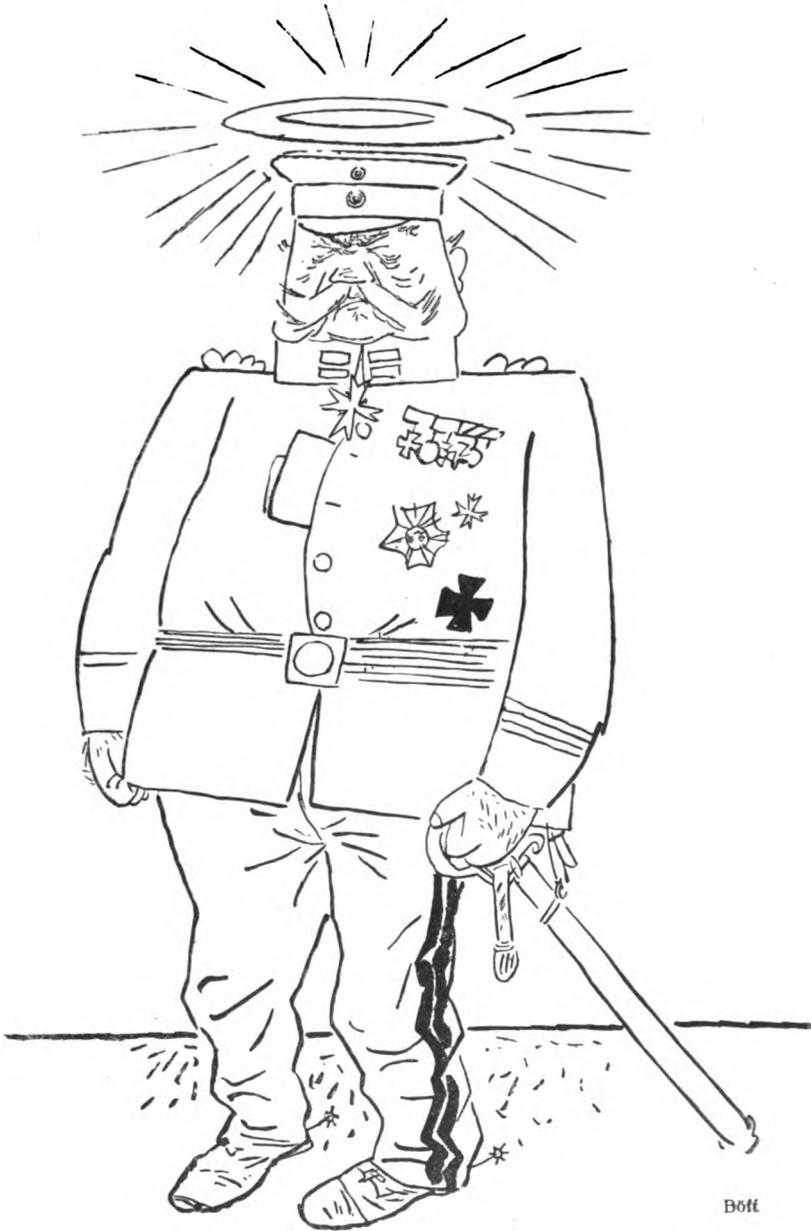
DIE SOZIALDEMOKRATIE HAT DIE



„Gerade Ihre Persönlichkeit hat in diesem Kampf den Endsieg
unserer demokratischen und republikanischen Sache gewährleistet.“

Der Volksblock an Marx.

REPUBLIK BIS ZUM ENDE VERTEIDIGT



„Ich stehe grundsätzlich auf dem Boden der Verfassung, denn ich bin gewöhnt, meine Pflicht zu tun.“

Hindenburg am 19. April.

**BUCHDRUCKEREI
GUSTAV ASCHER G. M. B. H.
BERLIN SW 61.**